

GEMEENSCHAPS- EN GEWESTREGERINGEN
GOUVERNEMENTS DE COMMUNAUTE ET DE REGION
GEMEINSCHAFTS- UND REGIONALREGIERUNGEN

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2016/205142]

20. JUNI 2016 — Dekret über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2016

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL 1 — *Abänderung des Königlichen Erlasses vom 2. Oktober 1968 zur Festlegung und Einteilung der Ämter der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und des sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der Ämter der Personalmitglieder des Inspektionsdienstes beauftragt mit der Aufsicht dieser Einrichtungen*

Artikel 1 - Artikel 7 Buchstabe b) Nummer 11ter des Königlichen Erlasses vom 2. Oktober 1968 zur Festlegung und Einteilung der Ämter der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und des sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der Ämter der Personalmitglieder des Inspektionsdienstes beauftragt mit der Aufsicht dieser Einrichtungen, eingefügt durch das Dekret vom 16. Januar 2012, wird wie folgt ersetzt:

«11ter. Förderpädagogischer Berater in einer Fördergrund- und -sekundarschule»

KAPITEL 2 — *Abänderung des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes*

Art. 2 - Artikel 39 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 Nummer 5 wird im einleitenden Satz die Wortfolge "in Artikel 19 § 2 vorgesehene" gestrichen.
2. Zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, wird folgender Absatz 2 eingefügt:

«Bei der in Absatz 1 Nummer 5 angeführten Abweichung handelt es sich um die Bezeichnung bzw. Einstellung eines Personalmitglieds gemäß einer der nachfolgenden Bestimmungen:

1. Artikel 19 § 2 des vorliegenden Königlichen Erlasses;
2. Artikel 33bis Absätze 2 und 3 des Dekrets vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens und des freien subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums;
3. Artikel 20bis Absätze 2 und 3 des Dekrets vom 29. März 2004 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens und der offiziellen subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren.»

Art. 3 - In Artikel 91bis/1 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 16. Januar 2012, wird die Wortfolge "sowie der förderpädagogische Koordinator in einer Fördergrund- und -sekundarschule werden" durch das Wort "wird" ersetzt.

Art. 4 - Artikel 91octies desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe l), eingefügt durch das Dekret vom 27. Juni 2011, wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Komma ersetzt.

2. Folgender Buchstabe m) wird eingefügt:

«m) vollzeitige Laufbahnunterbrechung.»

3. In § 2 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

«In Abweichung von § 1 Absatz 1 Nummer 1 ist es dem definitiv ernannten Fachbereichsleiter erlaubt, einen Urlaub zwecks Ausübung desselben oder eines anderen Amtes für die Dauer von insgesamt höchstens fünf Jahren zu nehmen.»

Art. 5 - In denselben Königlichen Erlass, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird folgendes Kapitel VIIquinquies eingefügt:

«Kapitel VIIquinquies - Besondere Bestimmungen für den förderpädagogischen Berater in einer Fördergrund- und -sekundarschule»

Art. 6 - In das Kapitel VII *quinquies* desselben Königlichen Erlasses wird folgender Artikel *91viciester* eingefügt:

«*Art. 91viciester – Prinzip*

In Abweichung von Kapitel VII wird das Amt des förderpädagogischen Beraters in einer Fördergrund- und -sekundarschule, nachstehend als Berater bezeichnet, ausschließlich in Form einer Bezeichnung und einer definitiven Ernennung nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen vergeben.

Die Artikel *91quater*, *91septies* § 1 und § 2 Absätze 1 und 3-5 und Artikel *91octies* § 1 Absatz 1 finden Anwendung auf den Berater.»

Art. 7 - In dasselbe Kapitel desselben Königlichen Erlasses wird folgender Artikel *91viciesquater* eingefügt:

«*Art. 91viciesquater – Aufruf und Bewerbung für die Bezeichnung*

Der Bewerbungsaufruf für eine Bezeichnung wird vom Schulträger in der Presse, per Aushang in den Schulen sowie in jeder anderen angemessenen Form veröffentlicht.

Der Aufruf enthält das erforderliche Profil des Beraters, die Zielsetzungen, die während der Bezeichnung verwirklicht werden sollen, sowie den Stellenumfang.

Die Bewerbung wird mittels eines Einschreibens eingereicht. Der Bewerber fügt der Bewerbung u. a. ein Motivationsschreiben bei, in dem er auf die im vorhergehenden Absatz angeführten Zielsetzungen eingeht.»

Art. 8 - In dasselbe Kapitel desselben Königlichen Erlasses wird folgender Artikel *91viciesquinquies* eingefügt:

«*Art. 91viciesquinquies – Bezeichnung*

Der Schulträger entscheidet, welcher der Bewerber das Amt bekleiden soll.

Der Schulträger klassiert die geeigneten Bewerber für das Amt und stützt sich bei der Auswahl u. a. auf das Motivationsschreiben des Bewerbers, ein oder mehrere Bewerbungsgespräche sowie auf die Berufserfahrung, die pädagogische Qualifikation und das Eignungsprofil.

Die Klassierung behält ihre Gültigkeit während zwei Jahren, beginnend ab dem 1. September, der der Klassierung folgt, sowie zwischen der Klassierung und diesem 1. September.»

Art. 9 - In dasselbe Kapitel desselben Königlichen Erlasses wird folgender Artikel *91viciessexies* eingefügt:

«*Art. 91viciessexies – Ernennungsbedingungen*

Der Schulträger kann einen Berater definitiv ernennen, wenn:

1. er die in Artikel *91quater* angeführten Bedingungen erfüllt;
2. er ein Amtsalter von mindestens fünf Jahren aufweist, das gemäß Artikel 40 berechnet wird;
3. sein letzter Bewertungsbericht mindestens mit dem Vermerk "ausreichend" schließt; liegt kein Bewertungsbericht vor, gilt vorliegende Bedingung als erfüllt.»

Art. 10 - In dasselbe Kapitel desselben Königlichen Erlasses wird folgender Artikel *91viciessepties* eingefügt:

«*Art. 91viciessepties – Aufruf und Bewerbung für die Ernennung*

Der Schulträger legt fest, welche der definitiv offenen Stellen zur Ernennung freigegeben werden.

Der Schulträger erlässt in der zweiten Hälfte des Monats April eines jeden Jahres einen Aufruf an die Bewerber für eine definitive Ernennung. Der Aufruf wird in den Schulen per Aushang und in jeder anderen Form, die er für geeignet hält, veröffentlicht.

Der Aufruf enthält eine Liste der Stellen, die am 1. Oktober voraussichtlich offen sein werden und die zur Ernennung freigegeben worden sind. Er enthält Angaben über die Art und den Umfang der zu vergebenden Stellen, die von den Bewerbern zu erfüllenden Bedingungen sowie die Form und die Frist für die Einreichung der Bewerbungen.»

Art. 11 - In dasselbe Kapitel desselben Königlichen Erlasses wird folgender Artikel *91duodetricies* eingefügt:

«*Art. 91duodetricies – Ernennung*

Die definitiven Ernennungen erfolgen am 1. Oktober in den in Artikel *91viciessepties* Absatz 3 angeführten Stellen, die zu diesem Zeitpunkt noch offen sind.

Die Mindeststundenanzahl bei einer Ersternennung in einem Amt beträgt ein Viertel der erforderlichen Stundenanzahl bei einer Vollzeitbeschäftigung.

Eine definitive Ernennung erfolgt in ganze Stunden.

Zur Ernennung eines Bewerbers stützt sich der Schulträger bei der Auswahl u. a. auf ein oder mehrere Bewerbungsgespräche, die Berufserfahrung, die pädagogische Qualifikation, das Eignungsprofil und den Beurteilungsbericht.»

Art. 12 - In dasselbe Kapitel desselben Königlichen Erlasses wird folgender Artikel *91undetricies* eingefügt:

«*Art. 91undetricies – Vorübergehender Ersatz*

Wenn die Bezeichnung des Beraters beendet wird, er aus dem Amt scheidet oder er aufgrund einer Urlaubsform oder Zurdispositionstellung vorübergehend abwesend ist, kann der Schulträger ihn bis zum Ende des Schuljahrs durch eine andere Person ersetzen, die die in Artikel *91quater* Absatz 1 angeführten Bedingungen, mit Ausnahme von Nummer 3, erfüllt.

Unbeschadet von Absatz 1 greift der Schulträger auf die Personen zurück, die gemäß Artikel *91viciesquinquies* klassiert wurden, so lange diese Klassierung gültig ist.»

Art. 13 - In dasselbe Kapitel desselben Königlichen Erlasses wird folgender Artikel *91tricies* eingefügt:

«*Art. 91tricies – Wochenarbeitszeit*

Die Arbeitszeit des Beraters beläuft sich pro Woche durchschnittlich auf 38 Stunden zu 60 Minuten. Der Durchschnitt wird innerhalb einer Referenzperiode von vier Monaten ermittelt.»

Art. 14 - In dasselbe Kapitel desselben Königlichen Erlasses wird folgender Artikel *91triciessemel* eingefügt:

«*Art. 91triciessemel – Bewertungsbericht und Einspruchsmöglichkeit*

§ 1 - Der Schulleiter verfasst für einen Berater pro Zeitspanne von fünf Jahren mindestens einen Bewertungsbericht. Er nimmt hierzu ein Bewertungsgespräch vor.

Der Schulleiter kann sich bei der Bewertung eines Personalmitglieds auf den schriftlichen Bericht eines anderen Personalmitglieds stützen, das sich in einem Beförderungs- oder Auswahlamt befindet, mit Ausnahme des Amtes eines Beraters, und von ihm schriftlich beauftragt wurde, einen solchen Bericht zur Arbeit des betreffenden Personalmitglieds zu erstellen.

§ 2 - Das in Artikel *91undecies* § 1 Absatz 2, § 1.1, § 2 Absatz 2, § 3 und § 4 angeführte Verfahren findet Anwendung.»

Art. 15 - In denselben Königlichen Erlass, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird folgendes Kapitel *VIIsexies* eingefügt:

«Kapitel *VIIsexies* - Besondere Bestimmungen für Unterdirektoren und Provisoren»

Art. 16 - In das Kapitel *VIIsexies* desselben Königlichen Erlasses wird folgender Artikel *91triciesbis* eingefügt:

«*Art. 91triciesbis – Prinzip*

In Abweichung von Kapitel VII finden die Artikel *91quater* bis *91nonies* und *91undecies* bis *91terdecies* Anwendung auf das Amt des Unterdirektors oder Provisors.»

Art. 17 - In denselben Königlichen Erlass, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird folgendes Kapitel *VIIsepties* eingefügt:

«Kapitel *VIIsepties* - Besondere Bestimmungen für Werkstattleiter der Unter- und Oberstufe»

Art. 18 - In das Kapitel *VIIsepties* desselben Königlichen Erlasses wird folgender Artikel *91triciester* eingefügt:

«*Art. 91triciester – Prinzip*

In Abweichung von Kapitel VII wird das Amt des Werkstattleiters der Unter- oder Oberstufe des Sekundarschulwesens, nachstehend als Werkstattleiter bezeichnet, ausschließlich in Form einer Bezeichnung und einer definitiven Ernennung nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen vergeben.

Die Artikel *91septies* bis *91nonies* und *91undecies* bis *91terdecies* finden Anwendung auf das Amt des Werkstattleiters.»

Art. 19 - In dasselbe Kapitel desselben Königlichen Erlasses wird folgender Artikel *91triciesquater* eingefügt:

«*Art. 91triciesquater – Zulassungsbedingungen*

Eine Person darf das Amt des Werkstattleiters bekleiden, wenn sie:

1. die in Artikel *91quater* angeführten Bedingungen erfüllt, mit Ausnahme von Absatz 1 Nummer 2;

2. als zeitweilig bezeichnetes oder definitiv ernanntes oder eingestelltes Personalmitglied in dem von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtswesen eines der nachstehenden Anwerbungsämter in der Unter- oder Oberstufe des Sekundarschulwesens bekleidet:

a) Lehrer für technische Kurse;

b) Lehrer für Berufspraxis;

c) Lehrer für technische Kurse und Berufspraxis;

3. die in Artikel 17 Absatz 1 Nummern 1 und 3 bis 5 angeführten Bedingungen für das in Nummer 2 des vorliegenden Artikels angeführte Amt erfüllt.»

Art. 20 - In dasselbe Kapitel desselben Königlichen Erlasses wird folgender Artikel *91triciesquinquies* eingefügt:

«*Art. 91triciesquinquies – Aufruf und Bewerbung*

Der Bewerbungsaufruf wird vom Schulträger in der Presse, per Aushang in den Schulen sowie in jeder anderen angemessenen Form veröffentlicht.

Der Aufruf enthält das erforderliche Profil des Werkstattleiters und die Zielsetzungen, die während der Bezeichnung verwirklicht werden sollen.

Die Bewerbung wird mittels eines Einschreibens eingereicht. Der Bewerber fügt der Bewerbung u. a. ein Motivationsschreiben bei, um die im vorhergehenden Absatz angeführten Zielsetzungen zu verwirklichen.»

Art. 21 - In dasselbe Kapitel desselben Königlichen Erlasses wird folgender Artikel *91triciessexies* eingefügt:

«*Art. 91triciessexies – Bezeichnung*

Der Schulträger entscheidet, welcher der Bewerber das Amt bekleiden soll.

Er stützt sich u. a. auf das Motivationsschreiben des Bewerbers, ein oder mehrere Bewerbungsgespräche sowie auf die Berufserfahrung, die pädagogische Qualifikation und die Fachkompetenz im Hinblick auf die zu betreuenden Fachrichtungen.»

Art. 22 - In Artikel *121ter* Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe a) desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007 und ersetzt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird die Wortfolge "zweiten Grades verfügt; in Ermangelung eines Bewerbers mit diesem Diplom reicht ein Diplom des Hochschulwesens des ersten Grades aus" durch die Wortfolge "ersten Grades verfügt" ersetzt.

Art. 23 - Artikel *121septies* desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe l), eingefügt durch das Dekret vom 27. Juni 2011, wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Komma ersetzt.

2. Folgender Buchstabe m) wird eingefügt:

«m) vollzeitige Laufbahnunterbrechung.»

3. In § 2 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

«In Abweichung von § 1 Absatz 1 Nummer 1 ist es dem definitiv ernannten Schulleiter erlaubt, einen Urlaub zwecks Ausübung desselben oder eines anderen Amtes für die Dauer von insgesamt höchstens fünf Jahren zu nehmen.»

Art. 24 - Artikel 169^{quater} desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 16. Juli 2012 und abgeändert durch die Dekrete vom 24. Juni 2013 und vom 29. Juni 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "1. Januar 2018" durch die Wortfolge "1. Januar 2017" und die Zahl "2017" durch die Zahl "2016" ersetzt.

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge "1. Januar 2018" durch die Wortfolge "1. Januar 2017" und die Zahl "2017" durch die Zahl "2016" ersetzt.

3. In Absatz 3 wird die Wortfolge "1. Januar 2018" durch die Wortfolge "1. Januar 2017" und die Zahl "2017" durch die Zahl "2016" ersetzt.

4. In Absatz 4 wird die Wortfolge "1. Januar 2018" durch die Wortfolge "1. Januar 2017" und die Zahl "2017" durch die Zahl "2016" ersetzt.

Art. 25 - In das Kapitel XI^{bis} desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 25. Mai 2009 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird folgender Artikel 169^{octies} eingefügt:

«Art. 169^{octies} - Bei Personalmitgliedern, die spätestens am 1. September 2009 in Anwendung der gültigen Abweichungsbestimmungen beim Träger des Gemeinschaftsunterrichtswesens für das zu vergebende Amt wie ein Inhaber eines erforderlichen Befähigungsnachweises betrachtet wurden, gilt die in Artikel 16 Absatz 1 Nummer 5 sowie die in Artikel 39 Absatz 1 Nummer 5 angeführte Bedingung als erfüllt.»

Bei Personalmitgliedern, die spätestens am 1. September 2010 in Anwendung der gültigen Abweichungsbestimmungen bei einem Träger des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens oder des freien subventionierten Unterrichtswesens für das zu vergebende Amt wie ein Inhaber eines erforderlichen Befähigungsnachweises betrachtet wurden, gilt die in Artikel 16 Absatz 1 Nummer 5 sowie die in Artikel 39 Absatz 1 Nummer 5 angeführte Bedingung als erfüllt.»

Art. 26 - In dasselbe Kapitel XI^{bis} desselben Königlichen Erlasses wird folgender Artikel 169^{novies} eingefügt:

«Art. 169^{novies} - In Abweichung von Artikel 91^{quater}, 91^{viciesquater} und 91^{viciesquinquies} bezeichnet der Schulträger zum 1. September 2016 die Personalmitglieder als förderpädagogische Berater in einer Fördergrund- und -sekundarschule, die bereits in den Schuljahren 2014-2015 und 2015-2016 für jeweils 15 Wochen eine der in Artikel 98 Absatz 4 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen angeführten Aufgaben im Zentrum für Förderpädagogik wahrgenommen haben.

Als Nachweis dient dem Schulträger eine vom Schulleiter ausgestellte Bescheinigung, in der die vom Personalmitglied wahrgenommenen Aufgaben und der Stellenumfang präzisiert werden.

In Abweichung von Artikel 91^{viciessexies}, 91^{viciessepties} und 91^{duodetricies} wird das Personalmitglied, das am 31. August 2016 im Amt des förderpädagogischen Koordinators in einer Fördergrund- und -sekundarschule definitiv ernannt ist, zum 1. September 2016 von der Regierung im Amt des förderpädagogischen Beraters in einer Fördergrund- und -sekundarschule definitiv ernannt.»

Art. 27 - In dasselbe Kapitel desselben Königlichen Erlasses wird folgender Artikel 169^{decies} eingefügt:

«Art. 169^{decies} - Zur Berechnung des in Artikel 91^{viciessexies} Nummer 2 angeführten Amtsalters werden, bis zu einem Maximum von drei Jahren, ebenfalls die Dienste berücksichtigt, die während der Schuljahre 2010-2011 bis einschließlich 2015-2016 erbracht wurden und die Gegenstand der in Artikel 169^{novies} Absatz 2 angeführten Bescheinigung sind.»

KAPITEL 3 — *Abänderung des Königlichen Erlasses vom 22. April 1969 zur Festlegung der erforderlichen Befähigungsnachweise der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und des sozialpsychologischen Personals der Einrichtungen des staatlichen Vor-, Primar-, Förder- und Mittelschulwesens, des technischen Unterrichts, des Kunstunterrichts und des Normalschulwesens und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate*

Art. 28 - In Artikel 7 Nummer 8 des Königlichen Erlasses vom 22. April 1969 zur Festlegung der erforderlichen Befähigungsnachweise der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und des sozialpsychologischen Personals der Einrichtungen des staatlichen Vor-, Primar-, Förder- und Mittelschulwesens, des technischen Unterrichts, des Kunstunterrichts und des Normalschulwesens und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate, eingefügt durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird folgender Absatz 2 eingefügt:

«Als erforderlicher Befähigungsnachweis gilt ebenfalls jedes Diplom, das nach erfolgreichem Abschluss einer Ausbildung des Hochschulwesens des zweiten Grades ausgestellt wurde, deren Hauptkurse mit dem Amt des Förderpädagogen im Regelgrundschulwesen im Zusammenhang stehen. Die Regierung entscheidet in diesem Fall auf der Grundlage eines Gutachtens der Schulinspektion, ob das Diplom zur Ausübung des Amtes befähigt.»

Art. 29 - Artikel 12 Absätze 3 und 4 desselben Königlichen Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 31. August 2000, werden wie folgt ersetzt:

«Die in Artikel 10 Nummern 1-11, 15 und 16 angeführte nützliche Berufserfahrung ist als Lehrer oder Dozent in einer Unterrichtseinrichtung, die von einer Gebietskörperschaft eines Mitgliedstaates der Europäischen Union organisiert, subventioniert oder anerkannt ist, zu erbringen.

Die in Artikel 10 Absätze 12-14 und 17 angeführte nützliche Berufserfahrung setzt sich wie folgt zusammen:

1. zwei Jahre nützliche Berufserfahrung sind als Lehrer oder Dozent in einer Unterrichtseinrichtung, die von einer Gebietskörperschaft eines Mitgliedstaates der Europäischen Union organisiert, subventioniert oder anerkannt ist, zu erbringen;

2. die übrigen Jahre der erforderlichen nützlichen Berufserfahrung sind im Rahmen einer beruflichen Tätigkeit zu erbringen, die in Zusammenhang mit dem an der Hochschule ausgeübten Amt steht.»

Art. 30 - In Artikel 13^{sexies} § 2 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 23. März 2009, wird folgender Absatz 2 eingefügt:

«Als Lehrbefähigung gilt ebenfalls ein von einer Einrichtung des Teilzeitkunstunterrichts für das ausgeübte Amt ausgestelltes pädagogisches Befähigungsdiplom, selbst wenn dessen Gültigkeit erloschen ist.»

KAPITEL 4 — *Abänderung des Königlichen Erlasses vom 22. Juli 1969 zur Festlegung der Anwerbungsämter, welche die Personalmitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Unterrichtseinrichtungen bekleiden müssen, um in ein Auswahlamt ernannt zu werden*

Art. 31 - In Artikel 2 des Königlichen Erlasses vom 22. Juli 1969 zur Festlegung der Anwerbungsämter, welche die Personalmitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Unterrichtseinrichtungen bekleiden müssen, um in ein Auswahlamt ernannt zu werden, wird die Zeile über den förderpädagogischen Koordinator in einer Fördergrund- und -sekundarschule, eingefügt durch das Dekret vom 16. Januar 2012, gestrichen.

KAPITEL 5 — *Abänderung des Königlichen Erlasses vom 16. Januar 1970 zur Gewährung eines Gehaltszuschlags für gewisse Mitglieder des Unterrichtspersonals, die Inhaber besonderer Diplome sind*

Art. 32 - In Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe *d*) des Königlichen Erlasses vom 16. Januar 1970 zur Gewährung eines Gehaltszuschlags für gewisse Mitglieder des Unterrichtspersonals, die Inhaber besonderer Diplome sind, abgeändert durch das Dekret vom 16. Juli 2012, wird die Zahl "2018" durch die Zahl "2017" ersetzt.

KAPITEL 6 — *Abänderung des Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 über die Planstellen, Gehälter, Gehaltssubventionen und die Urlaube wegen verkürzter Dienstleistungen im Unterrichtswesen und in den PMS-Zentren*

Art. 33 - In Artikel 8 § 1 des Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 über die Planstellen, Gehälter, Gehaltssubventionen und die Urlaube wegen verkürzter Dienstleistungen im Unterrichtswesen und in den PMS-Zentren, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird zwischen Absatz 1 und 2, der zu Absatz 3 wird, folgender Absatz 2 eingefügt:

«In Abweichung von Absatz 1 können Personalmitglieder, die vollzeitig wegen Stellenmangels zur Disposition stehen und die Gesamtdauer der Zahlung eines Wartegehaltes bzw. einer Wartegehaltssubvention ausgeschöpft haben, nicht zur Disposition aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand gestellt werden.»

KAPITEL 7 — *Abänderung des Dekrets vom 27. Juni 1990 zur Bestimmung der Weise, wie die Dienstposten für das Personal im Förderschulwesen festgelegt werden*

Art. 34 - Artikel 5^{quinquies} des Dekrets vom 27. Juni 1990 zur Bestimmung der Weise, wie die Dienstposten für das Personal im Förderschulwesen festgelegt werden, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird wie folgt ersetzt:

«Art. 5^{quinquies} - Zur Erfüllung der in Artikel 6 Absatz 1 Nummern 3, 5, 6 und 9 bis 12 des Dekrets vom 11. Mai 2009 über das Zentrum für Förderpädagogik, zur Verbesserung der sonderpädagogischen Förderung in den Regel- und Förderschulen sowie zur Unterstützung der Förderung von Schülern mit Beeinträchtigung, Anpassungs- oder Lernschwierigkeiten in den Regel- und Förderschulen angeführten Aufgaben werden dem Zentrum für Förderpädagogik 11,5 Stellen als förderpädagogische Berater in einer Fördergrund- und -sekundarschule zur Verfügung gestellt.»

Art. 35 - In Artikel 24 Absatz 1 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird das Wort "drei" durch das Wort "vier" ersetzt.

Art. 36 - Artikel 34.2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 16. Januar 2012, wird aufgehoben.

KAPITEL 8 — *Abänderung des Dekrets vom 18. April 1994 bezüglich der Einsetzung des Prüfungsausschusses der Deutschsprachigen Gemeinschaft für den Sekundarunterricht sowie der Durchführung der Prüfungen vor diesem Ausschuss*

Art. 37 - Artikel 1 Absatz 2 des Dekrets vom 18. April 1994 bezüglich der Einsetzung des Prüfungsausschusses der Deutschsprachigen Gemeinschaft für den Sekundarunterricht sowie der Durchführung der Prüfungen vor diesem Ausschuss, abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 1998, wird wie folgt ersetzt:

«Der Ausschuss verleiht folgende Zeugnisse:

1. das Abschlusszeugnis der Unterstufe des Sekundarunterrichts, allgemeinbildender Unterricht;
2. das Abschlusszeugnis der Unterstufe des Sekundarunterrichts, technischer Unterricht;
3. das Abschlusszeugnis der Unterstufe des Sekundarunterrichts, berufsbildender Unterricht;
4. das Abschlusszeugnis der Oberstufe des Sekundarunterrichts, allgemeinbildender Unterricht;
5. das Abschlusszeugnis der Oberstufe des Sekundarunterrichts, technischer Unterricht;
6. das Abschlusszeugnis der Oberstufe des Sekundarunterrichts, berufsbildender Unterricht;
7. das Reifezeugnis (= Hochschulzugangsberechtigung).»

Art. 38 - Artikel 2 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "und Ersatzprüfern" gestrichen.
2. In Absatz 2 wird die Wortfolge "bzw. die Ersatzprüfer" gestrichen.

Art. 39 - Artikel 5 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1, ersetzt durch das Dekret vom 27. Juni 2011, wird wie folgt ersetzt:

«Der Vorsitzende wählt die Prüfer fachbezogen unter den Mitgliedern des Direktions- und Lehrpersonals des Sekundar- und des Hochschulwesens, der schulischen Weiterbildung sowie unter Personen mit einer entsprechenden Lehrbefähigung aus. Als Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals gelten hier auch die sich im Ruhestand befindenden Personen.»

2. In Absatz 2, eingefügt durch das Dekret vom 27. Juni 2011, wird die Wortfolge "und Ersatzprüfer" gestrichen.
3. Absatz 4 wird aufgehoben.

Art. 40 - Artikel 6 desselben Dekrets wird aufgehoben.

Art. 41 - In Artikel 13 desselben Dekrets wird folgender Absatz 2 eingefügt:

«Jeder Kandidat kann sich ausschließlich zu einer Studienrichtung pro Prüfungssitzung einschreiben.»

Art. 42 - Artikel 14 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1, abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 1998, wird die Wortfolge "sowie des Kunstunterrichts" gestrichen.

2. Folgender Absatz 3 wird eingefügt:

«In Abweichung von Absatz 1 werden zu den Prüfungen der Studienrichtung der berufsbildenden Oberstufe des Sekundarunterrichts "Spezialisierungsjahr allgemeinbildende Kurse" ausschließlich folgende Kandidaten zugelassen:

1. die Schüler, die das sechste Studienjahr des berufsbildenden Sekundarunterrichts mit Erfolg abgeschlossen haben;

2. die Schüler, die im Besitz des Abschlusszeugnisses der Unterstufe des Sekundarunterrichts oder eines diesem gleichgestellten Studiennachweises sind, die mittelständische Lehre mit Erfolg abgeschlossen haben und Inhaber des gemäß Artikel 7 § 6 Absatz 2 des Dekrets vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen verliehenen Gesellenzeugnisses bzw. eines außerhalb Belgiens erworbenen und durch die Regierung dem Gesellenzeugnis als gleichwertig erklärten mittelständischen Ausbildungsnachweises sind.»

Art. 43 - In Artikel 17 desselben Dekrets wird folgender Absatz 2 eingefügt:

«Die Studienprogramme beziehen sich auf die in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gültigen Rahmenpläne.»

Art. 44 - In Artikel 19 Absatz 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge "des Sekundarunterrichts, technischer und Kunstunterricht," durch die Wortfolge "des technischen Sekundarunterrichts" ersetzt.

Art. 45 - In Artikel 21 Absatz 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge "des Sekundarunterrichts, technischer und Kunstunterricht," durch die Wortfolge "des technischen Sekundarunterrichts" ersetzt.

Art. 46 - In Artikel 25 Absatz 2 desselben Dekrets wird das Wort "außerdem" durch die Wortfolge "zusätzlich oder ausschließlich" ersetzt.

Art. 47 - In Artikel 30 desselben Dekrets wird folgender Absatz 3 eingefügt:

«Der Prüfungsausschuss kann bei schwerer Störung des Prüfungsverfahrens sowie bei Täuschungshandlungen während des Prüfungsverlaufs den Kandidaten von den Prüfungssitzungen des nächsten Jahres ausschließen. Der Ausschluss wird dem Kandidaten schriftlich mitgeteilt.»

Art. 48 - In das Kapitel V desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 17. Juli 1995, wird folgender Artikel 36.1 eingefügt:

«*Art. 36.1* - Der Kandidat kann den in Artikel 93.33 und 93.38 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen angeführten Nachteilsausgleich und Notenschutz beantragen.

Der Kandidat reicht bei der Einschreibung zu einer Prüfungssitzung einen Antrag auf Nachteilsausgleich oder Notenschutz beim Vorsitzenden des Ausschusses ein. Hierzu nutzt er ein von der Regierung festgelegtes Antragsformular. Wird der Antrag auf Nachteilsausgleich oder Notenschutz nach Ablauf der Einschreibefrist zu einer Prüfungssitzung eingereicht, wird er von Amts wegen abgelehnt.

Dem Antrag auf Nachteilsausgleich wird ein Gutachten einer fachkundigen Einrichtung beigelegt, das dem in Artikel 93.34 § 1 Absätze 2 und 3 desselben Dekrets vom 31. August 1998 angeführten Gutachten entspricht. Dem Antrag auf Notenschutz wird ein Gutachten einer fachkundigen Einrichtung beigelegt, das dem in Artikel 93.39 § 1 Absätze 2 und 3 desselben Dekrets vom 31. August 1998 angeführten Gutachten entspricht.

Das Einreichen eines Antrags eröffnet keinen Rechtsanspruch auf die im Gutachten empfohlenen Ausgleichsmaßnahmen oder empfohlenen Teilbereiche für den Notenschutz.

Die Artikel 93.35 und 93.40 desselben Dekrets vom 31. August 1998 finden Anwendung auf den Ausschuss, wobei unter Schulleiter und Schulinspektion der Vorsitzende des Ausschusses und unter Mitgliedern des Direktions-, Lehr-, Erziehungshilfs-, paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals die Mitglieder des Ausschusses zu verstehen sind.»

Art. 49 - Artikel 37 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

«Gegen die Nichtvergabe eines Zeugnisses kann bei der in Artikel 38 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen angeführten Einspruchskammer gemäß Artikel 39 desselben Dekrets Einspruch eingelegt werden.

Gegen die Wertung einzelner Prüfungen kann kein Einspruch eingelegt werden.»

Art. 50 - In Artikel 38 desselben Dekrets werden folgende Absätze 2 und 3 eingefügt:

«Die Einsicht in die Prüfungsunterlagen findet im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft unter Aufsicht des Schriftführers oder stellvertretenden Schriftführers statt.

Dem Kandidaten wird nur Einsicht in die ihn betreffenden Prüfungsunterlagen gewährt.»

KAPITEL 9 — *Abänderung des Erlasses der Regierung vom 9. November 1994
bezüglich der Laufbahnunterbrechung im Unterrichtswesen und in den Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren*

Art. 51 - In Artikel 3bis § 2 Absatz 2 des Erlasses der Regierung vom 9. November 1994 bezüglich der Laufbahnunterbrechung im Unterrichtswesen und in den Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 30. August 2001 und abgeändert durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird die Wortfolge "Amt des Direktionssekretärs" durch die Wortfolge "Amt des Direktionssekretärs, das Amt des förderpädagogischen Beraters in einer Fördergrund- und -sekundarschule" ersetzt.

Art. 52 - In Artikel 4ter desselben Erlasses der Regierung, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 30. August 2001 und ersetzt durch das Dekret vom 11. Dezember 2012, werden folgende Paragraphen 4 bis 6 eingefügt:

«§ 4 - Unbeschadet des § 3 hat das Personalmitglied das Recht, im Anschluss an den Elternschaftsurlaub an seinen früheren Arbeitsplatz zurückzukehren oder, wenn dies nicht möglich ist, eine gleichwertige oder ähnliche Arbeit zugewiesen zu bekommen.

§ 5 - Das Personalmitglied kann eine Anpassung seiner Arbeitszeiten für eine Dauer von sechs Monaten nach Ende des Elternschaftsurlaubs beantragen. Die Anpassung der Arbeitszeit berücksichtigt das Interesse des Dienstes und das des betroffenen Personalmitglieds im Hinblick auf eine bessere Vereinbarkeit zwischen dem Berufs- und dem Familienleben.

Der Antrag auf Anpassung der Arbeitszeit muss mindestens drei Wochen vor dem Ende des Elternschaftsurlaubs über den Schulleiter schriftlich beim Schulträger eingereicht werden, der die Entscheidung in Absprache mit dem Schulleiter trifft.

Bei Ablehnung des Antrags wird die Begründung dem betroffenen Personalmitglied mindestens eine Woche vor dem Ende des Elternschaftsurlaubs schriftlich mitgeteilt.

§ 6 - Die in den §§ 4 und 5 vorgesehenen Bestimmungen dienen der Umsetzung der Richtlinie 2010/18/EU des Rates der Europäischen Union vom 8. März 2010 zur Durchführung der von BUSINESSEUROPE, UEAPME, CEEP und EGB geschlossenen überarbeiteten Rahmenvereinbarung über den Elternurlaub und zur Aufhebung der Richtlinie 96/34/EG.»

Art. 53 - In Artikel 12 Absatz 2 desselben Erlasses der Regierung, ersetzt durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird die Wortfolge "Die Laufbahnunterbrechung wird von Rechts wegen in eine Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen umgewandelt" durch die Wortfolge "Die vollzeitige Laufbahnunterbrechung wird von Rechts wegen in eine Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen umgewandelt und die teilzeitige Laufbahnunterbrechung wird von Rechts wegen in einen Urlaub wegen verringerter Dienstleistungen aus persönlichen Gründen umgewandelt" ersetzt.

*KAPITEL 10 — Abänderung des Dekrets vom 31. August 1998
über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen
und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen*

Art. 54 - In Artikel 4 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 25. Oktober 2010, wird folgende Nummer 36 eingefügt:

«36. Werktag: die Wochentage Montag bis Freitag mit Ausnahme der gesetzlich festgelegten Feiertage.»

Art. 55 - Artikel 38 § 1 Nummern 2 und 3 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

«2. eingeschränkte Versetzung oder Nichtversetzung im Sekundarschulwesen,

3. Nichtvergabe eines Studiennachweises durch

a) den Klassenrat,

b) den Prüfungsausschuss zur Vergabe des Befähigungsnachweises,

c) den Prüfungsausschuss für den Sekundarunterricht,

d) den Prüfungsausschuss zur schulexternen Vergabe des Abschlusszeugnisses der Grundschule.»

Art. 56 - Artikel 39 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. § 1 Absatz 1, ersetzt durch das Dekret vom 6. Juni 2005 und abgeändert durch das Dekret vom 25. Mai 2009, wird wie folgt ersetzt:

«Der Erziehungsberechtigte bzw. der Kandidat, der eine in Artikel 38 § 1 Nummern 2 und 3 angeführte Entscheidung beanstanden möchte, wendet sich spätestens am zweiten Werktag nach Mitteilung der Entscheidung an den Schulleiter bzw. den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses. Der Schulleiter bzw. der Vorsitzende des Prüfungsausschusses bestätigt am selben Tag die Entscheidung des Klassenrates oder legt aus formalen oder inhaltlichen Gründen diesen Fall umgehend erneut dem Klassenrat bzw. dem Prüfungsausschuss zur Entscheidung vor. Der Klassenrat entscheidet nach Möglichkeit am selben Tag, spätestens aber am darauffolgenden Werktag. Der Prüfungsausschuss entscheidet innerhalb einer Frist von zehn Werktagen.»

2. § 1 Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

«Ist der Erziehungsberechtigte bzw. der Kandidat mit der Bestätigung durch den Schulleiter bzw. den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses oder mit der erneuten Entscheidung des Klassenrates bzw. des Prüfungsausschusses nicht einverstanden, hat er das Recht, die Einspruchskammer mit der Angelegenheit zu befassen.»

3. In § 2, abgeändert durch das Dekret vom 16. Januar 2012, wird das Wort "Schüler" durch die Wortfolge "Schüler bzw. Kandidaten" ersetzt.

4. In § 3 Absatz 2 wird das Wort "Schule" durch die Wortfolge "Schule bzw. vom Prüfungsausschuss" und das Wort "Klassenrat" durch die Wortfolge "Klassenrat bzw. der Prüfungsausschuss" ersetzt.

5. In § 4 Absatz 1 wird das Wort "Klassenrat" durch die Wortfolge "Klassenrat bzw. der Prüfungsausschuss" ersetzt.

6. In § 4 Absatz 2 wird das Wort "Klassenrates" durch die Wortfolge "Klassenrates bzw. des Prüfungsausschusses" ersetzt.

Art. 57 - In Artikel 93.6 § 4 Absatz 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird das Wort "Arbeitstagen" durch das Wort "Werktagen" ersetzt.

Art. 58 - In Artikel 93.11 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird folgender Absatz 2 eingefügt:

«Die in Artikel 93.12 § 1 Absatz 1 angeführten Mitglieder werden vom Vorsitzenden der Förderkonferenz mindestens zehn Werktage vor der Sitzung der Förderkonferenz schriftlich eingeladen.»

Art. 59 - In Artikel 93.13 § 1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und abgeändert durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird folgender Absatz 3 eingefügt:

«Die Tatsache, dass ein Mitglied der Förderkonferenz bzw. sein Vertreter bei der Sitzung der Förderkonferenz nicht erscheint, hindert die Förderkonferenz nicht daran, in der Angelegenheit zu entscheiden.»

Art. 60 - In Artikel 93.14 Absatz 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird das Wort "Arbeitstagen" durch das Wort "Werktagen" ersetzt.

Art. 61 - Artikel 93.15 Absatz 1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 2 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.
2. Folgende Nummer 3 wird eingefügt:
«3. falls vorhanden, die in Artikel 93.33 angeführten Nachteilsausgleichsmaßnahmen.»

Art. 62 - Artikel 93.21 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "acht Kalendertagen" durch die Wortfolge "zehn Werktagen" ersetzt.
2. In Absatz 2 wird das Wort "Arbeitstagen" durch das Wort "Werktagen" ersetzt.

Art. 63 - In Artikel 93.22 § 3 Absatz 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird das Wort "Arbeitstagen" durch das Wort "Werktagen" ersetzt.

Art. 64 - In Artikel 93.23 Absatz 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird das Wort "Arbeitstagen" durch das Wort "Werktagen" ersetzt.

Art. 65 - In Artikel 93.24 § 1 Absatz 1 Nummer 6 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird die Wortfolge "der Schulinspektion und Schulentwicklungsberatung" durch die Wortfolge "des für die Pädagogik zuständigen Fachbereichs des Ministeriums" ersetzt."

Art. 66 - In Artikel 93.28 Absatz 1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird das Wort "Arbeitstage" durch das Wort "Werktage" und die Wortfolge "zehn Arbeitstagen" durch die Wortfolge "15 Werktagen" ersetzt.

Art. 67 - In Artikel 93.29 Absatz 1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird das Wort "Arbeitstage" durch das Wort "Werktage" und die Wortfolge "zehn Arbeitstagen" durch die Wortfolge "15 Werktagen" ersetzt."

Art. 68 - In Artikel 93.30 Absatz 1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird das Wort "Arbeitstagen" durch das Wort "Werktagen" ersetzt.

Art. 69 - In Artikel 93.31 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird das Wort "Arbeitstagen" durch das Wort "Werktagen" ersetzt.

Art. 70 - In dasselbe Dekret, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird folgendes Kapitel VIIIter eingefügt:

«Kapitel VIIIter - Nachteilsausgleich und Notenschutz»

Art. 71 - In das Kapitel VIIIter desselben Dekrets wird folgender Abschnitt 1 eingefügt:

«Abschnitt 1 - Der Nachteilsausgleich»

Art. 72 - In das Kapitel VIIIter Abschnitt 1 desselben Dekrets wird folgender Artikel 93.33 eingefügt:

«Art. 93.33 – Definition

Der Nachteilsausgleich zielt auf die Korrektur einer unausgeglichene Situation in der Primar- und Sekundarstufe ab, um einer Diskriminierung der Schüler mit besonderem Förderbedarf vorzubeugen.

Der Nachteilsausgleich definiert sich durch angemessene pädagogische Vorkehrungen, die ein spezifisches individuelles Defizit ausgleichen sollen und damit die Schüler mit besonderem Förderbedarf in die Lage versetzen, die erworbenen Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten zum Ausdruck bringen zu können.

Die Kompetenzanforderungen der entsprechenden Rahmen- und Lehrpläne sind zu erreichen. Das Gewähren von Nachteilsausgleichsmaßnahmen stellt eine zielgleiche Förderung nicht infrage. Der Nachteilsausgleich wird nicht im Zeugnis vermerkt.

Unter Schülern mit besonderem Förderbedarf versteht man:

1. Schüler mit einer sensorischen Beeinträchtigung oder einer Wahrnehmungsstörung;
2. Schüler mit festgestellten besonderen Lernbedürfnissen bzw. Teilleistungsstörungen;
3. Schüler mit einer körperlichen Beeinträchtigung oder einer vorübergehenden Funktionsbeeinträchtigung.»

Art. 73 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 93.34 eingefügt:

«Art. 93.34 – Antragstellung

§ 1 - Die Erziehungsberechtigten reichen einen Antrag auf Nachteilsausgleich beim Leiter der Schule ein, in der das Kind oder der Jugendliche eingeschrieben werden soll oder eingeschrieben ist. Hierzu nutzen sie ein von der Regierung festgelegtes Antragsformular.

Dem Antrag wird ein Gutachten einer fachkundigen Einrichtung beigelegt, das nicht älter als sechs Monate ist und das die Notwendigkeit des Nachteilsausgleichs begründet. Das Gutachten wird von den Erziehungsberechtigten eingeholt.

Das in Absatz 2 angeführte Gutachten beinhaltet folgende Angaben:

1. Name der Einrichtung,
2. Titel und berufliche Referenzen des/der Sachverständigen, der/die die Auswertung und das Gutachten des Schülers erstellt hat/haben,
3. die Art der medizinischen, psychologischen und allgemeinen Probleme des Schülers,
4. die zur Feststellung verwendeten Tests und Techniken,
5. relevante Stärken und Schwächen des Schülers, deren Auswirkungen auf den Lernprozess,
6. Empfehlungen zu Ausgleichsmaßnahmen.

Das Einreichen eines Antrags eröffnet keinen Rechtsanspruch auf die im Gutachten empfohlenen Ausgleichsmaßnahmen.

§ 2 - In Abweichung von § 1 ist kein Antrag auf Nachteilsausgleichsmaßnahmen zu stellen, wenn der Schüler durch einen Förderpädagogen im Rahmen der niederschweligen Förderung an Schulen bereits unterstützt wird.

In Abweichung von § 1 ist kein Antrag auf Nachteilsausgleichsmaßnahmen zu stellen, wenn der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Rahmen der hochschweligen Förderung an Schulen bereits unterstützt wird. Nachteilsausgleichsmaßnahmen werden in dem in Artikel 93.15 angeführten individuellen Förderplan des Schülers vermerkt.

§ 3 - In Abweichung von § 1 kann der Schulleiter nach Rücksprache mit den Erziehungsberechtigten Nachteilsausgleichsmaßnahmen für einen Schüler festlegen.»

Art. 74 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 93.35 eingefügt:

«Art. 93.35 – Entscheidung über die Nachteilsausgleichsmaßnahmen

§ 1 - Gibt der Schulleiter dem in Artikel 93.34 § 1 angeführten Antrag statt, legt er innerhalb von 15 Werktagen nach der Antragstellung angemessene Nachteilsausgleichsmaßnahmen unter Berücksichtigung der in Artikel 93.34 § 1 Absatz 3 Nummer 6 angeführten Empfehlungen und unter Mitwirkung der mit der Durchführung der Nachteilsausgleichsmaßnahmen betrauten Mitglieder des Direktions-, Lehr-, Erziehungshilfs-, paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals und des Personals des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen schriftlich auf einem von der Regierung festgelegten Antragsformular fest. Die Schulferien gelten nicht als Werktage.

Unbeschadet von Absatz 1 berücksichtigen der Schulleiter und die mit der Durchführung der Maßnahmen betrauten Mitglieder des Direktions-, Lehr-, Erziehungshilfs-, paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals und die Verantwortlichen der technischen und fachlichen Unterrichte und Betriebe die Sicherheits- und Hygieneanforderungen bzw. die betrieblichen Anforderungen bei der Festlegung von Nachteilsausgleichsmaßnahmen, wenn der Antrag einen Schüler des technischen Übergangs- und Befähigungsunterrichts, des berufsbildenden Befähigungsunterrichts oder des Teilzeitunterrichts betrifft. Dies kann dazu führen, dass aufgrund dieser Anforderungen in Teilbereichen kein Nachteilsausgleich gewährt werden kann.

Die Nachteilsausgleichsmaßnahmen können technischer, personeller, organisatorischer oder infrastruktureller Natur sein.

Bei der Festlegung der Nachteilsausgleichsmaßnahmen kann sich der Schulleiter von externen Experten beraten lassen.

§ 2 - Unter angemessenen Nachteilsausgleichsmaßnahmen versteht man folgende Maßnahmen:

1. sie sind gezielt an den individuellen Bedarf des Schülers angepasst;
2. sie sorgen dafür, dass der Schüler sich seinen Möglichkeiten entsprechend an allen schulischen Aktivitäten beteiligen kann;
3. sie sorgen dafür, dass die Autonomie des Schülers bei der Bewältigung der an ihn gestellten Anforderungen gewährleistet bleibt;
4. sie werden so getroffen, dass die Sicherheit und die Würde der Person mit besonderem Förderbedarf gewährleistet sind.

Eine Nachteilsausgleichsmaßnahme, deren finanzieller und/oder organisatorischer Aufwand in einem ungünstigen Verhältnis zum Nutzen steht, ist als unangemessen zu betrachten.

§ 3 - Der Schulleiter teilt den Erziehungsberechtigten die Entscheidung über die Nachteilsausgleichsmaßnahmen binnen fünf Werktagen nach dem Tag, an dem die Entscheidung getroffen wurde, per Einschreiben oder per Aushändigung mit Empfangsbestätigung mit. Das Datum des Poststempels oder der Empfangsbestätigung ist maßgebend.

Gleichzeitig teilt der Schulleiter den mit der Durchführung der Nachteilsausgleichsmaßnahmen betrauten Mitglieder des Direktions-, Lehr-, Erziehungshilfs-, paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals und des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen die Entscheidung über die Nachteilsausgleichsmaßnahmen schriftlich mit.»

Art. 75 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 93.36 eingefügt:

«Art. 93.36 – Gültigkeit der Nachteilsausgleichsmaßnahmen

Die Nachteilsausgleichsmaßnahmen sind ab dem Tag der in Artikel 93.35 angeführten Entscheidung höchstens für das laufende Schuljahr und das darauffolgende Schuljahr gültig und können mit dem Einverständnis der Erziehungsberechtigten auf den in Artikel 93.34 § 1 angeführten Antrag angepasst oder für höchstens zwei Schuljahre verlängert werden.

Die Gültigkeitsdauer der Nachteilsausgleichsmaßnahmen wird in der in Artikel 93.35 und 93.37 Absatz 3 angeführten Entscheidung vermerkt.

Im Falle eines Schulwechsels sind die Nachteilsausgleichsmaßnahmen für die aufnehmende Schule verbindlich. Es obliegt den Erziehungsberechtigten die aufnehmende Schule über die gewährten Nachteilsausgleichsmaßnahmen zu informieren und dieser alle für relevant erachteten Unterlagen zukommen zu lassen.»

Art. 76 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 93.37 eingefügt:

«Art. 93.37 – Überprüfung der Nachteilsausgleichsmaßnahmen

Der Schulleiter ist verantwortlich für die Umsetzung der in Artikel 93.35 angeführten Entscheidung.

Sollten Nachteilsausgleichsmaßnahmen vor Ablauf der Gültigkeitsdauer nicht mehr notwendig sein, kann der Schulleiter diese mit schriftlichem Einverständnis oder auf Antrag der Erziehungsberechtigten aufheben.

Stellen die Erziehungsberechtigten vor Ablauf der Gültigkeitsdauer der Nachteilsausgleichsmaßnahmen einen Antrag auf Verlängerung, werden die festgelegten Nachteilsausgleichsmaßnahmen vom Schulleiter unter Mitwirkung der mit der Durchführung der Nachteilsausgleichsmaßnahmen betrauten Mitglieder des Direktions-, Lehr-, Erziehungshilfs-, paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals und des Personals des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen überprüft, angepasst, verlängert oder aufgehoben. Die Entscheidung und die Gültigkeit der Nachteilsausgleichsmaßnahmen entsprechen den Artikeln 93.35 und 93.36.

Die Erneuerung des Gutachtens ist nicht zwingend erforderlich, obliegt allerdings der Einschätzung der mit der Durchführung der Nachteilsausgleichsmaßnahmen betrauten Mitglieder des Direktions-, Lehr-, Erziehungshilfs-, paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals und des Personals des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Ein Gutachten kann jedoch nur maximal sechs Jahre gültig sein.»

Art. 77 - In das Kapitel VIII^{ter} desselben Dekrets wird folgender Abschnitt 2 eingefügt:

«Abschnitt 2 - Der Notenschutz»

Art. 78 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 93.38 eingefügt:

«Art. 93.38 – *Definition*

Notenschutz ist die Nichtbewertung des Schülers in einem oder mehreren Teilbereichen der im Rahmenplan bzw. Lehrplan beschriebenen Kompetanzanforderungen und kann nur für die Primar- und Sekundarschule angefragt werden.

Notenschutz ist die Maßnahme, die den Schüler mit besonderem Förderbedarf bei der Leistungsermittlung und -bewertung vor den möglichen negativen Auswirkungen seiner Beeinträchtigung auf seine Schullaufbahn, seine Motivation sowie auf seine psychische Entwicklung schützen soll.

Nachteilsausgleichsmaßnahmen haben gegenüber dem Notenschutz Vorrang.

Schüler, deren Beeinträchtigung im geistigen Bereich liegt und die einen unterdurchschnittlichen Intelligenzquotienten aufweisen, kommen nicht in den Genuss des Notenschutzes. Der durchschnittliche Intelligenzquotient liegt bei 100 mit Standardabweichung 15. Ein unterdurchschnittlicher Intelligenzquotient liegt also bei unter 85.»

Art. 79 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 93.39 eingefügt:

«Art. 93.39 – *Antragstellung*

§ 1 - Die Erziehungsberechtigten reichen einen Antrag auf Notenschutz beim Leiter der Schule ein, in der das Kind oder der Jugendliche eingeschrieben werden soll oder eingeschrieben ist. Hierzu nutzen sie ein von der Regierung festgelegtes Antragsformular.

Dem Antrag werden die Entscheidung des Schulleiters zu den Nachteilsausgleichsmaßnahmen, die bereits dokumentierten Maßnahmen zum Nachteilsausgleich und ein Gutachten einer fachkundigen Einrichtung beigefügt. Das Gutachten ist nicht älter als sechs Monate und begründet die Notwendigkeit des Notenschutzes und wird von den Erziehungsberechtigten eingeholt. Wird das Gutachten von einer Einrichtung erstellt, die nicht das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen ist, so müssen die Erziehungsberechtigten das Gutachten durch das Zentrum anerkennen lassen. Das Zentrum prüft innerhalb von 15 Werktagen, inwiefern das Gutachten die unten stehenden Angaben beinhaltet. Sollte das Zentrum zu dem Schluss kommen, dass das Gutachten nach inhaltlicher Prüfung nicht anerkannt werden kann oder dass es nicht die in Absatz 3 angeführten Angaben beinhaltet, schickt es eine mit Gründen versehene Absage per einfachem Schreiben an die Erziehungsberechtigten. Es obliegt den Erziehungsberechtigten beim Zentrum oder einer anderen Einrichtung ein neues Gutachten in Auftrag zu geben. Das Zentrum führt eine aktualisierte Liste, die der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird, in der die vom Zentrum anerkannten Tests und Techniken zur Feststellung der medizinischen, psychologischen und allgemeinen Probleme aufgeführt sind.

Das in Absatz 2 angeführte Gutachten beinhaltet folgende Angaben:

1. Name der Einrichtung,
2. Titel und berufliche Referenzen des/der Sachverständigen, der/die die Auswertung und das Gutachten des Schülers erstellt hat/haben,
3. die Art der medizinischen, psychologischen und allgemeinen Probleme des Schülers,
4. die zur Feststellung verwendeten Tests und Techniken,
5. relevante Stärken und Schwächen des Schülers, deren Auswirkungen auf den Lernprozess,
6. Empfehlungen zu relevanten Teilbereichen für den Notenschutz.

Das Einreichen eines Antrags eröffnet keinen Rechtsanspruch auf die im Gutachten empfohlenen Teilbereiche für den Notenschutz.

§ 2 - Der Schulleiter nimmt nach Rücksprache mit den betroffenen Mitgliedern des Direktions-, Lehr-, Erziehungshilfs-, paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals und des Personals des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen innerhalb von 15 Werktagen Stellung zum in § 1 angeführten Antrag und definiert unter Berücksichtigung der in § 1 Absatz 3 Nummer 6 angeführten Empfehlungen die vom Notenschutz betroffenen Teilbereiche des Rahmenplans bzw. des Lehrplans und sendet den vervollständigten Antrag der Schulinspektion per einfachem Schreiben zu. Die Schulferien gelten nicht als Werktage.

Der Antrag des Schulleiters beinhaltet:

1. den in § 1 angeführten Antrag und dessen Anlagen,
2. die Stellungnahme des Schulleiters,
3. Empfehlungen zu relevanten Teilbereichen des Rahmenplans oder des Lehrplans für den Notenschutz;
4. alle anderen für relevant erachteten Unterlagen.

Bei der Stellungnahme kann sich der Schulleiter von externen Experten beraten lassen.

§ 3 - In Abweichung von §§ 1 und 2 stellt der Vorsitzende der Förderkonferenz in Absprache mit den in Artikel 93.12 § 1 angeführten Mitgliedern der Förderkonferenz einen Antrag auf Notenschutz, wenn der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Rahmen der hochschwelligen Förderung in der Regelschule bereits unterstützt wird. Hierzu nutzt er ein von der Regierung festgelegtes Antragsformular.

Der Antrag des Vorsitzenden der Förderkonferenz beinhaltet:

1. den in Absatz 1 angeführten Antrag,
2. das bereits vorliegende Gutachten zur Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs, das in Artikel 93.7 angeführt ist,
3. den in Artikel 93.15 angeführten individuellen Förderplan des Schülers,

4. die von den Mitgliedern der Förderkonferenz festgehaltene Entscheidung zum Nachteilsausgleich und die Dokumentation der bereits in diesem Bereich durchgeführten Maßnahmen,
5. die Stellungnahme der Mitglieder der Förderkonferenz,
6. Empfehlungen zu relevanten Teilbereichen des Rahmenplans oder des Lehrplans für den Notenschutz,
7. alle anderen für relevant erachteten Unterlagen.

Das Einreichen eines Antrags eröffnet keinen Rechtsanspruch auf die im Antrag empfohlenen Teilbereiche für den Notenschutz.

Der Vorsitzende der Förderkonferenz sendet den Antrag der Schulinspektion per einfachem Schreiben zu.

§ 4 - Unbeschadet von §§ 2 und 3 berücksichtigen der Schulleiter und die mit der Durchführung der Maßnahmen betrauten Mitglieder des Direktions-, Lehr-, Erziehungshilfs-, paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals, die Mitarbeiter des Zentrums für die gesunde Entwicklung für Kinder und Jugendlichen und die Verantwortlichen der technischen und fachlichen Unterrichte und Betriebe die Sicherheits- und Hygieneanforderungen bzw. die betrieblichen Anforderungen bei den Empfehlungen zu relevanten Teilbereichen des Rahmenplans oder des Lehrplans für den Notenschutz, wenn der Antrag einen Schüler des technischen Übergangs- und Befähigungsunterrichts, des berufsbildenden Befähigungsunterrichts oder des Teilzeitunterrichts betrifft. Dies kann dazu führen, dass aufgrund dieser Anforderungen in Teilbereichen kein Notenschutz gewährt werden kann.

§ 5 - Wird ein Notenschutz zum ersten Mal im ersten Sekundarschuljahr oder im ersten Primarschuljahr beantragt, so ist eine Frist von zwei Beobachtungsmonaten einzuhalten, bevor der Antrag seitens der Erziehungsberechtigten eingereicht werden kann. "

Art. 80 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 93.40 eingefügt:

«Art. 93.40 – Entscheidung der Schulinspektion

Die Schulinspektion entscheidet innerhalb von zwanzig Werktagen nach Erhalt des in Artikel 93.39 § 2 oder § 3 angeführten Antrags über den Notenschutz. Da die jeweiligen Abschlusszeugnisse als vollwertige Diplome zu betrachten sind, wird bei der Genehmigung des Notenschutzes die Größe des Teilbereichs, für den der Notenschutz gelten soll, berücksichtigt; der Teilbereich ist immer begrenzt. Bei Stillschweigen der Schulinspektion gilt der Antrag als genehmigt. Die Schulferien gelten nicht als Werktage.

Die Entscheidung der Schulinspektion wird dem Schulleiter oder dem Vorsitzenden der Förderkonferenz binnen drei Werktagen nach dem Tag, an dem die Entscheidung getroffen wurde, per einfachem Schreiben mitgeteilt.

Der Schulleiter oder der Vorsitzende der Förderkonferenz informiert die Erziehungsberechtigten über die Entscheidung zum Notenschutz binnen drei Werktagen nach Erhalt der Entscheidung per Einschreiben oder per Aushändigung mit Empfangsbestätigung. Das Datum des Poststempels oder der Empfangsbestätigung ist maßgebend.

Der Schulleiter oder der Vorsitzende der Förderkonferenz informiert die betroffenen Mitglieder des Direktions-, Lehr-, Erziehungshilfs-, paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals binnen drei Werktagen nach Erhalt der Entscheidung schriftlich über den Notenschutz.

Ist Notenschutz gewährt worden, wird dies einschließlich der betroffenen Teilbereiche des Rahmenplans bzw. Lehrplans im Zeugnis des Schülers vermerkt. Die vor der Genehmigung des Notenschutzes gegebenen Noten dürfen nicht geändert werden.»

Art. 81 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 93.41 eingefügt:

«Art. 93.41 – Gültigkeit des Notenschutzes

Der Notenschutz ist ab dem Tag der in Artikel 93.40 Absatz 1 angeführten Entscheidung höchstens für das laufende Schuljahr und das darauffolgende Schuljahr gültig und kann auf den in Artikel 93.39 § 2 oder § 3 angeführten Antrag für jeweils zwei Schuljahre verlängert werden.

Die Gültigkeitsdauer des Notenschutzes wird in der in Artikel 93.40 Absatz 1 angeführten Entscheidung vermerkt.

Gilt der Antrag auf Notenschutz bei Stillschweigen der Schulinspektion gemäß Artikel 93.40 Absatz 1 als genehmigt, ist der Notenschutz für das laufende Schuljahr und das darauffolgende Schuljahr gültig.

Im Falle eines Schulwechsels ist der Notenschutz für die aufnehmende Schule verbindlich. Es obliegt den Erziehungsberechtigten die aufnehmende Schule über den gewährten Notenschutz zu informieren und dieser alle für relevant erachteten Unterlagen zukommen zu lassen.»

Art. 82 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 93.42 eingefügt:

«Art. 93.42 – Evaluation und Überprüfung des Notenschutzes

§ 1 - Der Schulleiter ist verantwortlich für die Umsetzung der in Artikel 93.40 angeführten Entscheidung.

§ 2 - Der Schulleiter evaluiert jährlich den Notenschutz mit den betroffenen Mitgliedern des Direktions-, Lehr-, Erziehungshilfs-, paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals unter Einbeziehung der Erziehungsberechtigten.

Der tatsächliche Leistungsstand ist den Erziehungsberechtigten am Ende des Schuljahres gesondert mitzuteilen.

§ 3 - Vor Ablauf der Gültigkeitsdauer des Notenschutzes wird die Notwendigkeit des Notenschutzes vom Schulleiter nach Rücksprache mit den betroffenen Mitgliedern des Direktions-, Lehr-, Erziehungshilfs-, paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals unter Einbeziehung der Erziehungsberechtigten überprüft. Der Schulleiter stellt falls erforderlich einen begründeten Verlängerungsantrag. Der Antrag entspricht dem in Artikel 93.39 § 2 oder § 3 angeführten Antrag. Hierzu nutzt er ein von der Regierung festgelegtes Formular.

Die Entscheidung der Schulinspektion und die Gültigkeit des Notenschutzes entsprechen den Artikeln 93.40 und 93.41.

Die Erneuerung des Gutachtens ist nicht zwingend erforderlich, obliegt allerdings der Einschätzung der mit der Durchführung des Notenschutzes betrauten Mitglieder des Direktions-, Lehr-, Erziehungshilfs-, paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals und des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Ein Gutachten ist maximal sechs Jahre gültig."

Art. 83 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 93.43 eingefügt:

«Art. 93.43 – *Versetzung*

Über die Versetzung von Schülern, deren Leistungsstand in einem oder mehreren Teilbereichen des Lehrplans oder Rahmenplans aufgrund ihres festgestellten besonderen Förderbedarfs und des entsprechend gewährten Notenschutzes den Anforderungen der Klassenstufe nicht entspricht, entscheidet der Klassenrat in pädagogischer Verantwortung und im Interesse des Schülers.»

Art. 84 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 93.44 eingefügt:

«Art. 93.44 – *Übergang von der Primar- zur Sekundarschule*

Ein im 6. Primarschuljahr gewährter Notenschutz für das laufende Schuljahr und das darauffolgende Schuljahr verpflichtet die Sekundarschule, diesen Notenschutz für das erste Sekundarschuljahr beizubehalten.»

Art. 85 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 93.45 eingefügt:

«Art. 93.45 – *Beendigung des Notenschutzes*

Der durch die in Artikel 93.40 angeführte Entscheidung genehmigte Notenschutz kann auf Basis einer konsensbasierten Entscheidung zwischen den Erziehungsberechtigten und dem Schulleiter in Absprache mit den betroffenen Mitgliedern des Direktions-, Lehr-, Erziehungshilfs-, paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals vor Ablauf der genehmigten Dauer aufgehoben werden. In diesem Fall ist die Schulinspektion darüber schriftlich zu informieren.»

Art. 86 - In das Kapitel VIIIter desselben Dekrets wird folgender Abschnitt 3 eingefügt:

«Abschnitt 3 - Einberufung des Förderausschusses»

Art. 87 - In das Kapitel VIIIter Abschnitt 3 desselben Dekrets wird folgender Artikel 93.46 eingefügt:

«Art. 93.46 – *Einberufung des Förderausschusses*

Sind die Erziehungsberechtigten mit einer der in den Artikeln 93.35, 93.37 Absatz 3, 93.40 oder 93.42 § 3 angeführten Entscheidungen über die Nachteilsausgleichsmaßnahmen oder den Notenschutz nicht einverstanden, können sie innerhalb einer Frist von acht Kalendertagen nach Erhalt der Entscheidung Einspruch beim Vorsitzenden des Förderausschusses per Einschreiben oder per Aushändigung mit Empfangsbestätigung einlegen. Das Datum des Poststempels oder der Empfangsbestätigung ist maßgebend.

Der Förderausschuss übermittelt den Erziehungsberechtigten, dem Leiter der Regel- oder Förderschule per Einschreiben seine mit Gründen versehene Entscheidung sowie seine Empfehlung in Bezug auf die im folgenden Schuljahr einzusetzenden Maßnahmen zum Nachteilsausgleich oder Notenschutz innerhalb einer Frist von 20 Werktagen nach Versand des im vorhergehenden Absatz angeführten Einschreibens.

Sind die Erziehungsberechtigten mit der Entscheidung des Förderausschusses nicht einverstanden, teilen sie dies dem Vorsitzenden des Förderausschusses innerhalb einer Frist von 14 Werktagen nach Versand des Einschreibens, das die Entscheidung beinhaltet, schriftlich mit. Dieser verweist dann die Angelegenheit an den zuständigen Jugendrichter.

Das in Artikel 93.28 angeführte Verfahren findet Anwendung.»

Art. 88 - In dasselbe Dekret wird folgendes Kapitel VIIIquater eingefügt:

«Kapitel VIIIquater - Hausunterricht»

Art. 89 - In das Kapitel VIIIquater desselben Dekrets wird folgender Abschnitt 1 eingefügt:

«Abschnitt 1 - Allgemeines»

Art. 90 - In das Kapitel VIIIquater Abschnitt 1 desselben Dekrets wird folgender Artikel 93.47 eingefügt:

«Art. 93.47 – *Anwendungsbereich*

Das vorliegende Kapitel ist anwendbar auf die Erziehungsberechtigten, die ihren Wohnsitz in der Deutschsprachigen Gemeinschaft haben, deren schulpflichtige Kinder, die im Hausunterricht beschult werden sowie die Personen, die den Hausunterricht erteilen.»

Art. 91 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 93.48 eingefügt:

«Art. 93.48 – *Grundsatz des Hausunterrichts*

Erziehungsberechtigte, die ihre schulpflichtigen Kinder im Hausunterricht beschulen bzw. beschulen lassen, organisieren und finanzieren diesen Hausunterricht selbst.

Der Hausunterricht findet im deutschen Sprachgebiet Belgiens statt.

Die Regierung kann in begründeten Einzelfällen von Absatz 2 abweichen und zusätzliche Abwesenheiten gewähren, wenn außergewöhnliche Umstände dies erfordern. Dazu reichen die Erziehungsberechtigten für den betroffenen Schüler einen schriftlichen Antrag mit Belegen ein.»

Art. 92 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 93.49 eingefügt:

«Art. 93.49 – *Hausunterrichtskommission*

§ 1 - Die Regierung setzt eine Hausunterrichtskommission ein, im vorliegenden Kapitel Kommission genannt, die sich wie folgt zusammensetzt:

1. aus einem Vorsitzenden, der unter den Mitarbeitern des für die Pädagogik zuständigen Fachbereichs des Ministeriums ausgewählt wird;
2. aus einem Mitglied der Schulinspektion, das nicht mit der Kontrolle des Hausunterrichts beauftragt ist;
3. aus einem Personalmitglied des Ministeriums, das über Fachkenntnisse in Bezug auf die Organisation des Unterrichtswesens verfügt;
4. aus einem Personalmitglied des Fachbereichs für externe Evaluation der Autonomen Hochschule;
5. aus einem Personalmitglied des Ministeriums, das über Fachkenntnisse in Bezug auf den Jugendhilfebereich verfügt;
6. aus einem Personalmitglied des Zentrums für Förderpädagogik;

7. aus einem Personalmitglied des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen;
8. aus einem Experten, der über Fachkenntnisse in Bezug auf den Hausunterricht verfügt;
9. aus einem Sekretär, der unter den Personalmitgliedern des Ministeriums ausgewählt wird.

Für jedes der in Absatz 1 angeführten Mitglieder wird ein Ersatzmitglied vorgesehen, das gemäß den gleichen Kriterien ausgewählt wird wie das Mitglied, das es ersetzt.

Die Dauer der Bestellung der Mitglieder und der Ersatzmitglieder der Kommission ist unbestimmt.

§ 2 - Die Erziehungsberechtigten und die Schulinspektion werden von der Kommission angehört. Sie können sich von einer Person ihrer Wahl begleiten lassen.

Die Tatsache, dass die Erziehungsberechtigten oder die Schulinspektion bei der Sitzung nicht erscheinen, hindert die Kommission nicht daran, in der Angelegenheit zu entscheiden.

Externe Experten können als beratende Mitglieder auf Anfrage der Kommission hinzugezogen werden.

§ 3 - Die Kommission ist nur beschlussfähig, wenn mindestens vier der in § 1 Absatz 1 Nummern 1-5 angeführten Mitglieder oder deren Ersatzmitglieder anwesend sind.

Falls die zur Beschlussfähigkeit erforderliche Anzahl nicht erreicht wird, beruft der Vorsitzende frühestens am darauffolgenden Werktag eine neue Versammlung ein.

Die mit Gründen versehene Entscheidung wird nach Abstimmung aufgrund der einfachen Stimmenmehrheit gefasst. Eine Stimmenthaltung der Mitglieder ist nicht zulässig. Die in § 1 Absatz 1 Nummern 6-9 angeführten Mitglieder sind nicht stimmberechtigt. Die in § 1 Absatz 1 Nummern 6-8 angeführten Mitglieder nehmen mit beratender Stimme teil.

Die in § 1 Absatz 1 angeführten Mitglieder der Kommission sowie deren Ersatzmitglieder wahren Stillschweigen über die Anhörungen und über die Beratungen.

§ 4 - Die Kommission arbeitet ihre Geschäftsordnung aus und legt diese der Regierung zur Genehmigung vor.»

Art. 93 - In das Kapitel VIII^{quater} desselben Dekrets wird folgender Abschnitt 2 eingefügt:

«Abschnitt 2 - Anforderungen an den Hausunterricht»

Art. 94 - In das Kapitel VIII^{quater} Abschnitt 2 desselben Dekrets wird folgender Artikel 93.50 eingefügt:

«Art. 93.50 – Anforderungen an den Hausunterricht

Der Hausunterricht genügt den in den Artikeln 5 bis 13 angeführten Anforderungen und ermöglicht den schulpflichtigen Kindern das Erreichen eines Kompetenzniveaus, das mit den Kompetenzen, den Kernkompetenzen, den Kompetenzerwartungen und den Bezügen zu den Kompetenzerwartungen, die für das Unterrichtswesen definiert sind, gleichwertig ist.

Die Erziehungsberechtigten schaffen ihrem Kind, das im Hausunterricht beschult wird, bestmögliche Voraussetzungen zur Entfaltung. Sie fördern in gleichem Maße fachbezogene und die in Artikel 13 angeführten überfachlichen Kompetenzen. Zudem bieten sie ausreichend Struktur durch Regeln und Kontinuität im Unterrichtsablauf.

Die Erziehungsberechtigten lassen den Hausunterricht in einem angemessenen Umfeld und in ausreichend großen, sicheren und sauberen Räumlichkeiten stattfinden.»

Art. 95 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 93.51 eingefügt:

«Art. 93.51 – Nachteilsausgleich

In Abweichung von Artikel 93.50 Absatz 1 kann das zu erreichende Kompetenzniveau angepasst werden, wenn beim Kind eine Beeinträchtigung oder ein klinisch beschriebenes und/oder gutachterlich festgestelltes Erscheinungsbild bestimmter Teilleistungsstörungen nachgewiesen ist. Das Gutachten entspricht dem in Artikel 93.34 § 1 angeführten Gutachten.

Die Erziehungsberechtigten reichen einen Antrag auf Nachteilsausgleich bei der Schulinspektion ein und fügen dem Antrag das in Absatz 1 angeführte Gutachten bei.

Nach der Erstanmeldung im Hausunterricht wird der Schulinspektion alle zwei Jahre vor Beginn des neuen Schuljahres unaufgefordert ein aktualisiertes Gutachten vorgelegt. Sollte dies nicht der Fall sein, ist das Kind zielgleich zu unterrichten.

Die Schulinspektion legt die angemessenen pädagogischen Ausgleichsmaßnahmen im Einvernehmen mit den Erziehungsberechtigten schriftlich fest. Sollte ein Einvernehmen nicht möglich sein, können sowohl die Schulinspektion als auch die Erziehungsberechtigten die Kommission einberufen.

Die Kommission teilt ihre Entscheidung den Erziehungsberechtigten per Einschreiben und der Schulinspektion per einfachem Schreiben innerhalb von 15 Werktagen nach Erhalt des Schreibens der Schulinspektion oder der Erziehungsberechtigten mit.»

Art. 96 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 93.52 eingefügt:

«Art. 93.52 – Individueller Arbeitsplan

Für jedes im Hausunterricht beschulte Kind wird ein individueller Arbeitsplan erstellt, der die perspektivische Sicht auf die Lernprozesse darlegt und der mindestens die Zeitplanung und die zu erreichenden Kompetenzen pro Fach enthält.»

Art. 97 - In das Kapitel VIII^{quater} desselben Dekrets wird folgender Abschnitt 3 eingefügt:

«Abschnitt 3 - Anmeldung zum Hausunterricht»

Art. 98 - In das Kapitel VIII^{quater} Abschnitt 3 desselben Dekrets wird folgender Artikel 93.53 eingefügt:

«Art. 93.53 – Zeitpunkt der Anmeldung

Die Erziehungsberechtigten, die sich für den Hausunterricht entscheiden, melden spätestens drei Werktage vor Beginn des Schuljahres, in dem ihr Kind dem Hausunterricht folgen soll, ihr schulpflichtiges Kind zum Hausunterricht bei der Schulinspektion an. Die Erziehungsberechtigten benutzen hierfür das von der Regierung festgelegte Anmeldeformular.

Entscheiden sich die Erziehungsberechtigten während des Schuljahres für den Hausunterricht, melden sie ihr schulpflichtiges Kind spätestens zum Zeitpunkt des Wechsels von der Schule in den Hausunterricht bei der Schulinspektion an.»

Art. 99 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 93.54 eingefügt:

«Art. 93.54 – *Anmeldung*

Die Erziehungsberechtigten reichen zum Zeitpunkt der Anmeldung folgende Dokumente bzw. Informationen ein:

1. eine Wohnsitzbescheinigung, die nicht älter als zwei Monate ist, die bescheinigt, dass sie und die schulpflichtigen Kinder, die im Hausunterricht beschult werden sollen, ihren Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet haben;
2. eine Kopie ihres Personalausweises und eine Kopie des Personalausweises der im Hausunterricht zu beschulenden schulpflichtigen Kinder;
3. für jedes Kind die Kontaktangaben der letztbesuchten Schule sowie eine Kopie des Zeugnisses der letztbesuchten Schule, insofern die Kinder eine Schule besucht haben;
4. die Sprache, in der der Unterricht gemäß dem Dekret vom 19. April 2004 über die Vermittlung und den Gebrauch der Sprachen im Unterrichtswesen erteilt wird;
5. für jedes Kind den in Artikel 93.52 angeführten individuellen Arbeitsplan;
6. die vorgesehenen unterrichtsfreien Tage während des Schuljahres, falls bereits zu diesem Zeitpunkt bekannt;
7. eine Einverständniserklärung zu der in Artikel 93.55 angeführten Kontrolle durch die Schulinspektion.

Urlaubsbedingte Abwesenheiten der im Hausunterricht beschulten Kinder, die fünf Werktage überschreiten, sind der Schulinspektion mindestens zehn Werktage im Vorfeld schriftlich durch die Erziehungsberechtigten mitzuteilen, insofern sie bei der Anmeldung noch nicht mitgeteilt wurden.»

Art. 100 - In das Kapitel VIII^{quater} desselben Dekrets wird folgender Abschnitt 4 eingefügt:

«Abschnitt 4 - Kontrolle des Hausunterrichts»

Art. 101 - In das Kapitel VIII^{quater} Abschnitt 4 desselben Dekrets wird folgender Artikel 93.55 eingefügt:

«Art. 93.55 – *Kontrolle des Hausunterrichts*

Die Erziehungsberechtigten, die im Hausunterricht beschulten Kinder sowie die im Hausunterricht tätigen Personen unterliegen der Aufsicht der Schulinspektion.

Bei der Wahrnehmung dieser Aufgabe kann sich die Schulinspektion von externen Experten begleiten lassen.

Die Schulinspektion kann nach vorheriger Ankündigung:

1. alle Personen über Tatsachen befragen, deren Kenntnis für die Kontrolle des Hausunterrichts nützlich ist;
2. sich an dem Ort, an dem Hausunterricht erteilt wird, oder im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft alle in Artikel 93.56 Absatz 2 angeführten Unterlagen vorlegen lassen und Abschriften oder Auszüge davon anfertigen;
3. in alle anderen relevanten Unterlagen, die sich auf den Hausunterricht beziehen, Einsicht nehmen;
4. mithilfe von Lernstandserhebungen oder Tests den Lernstand einschätzen;
5. alle Räume einsehen, in denen der Hausunterricht erteilt wird.»

Art. 102 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 93.56 eingefügt:

«Art. 93.56 – *Mitwirkung der Erziehungsberechtigten an der Kontrolle des Hausunterrichts*

Die Erziehungsberechtigten sind verpflichtet, an der Kontrolle des Hausunterrichts mitzuwirken.

Die Erziehungsberechtigten legen zum Zeitpunkt der angekündigten Kontrolle der Schulinspektion die Unterlagen vor, die sie im Hausunterricht nutzen. Unter Unterlagen versteht man die eingesetzten Schulbücher, das pädagogische Material, die von den Schülern erstellten Unterlagen – sowohl digital als auch in Papierform – sowie den in Artikel 93.52 angeführten individuellen Arbeitsplan.»

Art. 103 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 93.57 eingefügt:

«Art. 93.57 – *Berichterstattung nach der Kontrolle des Hausunterrichts*

Nach der Kontrolle des Hausunterrichts erstellt die Schulinspektion einen Bericht, der eine mit Gründen versehene Stellungnahme zu Lernumgebung, Lernstand und den in Artikel 93.50 angeführten Anforderungen enthält.

Dieser Bericht wird den Erziehungsberechtigten zur Kenntnisnahme innerhalb von 20 Werktagen nach der Kontrolle per Einschreiben zugesandt.

Die Erziehungsberechtigten haben die Möglichkeit, der Schulinspektion eine Stellungnahme innerhalb von 20 Werktagen nach Erhalt des Berichts per Einschreiben zuzustellen.

Der Bericht und die eventuelle Stellungnahme der Erziehungsberechtigten werden in die Akte des Schülers, der im Hausunterricht beschult wird, aufgenommen.»

Art. 104 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 93.58 eingefügt:

«Art. 93.58 – *Folgen der Kontrolle*

§ 1 - Wenn die Schulinspektion infolge der Kontrolle befindet, dass der erteilte Hausunterricht nicht der für den Hausunterricht notwendigen Lernumgebung sowie den in Artikel 93.50 angeführten Anforderungen genügt, führt die Schulinspektion innerhalb der nächsten vier Monate nach Zustellung des Berichts an die Erziehungsberechtigten eine erneute Kontrolle durch.

Sollte die Schulinspektion bei der zweiten Kontrolle zum selben Erkenntnis kommen, übermittelt sie der Kommission beide Berichte und, falls vorhanden, die Stellungnahmen der Erziehungsberechtigten.

Sollte das Wohl des Kindes gefährdet sein, beruft die Schulinspektion bereits nach der ersten Kontrolle die Kommission ein und informiert die Staatsanwaltschaft.

§ 2 - Wenn die Schulinspektion an drei aufeinanderfolgenden angekündigten Terminen keine Kontrolle durchführen kann, wird die Kommission innerhalb von zehn Werktagen einberufen und die Erziehungsberechtigten werden per Einschreiben darüber in Kenntnis gesetzt.

§ 3 - Wird die Kommission einberufen, befindet sie darüber, inwieweit und unter welchen Bedingungen der Hausunterricht fortgeführt werden kann.»

Art. 105 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 93.59 eingefügt:

«Art. 93.59 – *Wiedereinschulung infolge der Kontrollen*

§ 1 - Trifft die Kommission in Anwendung von Artikel 93.58 § 3 die Entscheidung, dass der Hausunterricht nicht fortgeführt werden kann, erfolgt zwingend eine Einschreibung in eine Schule, die von der Deutschsprachigen, Französischen oder Flämischen Gemeinschaft oder von einer Gebietskörperschaft eines Mitgliedstaates der Europäischen Union organisiert, subventioniert oder anerkannt ist. Die Kommission schätzt das erreichte Kompetenzniveau aufgrund der Auswertung der im Rahmen der Schulinspektion eingesetzten Lernstandserhebungen und Tests ein und spricht eine Empfehlung zum bestmöglichen Förderort, zur Studienform, zur Studienrichtung und zum Studienjahr aus.

Die Kommission teilt ihre Entscheidung den Erziehungsberechtigten per Einschreiben und der Schulinspektion per einfachem Schreiben innerhalb von 15 Werktagen nach Erhalt des Schreibens der Schulinspektion mit.

Sind die Erziehungsberechtigten mit der Entscheidung über die Wiedereinschulung nicht einverstanden, können sie Einspruch bei der Regierung erheben. Der Einspruch hat aufschiebende Wirkung. Die Regierung teilt den Erziehungsberechtigten ihre begründete Entscheidung innerhalb des Monats nach dem Datum des Einspruchs schriftlich mit.

§ 2 - Nach Erhalt der Entscheidung zur Wiedereinschulung verfügen die Erziehungsberechtigten über zehn Werktage, um der Schulinspektion eine Einschreibebestätigung der von ihnen gewählten Schule, die von der Deutschsprachigen, Französischen oder Flämischen Gemeinschaft oder von einer Gebietskörperschaft eines Mitgliedstaates der Europäischen Union organisiert, subventioniert oder anerkannt ist, per Einschreiben vorzulegen. Liegt der Schulinspektion innerhalb dieser Frist keine Einschreibebestätigung vor, werden die Erziehungsberechtigten per Einschreiben dazu aufgefordert diese innerhalb einer Frist von zehn Werktagen zu übermitteln. Kommen die Erziehungsberechtigten dieser Aufforderung nicht nach, wird die Akte an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet.»

Art. 106 - In das Kapitel VIII^{quater} desselben Dekrets wird folgender Abschnitt 5 eingefügt:

«Abschnitt 5 - Einschreibung zu den Prüfungssitzungen der Prüfungsausschüssen»

Art. 107 - In das Kapitel VIII^{quater} Abschnitt 5 desselben Dekrets wird folgender Artikel 93.60 eingefügt:

«Art. 93.60 – *Einschreibung zu den Prüfungssitzungen der Prüfungsausschüsse*

§ 1 - Die Erziehungsberechtigten, die sich für den Hausunterricht entscheiden, sind verpflichtet, ihre Kinder zu den externen Prüfungen einzuschreiben.

Spätestens in dem Schuljahr, in dem der Schulpflichtige vor dem 1. Januar 11 Jahre alt geworden ist, nimmt der Schulpflichtige zum ersten Mal an der externen Prüfungssitzung zum Erlangen des Abschlusszeugnisses der Grundschule teil.

Spätestens in dem Schuljahr, in dem der Schulpflichtige vor dem 1. Januar 14 Jahre alt geworden ist, nimmt der Schulpflichtige zum ersten Mal am externen Prüfungsausschuss zum Erlangen des Abschlusszeugnisses der Unterstufe der Sekundarschule teil.

Spätestens in dem Schuljahr, in dem der Schulpflichtige vor dem 1. Januar 17 Jahre alt geworden ist, nimmt der Schulpflichtige zum ersten Mal am externen Prüfungsausschuss zum Erlangen des Abschlusszeugnisses der Oberstufe der Sekundarschule teil.

§ 2 - In Abweichung von § 1 Absätze 2-4 kann die Schulinspektion auf Grundlage eines mit Gründen versehenen Antrags der Erziehungsberechtigten einem Schulpflichtigen, der nicht die entsprechende Reife und Kompetenzen erreicht hat oder Gesundheits-, Lern- oder Verhaltensprobleme aufweist oder an einer motorischen, sensorischen oder mentalen Behinderung leidet, zusätzliche Fristen für das Ablegen der in denselben Absätzen angeführten Prüfungen gewähren. Die zusätzliche Frist beträgt höchstens zwei Jahre. Der Antrag ist bis zum 15. März des Schuljahres, in dem die Prüfungen abgelegt werden müssten, einzureichen.

Sind die Erziehungsberechtigten mit der Entscheidung der Schulinspektion nicht einverstanden, können sie innerhalb einer Frist von zehn Tagen nach Erhalt der Entscheidung der Schulinspektion schriftlich Einspruch bei der Kommission erheben.

Die Kommission teilt ihre Entscheidung den Erziehungsberechtigten per Einschreiben und der Schulinspektion per einfachem Schreiben innerhalb von 15 Werktagen nach Erhalt des Einspruchs mit.»

Art. 108 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 93.61 eingefügt:

«Art. 93.61 – *Wiedereinschulung infolge des Nichterwerbs des Abschlusses im vorgesehenen Zeitraum*

Wenn der Schulpflichtige bis zu dem Jahr, in dem er 14 Jahre alt wird, die externen Prüfungen zum Erlangen des Abschlusszeugnisses der Grundschule nicht abgelegt hat oder wenn der Schulpflichtige die Prüfungen zweimal nicht bestanden hat, sind die Erziehungsberechtigten verpflichtet, ihr Kind spätestens in dem Schuljahr, das in dem Jahr beginnt, in dem der Schulpflichtige 14 Jahre alt wird, in eine Schule, die von der Deutschsprachigen, Französischen oder Flämischen Gemeinschaft oder von einer Gebietskörperschaft eines Mitgliedstaates der Europäischen Union organisiert, subventioniert oder anerkannt ist, einzuschreiben.

Wenn der Schulpflichtige bis zu dem Jahr, in dem er 17 Jahre alt wird, die externen Prüfungen zum Erlangen des Abschlusszeugnisses der Unterstufe der Sekundarschule nicht abgelegt hat oder wenn der Schulpflichtige die Prüfungen zweimal nicht bestanden hat, sind die Erziehungsberechtigten verpflichtet, ihr Kind spätestens in dem Schuljahr, das in dem Jahr beginnt, in dem der Schulpflichtige 17 Jahre alt wird, in eine Schule, die von der Deutschsprachigen, Französischen oder Flämischen Gemeinschaft oder von einer Gebietskörperschaft eines Mitgliedstaates der Europäischen Union organisiert, subventioniert oder anerkannt ist, einzuschreiben.»

Art. 109 - In das Kapitel VIII^{quater} desselben Dekrets wird folgender Abschnitt 6 eingefügt:

«Abschnitt 6 - Wiederaufnahme des Hausunterrichts»

Art. 110 - In das Kapitel VIII^{quater} Abschnitt 6 desselben Dekrets wird folgender Artikel 93.62 eingefügt:

«Art. 93.62 – Wiederaufnahme des Hausunterrichts

Die Wiederaufnahme des Hausunterrichts ist frühestens in dem Schuljahr möglich, das dem Schuljahr der in den Artikeln 93.59 und 93.61 angeführten Wiedereinschulung folgt.

Die Erziehungsberechtigten stellen bis zum 1. Juni den Antrag auf Wiederaufnahme des Hausunterrichts für das folgende Schuljahr bei der Schulinspektion, benutzen hierfür das von der Regierung zur Verfügung gestellte Anmeldeformular zur Wiederaufnahme des Hausunterrichts und fügen die in Artikel 93.54 Absatz 1 angeführten Dokumente bei sowie die Referenzen der Schulbücher und das pädagogische Material, das eingesetzt werden soll.

Die Schulinspektion erstellt ein Gutachten zu dem Antrag und leitet das Gutachten und den Antrag innerhalb von 20 Werktagen nach Erhalt des Antrags an die Kommission zwecks Entscheidung weiter.

Kommt die Kommission aufgrund des Antrags und des Gutachtens der Schulinspektion zu dem Schluss, dass die festgestellten Mängel im Hausunterricht, die zum Abbruch der Beschulung im Hausunterricht geführt haben, behoben wurden, genehmigt die Kommission die Zulassung zum Hausunterricht. Fehlen die in Absatz 2 angeführten Dokumente, wird die Zulassung zum Hausunterricht verweigert.»

Art. 111 - In das Kapitel VIII^{quater} desselben Dekrets wird folgender Abschnitt 7 eingefügt:

«Abschnitt 7- Datenschutz»

Art. 112 - In das Kapitel VIII^{quater} Abschnitt 7 desselben Dekrets wird folgender Artikel 93.63 eingefügt:

«Art. 93.63 – Akte und Recht auf Einsicht

Für jedes im Hausunterricht beschulte Kind legt die Schulinspektion eine Akte an. Die Erziehungsberechtigten und die Kinder oder Jugendlichen, die das erforderliche Urteilsvermögen besitzen, haben das Recht ihre Akte einzusehen.»

Art. 113 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 93.64 eingefügt:

«Art. 93.64 – Weitergabe von Daten

Die Schulinspektion bzw. die Kommission teilt einer anderen Verwaltung oder einer anderen juristischen Person personenbezogene Daten mit, insofern dies im Interesse des Kindes oder Jugendlichen angemessen, sachdienlich und verhältnismäßig ist. Der Austausch personenbezogener Daten erfolgt nur mit dem Einverständnis des Leiters der Schulinspektion und der Schulentwicklungsberatung bzw. des Vorsitzenden der Kommission.»

Art. 114 - In denselben Abschnitt desselben Dekrets wird folgender Artikel 93.65 eingefügt:

«Art. 93.65 – Vernichtung der Akte

Die Akte wird zwei Jahre nach der Volljährigkeit des im Hausunterricht beschulten Kindes vernichtet.»

Art. 115 - In Artikel 97 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird folgender Paragraph 3 eingefügt:

«§ 3 - In Abweichung von § 1 umfasst der Auftrag des Lehrer-Mediothekars im Regelsekundarschulwesen folgende Aufgaben:

1. Bestandsaufbau: die Auswahl der anzuschaffenden Medien in enger Zusammenarbeit mit den Lehrern, dem Erziehungspersonal und der Mediothekskommission der Schule;
2. Bestandspflege: hauptverantwortliche bibliothekarische Betreuung bei der Katalogisierung des Bestands im Verbund MediaDG;
3. Planung von Maßnahmen zur technischen Ausstattung der Schulmediothek in Absprache mit dem Beauftragten für das Schulmediothekswesen;
4. Organisation und Verwaltung der Schulmediothek;
5. Zusammenarbeit mit den Schulmediotheken der anderen Sekundarschulen, den öffentlichen Bibliotheken und der pädagogischen Mediothek der Autonomen Hochschule;
6. Beratung der Nutzer der Schulmediothek;
7. Teilnahme an bibliothekarischen und medienpädagogischen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie Betreuen von Hilfskräften in der Schulmediothek;
8. Erstellung eines medienpädagogischen Maßnahmenkatalogs mit allen geplanten Aktivitäten in der Schulmediothek pro Halbjahr;
9. zusätzliche Aufgaben, die durch den Schulträger definiert sind.»

Art. 116 - Artikel 98 Absatz 4 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 16. Januar 2012, wird wie folgt ersetzt:

«Unbeschadet von Absatz 1 umfasst der Auftrag des förderpädagogischen Beraters in einer Fördergrund- und -sekundarschule folgende Aufgaben:

1. Beratung und Begleitung der Regelschulen sowie der Zentren für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen bei der Vertiefung und der Erweiterung von methodisch-didaktischen, pädagogischen und psychologischen Kompetenzen in förderpädagogischen Fragen;
2. Betreuung von Schülern, die aufgrund von besonderen Schwierigkeiten während eines bestimmten Zeitraums den normalen Schulbetrieb verlassen und sozialpädagogisch betreut werden müssen mit dem Ziel einer schnellstmöglichen Reintegration in den Schulalltag;
3. Organisation und Durchführung von Maßnahmen zur Erweiterung der förderpädagogischen Kompetenzen der Personalmitglieder im Unterrichtswesen;
4. Beratung und Begleitung im Bereich der interkulturellen Pädagogik und Sprachförderung;
5. Mitarbeit bei der Entwicklung von Konzepten in förderpädagogischen Fragen und bei der Steuerung ihrer Umsetzung.»

Art. 117 - In Kapitel XII desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 25. Mai 1999, wird folgender Artikel 123^{quater} eingefügt:

«Art. 123^{quater} - Artikel 93.60 findet keine Anwendung auf die im Hausunterricht beschulten Schulpflichtigen, die vor dem Jahr 2006 geboren sind.

Artikel 93.61 findet auf die im Hausunterricht beschulten Schulpflichtigen, die vor dem Jahr 2006 geboren sind, ausschließlich dann Anwendung, wenn der Schulpflichtige die Prüfungen des externen Prüfungsausschusses zweimal nicht bestanden hat und dies unabhängig von seinem Lebensalter.»

KAPITEL 11 — *Abänderung des Dekrets vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens und des freien subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums*

Art. 118 - Artikel 49 § 1 des Dekrets vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens und des freien subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 Nummer 5, ersetzt durch das Dekret vom 23. Juni 2008, wird im einleitenden Satz die Wortfolge "in Artikel 33^{bis} Absätze 2 und 3 vorgesehene" gestrichen.

2. Zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, wird folgender Absatz 2 eingefügt:

«Bei der in Absatz 1 Nummer 5 angeführten Abweichung handelt es sich um die Bezeichnung bzw. Einstellung eines Personalmitglieds gemäß einer der nachfolgenden Bestimmungen:

1. Artikel 19 § 2 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes;

2. Artikel 33^{bis} Absätze 2 und 3 des vorliegenden Dekrets;

3. Artikel 20^{bis} Absätze 2 und 3 des Dekrets vom 29. März 2004 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens und der offiziellen subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren.»

Art. 119 - In Artikel 62.1.1 desselben Dekretes, ersetzt durch das Dekret vom 16. Januar 2012, wird die Wortfolge "sowie der förderpädagogische Koordinator in einer Fördergrund- und -sekundarschule werden" durch das Wort "wird" ersetzt.

Art. 120 - Artikel 62.7 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe l), eingefügt durch das Dekret vom 27. Juni 2011, wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Komma ersetzt.

2. Folgender Buchstabe m) wird eingefügt:

«m) vollzeitige Laufbahnunterbrechung.»

3. In § 2 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

«In Abweichung von § 1 Absatz 1 Nummer 1 ist es dem definitiv eingestellten Fachbereichsleiter erlaubt, einen Urlaub zwecks Ausübung desselben oder eines anderen Amtes für die Dauer von insgesamt höchstens fünf Jahren zu nehmen.»

Art. 121 - In dasselbe Dekret, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird folgendes Kapitel IV^{quinquies} eingefügt:

«Kapitel IV^{quinquies} - Besondere Bestimmungen für den förderpädagogischen Berater in einer Fördergrund- und -sekundarschule»

Art. 122 - In das Kapitel IV^{quinquies} desselben Dekrets wird folgender Artikel 62.21 eingefügt:

«Art. 62.21 – *Prinzip*

In Abweichung von Kapitel IV wird das Amt des förderpädagogischen Beraters in einer Fördergrund- und -sekundarschule, nachstehend als Berater bezeichnet, anhand einer Einstellung auf unbestimmte Dauer und anhand einer definitiven Einstellung nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen vergeben.

Die Artikel 62.3, 62.6 § 1 und § 2 Absätze 1 und 3-5 und Artikel 62.7 § 1 Absatz 1 finden Anwendung auf den Berater.»

Art. 123 - In dasselbe Kapitel desselben Dekrets wird folgender Artikel 62.22 eingefügt:

«Art. 62.22 – *Aufruf und Bewerbung für die Einstellung*

Der Bewerbungsaufwurf für eine Einstellung auf unbestimmte Dauer wird vom Schulträger in der Presse, per Aushang in den Schulen sowie in jeder anderen angemessenen Form veröffentlicht.

Der Aufruf enthält das erforderliche Profil des Beraters, die Zielsetzungen, die während der Einstellung verwirklicht werden sollen, sowie den Stellenumfang.

Die Bewerbung wird mittels eines Einschreibens eingereicht. Der Bewerber fügt der Bewerbung u. a. ein Motivationsschreiben bei, in dem er auf die im vorhergehenden Absatz angeführten Zielsetzungen eingeht.»

Art. 124 - In dasselbe Kapitel desselben Dekrets wird folgender Artikel 62.23 eingefügt:

«Art. 62.23 – *Einstellung*

Der Schulträger entscheidet, welcher der Bewerber das Amt bekleiden soll.

Der Schulträger klassiert die geeigneten Bewerber für das Amt und stützt sich bei der Auswahl u. a. auf das Motivationsschreiben des Bewerbers, ein oder mehrere Bewerbungsgespräche sowie auf die Berufserfahrung, die pädagogische Qualifikation und das Eignungsprofil.

Die Klassierung behält ihre Gültigkeit während zwei Jahren, beginnend ab dem 1. September, der der Klassierung folgt, sowie zwischen der Klassierung und diesem 1. September.»

Art. 125 - In dasselbe Kapitel desselben Dekrets wird folgender Artikel 62.24 eingefügt:

«Art. 62.24 – *Bedingungen zur definitiven Einstellung*

Der Schulträger kann einen Berater definitiv einstellen, wenn:

1. er die in Artikel 62.3 angeführten Bedingungen erfüllt;
2. er ein Amtsalter von mindestens fünf Jahren aufweist, das gemäß Artikel 55 berechnet wird;
3. sein letzter Bewertungsbericht mindestens mit dem Vermerk "ausreichend" schließt; liegt kein Bewertungsbericht vor, gilt vorliegende Bedingung als erfüllt.»

Art. 126 - In dasselbe Kapitel desselben Dekrets wird folgender Artikel 62.25 eingefügt:

«Art. 62.25 – *Aufruf und Bewerbung für die definitive Einstellung*

Der Schulträger legt fest, welche der definitiv offenen Stellen zur Einstellung freigegeben werden.

Der Schulträger erlässt in der zweiten Hälfte des Monats April eines jeden Jahres einen Aufruf an die Bewerber für eine definitive Einstellung. Der Aufruf wird in den Schulen per Aushang und in jeder anderen Form, die er für geeignet hält, veröffentlicht.

Der Aufruf enthält eine Liste der Stellen, die am 1. Oktober voraussichtlich offen sein werden und die zur definitiven Einstellung freigegeben worden sind. Er enthält Angaben über die Art und den Umfang der zu vergebenden Stellen, die von den Bewerbern zu erfüllenden Bedingungen sowie die Form und die Frist für die Einreichung der Bewerbungen.»

Art. 127 - In dasselbe Kapitel desselben Dekrets wird folgender Artikel 62.26 eingefügt:

«Art. 62.26 – *Definitive Einstellung*

Die definitiven Einstellungen erfolgen am 1. Oktober in den in Artikel 62.25 Absatz 3 angeführten Stellen, die zu diesem Zeitpunkt noch offen sind.

Die Mindeststundenanzahl bei einer Ersteinstellung in einem Amt beträgt ein Viertel der erforderlichen Stundenanzahl bei einer Vollzeitbeschäftigung.

Eine definitive Einstellung erfolgt in ganze Stunden.

Zur definitiven Einstellung eines Bewerbers stützt sich der Schulträger bei der Auswahl u. a. auf ein oder mehrere Bewerbungsgespräche, die Berufserfahrung, die pädagogische Qualifikation, das Eignungsprofil und den Beurteilungsbericht.»

Art. 128 - In dasselbe Kapitel desselben Dekrets wird folgender Artikel 62.27 eingefügt:

«Art. 62.27 – *Vorübergehender Ersatz*

Wenn die Bezeichnung des Beraters beendet wird, er aus dem Amt scheidet oder er aufgrund einer Urlaubsform oder Zurdispositionstellung vorübergehend abwesend ist, kann der Schulträger ihn bis zum Ende des Schuljahrs durch eine andere Person ersetzen, die die in Artikel 62.3 Absatz 1 angeführten Bedingungen, mit Ausnahme von Nummer 3, erfüllt.

Unbeschadet von Absatz 1 greift der Schulträger auf die Personen zurück, die gemäß Artikel 62.23 klassiert wurden, solange diese Klassierung gültig ist.»

Art. 129 - In dasselbe Kapitel desselben Dekrets wird folgender Artikel 62.28 eingefügt:

«Art. 62.28 – *Wochenarbeitszeit*

Die Arbeitszeit des Beraters beläuft sich pro Woche durchschnittlich auf 38 Stunden zu 60 Minuten. Der Durchschnitt wird innerhalb einer Referenzperiode von vier Monaten ermittelt.»

Art. 130 - In dasselbe Kapitel desselben Dekrets wird folgender Artikel 62.29 eingefügt:

«Art. 62.29 – *Bewertungsbericht und Einspruchsmöglichkeit*

§ 1 - Der Schulleiter verfasst für einen Berater pro Zeitspanne von fünf Jahren mindestens einen Bewertungsbericht. Er nimmt hierzu ein Bewertungsgespräch vor.

Der Schulleiter kann sich bei der Bewertung eines Personalmitglieds auf den schriftlichen Bericht eines anderen Personalmitglieds stützen, das sich in einem Beförderung- oder Auswahlamt befindet, mit Ausnahme des Amtes eines Beraters, und von ihm schriftlich beauftragt wurde, einen solchen Bericht zur Arbeit des betreffenden Personalmitglieds zu erstellen.

§ 2 - Das in Artikel 62.10 § 1 Absatz 2, § 1.1, § 2 Absatz 2, § 3 und § 4 angeführte Verfahren findet Anwendung.»

Art. 131 - In dasselbe Dekret, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird folgendes Kapitel IV^{sexies} eingefügt:

«Kapitel IV^{sexies} - *Besondere Bestimmungen für Unterdirektoren*»

Art. 132 - In das Kapitel IV^{sexies} desselben Dekrets wird folgender Artikel 62.30 eingefügt:

«Art. 62.30 – *Prinzip*

In Abweichung von Kapitel IV finden die Artikel 62.3 bis 62.8 und 62.10 bis 62.12 Anwendung auf das Amt des Unterdirektors.»

Art. 133 - In dasselbe Dekret wird folgendes Kapitel IV^{septies} eingefügt:

«Kapitel IV^{septies} - *Besondere Bestimmungen für Werkstattleiter der Unter- und Oberstufe*»

Art. 134 - In das Kapitel IV^{septies} desselben Dekrets wird folgender Artikel 62.31 eingefügt:

«Art. 62.31 – *Prinzip*

In Abweichung von Kapitel IV wird das Amt des Werkstattleiters der Unter- oder Oberstufe des Sekundarschulwesens, nachstehend als Werkstattleiter bezeichnet, anhand einer Einstellung auf unbestimmte Dauer und anhand einer definitiven Einstellung nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen vergeben.

Die Artikel 62.6 bis 62.8 und 62.10 bis 62.12 finden Anwendung auf das Amt des Werkstattleiters.»

Art. 135 - In dasselbe Kapitel desselben Dekrets wird folgender Artikel 62.32 eingefügt:

«Art. 62.32 - Zulassungsbedingungen

Eine Person darf das Amt des Werkstattleiters bekleiden, wenn sie:

1. die in Artikel 62.3 angeführten Bedingungen erfüllt, mit Ausnahme von Absatz 1 Nummer 2;
2. als zeitweilig bezeichnetes oder definitiv ernanntes oder eingestelltes Personalmitglied in dem von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtswesen eines der nachstehenden Anwerbungsämter in der Unter- oder Oberstufe des Sekundarschulwesens bekleidet:
 - a) Lehrer für technische Kurse;
 - b) Lehrer für Berufspraxis;
 - c) Lehrer für technische Kurse und Berufspraxis;
3. die in Artikel 35 § 1 Absatz 1 Nummern 2 bis 5 angeführten Bedingungen für das unter Nummer 2 des vorliegenden Artikels angeführte Amt erfüllt.»

Art. 136 - In dasselbe Kapitel desselben Dekrets wird folgender Artikel 62.33 eingefügt:

«Art. 62.33 – Aufruf und Bewerbung

Der Bewerbungsaufruf wird vom Schulträger in der Presse, per Aushang in den Schulen sowie in jeder anderen angemessenen Form veröffentlicht.

Der Aufruf enthält das erforderliche Profil des Werkstattleiters und die Zielsetzungen, die während der Bezeichnung verwirklicht werden sollen.

Die Bewerbung wird mittels eines Einschreibens eingereicht. Der Bewerber fügt der Bewerbung u. a. ein Motivationsschreiben bei, um die im vorhergehenden Absatz angeführten Zielsetzungen zu verwirklichen.»

Art. 137 - In dasselbe Kapitel desselben Dekrets wird folgender Artikel 62.34 eingefügt:

«Art. 62.34 – Bezeichnung

Der Schulträger entscheidet, welcher der Bewerber das Amt bekleiden soll.

Er stützt sich u. a. auf das Motivationsschreiben des Bewerbers, ein oder mehrere Bewerbungsgespräche sowie auf die Berufserfahrung, die pädagogische Qualifikation und die Fachkompetenz im Hinblick auf die zu betreuenden Fachrichtungen.»

Art. 138 - In Artikel 69.2 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe a) desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007 und ersetzt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird die Wortfolge "zweiten Grades verfügt; in Ermangelung eines Bewerbers mit diesem Diplom reicht ein Diplom des Hochschulwesens des ersten Grades aus" durch die Wortfolge "ersten Grades verfügt" ersetzt.

Art. 139 - Artikel 69.6 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe l), eingefügt durch das Dekret vom 27. Juni 2011, wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Komma ersetzt.
2. Folgender Buchstabe m) wird eingefügt:

«m) vollzeitige Laufbahnunterbrechung.»
3. In § 2 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

«In Abweichung von § 1 Absatz 1 Nummer 1 ist es dem definitiv eingestellten Schulleiter erlaubt, einen Urlaub zwecks Ausübung desselben oder eines anderen Amtes für die Dauer von insgesamt höchstens fünf Jahren zu nehmen.»

Art. 140 - Artikel 119.3 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 16. Juli 2012, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "1. Januar 2018" durch die Wortfolge "1. Januar 2017" und die Zahl "2017" durch die Zahl "2016" ersetzt.
2. In Absatz 2 wird die Wortfolge "1. Januar 2018" durch die Wortfolge "1. Januar 2017" und die Zahl "2017" durch die Zahl "2016" ersetzt.
3. In Absatz 3 wird die Wortfolge "1. Januar 2018" durch die Wortfolge "1. Januar 2017" und die Zahl "2017" durch die Zahl "2016" ersetzt.
4. In Absatz 4 wird die Wortfolge "1. Januar 2018" durch die Wortfolge "1. Januar 2017" und die Zahl "2017" durch die Zahl "2016" ersetzt.

Art. 141 - In den Titel IV desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird folgender Artikel 119.9 eingefügt:

«Art. 119.9 - Bei Personalmitgliedern, die spätestens am 1. September 2009 in Anwendung der gültigen Abweichungsbestimmungen bei einem Träger des Gemeinschaftsunterrichtswesens für das zu vergebende Amt wie ein Inhaber eines erforderlichen Befähigungsnachweises betrachtet wurden, gilt die in Artikel 33 Absatz 1 Nummer 5 sowie die in Artikel 49 § 1 Absatz 1 Nummer 5 angeführte Bedingung als erfüllt.

Bei Personalmitgliedern, die spätestens am 1. September 2010 in Anwendung der gültigen Abweichungsbestimmungen bei einem Träger des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens oder des freien subventionierten Unterrichtswesens für das zu vergebende Amt wie ein Inhaber eines erforderlichen Befähigungsnachweises betrachtet wurden, gilt die in Artikel 33 Absatz 1 Nummer 5 sowie die in Artikel 49 § 1 Absatz 1 Nummer 5 angeführte Bedingung als erfüllt.»

KAPITEL 12 — *Abänderung des Dekrets vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen*

Art. 142 - In Artikel 20 des Dekrets vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen, ersetzt durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird folgender Paragraph 5 eingefügt:

«§ 5 - Gegen die Nichtvergabe des Abschlusszeugnisses der Grundschule kann bei der in Artikel 38 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen angeführten Einspruchskammer gemäß Artikel 39 desselben Dekrets Einspruch eingelegt werden.»

Art. 143 - In Kapitel 3 Abschnitt 2 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird folgender Artikel 20.1 eingefügt:

«Art. 20.1 - *Freistellung von Prüfungen, Nachteilsausgleich und Notenschutz bei der Vergabe des schulexternen Abschlusszeugnisses der Grundschule*

§ 1 - In Abweichung von Artikel 20 § 2 Absatz 4, § 3 Absatz 1 Satz 1 und § 4 Absatz 2 können die Erziehungsberechtigten von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf bei der Einschreibung zu den Prüfungen eine Freistellung von einer oder mehreren Prüfungen beim Vorsitzenden des Prüfungsausschusses beantragen.

Dem Antrag wird ein Gutachten des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen beigelegt, das nicht älter als sechs Monate ist und das bestätigt, dass das Kind sonderpädagogischen Förderbedarf hat und nicht in der Lage ist, mit Erfolg die Prüfungen vor dem Prüfungsausschuss abzulegen. Das Gutachten wird von den Erziehungsberechtigten eingeholt. Wird das Gutachten von einer Einrichtung erstellt, die nicht das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen ist, so müssen die Erziehungsberechtigten das Gutachten durch das Zentrum gutheißen lassen.

Der Prüfungsausschuss entscheidet gemäß Artikel 20 § 4 Absätze 3 und 4 über die Freistellung von der oder den Prüfungen und teilt den Erziehungsberechtigten die Entscheidung schriftlich mit.

§ 2 - In Abweichung von § 2 Absatz 4, § 3 Absatz 1 Satz 1 und § 4 Absatz 2 können die Erziehungsberechtigten den in Artikel 93.33 und 93.38 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen angeführten Nachteilsausgleich und Notenschutz beantragen.

Die Erziehungsberechtigten reichen bei der Einschreibung zu den Prüfungen einen Antrag auf Nachteilsausgleich oder Notenschutz beim Vorsitzenden des Prüfungsausschusses ein. Hierzu nutzen sie ein von der Regierung festgelegtes Antragsformular. Wird der Antrag auf Nachteilsausgleich oder Notenschutz nach Ablauf der Einschreibefrist zu den Prüfungen eingereicht, wird er von Amts wegen abgelehnt.

Dem Antrag auf Nachteilsausgleich wird ein Gutachten einer fachkundigen Einrichtung beigelegt, das dem in Artikel 93.34 § 1 Absätze 2 und 3 desselben Dekrets vom 31. August 1998 angeführten Gutachten entspricht. Dem Antrag auf Notenschutz wird ein Gutachten einer fachkundigen Einrichtung beigelegt, das dem in Artikel 93.39 § 1 Absätze 2 und 3 desselben Dekrets vom 31. August 1998 angeführten Gutachten entspricht.

Das Einreichen eines Antrags eröffnet keinen Rechtsanspruch auf die im Gutachten empfohlenen Ausgleichsmaßnahmen oder empfohlenen Teilbereiche für den Notenschutz.

Die Artikel 93.35 und 93.40 desselben Dekrets vom 31. August 1998 finden Anwendung auf den Ausschuss, wobei unter Schulleiter und Schulinspektion der Vorsitzende des Ausschusses und unter Mitgliedern des Direktions-, Lehr-, Erziehungshilfs-, paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals die Mitglieder des Ausschusses zu verstehen sind.»

KAPITEL 13 — *Abänderung des Dekrets vom 30. Juni 2003 über dringende Maßnahmen im Unterrichtswesen 2003*

Art. 144 - Artikel 5 § 4 des Dekrets vom 30. Juni 2003 über dringende Maßnahmen im Unterrichtswesen 2003, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 25. Oktober 2010, wird wie folgt abgeändert:

1. Folgender Absatz 4 wird hinter den aktuellen Absatz 3 eingefügt:

«In Abweichung von Absatz 2 wird ein Personalmitglied des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, das den Artikeln 6.44 und 6.48-6.51 des Dekrets vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen und den Artikeln 111.8-111.10 des Dekrets vom 21. April 2008 zur Aufwertung des Lehrerberufes unterliegt, auf der Grundlage des Amtes besoldet, das es in Anwendung von § 1 Absatz 1 Nummer 4 ausübt.»

2. Die aktuellen Absätze 4 und 5 werden zu den Absätzen 5 und 6.

KAPITEL 14 — *Abänderung des Dekrets vom 29. März 2004 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens und der offiziellen subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren*

Art. 145 - Artikel 37 Absatz 1 des Dekrets vom 29. März 2004 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens und der offiziellen subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. Im einleitenden Satz von Absatz 1 Nummer 5, ersetzt durch das Dekret vom 23. Juni 2008, wird die Wortfolge "in Artikel 20bis Absätze 2 und 3 vorgesehene" gestrichen.

2. Zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, wird folgender Absatz 2 eingefügt:

«Bei der in Absatz 1 Nummer 5 angeführten Abweichung handelt es sich um die Bezeichnung bzw. Einstellung eines Personalmitglieds gemäß einer der nachfolgenden Bestimmungen:

1. Artikel 19 § 2 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes;

2. Artikel 33bis Absätze 2 und 3 des Dekrets vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens und des freien subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums;

3. Artikel 20bis Absätze 2 und 3 des vorliegenden Dekrets.»

Art. 146 - Artikel 56.6 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 23. März 2009, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe k), eingefügt durch das Dekret vom 27. Juni 2011, wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Komma ersetzt.

2. Folgender Buchstabe l) wird eingefügt:

«l) vollzeitige Laufbahnunterbrechung.»

3. In § 2 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

«In Abweichung von § 1 Absatz 1 Nummer 1 ist es dem definitiv ernannten Leitenden Verwaltungssekretär erlaubt, einen Urlaub zwecks Ausübung desselben oder eines anderen Amtes für die Dauer von insgesamt höchstens fünf Jahren zu nehmen.»

Art. 147 - In dasselbe Dekret, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird folgendes Kapitel IV*sexies*, das den Artikel 56.15 umfasst, eingefügt:

«Kapitel IV*sexies* - Besondere Bestimmungen für den Förderpädagogischen Berater in einer Fördergrund- und -sekundarschule

Art. 56.15 - In Abweichung von Kapitel IV wird das Amt des förderpädagogischen Beraters in einer Fördergrund- und -sekundarschule anhand einer Bezeichnung auf unbestimmte Dauer und anhand einer definitiven Ernennung nach Maßgabe der im freien subventionierten Unterrichtswesen geltenden Bestimmungen vergeben.»

Art. 148 - In dasselbe Dekret, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird folgendes Kapitel IV*septies*, eingefügt:

«Kapitel IV*septies* - Besondere Bestimmungen für Unterdirektoren»

Art. 149 - In das Kapitel IV*septies* desselben Dekrets wird folgender Artikel 56.16 eingefügt:

«Art. 56.16 - In Abweichung von Kapitel IV wird das Amt des Unterdirektors anhand einer Bezeichnung auf unbestimmte Dauer und anhand einer definitiven Ernennung nach Maßgabe der im freien subventionierten Unterrichtswesen geltenden Bestimmungen vergeben.»

Art. 150 - In dasselbe Dekret, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird folgendes Kapitel IV*octies* eingefügt:

«Kapitel IV*octies* - Besondere Bestimmungen für Werkstattleiter der Unter- und Oberstufe»

Art. 151 - In das Kapitel IV*octies* desselben Dekrets wird folgender Artikel 56.17 eingefügt:

«Art. 56.17 - In Abweichung von Kapitel IV wird das Amt des Werkstattleiters der Unter- und Oberstufe anhand einer Bezeichnung auf unbestimmte Dauer und anhand einer definitiven Ernennung nach Maßgabe der im freien subventionierten Unterrichtswesen geltenden Bestimmungen vergeben.»

Art. 152 - In Artikel 64.2 Absatz 1 Nummer 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 23. März 2009, wird die Wortfolge "zweiten Grades verfügt; in Ermangelung eines Bewerbers mit diesem Diplom genügt ein Diplom des Hochschulwesens des ersten Grades" durch die Wortfolge "ersten Grades verfügt" ersetzt.

Art. 153 - Artikel 64.6 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 23. März 2009, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe l), eingefügt durch das Dekret vom 27. Juni 2011, wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Komma ersetzt.

2. Folgender Buchstabe m) wird eingefügt:

«m) vollzeitige Laufbahnunterbrechung.»

3. In § 2 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

«In Abweichung von § 1 Absatz 1 Nummer 1 ist es dem definitiv ernannten Leiter einer Kunstakademie erlaubt, einen Urlaub zwecks Ausübung desselben oder eines anderen Amtes für die Dauer von insgesamt höchstens fünf Jahren zu nehmen.»

Art. 154 - In Artikel 64.13 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe a) desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 28. Juni 2010, wird die Wortfolge "zweiten Grades verfügen; in Ermangelung eines Bewerbers mit diesem Diplom reicht ein Diplom des Hochschulwesens des ersten Grades aus" durch die Wortfolge "ersten Grades verfügen" ersetzt.

Art. 155 - Artikel 64.17 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 28. Juni 2010, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe l), eingefügt durch das Dekret vom 27. Juni 2011, wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Komma ersetzt.

2. Folgender Buchstabe m) wird eingefügt:

«m) vollzeitige Laufbahnunterbrechung.»

3. In § 2 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

«In Abweichung von § 1 Absatz 1 Nummer 1 ist es dem definitiv ernannten Schulleiter erlaubt, einen Urlaub zwecks Ausübung desselben oder eines anderen Amtes für die Dauer von insgesamt höchstens fünf Jahren zu nehmen.»

Art. 156 - Artikel 111*quater* desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 16. Juli 2012, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "1. Januar 2018" durch die Wortfolge "1. Januar 2017" und die Zahl "2017" durch die Zahl "2016" ersetzt.

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge "1. Januar 2018" durch die Wortfolge "1. Januar 2017" und die Zahl "2017" durch die Zahl "2016" ersetzt.

3. In Absatz 3 wird die Wortfolge "1. Januar 2018" durch die Wortfolge "1. Januar 2017" und die Zahl "2017" durch die Zahl "2016" ersetzt.

4. In Absatz 4 wird die Wortfolge "1. Januar 2018" durch die Wortfolge "1. Januar 2017" und die Zahl "2017" durch die Zahl "2016" ersetzt.

Art. 157 - In das Kapitel XIV desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird folgender Artikel 111^{novies} eingefügt:

«Art. 111^{novies} - Bei Personalmitgliedern, die spätestens am 1. September 2009 in Anwendung der gültigen Abweichungsbestimmungen beim Träger des Gemeinschaftsunterrichtswesens für das zu vergebende Amt wie ein Inhaber eines erforderlichen Befähigungsnachweises betrachtet wurden, gilt die in Artikel 20 § 1 Absatz 1 Nummer 5 sowie die in Artikel 37 Absatz 1 Nummer 5 angeführte Bedingung als erfüllt.

Bei Personalmitgliedern, die spätestens am 1. September 2010 in Anwendung der gültigen Abweichungsbestimmungen bei einem Träger des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens oder des freien subventionierten Unterrichtswesens für das zu vergebende Amt wie ein Inhaber eines erforderlichen Befähigungsnachweises betrachtet wurden, gilt die in Artikel 20 § 1 Absatz 1 Nummer 5 sowie die in Artikel 37 Absatz 1 Nummer 5 angeführte Bedingung als erfüllt.»

*KAPITEL 15 — Abänderung des Dekrets vom 19. April 2004
über die Vermittlung und den Gebrauch der Sprachen im Unterrichtswesen*

Art. 158 - Artikel 10 des Dekrets vom 19. April 2004 über die Vermittlung und den Gebrauch der Sprachen im Unterrichtswesen wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "Auswahl- und" gestrichen.

2. Folgender Absatz 2 wird eingefügt:

«Alle Auswahlämter werden von Personalmitgliedern bekleidet, die die deutsche Sprache gründlich beherrschen. Betreut das Personalmitglied eine französisch- oder niederländischsprachige Zielgruppe, trägt der Schulträger dafür Sorge, dass die Zielgruppe in der betreffenden Sprache betreut wird.»

Art. 159 - In Artikel 26^{bis} Nummer 1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 21. April 2008, wird die Zahl "4" durch die Zahl "10" ersetzt.

Art. 160 - In Artikel 52 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird folgender Absatz 9 eingefügt:

«Personalmitglieder, die vor dem 1. September 2016 im Unterrichtswesen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft beschäftigt waren und die vor dem 1. September 2016 Inhaber einer Bescheinigung über den erfolgreichen Abschluss einer Ausbildung in Fremdsprachendidaktik mit einem Umfang von mindestens 4 ECTS-Punkten waren, gelten als Inhaber eines Nachweises der fremdsprachendidaktischen Kenntnisse.»

*KAPITEL 16 — Abänderung des Dekrets vom 17. Mai 2004 über Maßnahmen im Unterrichtswesen,
in der Ausbildung und im Bereich der Infrastruktur 2004*

Art. 161 - In Artikel 20 des Dekrets vom 17. Mai 2004 über Maßnahmen im Unterrichtswesen, in der Ausbildung und im Bereich der Infrastruktur 2004, abgeändert durch die Dekrete vom 28. Juni 2010 und vom 31. März 2014, wird folgender Absatz 3 eingefügt:

«Vorliegendes Kapitel findet ebenfalls Anwendung auf das Amt des förderpädagogischen Beraters in einer Fördergrund- und -sekundarschule.»

Art. 162 - In Artikel 21.3 Absatz 3 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 16. Juli 2012 und abgeändert durch das Dekret vom 31. März 2014, wird die Wortfolge "Der zurückerstattete Betrag wird anteilmäßig zu den Kosten, die bei Erwerb eines Jahresabonnements für die gefahrene Strecke entstünden, berechnet." durch die Wortfolge "Der zurückerstattete Betrag entspricht den effektiv entstandenen Kosten, wobei pro Schuljahr der Betrag, der bei Erwerb eines Jahresabonnements für dieselbe Strecke rückerstattet würde, nicht überschritten werden darf." ersetzt.

KAPITEL 17 — Abänderung des Dekrets vom 6. Juni 2005 über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2005

Art. 163 - In Artikel 33 Absätze 2 und 3 des Dekrets vom 6. Juni 2005 über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2005, abgeändert durch das Dekret vom 23. Juni 2008, wird das Wort "drei" jeweils durch das Wort "vier" ersetzt.

Art. 164 - In Kapitel XIX Abschnitt 6 desselben Dekrets wird folgender Artikel 33.1 eingefügt:

«Art. 33.1 - § 1 - Im Anschluss an den Elternurlaub hat das in Artikel 22 angeführte Personalmitglied das Recht, an seinen früheren Arbeitsplatz zurückzukehren oder, wenn dies nicht möglich ist, eine gleichwertige oder ähnliche Arbeit zugewiesen zu bekommen.

§ 2 - Das Personalmitglied kann eine Anpassung seiner Arbeitszeiten für eine Dauer von sechs Monaten nach Ende des Elternurlaubs beantragen. Die Anpassung der Arbeitszeit berücksichtigt das Interesse des Dienstes und das des betroffenen Personalmitglieds im Hinblick auf eine bessere Vereinbarkeit zwischen dem Berufs- und dem Familienleben.

Der Antrag auf Anpassung der Arbeitszeit muss mindestens drei Wochen vor dem Ende des Elternurlaubs über den Schulleiter schriftlich beim Schulträger eingereicht werden, der die Entscheidung in Absprache mit dem Schulleiter trifft.

Bei Ablehnung des Antrags wird die Begründung dem betroffenen Personalmitglied mindestens eine Woche vor dem Ende des Elternurlaubs schriftlich mitgeteilt.»

Art. 165 - Artikel 34 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

«Die im vorliegenden Abschnitt vorgesehenen Bestimmungen dienen der Umsetzung der Richtlinie 2010/18/EU des Rates der Europäischen Union vom 8. März 2010 zur Durchführung der von BUSINESSSEUROPE, UEAPME, CEEP und EGB geschlossenen überarbeiteten Rahmenvereinbarung über den Elternurlaub und zur Aufhebung der Richtlinie 96/34/EG.»

KAPITEL 18 — *Abänderung des Dekrets vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule*

Art. 166 - In den Titel I des Dekrets vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer Autonomen Hochschule, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird folgender Artikel 1.4 eingefügt:

«Art. 1.4 - Umsetzung europäischer Richtlinien

Die Artikel 2.7 und 3.25 dienen der teilweisen Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen.»

Art. 167 - Artikel 2.7 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2010, wird wie folgt ersetzt:

«Art. 2.7 - Kompetenzen im Studienbereich Krankenpflege

§ 1 - Die Erstausbildung richtet sich nach den Vorgaben des Krankenpflegeprofils des Königlichen Erlasses Nr. 78 vom 10. November 1967 über die Ausübung der Gesundheitspflegeberufe.

Die Erstausbildung wird in einer Weise organisiert, die es dem Studenten ermöglicht, mindestens nachfolgende Kompetenzen zu entwickeln:

1. die Kompetenz, den Krankenpflegebedarf unter Rückgriff auf aktuelle theoretische und klinisch-praktische Kenntnisse eigenverantwortlich festzustellen und die Krankenpflege im Rahmen der Behandlung von Patienten auf der Grundlage der erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten im Hinblick auf die Verbesserung der Berufspraxis zu planen, zu organisieren und durchzuführen;

2. die Kompetenz zur effektiven Zusammenarbeit mit anderen Akteuren im Gesundheitswesen, einschließlich der Mitwirkung an der praktischen Ausbildung von Angehörigen von Gesundheitsberufen, auf der Grundlage der erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten;

3. die Kompetenz, Einzelpersonen, Familien und Gruppen auf der Grundlage der erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten zu einer gesunden Lebensweise und zur Selbsthilfe zu verhelfen;

4. die Kompetenz, eigenverantwortlich lebenserhaltende Sofortmaßnahmen einzuleiten und in Krisen- und Katastrophenfällen Maßnahmen durchzuführen;

5. die Kompetenz, pflegebedürftige Personen und deren Bezugspersonen eigenverantwortlich zu beraten, anzuleiten und zu unterstützen;

6. die Kompetenz, die Qualität der Krankenpflege eigenverantwortlich sicherzustellen und zu bewerten;

7. die Kompetenz zur umfassenden fachlichen Kommunikation und zur Zusammenarbeit mit anderen im Gesundheitswesen tätigen Berufsangehörigen;

8. die Kompetenz, die Pflegequalität im Hinblick auf die Verbesserung der eigenen Berufspraxis als Krankenschwestern und Krankenpfleger, die für die allgemeine Pflege verantwortlich sind, zu analysieren.

§ 2 - Die zur Erlangung dieser Kompetenzen notwendigen Ausbildungsaktivitäten fußen im Rahmen der Erstausbildung mindestens auf nachfolgenden Bildungsbereichen:

1. Pflegewissenschaften;

2. Human- und Sozialwissenschaften;

3. Medizinische und biologische Grundwissenschaften;

4. Berufsorientierte Integration von Theorie und Praxis.»

Art. 168 - In Artikel 3.25 desselben Dekrets wird die Wortfolge "drei Studienjahre" durch die Wortfolge "mindestens drei Studienjahre" ersetzt.

Art. 169 - Artikel 5.15 § 1 Absatz 1 Nummer 5 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 23. Juni 2008 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 16. Juli 2012, wird wie folgt abgeändert:

1. In Buchstabe d), ersetzt durch das Dekret vom 16. Juli 2012, wird die Wortfolge "Direktions- und Lehrpersonal" durch die Wortfolge "Direktions- und Lehrpersonals im Sekundarschulwesen" und der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. Folgender Buchstabe e) wird eingefügt:

«e) falls es sich um ein Mitglied des Direktions- und Lehrpersonals im Hochschulwesen handelt, verfügt dieses über den Pädagogischen Befähigungsnachweis für das Hochschulwesen oder über einen von der Regierung als gleichwertig anerkannten Nachweis;»

Art. 170 - Artikel 5.31 Absatz 1 Nummer 5 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 23. Juni 2008, wird wie folgt abgeändert:

1. In Buchstabe d), ersetzt durch das Dekret vom 16. Juli 2012, wird die Wortfolge "Direktions- und Lehrpersonal" durch die Wortfolge "Direktions- und Lehrpersonals im Sekundarschulwesen" und der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. Folgender Buchstabe e) wird eingefügt:

«e) falls es sich um ein Mitglied des Direktions- und Lehrpersonals im Hochschulwesen handelt, verfügt dieses über den Pädagogischen Befähigungsnachweis für das Hochschulwesen oder über einen von der Regierung als gleichwertig anerkannten Nachweis;»

Art. 171 - Artikel 5.92 Nummer 1 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2011, wird wie folgt abgeändert:

1. In Buchstabe k) wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Komma ersetzt.

2. Folgende Buchstaben l) und m) werden eingefügt:

«l) vollzeitige Laufbahnunterbrechung,

m) Urlaub zwecks Ausübung desselben oder eines anderen Amtes.»

Art. 172 - Artikel 5.98 Absatz 3 Nummer 1 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2011, wird wie folgt abgeändert:

1. In Buchstabe k) wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Komma ersetzt.

2. Folgende Buchstaben l) und m) werden eingefügt:

«l) vollzeitige Laufbahnunterbrechung,

m) Urlaub zwecks Ausübung desselben oder eines anderen Amtes.»

Art. 173 - Artikel 9.11*quater* desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 16. Juli 2012, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "1. Januar 2018" durch die Wortfolge "1. Januar 2017" und die Zahl "2017" durch die Zahl "2016" ersetzt.

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge "1. Januar 2018" durch die Wortfolge "1. Januar 2017" und die Zahl "2017" durch die Zahl "2016" ersetzt.

Art. 174 - In den Titel IX desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 16. Juli 2012, wird folgender Artikel 9.11*quinqies* eingefügt:

«Art. 9.11*quinqies* - Übergangsregelung zur Verleihung des Bachelors in Krankenpflege.

Der Bachelor in Krankenpflege kann gemäß den vor dem 1. September 2016 gültigen Bestimmungen ausschließlich an Studenten verliehen werden, die:

1. im akademischen Jahr 2015-2016 das zweite Studienjahr und im akademischen Jahr 2016-2017 das dritte Studienjahr erfolgreich bestanden haben, oder

2. im akademischen Jahr 2015-2016 das erste Studienjahr, im akademischen Jahr 2016-2017 das zweite Studienjahr und im akademischen Jahr 2017-2018 das dritte Studienjahr erfolgreich bestanden haben.

Den Schülern oder Studenten, die die in Absatz 1 angeführten Bedingungen nicht erfüllen, ist die Einschreibung in ein Studienjahr, das gemäß den vor dem 1. September 2016 gültigen Bestimmungen organisiert wird, nicht gestattet.»

KAPITEL 19 — Abänderung des Dekrets vom 21. April 2008 zur Aufwertung des Lehrerberufes

Art. 175 - Artikel 103 des Dekrets vom 21. April 2008 zur Aufwertung des Lehrerberufes, abgeändert durch die Dekrete vom 23. März 2009 und 29. Juni 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 5 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Komma ersetzt.

2. Folgende Nummer 6 wird eingefügt:

«6. die im Auswahlamt des förderpädagogischen Beraters in einer Fördergrund- und -sekundarschule beschäftigten Personalmitglieder.»

Art. 176 - In Artikel 111.3 § 1 Absatz 4 Nummer 3 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 19. April 2010, wird die Wortfolge "31. Mai" durch die Wortfolge "30. April" ersetzt.

Art. 177 - In Artikel 111.9 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 31. März 2014 und abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, werden folgende Paragraphen 6-7 eingefügt:

«§ 6 - Artikel 111.9 § 1 Absatz 1, § 2 Absatz 1, § 3 Absatz 1 und § 4 Absatz 1 findet keine Anwendung, falls im Zeitraum vom 1. September 2014 bis zum 31. August 2019 Dienste, die bei einer Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht, im Unterrichtswesen oder im öffentlichen Sektor erbracht worden sind, aufgrund der relevanten Besoldungsstatute in dem vorerwähnten Zeitraum anerkannt werden und sich dadurch ein finanzielles Dienstalter von mindestens einem Jahr ergibt.

§ 7 - Zur Ermittlung des siebten oder achten Dienstjahres wird das finanzielle Dienstalter der Personalmitglieder berücksichtigt.»

Art. 178 - Die Anlage I desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 16. Juli 2012, wird durch die Anlage 1 des vorliegenden Dekrets ersetzt.

Art. 179 - Die Anlage II desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 16. Juli 2012, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 1 wird die Wortfolge "1. Januar 2018" durch die Wortfolge "1. Januar 2017" ersetzt.

2. In Nummer 2 wird die Zahl "2017" durch die Zahl "2016" ersetzt.

Art. 180 - Die Anlage IV desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 31. März 2014, wird durch die Anlage 2 des vorliegenden Dekrets ersetzt.

KAPITEL 20 — Abänderung des Dekrets vom 17. November 2008 zur Förderung der Einrichtungen der Erwachsenenbildung

Art. 181 - In Artikel 18.1 des Dekrets vom 17. November 2008 zur Förderung der Einrichtungen der Erwachsenenbildung, eingefügt durch das Dekret vom 25. Februar 2013, wird folgender Paragraph 3 eingefügt:

«§ 3 - In Abweichung von Artikel 8 § 5 Absatz 3 wird die Zwischenauswertung der genehmigten Gesamtkonzepte für den einheitlichen Förderzeitraum 2014-2017 ausgesetzt.»

KAPITEL 21 — Abänderung des Dekrets vom 11. Mai 2009 über das Zentrum für Förderpädagogik, zur Verbesserung der sonderpädagogischen Förderung in den Regel- und Förderschulen sowie zur Unterstützung der Förderung von Schülern mit Beeinträchtigung, Anpassungs- oder Lernschwierigkeiten in den Regel- und Förderschulen

Art. 182 - Artikel 6 Absatz 1 des Dekrets vom 11. Mai 2009 über das Zentrum für Förderpädagogik, zur Verbesserung der sonderpädagogischen Förderung in den Regel- und Förderschulen sowie zur Unterstützung der Förderung von Schülern mit Beeinträchtigung, Anpassungs- oder Lernschwierigkeiten in den Regel- und Förderschulen wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 7 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Komma ersetzt.

2. Folgende Nummern 8 bis 12 werden eingefügt:

«8. Unterricht für kranke Kinder;

9. Betreuung von Schülern, die aufgrund von besonderen Schwierigkeiten während eines bestimmten Zeitraums den normalen Schulbetrieb verlassen und sozialpädagogisch betreut werden müssen mit dem Ziel einer schnellstmöglichen Reintegration in den Schulalltag;

10. Organisation und Durchführung von Maßnahmen zur Erweiterung der förderpädagogischen Kompetenzen der Personalmitglieder im Unterrichtswesen;

11. Beratung und Begleitung im Bereich der interkulturellen Pädagogik und Sprachförderung;

12. Mitarbeit bei der Entwicklung von Konzepten in förderpädagogischen Fragen und bei der Steuerung ihrer Umsetzung.»

Art. 183 - In Artikel 14 desselben Dekrets wird folgender Absatz 2 eingefügt:

«Die in Artikel 24 desselben Dekrets vom 27. Juni 1990 vorgesehene vierte Stelle als Fachbereichsleiter wird am Zentrum für Förderpädagogik ab dem 1. September 2016 organisiert.»

*KAPITEL 22 — Abänderung des Dekrets vom 25. Oktober 2010
über pädagogische und administrative Neuerungen im Unterrichtswesen*

Art. 184 - Artikel 1 des Dekrets vom 25. Oktober 2010 über pädagogische und administrative Neuerungen im Unterrichtswesen wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 wird im einleitenden Satz die Angabe "1-4" durch die Angabe "3-4.1" ersetzt.

2. § 2 Nummern 1 und 2 werden aufgehoben.

3. § 2 Nummer 3 Buchstaben i)-l) und Nummer 4 Buchstaben i)-l) werden aufgehoben.

4. In § 2 wird folgende Nummer 5 eingefügt:

«5. in Anhang 4.1 für die in Artikel 6 Buchstabe G Buchstabe a) Nummer 1 bis 29 des Königlichen Erlasses vom 2. Oktober 1968 zur Festlegung und Einteilung der Ämter der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und des sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der Ämter der Personalmitglieder des Inspektionsdienstes beauftragt mit der Aufsicht dieser Einrichtungen angeführten Anwerbsämter im Teilzeit-Kunstunterricht.»

Art. 185 - Die Anhänge 1 und 2 desselben Dekrets werden aufgehoben.

Art. 186 - In dasselbe Dekret, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird folgender Artikel 3.2. eingefügt:

«Art 3.2. - Inhaber einer zeitlich befristeten Lehrbefähigung im Teilzeit-Kunstunterricht

Für Personalmitglieder, die eines der in Artikel 1 § 2 Nummer 5 angeführten Ämter bekleiden, gilt die Bedingung, die in den in Artikel 1 § 1 Nummern 1, 3, 4 und 5 angeführten Bestimmungen erwähnt ist, als erfüllt, wenn sie im Besitz eines von einer Einrichtung des Teilzeit-Kunstunterrichts ausgestellten pädagogischen Befähigungsdiploms für das ausgeübte Amt sind, selbst wenn dessen Gültigkeit erloschen ist.»

Art. 187 - In dasselbe Dekret wird der Anhang 4.1, der in vorliegendem Anhang 1 festgelegt ist, eingefügt.

*KAPITEL 23 — Abänderung des Dekrets vom 25. Juni 2012 über die Schulinspektion
und die Schulentwicklungsberatung*

Art. 188 - Artikel 19 § 3 des Dekrets vom 25. Juni 2012 über die Schulinspektion und die Schulentwicklungsberatung wird wie folgt abgeändert:

1. Die Absätze 3 und 4 werden wie folgt ersetzt:

«Die Kommission führt mit jedem der zugelassenen Bewerber ein Bewerbungsgespräch, das über die Zulassung zum Eignungsfeststellungsverfahren entscheidet. Die Kommission berücksichtigt bei ihrer Entscheidung die in Artikel 18 Absätze 3 und 4 angeführten Dokumente, die pädagogische Qualifikation, die Berufserfahrung und das im Hinblick auf das zu besetzende Amt erforderliche Fachwissen des Bewerbers. Die Bewerber, die das Bewerbungsgespräch erfolgreich durchlaufen haben, sind zum Eignungsfeststellungsverfahren zugelassen.

Im Anschluss an das Eignungsfeststellungsverfahren erstellt die Kommission ein mit Gründen versehenes Gutachten, das die Bewerber, die das Eignungsfeststellungsverfahren erfolgreich durchlaufen haben, klassiert und zur Bezeichnung vorschlägt. Bei der Reihenfolge der Klassierung stützt sich die Kommission sowohl auf das Bewerbungsgespräch als auch auf die im Eignungsfeststellungsverfahren erzielten Resultate.»

2. Absatz 5 wird aufgehoben.

Art. 189 - Artikel 22 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 24 Juni 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 Nummer 15 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Komma ersetzt.

2. In Absatz 1 wird folgende Nummer 16 eingefügt:

«16. vollzeitige Laufbahnunterbrechung.»

3. In Absatz 2 wird die Angabe "1-12" durch die Angabe "1-12 und 16" ersetzt.

4. Folgender Absatz 7 wird eingefügt:

«Unbeschadet von Absatz 1 ist es dem definitiv ernannten Leiter der Schulinspektion und der Schulentwicklungsberatung, Schulinspektor oder Schulentwicklungsberater erlaubt, einen Urlaub zwecks Ausübung desselben oder eines anderen Amtes einmalig pro Amt für die Dauer von insgesamt höchstens fünf Jahren zu nehmen.»

KAPITEL 24 — Abänderung des Krisendekrets vom 16. Juli 2012

Art. 190 - Artikel 1 des Krisendekrets vom 16. Juli 2012 wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 1 wird die Wortfolge "1. Januar 2018" durch die Wortfolge "1. Januar 2017" ersetzt.

2. In Nummer 2 wird die Zahl "2017" durch die Zahl "2016" ersetzt.

Art. 191 - Artikel 2 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 1 wird die Wortfolge "1. Januar 2018" durch die Wortfolge "1. Januar 2017" ersetzt.

2. In Nummer 2 wird die Zahl "2017" durch die Zahl "2016" ersetzt.

KAPITEL 25 — *Abänderung des Dekrets vom 31. März 2014
über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen*

Art. 192 - In Artikel 3.4 Nummer 1 des Dekrets vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen wird die Wortfolge "Schaffung und Sicherstellung" durch "Förderung" ersetzt.

Art. 193 - Artikel 6.2 Nummer 1 Buchstabe i) desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

«i) Assistent für Gesundheitsförderung».

Art. 194 - In Artikel 6.3 § 1 Nummer 9 desselben Dekrets wird das Wort "Schulzahnpfleger" durch die Wortfolge "Assistent für Gesundheitsförderung" ersetzt.

Art. 195 - In Artikel 6.55 desselben Dekrets wird folgender Absatz 2 eingefügt:

«Ein Personalmitglied wird für die Dauer seines Jahresurlaubs ersetzt, wenn dieser unmittelbar einem Mutterschaftsurlaub folgt und das Personalmitglied unmittelbar im Anschluss einen Elternurlaub oder eine Laufbahnunterbrechung wegen Elternschaftsurlaub in Anspruch nimmt. Unter Jahresurlaub versteht man den in den Artikeln 6.48-6.50 angeführten Jahresurlaub sowie den in Artikel 10.4 angeführten Jahresurlaub der übernommenen Einrichtungen, falls das übernommene Personalmitglied seine Wahl gemäß demselben Artikel dahin gehend getroffen hat.»

Art. 196 - In Artikel 6.80 desselben Dekrets wird folgender Absatz 3 eingefügt:

«Kann das Amt des Zweigstellenleiters nicht mit einem Personalmitglied des Zentrums besetzt werden, findet in Abweichung von Absatz 2 das Verfahren zur Bezeichnung in die in Artikel 6.79 Nummern 1-5 angeführten Ämter Anwendung mit Ausnahme der Verpflichtung des Bewerbers, einen Strategie- und Aktionsplan zu verfassen.»

Art. 197 - Artikel 6.84 § 2 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 Nummer 15 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Komma ersetzt.

2. In Absatz 1 wird folgende Nummer 16 eingefügt:

«16. vollzeitige Laufbahnunterbrechung.»

3. In Absatz 2 wird die Angabe "1-12" durch die Angabe "1-12 und 16" ersetzt.

4. Folgender Absatz 6 wird eingefügt:

«Unbeschadet von Absatz 1 ist es dem definitiv ernannten Koordinator, Zweigstellenleiter oder Direktor erlaubt, einen Urlaub zwecks Ausübung desselben oder eines anderen Amtes einmalig pro Amt für die Dauer von insgesamt höchstens fünf Jahren zu nehmen.»

Art. 198 - In Artikel 6.101 desselben Dekrets wird in der Überschrift und im einleitenden Satz das Wort "Schulzahnpfleger" durch die Wortfolge "Assistent für Gesundheitsförderung" mit den nötigen grammatikalischen Anpassungen ersetzt.

Art. 199 - In Artikel 10.5 desselben Dekrets werden folgende Absätze 2 und 3 eingefügt:

«Ab dem 1. September 2016 stehen dem Zentrum als Ausgleich für den erhöhten Personalbedarf infolge des Abbaus von Überstunden für die Schuljahre 2016-2017 und 2017-2018 maximal 2,5 zusätzliche Stellen zur Verfügung. Für das Schuljahr 2018-2019 wird dieser Ausgleich auf maximal 1,5 Stellen reduziert.

Der Verwaltungsrat übermittelt der Regierung vor Beginn jedes Schuljahres schriftlich einen Plan über den Überstundenabbau. Er beschreibt den Umfang, die Dauer und die Gründe des infolgedessen entstehenden erhöhten Personalbedarfs, der mit dem in Absatz 2 bereitgestellten Stellenkapital aufgefangen wird. Die Regierung kann auf der Grundlage dieses Plans entscheiden, die in Absatz 2 vorgesehene Stellenzahl zu reduzieren.»

Art. 200 - In der Überschrift von Artikel 10.8 desselben Dekrets wird das Wort "Schulzahnpflegers" durch die Wortfolge "Assistenten für Gesundheitsförderung" ersetzt.

Art. 201 - In Artikel 10.9 desselben Dekrets wird die Zahl "2017" durch die Zahl "2016" und die Wortfolge "1. Januar 2018" durch die Wortfolge "1. Januar 2017" ersetzt.

Art. 202 - In Artikel 10.10 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird die Wortfolge "1. September 2016" durch die Wortfolge "1. September 2017" ersetzt.

KAPITEL 26 — *Schlussbestimmungen*

Art. 203 - Werden aufgehoben:

1. Artikel 1 Buchstaben C und D des Königlichen Erlasses vom 22. Juli 1969 zur Festlegung der Anwerbungsämter, welche die Personalmitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Unterrichtseinrichtungen bekleiden müssen, um in ein Auswahlamt ernannt zu werden, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 31. August 2000;

2. Artikel 12 § 1 Nummer 3, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 30. Juni 2003, und Artikel 13 des Königlichen Erlasses vom 30. Juli 1975 über die für ausreichend erachteten Titel im Sekundarunterricht, der in den freien subventionierten Unterrichtsanstalten des Mittel- und Normalschulwesens erteilt wird, das psycho-pädagogische Jahr Postsekundarschuljahr einbegriffen;

3. Artikel 12 § 1 Nummer 3, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 31. August 2000, und Artikel 13 des Königlichen Erlasses vom 30. Juli 1975 über die für ausreichend erachteten Titel im Sekundarunterricht, der in den offiziellen subventionierten Unterrichtsanstalten des Mittel- oder Normalschulwesens erteilt wird;

4. Artikel 12 § 1 des Königlichen Erlasses Nr. 439 vom 11. August 1986 über die Rationalisierung und Programmierung des Förderschulunterrichts.»

Art. 204 - Vorliegendes Dekret tritt am 1. September 2016 in Kraft mit Ausnahme:

1. des Artikels 203 Nummer 4, der mit Wirkung vom 1. September 2009 in Kraft tritt;

2. der Artikel 2, 25, 118, 141, 145 und 157, die mit Wirkung vom 1. September 2012 in Kraft treten;

3. der Artikel 177 und 196, die mit Wirkung vom 1. September 2014 in Kraft treten;

4. des Artikels 162, der mit Wirkung vom 1. September 2015 in Kraft tritt;

5. der Artikel 181 und 195, die mit Wirkung vom 1. Januar 2016 in Kraft treten;
6. der Artikel 22, 55, 56, 138, 142, 152, 154, 158, 169, 170, 184 und 185, die am 1. Januar 2017 in Kraft treten;
7. der Artikel 70-76, 87, 107 und 108, die am 1. September 2017 in Kraft treten;
8. der Artikel 46, 77-85 und 143 Paragraf 2, die am 1. September 2018 in Kraft treten.

ANHANG 1
ANHANG 4.1

Festlegung der wesentlichen Elemente der Ausbildung zur Erlangung einer Lehrbefähigung
(siehe Artikel 1 § 2 Nummer 5)

	Studienpunkte (ECTS)
Soziologische und kulturelle Kenntnisse	
Rechtliche und gesetzliche Aspekte	2
Einführung in die Musikethnologie	2
Psychopädagogik - Vermittlung soziologischer und kultureller Kenntnisse	2
Pädagogische Kenntnisse	
Psychopädagogik - Vermittlung pädagogischer Kenntnisse basierend auf Wissenschaft und Forschung	2
Fachdidaktik	5
Improvisation	2
Psychologische, sozio-affektive und soziale Kenntnisse	
Psychopädagogik - Vermittlung psychologischer, sozio-affektiver und sozialer Kenntnisse	2
Interaktive Techniken (Kommunikationstechniken)	2
Praktika	
Praktika (Beobachtungspraktika)	3
Praktika (Unterrichtspraktika)	6
Praktika (Praktika im Rahmen außerschulischer Aktivitäten)	2
Total	30

ANLAGE 1
ZU VORLIEGENDEM DEKRET ÜBER MASSNAHMEN IM UNTERRICHTSWESEN 2016**ANLAGE I****Gehaltstabellen - Beträge in EUR****I/D**

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2013 sowie vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2018

21.218,35 – 36.895,86

01 (1) × 73,05

02 (1) × 691,06

11 (2) × 1.292,94

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2016

21.004,03 – 36.523,18

01 (1) × 72,31

02 (1) × 684,08

11 (2) × 1.279,88

- ab dem 1. Januar 2019

21.432,68 – 37.268,55

01 (1) × 73,79

02 (1) × 698,04

11 (2) × 1.306,00

I/C

- für die Zeitspanne vom 1. September 2013 bis 31. Dezember 2013

21.836,37 – 36.895,86

10 (2) × 1.369,04

01 (2) × 1.369,09

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2014 bis zum 31. August 2014

21.615,80 – 36.523,18

10 (2) × 1.355,21

01 (2) × 1.355,28

I/C/1

- für die Zeitspanne vom 1. September 2013 bis 31. Dezember 2013

21.218,35 – 36.895,86

01 (1) × 618,02

10 (2) × 1.369,04

01 (2) × 1.369,09

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2014 bis zum 31. August 2014

21.004,03 – 36.523,18

01 (1) × 611,77

10 (2) × 1.355,21

01 (2) × 1.355,28

I/B

- für die Zeitspanne vom 1. September 2014 bis zum 31. Dezember 2016

21.615,80 – 36.523,18

01 (1) × 815,67

10 (2) × 1.281,06

01 (2) × 1.281,11

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2018

21.836,37 – 36.895,86

01 (1) × 824,00

10 (2) × 1.294,13

01 (2) × 1.294,19

- ab dem 1. Januar 2019

22.056,94 – 37.268,55

01 (1) × 832,33

10 (2) × 1.307,20

01 (2) × 1.307,28

I/B/1

- für die Zeitspanne vom 1. September 2014 bis zum 31. Dezember 2016

21.004,03 – 36.523,18

01 (1) × 611,77

01 (1) × 815,67

10 (2) × 1.281,06

01 (2) × 1.281,11

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2018

21.218,35 – 36.895,86

01 (1) × 618,02

01 (1) × 824,00

10 (2) × 1.294,13

01 (2) × 1.294,19

- ab dem 1. Januar 2019

21.432,68 – 37.268,55

01 (1) × 624,26

01 (1) × 832,33

10 (2) × 1.307,20

01 (2) × 1.307,28

I/A

- für die Zeitspanne vom 1. September 2014 bis zum 31. Dezember 2016

22.431,47 – 36.523,18

10 (2) × 1.281,06

01 (2) × 1.281,11

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2018

22.660,37 – 36.895,86

10 (2) × 1.294,13

01 (2) × 1.294,19

- ab dem 1. Januar 2019

22.889,27 – 37.268,55

10 (2) × 1.307,20

01 (2) × 1.307,28

II+/D

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2013 sowie vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2018

16.839,68 – 28.937,38

01 (1) × 55,94

02 (1) × 546,43

01 (2) × 896,24

01 (2) × 912,96

10 (2) × 913,97

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2016

16.669,58 – 28.645,09

01 (1) × 55,38

02 (1) × 540,91

01 (2) × 887,18

01 (2) × 903,73

10 (2) × 904,74

- ab dem 1. Januar 2019

17.009,78 – 29.229,68

01 (1) × 56,52

02 (1) × 551,95

01 (2) × 905,30

01 (2) × 922,18

10 (2) × 923,20

II+/C

- für die Zeitspanne vom 1. September 2013 bis 31. Dezember 2013

17.330,16 – 28.937,38

11 (2) × 967,26

01 (2) × 967,36

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2014 bis zum 31. August 2014

17.155,11 – 28.645,09

11 (2) × 957,49

01 (2) × 957,59

II+/C/1

- für die Zeitspanne vom 1. September 2013 bis 31. Dezember 2013

16.839,68 – 28.937,38

01 (1) × 490,48

11 (2) × 967,26

01 (2) × 967,36

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2014 bis zum 31. August 2014

16.669,58 – 28.645,09

01 (1) × 485,53

11 (2) × 957,49

01 (2) × 957,59

II+/B

- für die Zeitspanne vom 1. September 2014 bis zum 31. Dezember 2016

17.155,11 – 28.645,09

01 (1) × 647,37

11 (2) × 903,55

01 (2) × 903,56

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2018

17.330,16 – 28.937,38

01 (1) × 653,97

11 (2) × 912,77

01 (2) × 912,78

- ab dem 1. Januar 2019

17.505,21 – 29.229,68

01 (1) × 660,58

11 (2) × 921,99

01 (2) × 922,00

II+/B/1

- für die Zeitspanne vom 1. September 2014 bis zum 31. Dezember 2016

16.669,58 – 28.645,09

01 (1) × 485,53

01 (1) × 647,37

11 (2) × 903,55

01 (2) × 903,56

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2018

16.839,68 – 28.937,38

01 (1) × 490,48

01 (1) × 653,97

11 (2) × 912,77

01 (2) × 912,78

- ab dem 1. Januar 2019

17.009,78 – 29.229,68

01 (1) × 495,43

01 (1) × 660,58

11 (2) × 921,99

01 (2) × 922,00

II+/A

- für die Zeitspanne vom 1. September 2014 bis zum 31. Dezember 2016

17.802,48 – 28.645,09

11 (2) × 903,55

01 (2) × 903,56

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2018

17.984,13 – 28.937,38

11 (2) × 912,77

01 (2) × 912,78

- ab dem 1. Januar 2019

18.165,79 – 29.229,68

11 (2) × 921,99

01 (2) × 922,00

II/D

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2013 sowie vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2018

16.434,39 – 26.329,26

01 (1) × 45,94

02 (1) × 524,62

01 (2) × 721,34

01 (2) × 722,05

10 (2) × 735,63

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2016

16.268,38 – 26.063,31

01 (1) × 45,48

02 (1) × 519,32

01 (2) × 714,06

01 (2) × 714,75

10 (2) × 728,20

- ab dem 1. Januar 2019

16.600,39 – 26.595,21

01 (1) × 46,41

02 (1) × 529,92

01 (2) × 728,63

01 (2) × 729,34

10 (2) × 743,06

II/C

- für die Zeitspanne vom 1. September 2013 bis 31. Dezember 2013

16.913,10 – 26.329,26

12 (2) × 784,68

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2014 bis zum 31. August 2014

16.742,19 – 26.063,31

12 (2) × 776,76

II/C/1

- für die Zeitspanne vom 1. September 2013 bis 31. Dezember 2013

16.434,39 – 26.329,26

01 (1) × 478,71

12 (2) × 784,68

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2014 bis zum 31. August 2014

16.268,38 – 26.063,31

01 (1) × 473,81

12 (2) × 776,76

II/B

- für die Zeitspanne vom 1. September 2014 bis zum 31. Dezember 2016

16.742,19 – 26.063,31

01 (1) × 631,81

11 (2) × 724,10

01 (2) × 724,21

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2018

16.913,10 – 26.329,26

01 (1) × 638,23

11 (2) × 731,49

01 (2) × 731,54

- ab dem 1. Januar 2019

17.083,89 – 26.595,21

01 (1) × 644,68

11 (2) × 738,88

01 (2) × 738,96

II/B/1

- für die Zeitspanne vom 1. September 2014 bis zum 31. Dezember 2016

16.268,38 – 26.063,31

01 (1) × 478,81

01 (1) × 631,81

11 (2) × 724,10

01 (2) × 724,21

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2018

16.434,39 – 26.329,26

01 (1) × 478,71

01 (1) × 638,23

11 (2) × 731,49

01 (2) × 731,54

- ab dem 1. Januar 2019

16.600,39 – 26.595,21

01 (1) × 483,50

01 (1) × 644,68

11 (2) × 738,88

01 (2) × 738,96

II/B/2

- für die Zeitspanne vom 1. September 2014 bis zum 31. Dezember 2016

16.268,38 – 26.063,31

01 (1) × 45,49

01 (1) × 519,32

01 (1) × 540,81

11 (2) × 724,10

01 (2) × 724,21

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2018

16.434,39 – 26.329,26

01 (1) × 45,97

01 (1) × 524,64

01 (1) × 546,33

11 (2) × 731,49

01 (2) × 731,54

- ab dem 1. Januar 2019

16.600,39 – 26.595,21

01 (1) × 46,41

01 (1) × 529,92

01 (1) × 551,85

11 (2) × 738,88

01 (2) × 738,96

II/A

- für die Zeitspanne vom 1. September 2014 bis zum 31. Dezember 2016

17.374,00 – 26.063,31

11 (2) × 724,10

01 (2) × 724,21

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2018

17.551,33 – 26.329,26

11 (2) × 731,49

01 (2) × 731,54

- ab dem 1. Januar 2019

17.728,57 – 26.595,21

11 (2) × 738,88

01 (2) × 738,96

III/D

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2013 sowie vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2018

16.174,51 – 23.846,43

01 (1) × 0

01 (1) × 128,86

01 (1) × 299,98

13 (2) × 557,16

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2016

16.011,13 – 23.605,55

01 (1) × 0

01 (1) × 127,56

01 (1) × 296,97

13 (2) × 551,53

- ab dem 1. Januar 2019

16.337,89 – 24.087,30

01 (1) × 0

01 (1) × 130,14

01 (1) × 303,00

13 (2) × 562,79

III/C

- für die Zeitspanne vom 1. September 2013 bis 31. Dezember 2013

16.645,61 – 23.846,43

12 (2) × 553,91

01 (2) × 553,90

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2014 bis zum 31. August 2014

16.477,48 – 23.605,55

12 (2) × 548,31

01 (2) × 548,35

III/C/1

- für die Zeitspanne vom 1. September 2013 bis 31. Dezember 2013

16.174,51 – 23.605,55

01 (1) × 471,10

12 (2) × 553,91

01 (2) × 553,90

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2014 bis zum 31. August 2014

16.011,13 – 23.605,55

01 (1) × 466,35

12 (2) × 548,31

01 (2) × 548,35

III/C/2

- für die Zeitspanne vom 1. September 2013 bis 31. Dezember 2013

16.174,51 – 23.846,43

01 (1) × 128,86

01 (2) × 342,24

12 (2) × 553,91

01 (2) × 553,90

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2014 bis zum 31. August 2014

16.011,13 – 23.605,55

01 (1) × 127,54

01 (2) × 338,80

12 (2) × 548,31

01 (2) × 548,35

III/B

- für die Zeitspanne vom 1. September 2014 bis zum 31. Dezember 2016

16.477,48 – 23.605,55

01 (1) × 621,76

12 (2) × 500,48

01 (2) × 500,55

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2018

16.645,61 – 23.846,43

01 (1) × 628,16

12 (2) × 505,58

01 (2) × 505,70

- ab dem 1. Januar 2019

16.813,75 – 24.087,30

01 (1) × 634,48

12 (2) × 510,69

01 (2) × 510,79

III/B/1

- für die Zeitspanne vom 1. September 2014 bis zum 31. Dezember 2016

16.011,13 – 23.605,55

01 (1) × 466,35

01 (1) × 621,76

12 (2) × 500,48

01 (2) × 500,55

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2018

16.174,51 – 23.846,43

01 (1) × 471,10

01 (1) × 628,16

12 (2) × 505,58

01 (2) × 505,70

- ab dem 1. Januar 2019

16.337,89 – 24.087,30

01 (1) × 475,86

01 (1) × 634,48

12 (2) × 510,69

01 (2) × 510,79

III/B/2

- für die Zeitspanne vom 1. September 2014 bis zum 31. Dezember 2016

16.138,67 – 23.605,55

01 (1) × 296,94

01 (1) × 41,87

01 (1) × 621,76

12 (2) × 500,48

01 (2) × 500,55

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2018

16.303,35 – 23.846,43

01 (1) × 299,97

01 (1) × 42,29

01 (1) × 628,16

12 (2) × 505,58

01 (2) × 505,70

- ab dem 1. Januar 2019

16.468,03 – 24.087,30

01 (1) × 303,00

01 (1) × 42,72

01 (1) × 634,48

12 (2) × 510,69

01 (2) × 510,79

III/B/3

- für die Zeitspanne vom 1. September 2014 bis zum 31. Dezember 2016

16.011,13 – 23.605,55

01 (1) × 127,54

01 (1) × 296,94

01 (1) × 41,87

01 (1) × 621,76

12 (2) × 500,48

01 (2) × 500,55

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2018

16.174,51 – 23.846,43

01 (1) × 128,84

01 (1) × 299,97

01 (1) × 42,29

01 (1) × 628,16

12 (2) × 505,58

01 (2) × 505,70

- ab dem 1. Januar 2019

16.337,89 – 24.087,30

01 (1) × 130,14

01 (1) × 303,00

01 (1) × 42,72

01 (1) × 634,48

12 (2) × 510,69

01 (2) × 510,79

III/A

- für die Zeitspanne vom 1. September 2014 bis zum 31. Dezember 2016

17.099,24 – 23.605,55

12 (2) × 500,48

01 (2) × 500,55

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2018

17.273,77 – 23.846,43

12 (2) × 505,58

01 (2) × 505,70

- ab dem 1. Januar 2019

17.448,23 – 24.087,30

12 (2) × 510,69

01 (2) × 510,79

ANLAGE 2

ZU VORLIEGENDEM DEKRET ÜBER MASSNAHMEN IM UNTERRICHTSWESEN 2016

ANLAGE IV

Gehaltstabellen - Beträge in EUR

I/DX

- für die Zeitspanne vom 1. September 2014 bis zum 31. Dezember 2016

23.104,43 – 40.175,50

01 (1) × 79,54

02 (1) × 752,48

11 (2) × 1.407,87

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2018

23.340,19 – 40.585,45

01 (1) × 80,37

02 (1) × 760,18

11 (2) × 1.422,23

- ab dem 1. Januar 2019

23.575,95 – 40.995,41

01 (1) × 81,18

02 (1) × 767,84

11 (2) × 1.436,60

I/DXV

- für die Zeitspanne vom 1. September 2014 bis zum 31. Dezember 2016

24.154,63 – 42.001,66

01 (1) × 83,17

02 (1) × 786,70

11 (2) × 1.471,86

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2018

24.401,10 – 42.430,24

01 (1) × 84,02

02 (1) × 794,72

11 (2) × 1.486,88

- ab dem 1. Januar 2019

24.647,58 – 42.858,83

01 (1) × 84,85

02 (1) × 802,75

11 (2) × 1.501,90

I/BX

- für die Zeitspanne vom 1. September 2014 bis zum 31. Dezember 2016

23.777,38 – 40.175,50

01 (1) × 897,24

10 (2) × 1.409,17

01 (2) × 1.409,18

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2018

24.020,01 – 40.585,45

01 (1) × 906,40

10 (2) × 1.423,54

01 (2) × 1.423,64

- ab dem 1. Januar 2019

24.262,63 – 40.995,41

01 (1) × 915,57

10 (2) × 1.437,92

01 (2) × 1.438,01

I/BXV

- ab dem 1. Januar 2019

25.365,48 – 42.858,83

01 (1) × 957,18

10 (2) × 1.503,28

01 (2) × 1.503,37

I/B/1X

- für die Zeitspanne vom 1. September 2014 bis zum 31. Dezember 2016

23.104,43 – 40.175,50

01 (1) × 672,95

01 (1) × 897,24

10 (2) × 1.409,17

01 (2) × 1.409,18

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2018

23.340,19 – 40.585,45

01 (1) × 679,82

01 (1) × 906,40

10 (2) × 1.423,54

01 (2) × 1.423,64

- ab dem 1. Januar 2019

23.575,95 – 40.995,41

01 (1) × 686,68

01 (1) × 915,57

10 (2) × 1.437,92

01 (2) × 1.438,01

I/B/1XV

- ab dem 1. Januar 2019

24.647,58 – 42.858,83

01 (1) × 717,90

01 (1) × 957,18

10 (2) × 1.503,28

01 (2) × 1.503,37

I/AX

- für die Zeitspanne vom 1. September 2014 bis zum 31. Dezember 2016

24.674,62 – 40.175,50

10 (2) × 1.409,17

01 (2) × 1.409,18

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2018

24.926,41 – 40.585,45

10 (2) × 1.423,54

01 (2) × 1.423,64

- ab dem 1. Januar 2019

25.178,20 – 40.995,41

10 (2) × 1.437,92

01 (2) × 1.438,01

I/AXV

- ab dem 1. Januar 2019

26.322,66 – 42.858,83

10 (2) × 1.503,28

01 (2) × 1.503,37

II+/DX

- für die Zeitspanne vom 1. September 2014 bis zum 31. Dezember 2016

18.336,54 – 31.509,60

01 (1) × 60,93

02 (1) × 595,01

01 (2) × 975,91

01 (2) × 994,10

10 (2) × 995,21

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2018

18.523,65 – 31.831,12

01 (1) × 61,53

02 (1) × 601,06

01 (2) × 985,86

01 (2) × 1.004,26

10 (2) × 1.005,37

- ab dem 1. Januar 2019

18.710,76 – 32.152,65

01 (1) × 62,16

02 (1) × 607,15

01 (2) × 995,83

01 (2) × 1.014,40

10 (2) × 1.015,52

II+/DXV

- für die Zeitspanne vom 1. September 2014 bis zum 31. Dezember 2016

19.170,02 – 32.941,85

01 (1) × 63,68

02 (1) × 622,05

01 (2) × 1.020,26

01 (2) × 1.039,29

10 (2) × 1.040,45

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2018

19.365,63 – 33.277,99

01 (1) × 64,32

02 (1) × 628,38

01 (2) × 1.030,68

01 (2) × 1.049,90

10 (2) × 1.051,07

- ab dem 1. Januar 2019

19.561,25 – 33.614,13

01 (1) × 64,99

02 (1) × 634,74

01 (2) × 1.041,10

01 (2) × 1.060,51

10 (2) × 1.061,68

II+/BX

- für die Zeitspanne vom 1. September 2014 bis zum 31. Dezember 2016

18.870,62 – 31.509,60

01 (1) × 712,11

11 (2) × 993,91

01 (2) × 993,86

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2018

19.063,18 – 31.831,12

01 (1) × 719,36

11 (2) × 1.004,05

01 (2) × 1.004,03

- ab dem 1. Januar 2019

19.255,73 – 32.152,65

01 (1) × 726,63

11 (2) × 1.014,19

01 (2) × 1.014,20

II+/BXV

- ab dem 1. Januar 2019

20.130,99 – 33.614,13

01 (1) × 759,67

11 (2) × 1.060,29

01 (2) × 1.060,28

II+/B/IX

- für die Zeitspanne vom 1. September 2014 bis zum 31. Dezember 2016

18.336,54 – 31.509,60

01 (1) × 534,08

01 (1) × 712,11

11 (2) × 993,91

01 (2) × 993,86

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2018

18.523,65 – 31.831,12

01 (1) × 539,53

01 (1) × 719,36

11 (2) × 1.004,05

01 (2) × 1.004,03

- ab dem 1. Januar 2019

18.710,76 – 32.152,65

01 (1) × 544,97

01 (1) × 726,63

11 (2) × 1.014,19

01 (2) × 1.014,20

II+/B/IXV

- ab dem 1. Januar 2019

19.561,25 – 33.614,13

01 (1) × 569,74

01 (1) × 759,67

11 (2) × 1.060,29

01 (2) × 1.060,28

II+/AX

- für die Zeitspanne vom 1. September 2014 bis zum 31. Dezember 2016

19.582,73 – 31.509,60

11 (2) × 993,91

01 (2) × 993,86

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2018

19.782,54 – 31.831,12

11 (2) × 1.004,05

01 (2) × 1.004,03

- ab dem 1. Januar 2019

19.982,36 – 32.152,65

11 (2) × 1.014,19

01 (2) × 1.014,20

II+/AXV

- ab dem 1. Januar 2019

20.890,66 – 33.614,13

11 (2) × 1.060,29

01 (2) × 1.060,28

II/DX

- für die Zeitspanne vom 1. September 2014 bis zum 31. Dezember 2016

17.895,22 – 28.669,64

01 (1) × 50,02

02 (1) × 571,25

01 (2) × 785,47

01 (2) × 786,23

10 (2) × 801,02

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2018

18.077,83 – 28.962,19

01 (1) × 50,54

02 (1) × 577,09

01 (2) × 793,48

01 (2) × 794,26

10 (2) × 809,19

- ab dem 1. Januar 2019

18.260,43 – 29.254,7301 (1) × 51,04

02 (1) × 582,90

01 (2) × 801,49

01 (2) × 802,27

10 (2) × 817,37

II/DXV

- für die Zeitspanne vom 1. September 2014 bis zum 31. Dezember 2016

18.708,64 – 29.972,81

01 (1) × 52,30

02 (1) × 597,22

01 (2) × 821,17

01 (2) × 821,96

10 (2) × 837,43

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2018

18.899,55 – 30.278,65

01 (1) × 52,84

02 (1) × 603,32

01 (2) × 829,55

01 (2) × 830,37

10 (2) × 845,97

- ab dem 1. Januar 2019

19.090,45 – 30.584,49

01 (1) × 53,36

02 (1) × 609,41

01 (2) × 837,92

01 (2) × 838,74

10 (2) × 854,52

II/BX

- für die Zeitspanne vom 1. September 2014 bis zum 31. Dezember 2016

18.416,41 – 28.669,64

01 (1) × 694,99

11 (2) × 796,51

01 (2) × 796,63

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2018

18.604,41 – 28.962,19

01 (1) × 702,05

11 (2) × 804,64

01 (2) × 804,69

- ab dem 1. Januar 2019

18.792,28 – 29.254,73

01 (1) × 709,15

11 (2) × 812,77

01 (2) × 812,83

II/BXV

- ab dem 1. Januar 2019

19.646,47 – 30.584,49

01 (1) × 741,38

11 (2) × 849,71

01 (2) × 849,83

II/B/1X

- für die Zeitspanne vom 1. September 2014 bis zum 31. Dezember 2016

17.895,22 – 28.669,64

01 (1) × 521,19

01 (1) × 694,99

11 (2) × 796,51

01 (2) × 796,63

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2018

18.077,83 – 28.962,19

01 (1) × 526,58

01 (1) × 702,05

11 (2) × 804,64

01 (2) × 804,69

- ab dem 1. Januar 2019

18.260,43 – 29.254,73

01 (1) × 531,85

01 (1) × 709,15

11 (2) × 812,77

01 (2) × 812,83

II/B/1XV

- ab dem 1. Januar 2019

19.090,45 – 30.584,49

01 (1) × 556,02

01 (1) × 741,38

11 (2) × 849,71

01 (2) × 849,83

II/B/2X

- für die Zeitspanne vom 1. September 2014 bis zum 31. Dezember 2016

17.895,22 – 28.669,64

01 (1) × 50,04

01 (1) × 571,25

01 (1) × 594,89

11 (2) × 796,51

01 (2) × 796,63

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2018

18.077,83 – 28.962,19

01 (1) × 50,57

01 (1) × 577,10

01 (1) × 600,96

11 (2) × 804,64

01 (2) × 804,69

- ab dem 1. Januar 2019

18.260,43 – 29.254,73

01 (1) × 51,05

01 (1) × 582,91

01 (1) × 607,04

11 (2) × 812,77

01 (2) × 812,83

II/B/2XV

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2018

18.899,55 – 30.278,65

01 (1) × 52,86

01 (1) × 603,34

01 (1) × 628,28

11 (2) × 841,21

01 (2) × 841,31

- ab dem 1. Januar 2019

19.090,45 – 30.584,49

01 (1) × 53,36

01 (1) × 609,41

01 (1) × 634,63

11 (2) × 849,71

01 (2) × 849,83

II/AX

- für die Zeitspanne vom 1. September 2014 bis zum 31. Dezember 2016

19.111,40 – 28.669,64

11 (2) × 796,51

01 (2) × 796,63

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2018

19.306,46 – 28.962,19

11 (2) × 804,64

01 (2) × 804,69

- ab dem 1. Januar 2019

19.501,43 – 29.254,73

11 (2) × 812,77

01 (2) × 812,83

II/AXV

- ab dem 1. Januar 2019

20.387,85 – 30.584,49

11 (2) × 849,71

01 (2) × 849,83

III/DX

- für die Zeitspanne vom 1. September 2014 bis zum 31. Dezember 2016

17.612,24 – 25.966,11

01 (1) × 0

01 (1) × 140,34

01 (1) × 326,69

13 (2) × 606,68

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2018

17.791,96 – 26.231,07

01 (1) × 0

01 (1) × 141,72

01 (1) × 329,95

13 (2) × 612,88

- ab dem 1. Januar 2019

17.971,68 – 26.496,03

01 (1) × 0

01 (1) × 143,14

01 (1) × 333,30

13 (2) × 619,07

III/DXV

- für die Zeitspanne vom 1. September 2014 bis zum 31. Dezember 2016

18.412,80 – 27.146,38

01 (1) × 0

01 (1) × 146,68

01 (1) × 341,52

13 (2) × 634,26

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2018

18.600,69 – 27.423,39

01 (1) × 0

01 (1) × 148,21

01 (1) × 345,00

13 (2) × 640,73

- ab dem 1. Januar 2019

18.788,57 – 27.700,40

01 (1) × 0

01 (1) × 149,65

01 (1) × 348,45

13 (2) × 647,21

III/BX

- für die Zeitspanne vom 1. September 2014 bis zum 31. Dezember 2016

18.125,23 – 25.966,11

01 (1) × 683,93

12 (2) × 550,53

01 (2) × 550,59

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2018

18.310,17 – 26.231,07

01 (1) × 690,98

12 (2) × 556,14

01 (2) × 556,24

- ab dem 1. Januar 2019

18.495,13 – 26.496,03

01 (1) × 697,92

12 (2) × 561,76

01 (2) × 561,86

III/BXV

- ab dem 1. Januar 2019

19.335,81 - 27.700,40

01 (1) × 729,65

12 (2) × 587,29

01 (2) × 587,46

III/B/1X

- für die Zeitspanne vom 1. September 2014 bis zum 31. Dezember 2016

17.612,24 – 25.966,11

01 (1) × 512,99

01 (1) × 683,93

12 (2) × 550,53

01 (2) × 550,59

- für die Zeitspanne vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2018

17.791,96 – 26.231,07

01 (1) × 518,21

01 (1) × 690,98

12 (2) × 556,14

01 (2) × 556,24

- ab dem 1. Januar 2019

17.971,68 – 26.496,03

01 (1) × 523,45

01 (1) × 697,92

12 (2) × 561,76

01 (2) × 561,86

III/B/1XV

- ab dem 1. Januar 2019

18.788,57 – 27.700,40

01 (1) × 547,24

01 (1) × 729,65

12 (2) × 587,29

01 (2) × 587,46

III/B/2X

- für die Zeitspanne vom 1. September 2014 bis zum 31. Dezember 2016

17.752,54 – 25.966,11

01 (1) × 326,63

01 (1) × 46,06

01 (1) × 683,93

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Eupen, den 20. Juni 2016

O. PAASCH

Der Ministerpräsident

Frau I. WEYKMANS

Die Vize-Ministerpräsidentin, Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus

A. ANTONIADIS

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales

H. MOLLERS

Der Minister für Bildung und wissenschaftliche Forschung

—
Fußnote

Sitzungsperiode 2015-2016

Nummerierte Dokumente: 119 (2015-2016) Nr. 1 Dekretentwurf.

119 (2015-2016) Nrn. 2 + 3 Abänderungsvorschläge.

119 (2015-2016) Nr. 4 Bericht.

119 (2015-2016) Nr. 5 vom Plenum verabschiedeter Text.

119 (2015-2016) Nrn. 4 + 5 Erratum.

Ausführlicher Bericht: 20. Juni 2016 - Nr. 28 Diskussion und Abstimmung.

TRADUCTION

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

[2016/205142]

20 JUIN 2016. — Décret portant des mesures en matière d'enseignement - 2016

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1^{er}. — *Modification de l'arrêté royal du 2 octobre 1968 déterminant et classant les fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat et les fonctions des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements*

Article 1^{er}. A l'article 7, b), de l'arrêté royal du 2 octobre 1968 déterminant et classant les fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat et les fonctions des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, inséré par le décret du 16 janvier 2012, le 11^{ter} est remplacé par ce qui suit :

« 11^{ter} conseiller en pédagogie de soutien dans une école fondamentale et secondaire spécialisée. »

CHAPITRE 2. — *Modification de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et socio-psychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements*

Art. 2. A l'article 39 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique et artistique de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, remplacé par le décret du 26 juin 2006 et modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, les modifications suivantes sont apportées :

1° à l'alinéa 1^{er}, 5°, les mots "prévue à l'article 19, § 2" sont abrogés dans la phrase introductive;

2° l'alinéa suivant est inséré entre les alinéas 1^{er} et 2 :

« Pour la dérogation mentionnée à l'alinéa 1^{er}, 5°, il s'agit de la désignation ou de l'engagement, selon le cas, d'un membre du personnel conformément à l'une des dispositions suivantes :

1° l'article 19, § 2, du présent arrêté royal;

2° l'article 33^{bis}, alinéas 2 et 3, du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre psycho-médico-social libre subventionné;

3° l'article 20^{bis}, alinéas 2 et 3, du décret du 29 mars 2004 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement officiel subventionné et des centres psycho-médico-sociaux officiels subventionnés. »

Art. 3. Dans l'article 91^{bis}/1 du même arrêté royal, remplacé par le décret du 16 janvier 2012, les mots "ainsi que le coordinateur en pédagogie de soutien dans une école fondamentale et secondaire spécialisée sont rémunérés" sont remplacés par les mots "est rémunéré".

Art. 4. A l'article 91^{octies} du même arrêté royal, inséré par le décret du 11 mai 2009, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 2, 1°, l), inséré par le décret du 27 juin 2011, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° l'alinéa 2 est complété par un m) rédigé comme suit :

« m) l'interruption de carrière complète. »;

3° le § 2 est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Par dérogation au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1°, le chef de département nommé à titre définitif est autorisé à prendre un congé en vue d'exercer la même fonction ou une autre fonction pour une durée de cinq ans au plus. »

Art. 5. Dans le même arrêté royal, modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, il est inséré un chapitre VII^{quinquies} intitulé comme suit :

« Chapitre VII^{quinquies}. — Dispositions particulières pour le conseiller en pédagogie de soutien dans une école fondamentale et secondaire spécialisée ».

Art. 6. Dans le chapitre VII^{quinquies} du même arrêté royal, il est inséré un article 91^{viciester} rédigé comme suit :

« Art. 91^{viciester} – Principe

Par dérogation au chapitre VII, la fonction de conseiller en pédagogie de soutien dans une école fondamentale et secondaire spécialisée, ci-après "conseiller", est attribuée exclusivement sous forme d'une désignation et d'une nomination à titre définitif conformément aux dispositions ci-dessous.

L'article 91^{quater}, l'article 91^{septies}, §§ 1^{er} et 2, alinéas 1^{er} et 3 à 5, et l'article 91^{octies}, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, s'appliquent au conseiller. »

Art. 7. Le même chapitre du même arrêté royal est complété par un article 91^{viciesquater} rédigé comme suit :

« Art. 91^{viciesquater} – Appel aux candidats et candidature à la désignation

L'appel aux candidats à une désignation est publié par le pouvoir organisateur dans la presse, dans les écoles par affichage et sous toute autre forme appropriée.

L'appel mentionne le profil requis du conseiller ainsi que les objectifs à atteindre au cours de la désignation et le volume de la charge.

La candidature est introduite par recommandé. Le candidat y annexe entre autres une lettre de motivation expliquant la manière dont il compte réaliser les objectifs visés à l'alinéa précédent. »

Art. 8. Le même chapitre du même arrêté royal est complété par un article 91*viciesquinquies* rédigé comme suit :

« Art. 91*viciesquinquies* – Désignation

Le pouvoir organisateur décide quel candidat assumera la fonction.

Le pouvoir organisateur établit un classement des candidats pertinents pour la fonction et, lors du choix, se base entre autres sur la lettre de motivation, un ou plusieurs entretiens ainsi que sur l'expérience professionnelle, les qualifications pédagogiques et le profil d'aptitude.

Ce classement reste valable pendant deux ans à partir du 1^{er} septembre suivant le classement, ainsi qu'entre le classement et le 1^{er} septembre en question. »

Art. 9. Le même chapitre du même arrêté royal est complété par un article 91*viciessexies* rédigé comme suit :

« Art. 91*viciessexies* – Conditions de nomination

Le pouvoir organisateur peut nommer un conseiller à titre définitif :

1^o s'il remplit les conditions mentionnées à l'article 91*quater*;

2^o s'il justifie une ancienneté de fonction de cinq ans minimum, calculée conformément à l'article 40;

3^o s'il a obtenu au moins la mention "satisfaisant" lors du dernier rapport d'évaluation; à défaut de rapport d'évaluation, la présente condition est considérée comme remplie. »

Art. 10. Le même chapitre du même arrêté royal est complété par un article 91*viciessepties* rédigé comme suit :

« Art. 91*viciessepties* – Appel aux candidats et candidature à la nomination

Le pouvoir organisateur fixe les emplois définitivement vacants pouvant être libérés pour une nomination.

Au cours de la deuxième quinzaine du mois d'avril de chaque année, le pouvoir organisateur lance un appel aux candidats à une nomination définitive. Cet appel est affiché dans les écoles et publié sous toute autre forme jugée adéquate par le pouvoir organisateur.

L'appel contient une liste des emplois qui seront probablement vacants au 1^{er} octobre et qui ont été libérés pour une nomination. Il contient des indications sur la nature et le volume des emplois à pourvoir, les conditions requises dans le chef des candidats ainsi que la forme et le délai dans lesquels les candidatures doivent être introduites. »

Art. 11. Le même chapitre du même arrêté royal est complété par un article 91*duodetricies* rédigé comme suit :

« Art. 91*duodetricies* – Nomination

Les nominations à titre définitif interviennent le 1^{er} octobre dans les emplois visés à l'article 91*viciessepties*, alinéa 3, qui sont encore vacants à cette date.

Lors d'une première nomination à une fonction, le nombre minimal d'heures correspond à un quart du nombre d'heures requis pour un emploi à temps plein.

Une nomination à titre définitif s'opère pour des heures complètes.

Pour sélectionner un candidat à la nomination, le pouvoir organisateur se base entre autres sur un ou plusieurs entretiens, l'expérience professionnelle, les qualifications pédagogiques, le profil d'aptitude et le bulletin de signalement. »

Art. 12. Le même chapitre du même arrêté royal est complété par un article 91*undetricies* rédigé comme suit :

« Art. 91*undetricies* – Remplacement temporaire

Lorsque la désignation du conseiller prend fin, que celui-ci démissionne de sa fonction ou est temporairement absent en raison d'un des types de congé ou de mise en disponibilité, le pouvoir organisateur peut le remplacer jusqu'à la fin de l'année scolaire par une autre personne remplissant les conditions mentionnées à l'article 91*quater*, alinéa 1^{er}, à l'exception du 3^o.

Sans préjudice de l'alinéa 1^{er}, le pouvoir organisateur recourt aux personnes qui ont été classées conformément à l'article 91*viciesquinquies*, et ce, tant que ce classement est valable. »

Art. 13. Le même chapitre du même arrêté royal est complété par un article 91*tricies* rédigé comme suit :

« Art. 91*tricies* – Temps de travail hebdomadaire

Le temps de travail du conseiller est de 38 heures de 60 minutes par semaine en moyenne. Cette moyenne est calculée sur une période de référence de quatre mois. »

Art. 14. Le même chapitre du même arrêté royal est complété par un article 91*triciessemel* rédigé comme suit :

« Art. 91*triciessemel* – Rapport d'évaluation et possibilité de recours

§ 1^{er}. Le chef d'établissement établit au moins un rapport d'évaluation tous les cinq ans pour le conseiller. A cette fin, le pouvoir organisateur procède à un entretien d'évaluation.

Lors de l'évaluation d'un membre du personnel, le chef d'établissement peut se baser sur le rapport écrit d'un autre membre du personnel occupant une fonction de sélection ou de promotion – à l'exception de celle de conseiller – et qu'il a chargé par écrit d'établir un tel rapport sur le travail du membre du personnel concerné.

§ 2. La procédure énoncée à l'article 91*undecies*, § 1^{er}, alinéa 2, § 1.1, § 2, alinéa 2, §§ 3 et 4, s'applique. »

Art. 15. Dans le même arrêté royal, modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, il est inséré un chapitre VII*sexies* intitulé comme suit :

« Chapitre VII*sexies*. — Dispositions particulières pour les sous-directeurs et les proviseurs ».

Art. 16. Dans le chapitre VII*sexies* du même arrêté royal, il est inséré un article 91*triciesbis* rédigé comme suit :

« Art. 91*triciesbis* – Principe

Par dérogation au chapitre VII, les articles 91*quater* à 91*nonies* et 91*undecies* à 91*terdecies* ne s'appliquent pas à la fonction de sous-directeur ou de proviseur. »

Art. 17. Dans le même arrêté royal, modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, il est inséré un chapitre VIIsepties intitulé comme suit :

« Chapitre VIIsepties. — Dispositions particulières pour les chefs d'atelier des degrés inférieur et supérieur ».

Art. 18. Dans le chapitre VIIsepties du même arrêté royal, il est inséré un article 91triciester rédigé comme suit :

« Art. 91triciester – Principe

Par dérogation au chapitre VII, la fonction de chef d'atelier dans l'enseignement secondaire inférieur ou supérieur, ci-après "chef d'atelier", est attribuée exclusivement sous forme d'une désignation et d'une nomination à titre définitif conformément aux dispositions ci-dessous.

Les articles 91septies à 91nonies et 91undecies à 91terdecies s'appliquent à la fonction de chef d'atelier. »

Art. 19. Le même chapitre du même arrêté royal est complété par un article 91triciesquater rédigé comme suit :

« Art. 91triciesquater – Conditions d'admission

Une personne peut exercer la fonction de chef d'atelier si elle :

1° remplit les conditions mentionnées à l'article 91quater, à l'exception de l'alinéa 1^{er}, 2°;

2° occupe, en tant que membre du personnel désigné à titre temporaire ou nommé ou engagé à titre définitif, une des fonctions de recrutement suivantes, dans l'enseignement secondaire inférieur ou supérieur organisé ou subventionné par la Communauté germanophone :

a) professeur de cours techniques;

b) professeur de pratique professionnelle;

c) professeur de cours techniques et de pratique professionnelle;

3° remplit les conditions énoncées à l'article 17, alinéa 1^{er}, 1° et 3° à 5°, pour la fonction mentionnée au 2° du présent article. »

Art. 20. Le même chapitre du même arrêté royal est complété par un article 91triciesquinquies rédigé comme suit :

« Art. 91triciesquinquies – Appel aux candidats et candidature

L'appel aux candidats est publié par le pouvoir organisateur dans la presse, dans les écoles par affichage et sous toute autre forme appropriée.

L'appel aux candidats mentionne le profil requis du chef d'atelier et les objectifs à réaliser pendant la désignation.

La candidature est introduite par recommandé. Le candidat y annexe entre autres une lettre de motivation expliquant la manière de réaliser les objectifs visés à l'alinéa précédent. »

Art. 21. Le même chapitre du même arrêté royal est complété par un article 91triciessexies rédigé comme suit :

« Art. 91triciessexies – Désignation

Le pouvoir organisateur décide quel candidat assumera la fonction.

Il se base entre autres sur la lettre de motivation introduite par le candidat, un ou plusieurs entretiens de candidature ainsi que sur l'expérience professionnelle, la qualification pédagogique et l'expertise en ce qui concerne les sections qu'il doit encadrer. »

Art. 22. L'article 121ter, alinéa 1^{er}, 2°, a), du même arrêté royal, inséré par le décret du 25 juin 2007 et remplacé par le décret du 11 mai 2009, est remplacé par ce qui suit :

« disposer au moins d'un diplôme de l'enseignement supérieur du premier degré pour la fonction de préfet des études ou de directeur d'une école secondaire ordinaire; ».

Art. 23. A l'article 121septies du même arrêté royal, inséré par le décret du 25 juin 2007, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 2, 1°, l), inséré par le décret du 27 juin 2011, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° l'alinéa 2 est complété par un m) rédigé comme suit :

« m) l'interruption de carrière complète. »;

3° le § 2 est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Par dérogation au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1°, le chef d'établissement nommé à titre définitif est autorisé à prendre un congé en vue d'exercer la même fonction ou une autre fonction pour une durée de cinq ans au plus. »

Art. 24. A l'article 169quater du même arrêté royal, inséré par le décret du 16 juillet 2012 et modifié par les décrets des 24 juin 2013 et 29 juin 2015, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, la date "1^{er} janvier 2018" et le nombre "2017" sont remplacés respectivement par la date "1^{er} janvier 2017" et le nombre "2016".

2° dans l'alinéa 2, la date "1^{er} janvier 2018" et le nombre "2017" sont remplacés respectivement par la date "1^{er} janvier 2017" et le nombre "2016".

3° dans l'alinéa 3, la date "1^{er} janvier 2018" et le nombre "2017" sont remplacés respectivement par la date "1^{er} janvier 2017" et le nombre "2016".

4° dans l'alinéa 4, la date "1^{er} janvier 2018" et le nombre "2017" sont remplacés respectivement par la date "1^{er} janvier 2017" et le nombre "2016".

Art. 25. Dans le chapitre XIbis du même arrêté royal, inséré par le décret du 25 mai 2009 et modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, il est inséré un article 169octies rédigé comme suit :

« Art. 169octies. Les conditions mentionnées à l'article 16, alinéa 1^{er}, 5°, et à l'article 39, alinéa 1^{er}, 5°, sont considérées comme étant remplies lorsque les membres du personnel étaient, au plus tard le 1^{er} septembre 2009, porteurs d'un titre requis pour la fonction à conférer, et ce, en application des dispositions dérogatoires en vigueur auprès du pouvoir organisateur de l'enseignement communautaire.

Les conditions mentionnées à l'article 16, alinéa 1^{er}, 5^o, et à l'article 39, alinéa 1^{er}, 5^o, sont considérées comme étant remplies lorsque les membres du personnel étaient, au plus tard le 1^{er} septembre 2010, porteurs d'un titre requis pour la fonction à conférer, et ce, en application des dispositions dérogatoires en vigueur auprès du pouvoir organisateur de l'enseignement officiel subventionné ou de l'enseignement libre subventionné. »

Art. 26. Le même chapitre du même arrêté royal est complété par un article 169*novies* rédigé comme suit :

« Art. 169*novies*. Par dérogation aux articles 91*quater*, 91*viciesquater* et 91*viciesquinquies*, le pouvoir organisateur désigne, au 1^{er} septembre 2016, comme conseillers en pédagogie de soutien dans une école fondamentale ou secondaire spécialisée, les membres du personnel qui, au cours des années scolaires 2014-2015 et 2015-2016, assuraient déjà, à raison de chaque fois 15 semaines, une des missions mentionnées à l'article 98, alinéa 4, du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires.

Une attestation rédigée par le chef d'établissement peut être présentée comme preuve au pouvoir organisateur, attestation précisant les missions assurées par le membre du personnel et le volume de la charge.

Par dérogation aux articles 91*viciessexies*, 91*viciessepties* et 91*duodetricies*, le membre du personnel qui était nommé à titre définitif dans la fonction de coordinateur en pédagogie de soutien dans une école fondamentale et secondaire spécialisée au 31 août 2016 sera, au 1^{er} septembre 2016, nommé à titre définitif dans la fonction de conseiller en pédagogie de soutien dans une école fondamentale et secondaire spécialisée. »

Art. 27. Le même chapitre du même arrêté royal est complété par un article 169*decies* rédigé comme suit :

« Art. 169*decies*. Pour calculer l'ancienneté de fonction mentionnée à l'article 91*viciessexies*, 2^o, sont également pris en compte, à concurrence de trois ans, les services qui ont été prestés au cours des années scolaires 2010-2011 à 2015-2016 incluse et qui font l'objet de l'attestation visée à l'article 169*novies*, alinéa 2. »

CHAPITRE 3. — *Modification de l'arrêté royal du 22 avril 1969 fixant les titres requis du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat et des internats dépendant de ces établissements*

Art. 28. L'article 7, 8^o, de l'arrêté royal du 22 avril 1969 fixant les titres requis des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat et des internats dépendant de ces établissements, inséré par le décret du 29 juin 2015, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Vaut aussi comme titre requis tout diplôme sanctionnant une formation de l'enseignement supérieur du deuxième degré dont les matières principales sont liées à la fonction de pédagogue de soutien dans l'enseignement fondamental ordinaire. Dans ce cas, le Gouvernement décide, sur avis de l'inspection scolaire, si le diplôme qualifie la personne à exercer la fonction. »

Art. 29. Dans l'article 12 du même arrêté royal, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 31 août 2000, les alinéas 3 et 4 sont remplacés par ce qui suit :

« L'expérience professionnelle utile mentionnée à l'article 10, 1^o à 11^o, 15^o et 16^o, doit être acquise en tant que professeur ou chargé de cours dans un établissement d'enseignement organisé, subventionné ou agréé par une entité territoriale d'un Etat membre de l'Union européenne.

L'expérience professionnelle utile mentionnée à l'article 10, 12^o à 14^o et 17^o se compose comme suit :

1^o deux ans d'expérience professionnelle utile en tant que professeur ou chargé de cours dans un établissement d'enseignement qui est organisé, subventionné ou agréé par une entité territoriale d'un Etat membre de l'Union européenne;

2^o les autres années requises doivent être acquises dans le cadre d'une activité professionnelle en lien avec la fonction exercée à la haute école. »

Art. 30. L'article 13*sexies*, § 2, du même arrêté royal, inséré par le décret du 23 mars 2009, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Est également considéré comme titre pédagogique un diplôme d'aptitude pédagogique délivré, par un établissement d'enseignement artistique à horaire réduit, pour la fonction exercée, même s'il est devenu caduc. »

CHAPITRE 4. — *Modification de l'arrêté royal du 22 juillet 1969 déterminant les fonctions de recrutement dont doivent être titulaires les membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation et du personnel paramédical des établissements d'enseignement de l'Etat, pour pouvoir être nommés aux fonctions de sélection*

Art. 31. A l'article 2 de l'arrêté royal du 22 juillet 1969 déterminant les fonctions de recrutement dont doivent être titulaires les membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation et du personnel paramédical des établissements d'enseignement de l'Etat, pour pouvoir être nommés aux fonctions de sélection, la ligne du tableau concernant le coordinateur en pédagogie de soutien dans une école fondamentale et secondaire spécialisée, insérée par le décret du 16 janvier 2012, est abrogée.

CHAPITRE 5. — *Modification de l'arrêté royal du 16 janvier 1970 accordant un supplément de traitement à certains membres du personnel porteurs de diplômes spéciaux*

Art. 32. A l'article 1^{er}, alinéa 1^{er}, d), de l'arrêté royal du 16 janvier 1970 accordant un supplément de traitement à certains membres du personnel enseignant porteurs de diplômes spéciaux, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 16 juillet 2012, le nombre "2018" est remplacé par le nombre "2017".

CHAPITRE 6. — *Modification de l'arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux*

Art. 33. Dans l'article 8, § 1^{er}, de l'arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, un alinéa rédigé comme suit est inséré entre les alinéas 1^{er} et 2 :

« Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, les membres du personnel qui sont mis totalement en disponibilité par défaut d'emploi et qui ont épuisé la durée totale pendant laquelle est liquidé un traitement d'attente ou une subvention-traitement ne peuvent être mis en disponibilité pour convenance personnelle précédant la mise à la retraite. »

CHAPITRE 7. — *Modification du décret du 27 juin 1990 fixant la façon de déterminer les fonctions du personnel dans l'enseignement spécialisé*

Art. 34. L'article 5^{quinquies} du décret du 27 juin 1990 fixant la façon de déterminer les fonctions du personnel dans l'enseignement spécialisé, inséré par le décret du 24 juin 2013, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 5^{quinquies}. Onze emplois et demi de conseiller en pédagogie de soutien dans une école fondamentale ou secondaire sont mis à la disposition du centre de pédagogie de soutien, et ce, afin de remplir les missions visées à l'article 6, alinéa 1^{er}, 3^o, 5^o, 6^o et 9^o à 12^o, du décret du 11 mai 2009 relatif au centre de pédagogie de soutien, visant l'amélioration du soutien pédagogique spécialisé dans les écoles ordinaires et spécialisées et encourageant le soutien des élèves à besoins spécifiques ou en difficulté d'adaptation ou d'apprentissage dans les écoles ordinaires et spécialisées. »

Art. 35. A l'article 24, alinéa 1^{er}, du même décret, inséré par le décret du 11 mai 2009, le mot "Trois" est remplacé par le mot "Quatre".

Art. 36. L'article 34.2 du même décret, inséré par le décret du 16 janvier 2012, est abrogé.

CHAPITRE 8. — *Modification du décret du 18 avril 1994 relatif à l'installation d'un jury d'examen de la Communauté germanophone pour l'enseignement secondaire et à l'organisation des examens présentés devant ce jury*

Art. 37. L'article 1^{er}, alinéa 2, du décret du 18 avril 1994 relatif à l'installation d'un jury d'examen de la Communauté germanophone pour l'enseignement secondaire et à l'organisation des examens présentés devant ce jury, modifié par le décret du 29 juin 1998, est remplacé par ce qui suit :

« Le jury délivre les certificats suivants :

- 1^o le certificat d'enseignement secondaire inférieur (enseignement général);
- 2^o le certificat d'enseignement secondaire inférieur (enseignement technique);
- 3^o le certificat d'enseignement secondaire inférieur (enseignement professionnel);
- 4^o le certificat d'enseignement secondaire supérieur (enseignement général);
- 5^o le certificat d'enseignement secondaire supérieur (enseignement technique);
- 6^o le certificat d'enseignement secondaire supérieur (enseignement professionnel);
- 7^o le diplôme d'aptitude à accéder à l'enseignement supérieur. »

Art. 38. A l'article 2 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

- 1^o dans l'alinéa 1^{er}, les mots "effectifs et suppléants" sont abrogés;
- 2^o dans l'alinéa 2, les mots "ou examinateurs suppléants" sont abrogés.

Art. 39. A l'article 5 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

- 1^o l'alinéa 1^{er}, remplacé par le décret du 27 juin 2011, est remplacé par ce qui suit :

« Le président choisit les examinateurs, selon la discipline, parmi les membres du personnel directeur et enseignant de l'enseignement secondaire et supérieur, de la formation scolaire continuée, ainsi que parmi les personnes porteuses d'un titre pédagogique ad hoc. Les personnes retraitées sont également considérées comme membres du personnel directeur et enseignant. »

- 2^o dans l'alinéa 2, inséré par le décret du 27 juin 2011, les mots "et examinateurs suppléants" sont abrogés.

- 3^o l'alinéa 4 est abrogé. »

Art. 40. L'article 6 du même décret est abrogé.

Art. 41. L'article 13 du même décret est complété par un second alinéa, rédigé comme suit :

« Chaque candidat peut s'inscrire exclusivement pour une orientation d'études par session. »

Art. 42. A l'article 14 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

- 1^o dans l'alinéa 1^{er}, modifié par le décret du 29 juin 1998, les mots ", professionnel et artistique" sont remplacés par les mots "et professionnel";

- 2^o l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, seuls les candidats suivants sont admis aux examens pour l'orientation de l'enseignement secondaire professionnel "année de spécialisation - cours généraux" :

- 1^o les élèves qui ont terminé avec succès la sixième année d'études de l'enseignement secondaire professionnel;
- 2^o les élèves porteurs du certificat de l'enseignement secondaire inférieur ou d'un certificat y assimilé qui ont terminé avec fruit un apprentissage des classes moyennes et sont porteurs du certificat de fin d'apprentissage délivré conformément à l'article 7, § 6, alinéa 2, du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les P.M.E. ou, selon le cas, d'un tel certificat de formation dans les classes moyennes obtenu à l'étranger et déclaré équivalent par le Gouvernement. »

Art. 43. L'article 17 du même décret est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Les programmes d'études se rapportent aux référentiels de compétences valables en Communauté germanophone. »

Art. 44. Dans l'article 19, alinéa 1^{er}, du même décret, les mots "ou artistique" sont abrogés.

Art. 45. Dans l'article 21, alinéa 1^{er}, du même décret, les mots "ou artistique" sont abrogés.

Art. 46. Dans l'article 25, alinéa 2, du même décret, les mots "en outre" sont remplacés par les mots "en outre ou exclusivement".

Art. 47. L'article 30 du même décret est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« En cas de perturbation grave de la procédure d'examen ainsi qu'en cas de tricherie pendant l'examen, le jury peut exclure le candidat des sessions de l'année suivante. L'exclusion du candidat lui est communiquée par écrit. »

Art. 48. Dans le chapitre V du même décret, modifié par le décret du 17 juillet 1995, il est inséré un article 36.1 rédigé comme suit :

« Art. 36.1 – Le candidat peut demander la compensation des désavantages et la protection des notes, telles que mentionnées aux articles 93.33 et 93.38 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées.

Lors de l'inscription à une session d'examens, le candidat introduit auprès du président du jury une demande en vue de la compensation des désavantages ou de la protection des notes. Pour ce faire, il utilise le formulaire de demande établi par le Gouvernement. Si cette demande est introduite après expiration du délai d'inscription à une session d'examens, elle est rejetée d'office.

Un avis rendu par un organisme expert en la matière et correspondant à celui mentionné à l'article 93.34, § 1^{er}, alinéas 2 et 3, du même décret du 31 août 1998, est joint à la demande visant la compensation des désavantages. Un avis rendu par un organisme expert en la matière et correspondant à celui mentionné à l'article 93.39, § 1^{er}, alinéas 2 et 3, du même décret du 31 août 1998, est joint à la demande visant la protection des notes.

L'introduction d'une demande n'ouvre aucun droit aux mesures de compensation ou à la protection des notes dans les sous-domaines recommandés dans l'avis.

Les articles 93.35 et 93.40 du même décret du 31 août 1998 s'appliquent au jury; au lieu de "chef d'établissement" et "membres du personnel directeur, enseignant, auxiliaire d'éducation, paramédical et sociopsychologique", il faut respectivement lire "président du jury" et "membres du jury". »

Art. 49. L'article 37 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Contre la non-délivrance d'un certificat, le candidat peut introduire un recours auprès de la chambre de recours mentionnée à l'article 38 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées, et ce conformément à l'article 39 du même décret.

Aucun recours ne peut être introduit contre l'évaluation d'examens considérés de manière individuelle. »

Art. 50. L'article 38 du même décret est complété par deux alinéas rédigés comme suit :

« La consultation des documents d'examen se déroule au Ministère de la Communauté germanophone, sous la surveillance du secrétaire ou du secrétaire suppléant.

Le candidat ne peut consulter que les documents d'examens le concernant. »

CHAPITRE 9. — *Modification de l'arrêté du Gouvernement du 9 novembre 1994 relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux*

Art. 51. A l'article 3bis, § 2, alinéa 2, de l'arrêté du Gouvernement du 9 novembre 1994 relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 30 août 2001 et modifié par le décret du 24 juin 2013, les mots ", la fonction de conseiller en pédagogie de soutien dans un école fondamentale et secondaire" sont insérés entre les mots "de direction" et "ou".

Art. 52. L'article 4ter du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 30 août 2001 et remplacé par le décret du 11 décembre 2012, est complété par les paragraphes 4 à 6 rédigés comme suit :

« § 4. Sans préjudice du § 3, le membre du personnel a le droit, au terme du congé parental, de revenir à son ancien poste ou, si cela est impossible, de se voir attribuer un travail équivalent ou similaire.

§ 5. Au terme du congé parental, le membre du personnel peut demander une adaptation de ses temps de travail pour une durée de six mois. Cette adaptation tient compte de l'intérêt du service et de celui du membre du personnel concerné en vue d'une meilleure conciliation entre vie professionnelle et familiale.

La demande visant à adapter le temps de travail sera introduite par écrit, par l'intermédiaire du chef d'établissement et au moins trois semaines avant le terme du congé parental, auprès du pouvoir organisateur; celui-ci prendra une décision en accord avec le chef d'établissement.

En cas de rejet de la demande, le motif doit en être communiqué par écrit au membre du personnel concerné au moins une semaine avant la fin du congé parental.

§ 6. Les dispositions prévues aux §§ 4 et 5 servent à transposer la Directive 2010/18/UE du Conseil du 8 mars 2010 portant application de l'accord-cadre révisé sur le congé parental conclu par BUSINESSSEUROPE, l'UEAPME, le CEEP et la CES et abrogeant la Directive 96/34/CE. »

Art. 53. L'article 12, alinéa 2, du même arrêté du Gouvernement, remplacé par le décret du 29 juin 2015, est remplacé par ce qui suit :

« A dater du refus de l'allocation, l'interruption de carrière complète est transformée d'office en une mise en disponibilité pour convenance personnelle et l'interruption de carrière partielle, en congé pour prestations réduites justifié par des raisons de convenances personnelles, et ce, jusqu'au terme prévu de ladite interruption de carrière. »

CHAPITRE 10. — *Modification du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées*

Art. 54. L'article 4 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées, modifié par le décret du 25 octobre 2010, est complété par un 36° rédigé comme suit :

« 36° jour ouvrable : un jour de la semaine, du lundi au vendredi, à l'exception des jours fériés légaux. »

Art. 55. L'article 38, § 1^{er}, 2° et 3°, du même décret est remplacé par ce qui suit :

« 2° au passage limité ou au non-passage à l'enseignement secondaire;

3° à la non-délivrance d'un certificat d'études par

- a) le conseil de classe;
- b) le jury chargé de délivrer le titre de capacité;
- c) le jury d'examens pour l'enseignement secondaire;

d) le jury d'examens pour la délivrance extrascolaire du certificat d'études de base. »

Art. 56. A l'article 39 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, remplacé par le décret du 6 juin 2005 et modifié par le décret du 25 mai 2009, est remplacé par ce qui suit :

« Le candidat ou la personne chargée de son éducation qui souhaite contester une décision mentionnée à l'article 38, § 1^{er}, 2° et 3°, s'adresse au chef d'établissement ou, selon le cas, au président du jury au plus tard le deuxième jour ouvrable suivant la communication de la décision. Le chef d'établissement ou le président du jury confirme la décision du conseil de classe le jour même ou soumet à nouveau directement ce cas au conseil de classe ou au jury pour des raisons de forme ou de contenu. Dans la mesure du possible, le conseil de classe statue le jour même et au plus tard le jour ouvrable qui suit. Le jury statue dans un délai de dix jours ouvrables. »

2° le § 1^{er}, alinéa 2, est remplacé par ce qui suit :

« Si le candidat, ou la personne chargée de son éducation, n'est pas d'accord avec la confirmation de la décision par le chef d'établissement ou par le jury ou avec la nouvelle décision du conseil de classe ou du jury selon le cas, il a le droit de saisir la Chambre de recours. »;

3° dans le § 2, modifié par le décret du 16 janvier 2012, le mot "élèves" est remplacé par les mots "élèves ou candidats";

4° dans le § 3, les mots "l'école" sont remplacés par les mots "l'école ou au jury" et les mots "Le conseil de classe a" par les mots "Le conseil de classe ou le jury ont";

5° dans le § 4, alinéa 1^{er}, les mots "conseil de classe doit" sont remplacés par les mots "conseil de classe ou le jury doivent";

6° dans le § 4, alinéa 2, les mots "conseil de classe" sont remplacés par les mots "conseil de classe ou du jury";

Art. 57. (Concerne le texte allemand).

Art. 58. L'article 93.11 du même décret, inséré par le décret du 11 mai 2009, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Le président de la conférence de soutien invite par écrit les membres mentionnés à l'article 93.12, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, au moins dix jours ouvrables avant la réunion de celle-ci. »

Art. 59. L'article 93.13, § 1^{er}, du même décret, inséré par le décret du 11 mai 2009 et modifié par le décret du 24 juin 2013, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« L'absence d'un membre de la conférence de soutien ou de son suppléant lors de la réunion de la conférence n'empêche pas celle-ci de statuer sur l'affaire. »

Art. 60. (Concerne le texte allemand).

Art. 61. A l'article 93.15, alinéa 1^{er}, du même décret, inséré par le décret du 11 mai 2009, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 2°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° l'article est complété par un 3° rédigé comme suit :

« 3° le cas échéant, les mesures de compensation des désavantages visées à l'article 93.33. »

Art. 62. A l'article 93.21 du même décret, inséré par le décret du 11 mai 2009, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots "huit jours calendrier" sont remplacés par les mots "dix jours ouvrables".

2° (Concerne le texte allemand).

Art. 63. (Concerne le texte allemand).

Art. 64. (Concerne le texte allemand).

Art. 65. Dans l'article 93.24, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 6°, du même décret, inséré par le décret du 24 juin 2013, les mots "l'inspection scolaire et guidance en développement scolaire" sont remplacés par les mots "le département du Ministère compétent en matière de Pédagogie".

Art. 66. Dans l'article 93.28, § 1^{er}, du même décret, inséré par le décret du 11 mai 2009, les mots "dix jours ouvrables" sont remplacés par les mots "15 jours ouvrables".

Art. 67. Dans l'article 93.29, § 1^{er}, du même décret, inséré par le décret du 11 mai 2009, les mots "dix jours ouvrables" sont remplacés par les mots "15 jours ouvrables".

Art. 68. (Concerne le texte allemand).

Art. 69. (Concerne le texte allemand).

Art. 70. Dans le même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, il est inséré un chapitre *VIIIter* intitulé comme suit :

« Chapitre *VIIIter*. — Compensation des désavantages et protection des notes ».

Art. 71. Dans le chapitre *VIIIter* du même décret, il est inséré une section 1^{re} intitulée comme suit :

« Section 1^{re}. — La compensation des désavantages ».

Art. 72. Dans le chapitre *VIIIter*, section 1^{re}, du même décret, il est inséré un article 93.33 rédigé comme suit :

« Art. 93.33 – Définition

La compensation des désavantages vise à corriger une situation déséquilibrée dans l'enseignement primaire et secondaire afin de parer une discrimination des élèves nécessitant un soutien spécifique.

Cette compensation se définit par des aménagements pédagogiques appropriés, destinés à contrebalancer un déficit individuel spécifique et à permettre aux élèves nécessitant un soutien spécifique d'exprimer les connaissances, capacités et aptitudes acquises.

Les compétences exigées par les référentiels de compétences et les programmes de cours doivent être acquises. L'octroi de mesures visant à compenser des désavantages ne remet pas en question un soutien ayant le même objectif. La compensation des désavantages n'est pas mentionnée sur le bulletin.

Par "élèves nécessitant un soutien spécifique", l'on entend :

- 1° les élèves souffrant de troubles sensoriels ou de la perception;
- 2° les élèves dont les besoins spécifiques en termes d'apprentissage ou de troubles d'apprentissage ont été constatés;
- 3° les élèves souffrant de troubles moteurs ou de déficit fonctionnel temporaire. »

Art. 73. La même section du même décret est complétée par un article 93.34 rédigé comme suit :

« Art. 93.34 – Introduction de la demande

§ 1^{er}. Les personnes chargées de l'éducation introduisent, auprès du chef de l'établissement dans lequel l'enfant ou le jeune est ou sera inscrit, une demande en vue d'obtenir la compensation des désavantages. Pour ce faire, elles utilisent le formulaire de demande établi par le Gouvernement.

Un avis rendu par un organisme expert en la matière, datant de moins de six mois et motivant la nécessité de compenser des désavantages, est joint à la demande. L'avis est sollicité par les personnes chargées de l'éducation.

L'avis mentionné à l'alinéa 2 reprend les données suivantes :

- 1° le nom de l'organisme;
- 2° le titre et les références professionnelles du ou des experts qui ont établi l'évaluation de l'élève et l'avis;
- 3° la nature des problèmes médicaux, psychologiques et généraux de l'élève;
- 4° les techniques et tests utilisés pour les constater;
- 5° les points forts et les points faibles de l'élève qui peuvent avoir une influence sur le processus d'apprentissage;
- 6° les recommandations formulées quant aux mesures de compensation.

L'introduction d'une demande n'ouvre aucun droit aux mesures de compensation recommandées dans l'avis.

§ 2. Par dérogation au § 1^{er}, aucune demande de compensation ne doit être introduite lorsque l'élève bénéficie déjà d'un soutien apporté par un pédagogue de soutien dans le cadre du soutien élémentaire organisé dans les écoles.

Par dérogation au § 1^{er}, aucune demande de compensation ne doit être introduite lorsque l'élève nécessitant un soutien pédagogique spécialisé bénéficie déjà d'un soutien dans le cadre du soutien avancé organisé dans les écoles. Les mesures de compensation sont mentionnées dans le plan de soutien individuel de l'élève mentionné à l'article 93.15.

§ 3. Par dérogation au § 1^{er}, le chef d'établissement peut, après avoir discuté avec les personnes chargées de l'éducation, fixer pour un élève des mesures visant à compenser les désavantages. »

Art. 74. La même section du même décret est complétée par un article 93.35 rédigé comme suit :

« Art. 93.35 – Décision concernant les mesures de compensation

§ 1^{er}. Si le chef d'établissement fait droit à la demande visée à l'article 93.34, § 1^{er}, il fixe, dans un délai de 15 jours ouvrables suivant l'introduction de ladite demande, par écrit sur un formulaire de demande établi par le Gouvernement, des mesures de compensation appropriées; pour ce, il tient compte des recommandations mentionnées à l'article 93.34, § 1^{er}, alinéa 3, 6°, et implique les membres du personnel directeur, enseignant, auxiliaire d'éducation, paramédical et sociopsychologique et du personnel du centre pour le développement sain des enfants et des jeunes chargés d'exécuter les mesures de compensation. Les vacances scolaires ne sont pas considérées comme des jours ouvrables.

Sans préjudice de l'alinéa 1^{er}, le chef d'établissement, les membres du personnel directeur, enseignant, auxiliaire d'éducation, paramédical et sociopsychologique chargés d'exécuter les mesures de compensation, les responsables des cours techniques et professionnels ainsi que ceux des entreprises tiennent compte, lors de la mise en place des mesures de compensation, des exigences en matière de sécurité et d'hygiène ainsi que des besoins opérationnels lorsque la demande concerne un élève de l'enseignement technique de transition ou de qualification, de l'enseignement professionnel de qualification ou de l'enseignement à horaire réduit. Il se pourrait qu'en raison de ces exigences, aucune mesure de compensation ne puisse être accordée dans des sous-domaines.

Les mesures de compensation peuvent être de nature technique, personnelle, organisationnelle ou infrastructurelle.

Lors de la fixation des mesures de compensation, le chef d'établissement peut demander l'avis d'experts externes.

§ 2. Sont considérées comme mesures de compensation appropriées celles qui :

- 1° sont adaptées aux besoins individuels de l'élève;
- 2° veillent à ce que l'élève participe à toutes les activités scolaires selon ses possibilités;
- 3° veillent à ce que l'autonomie de l'élève reste assurée lorsqu'il répond aux exigences lui étant imposées;
- 4° garantissent la sécurité et la dignité de la personne nécessitant un soutien spécifique.

Une mesure de compensation qui représente un investissement financier ou organisationnel disproportionné par rapport à son utilité est considéré comme inappropriée.

§ 3. Dans un délai de cinq jours ouvrables suivant le jour où la décision concernant les mesures de compensation a été prise, le chef d'établissement la transmet aux personnes chargées de l'éducation, par recommandé ou contre remise d'un accusé de réception. La date du cachet de la poste ou de l'accusé de réception fait foi.

Au même moment, le chef d'établissement transmet la décision concernant les mesures de compensation, par écrit, aux membres du personnel directeur, enseignant, auxiliaire d'éducation, paramédical et sociopsychologique et du personnel du centre pour le développement sain des enfants et des jeunes chargés d'exécuter les mesures de compensation. »

Art. 75. La même section du même décret est complétée par un article 93.36 rédigé comme suit :

« Art. 93.36 – *Validité des mesures de compensation des désavantages*

Les mesures de compensation entrent en vigueur le jour où la décision mentionnée à l'article 93.35 est prise et restent valables au moins pour l'année scolaire en cours et la suivante; avec l'accord des parents, elles peuvent être adaptées sur la demande visée à l'article 93.34, § 1^{er}, ou prolongées pour maximum deux années scolaires.

La durée de validité des mesures de compensation est indiquée sur la décision mentionnée à l'article 93.35 et à l'article 93.37, alinéa 3.

Dans le cas d'un changement d'école, les mesures de compensation sont contraignantes pour la nouvelle école. Il incombe aux personnes chargées de l'éducation d'informer la nouvelle école des mesures de compensation accordées et de lui faire parvenir tous les documents jugés pertinents. »

Art. 76. La même section du même décret est complétée par un article 93.37 rédigé comme suit :

« Art. 93.37 – *Vérification des mesures de compensation des désavantages*

Le chef d'établissement est responsable de la mise en œuvre de la décision mentionnée à l'article 93.35.

Si des mesures de compensation se révèlent inutiles avant l'expiration de la durée de validité, le chef d'établissement peut les lever moyennant l'accord écrit des personnes chargées de l'éducation ou à la demande de celles-ci.

Si celles-ci introduisent une demande de prolongation avant l'expiration de la durée de validité des mesures en question, le chef d'établissement vérifie, adapte, prolonge ou lève lesdites mesures avec le concours des membres du personnel directeur, enseignant, auxiliaire d'éducation, paramédical et sociopsychologique et du personnel du centre pour le développement sain des enfants et des jeunes chargés d'exécuter ces mesures. La décision et la validité des mesures de compensation sont conformes aux articles 93.35 et 93.36.

L'avis ne doit pas impérativement être renouvelé; le renouvellement est toutefois soumis à l'évaluation des membres du personnel directeur, enseignant, auxiliaire d'éducation, paramédical et sociopsychologique et du personnel du centre pour le développement sain des enfants et des jeunes, membres qui sont chargés d'exécuter les mesures de compensation. Un avis n'est néanmoins valable que six ans au maximum. »

Art. 77. Dans le chapitre VIII^{ter} du même décret, il est inséré une section 2 intitulée comme suit :

« Section 2. — La protection des notes ».

Art. 78. Dans le chapitre VIII^{ter}, section 2, du même décret, il est inséré un article 93.38 rédigé comme suit :

« Art. 93.38 – *Définition*

La protection des notes s'opère lorsque l'élève n'est pas évalué dans un ou plusieurs sous-domaines des compétences exigées dans le cadre des référentiels de compétences ou des programmes de cours et peut uniquement être sollicitée pour l'enseignement primaire et secondaire.

La protection des notes consiste, lors de l'évaluation certificative des compétences, à préserver l'élève nécessitant un soutien spécifique des conséquences négatives que son handicap peut éventuellement avoir sur sa scolarité, sa motivation et son développement psychique.

Les mesures de compensation priment sur la protection des notes.

Les élèves qui présentent un handicap mental et qui ont un quotient intellectuel inférieur à la moyenne ne bénéficient pas de la protection des notes. Le quotient intellectuel moyen se situe à 100, avec un écart-type de 15. En dessous de 85, le quotient est considéré comme étant en dessous de la moyenne. »

Art. 79. La même section du même décret est complétée par un article 93.39 rédigé comme suit :

« Art. 93.39 – *Introduction de la demande*

§ 1^{er}. Les personnes chargées de l'éducation introduisent une demande de protection des notes auprès du chef de l'établissement dans lequel l'enfant ou le jeune est ou sera inscrit. Pour ce faire, elles utilisent le formulaire de demande établi par le Gouvernement.

La demande est accompagnée de la décision prise par le chef d'établissement à propos des mesures de compensation, des documents relatifs à ces mesures ainsi que d'un avis rendu par un organisme expert en la matière. L'avis ne date pas de plus de six mois et motive la nécessité de protéger les notes; il est demandé par les personnes chargées de l'éducation. Si l'avis est établi par un organisme autre que le centre de développement sain des enfants et des jeunes, les personnes chargées de l'éducation doivent le faire approuver par ledit centre. Dans un délai de 15 jours ouvrables, le centre vérifie si l'avis contient les données mentionnées ci-dessous. Si le centre conclut que, après examen du contenu, l'avis ne peut être approuvé ou qu'il ne reprend pas les données mentionnées à l'alinéa 3, il transmet un refus motivé aux personnes chargées de l'éducation, et ce, par simple courrier. Il revient aux personnes chargées de l'éducation de solliciter un nouvel avis soit auprès du centre, soit auprès d'un autre organisme. Le centre tient une liste actualisée, accessible au public, qui présente les techniques et tests reconnus par lui et visant à établir les problèmes médicaux, psychologiques et généraux.

L'avis mentionné à l'alinéa 2 reprend les données suivantes :

- 1° le nom de l'organisme;
- 2° le titre et les références professionnelles du ou des experts qui ont établi l'évaluation de l'élève et l'avis;
- 3° la nature des problèmes médicaux, psychologiques et généraux de l'élève;
- 4° les techniques et tests utilisés pour les constater;
- 5° les points forts et les points faibles de l'élève qui peuvent avoir une influence sur le processus d'apprentissage;
- 6° les recommandations formulées quant aux sous-domaines pertinents pour la protection des notes.

L'introduction d'une demande n'ouvre aucun droit à la protection des notes dans les sous-domaines recommandés dans l'avis.

§ 2. Après avoir consulté les membres concernés du personnel directeur, enseignant, auxiliaire d'éducation, paramédical et sociopsychologique et du personnel du centre pour le développement sain des enfants et des jeunes, le chef d'établissement se prononce, dans un délai de 15 jours ouvrables, sur la demande mentionnée au § 1^{er}, définit les sous-domaines du référentiel de compétences ou, selon le cas, du programme de cours concernés par la protection des notes en tenant compte des recommandations visées au § 1^{er}, alinéa 3, 6^o, et transmet la demande complète à l'inspection scolaire par simple courrier. Les vacances scolaires ne sont pas considérées comme des jours ouvrables.

La demande du chef d'établissement contient :

- 1^o la demande et les annexes mentionnées au § 1^{er};
- 2^o la prise de position adoptée par le chef d'établissement;
- 3^o les recommandations formulées quant aux sous-domaines du référentiel de compétences ou du programme de cours pertinents pour la protection des notes;
- 4^o tous les autres documents jugés pertinents.

Lors de sa prise de position, le chef d'établissement peut demander l'avis d'experts externes.

§ 3. Par dérogation aux §§ 1^{er} et 2, le président de la Conférence de soutien, en accord avec les membres de la Conférence de soutien mentionnés à l'article 93.12, § 1^{er}, introduit une demande de protection des notes si l'élève nécessitant un soutien pédagogique spécialisé bénéficie déjà d'un soutien dans le cadre du soutien avancé organisé dans l'enseignement ordinaire. Pour ce faire, il utilise le formulaire de demande établi par le Gouvernement.

La demande du président de la Conférence de soutien contient :

- 1^o la demande mentionnée à l'alinéa 1^{er};
- 2^o l'avis tel que mentionné à l'article 93.7 et qui constate la nécessité d'un soutien pédagogique spécialisé;
- 3^o le plan de soutien individuel mentionné à l'article 93.15;
- 4^o la décision concernant la compensation des désavantages prise par les membres de la Conférence de soutien et la documentation concernant les mesures déjà menées dans ce domaine;
- 5^o la prise de position adoptée par les membres de la Conférence de soutien;
- 6^o les recommandations formulées quant aux sous-domaines du référentiel de compétences ou du programme de cours pertinents pour la protection des notes;
- 7^o tous les autres documents jugés pertinents.

L'introduction d'une demande n'ouvre aucun droit à la protection des notes dans les sous-domaines y recommandés.

Le président de la Conférence de soutien adresse, par simple courrier, la demande à l'inspection scolaire.

§ 4. Sans préjudice des §§ 2 et 3, le chef d'établissement, les membres du personnel directeur, enseignant, auxiliaire d'éducation, paramédical et sociopsychologique chargés d'exécuter les mesures, les collaborateurs du centre pour le développement des enfants et des jeunes, les responsables des cours techniques et professionnels ainsi que ceux des entreprises tiennent compte, lors des recommandations relatives aux sous-domaines du référentiel de compétences ou du programme de cours concernés par la protection des notes, des exigences en matière de sécurité et d'hygiène ainsi que des besoins opérationnels lorsque la demande concerne un élève de l'enseignement technique de transition ou de qualification, de l'enseignement professionnel de qualification ou de l'enseignement à horaire réduit. Il se pourrait qu'en raison de ces exigences, aucune mesure de protection des notes ne puisse être accordée dans des sous-domaines.

§ 5. Si une protection des notes est demandée pour la première fois en première année primaire ou secondaire, il convient de respecter un délai d'observation de deux mois avant que les personnes chargées de l'éducation puissent introduire la demande. »

Art. 80. La même section du même décret est complétée par un article 93.40 rédigé comme suit :

« Art. 93.40 – *Décision de l'inspection scolaire*

L'inspection scolaire se prononce, dans un délai de 20 jours ouvrables suivant la réception de la demande de protection des notes mentionnée à l'article 93.39, §§ 2 ou 3. Chaque certificat d'études ou d'enseignement devant être considéré comme un diplôme à part entière, le volume du sous-domaine concerné par la protection des notes est pris en compte lors de l'approbation de ladite protection des notes; le sous-domaine est toujours limité. Si l'inspection scolaire n'a pas statué, la demande est censée être approuvée. Les vacances scolaires ne sont pas considérées comme des jours ouvrables.

Dans un délai de trois jours ouvrables suivant la prise de décision, l'inspection scolaire transmet celle-ci au chef d'établissement ou au président de la Conférence de soutien par simple courrier.

Dans un délai de trois jours ouvrables suivant la réception de la décision, le chef d'établissement ou le président de la Conférence de soutien informe les personnes chargées de l'éducation par recommandé ou contre remise d'un accusé de réception. La date du cachet de la poste ou de l'accusé de réception fait foi.

Dans un délai de trois jours après réception de la décision, le chef d'établissement ou le président de la Conférence de soutien informe par écrit les membres concernés du personnel directeur, enseignant, auxiliaire d'éducation, paramédical et sociopsychologique que les notes sont protégées.

Si la protection des notes est accordée, celle-ci est mentionnée dans le bulletin de l'élève en reprenant également les sous-domaines concernés du référentiel de compétences ou, selon le cas, du programme de cours. Les notes attribuées avant l'approbation de la protection des notes ne peuvent être modifiées. »

Art. 81. La même section du même décret est complétée par un article 93.41 rédigé comme suit :

« Art. 93.41 – *Validité de la protection des notes*

La protection des notes entre en vigueur le jour où la décision mentionnée à l'article 93.40, alinéa 1^{er}, est prise et reste valable au plus pour l'année scolaire en cours et la suivante; elle peut être prolongée, par la demande visée à l'article 93.39, §§ 2 ou 3, chaque fois pour deux années scolaires.

La durée de validité de la protection des notes est indiquée sur la décision mentionnée à l'article 93.40, alinéa 1^{er}.

Si la demande de protection des notes a été approuvée par acceptation tacite de l'inspection scolaire conformément à l'article 93.40, alinéa 1^{er}, ladite protection des notes est valable pour l'année scolaire en cours et la suivante.

Dans le cas d'un changement d'école, la protection des notes est contraignante pour la nouvelle école. Il incombe aux personnes chargées de l'éducation d'informer la nouvelle école que la protection des notes a été approuvée et de lui faire parvenir tous les documents jugés pertinents. »

Art. 82. La même section du même décret est complétée par un article 93.42 rédigé comme suit :

« Art. 93.42 – *Evaluation et vérification de la protection des notes*

§ 1^{er}. Le chef d'établissement est responsable de la mise en œuvre de la décision mentionnée à l'article 93.40.

§ 2. Le chef d'établissement évalue chaque année la protection des notes avec les membres concernés du personnel directeur, enseignant, auxiliaire d'éducation, paramédical et sociopsychologique en impliquant les personnes chargées de l'éducation.

Le niveau effectif de restitution des acquis est communiqué séparément, à la fin de l'année scolaire, aux personnes chargées de l'éducation.

§ 3. Avant l'expiration de la validité de la protection des notes, le chef d'établissement, en concertation avec les membres concernés du personnel directeur, enseignant, auxiliaire d'éducation, paramédical et sociopsychologique et avec les personnes chargées de l'éducation, vérifie la nécessité de protéger les notes. Le chef d'établissement introduit, le cas échéant, une demande motivée de prolongation. Cette demande correspond à celle mentionnée à l'article 93.39, §§ 2 ou 3. Pour ce faire, il utilise un des formulaires établis par le Gouvernement.

La décision rendue par l'inspection scolaire et la validité de la protection des notes correspondent aux articles 93.40 et 93.41.

L'avis ne doit pas impérativement être renouvelé; le renouvellement est toutefois soumis à l'évaluation des membres du personnel directeur, enseignant, auxiliaire d'éducation, paramédical et sociopsychologique et du personnel du centre pour le développement sain des enfants et des jeunes chargés d'exécuter les mesures de protection des notes. Un avis est valable six ans au maximum. »

Art. 83. La même section du même décret est complétée par un article 93.43 rédigé comme suit :

« Art. 93.43 – *Passage à la classe supérieure*

En ce qui concerne les élèves dont le niveau de restitution des acquis dans un ou plusieurs sous-domaines du programme de cours ou du référentiel de compétences ne correspond pas aux exigences de l'année d'études en raison de leurs besoins spécifiques constatés et de la protection des notes correspondante accordée, le conseil de classe statue sur leur passage dans la classe supérieure en prenant ses responsabilités pédagogiques et dans l'intérêt de l'élève. »

Art. 84. La même section du même décret est complétée par un article 93.44 rédigé comme suit :

« Art. 93.44 – *Passage de l'école primaire à l'école secondaire*

Une protection des notes qui est accordée en 6^e année primaire et vaut pour l'année scolaire en cours et l'année scolaire suivante oblige l'école secondaire à appliquer cette mesure en première année du secondaire. »

Art. 85. La même section du même décret est complétée par un article 93.45 rédigé comme suit :

« Art. 93.45 – *Fin de la protection des notes*

En se basant sur une décision consensuelle prise par les personnes chargées de l'éducation et le chef d'établissement en concertation avec les membres concernés du personnel directeur, enseignant, auxiliaire d'éducation, paramédical et sociopsychologique, la protection des notes approuvée par la décision mentionnée à l'article 93.40 peut être levée avant l'expiration de la durée autorisée. Dans ce cas, il convient d'informer par écrit l'inspection scolaire. »

Art. 86. Dans le chapitre VIII^{ter} du même décret, il est inséré une section 3 intitulée comme suit :

« Section 3. — Convocation de la Commission de soutien ».

Art. 87. Dans le chapitre VIII^{ter}, section 3, du même décret, il est inséré un article 93.46 rédigé comme suit :

« Art. 93.46 Convocation de la Commission de soutien

Si les personnes chargées de l'éducation ne sont pas d'accord avec l'une des décisions mentionnées aux articles 93.35, 93.37, alinéa 3, 93.40 ou 93.42, § 3, et concernant la compensation des désavantages ou la protection des notes, elles peuvent, par recommandé ou contre remise d'un accusé de réception, introduire un recours auprès du président de la Commission de soutien dans un délai de huit jours calendrier suivant la réception de ladite décision. La date du cachet de la poste ou de l'accusé de réception fait foi.

Dans un délai de 20 jours ouvrables suivant l'envoi recommandé mentionné à l'alinéa précédent, la Commission de soutien transmet aux personnes chargées de l'éducation, au chef de l'établissement d'enseignement ordinaire ou spécialisé, par recommandé, sa décision motivée ainsi que sa recommandation quant aux mesures de compensation des désavantages ou de protection des notes à mettre en œuvre l'année scolaire suivante.

Si les personnes chargées de l'éducation ne sont pas d'accord avec la décision prise par la Commission de soutien, elles en informent le président de la Commission par écrit dans les 14 jours ouvrables suivant l'envoi du recommandé contenant la décision. Le président renvoie alors l'affaire devant le juge de la jeunesse compétent.

La procédure mentionnée à l'article 93.28 s'applique. »

Art. 88. Dans le même décret, il est inséré un chapitre VIII^{quater} rédigé comme suit :

« Chapitre VIII^{quater}. — Enseignement à domicile ».

Art. 89. Dans le chapitre VIII^{quater} du même décret, il est inséré une section 1^{re} intitulée comme suit :

« Section 1^{re}. — Généralités ».

Art. 90. Dans le chapitre VIII^{quater}, section 1^{re}, du même décret, il est inséré un article 93.47 rédigé comme suit :

« Art. 93.47 – *Champ d'application*

Le présent chapitre s'applique aux personnes chargées de l'éducation qui ont leur domicile en Communauté germanophone, à leurs enfants soumis à l'obligation scolaire qui suivent un enseignement à domicile ainsi qu'aux personnes dispensant l'enseignement à domicile. »

Art. 91. La même section du même décret est complétée par un article 93.48 rédigé comme suit :

« Art. 93.48 – *Principe de l'enseignement à domicile*

Les personnes chargées de l'éducation qui dispensent un enseignement à domicile à leurs enfants soumis à l'obligation scolaire ou leur font suivre un tel enseignement, l'organisent et le financent elles-mêmes.

L'enseignement à domicile se déroule en région de langue allemande.

Dans des cas individuels motivés, le Gouvernement peut déroger à l'alinéa 2 et octroyer des absences supplémentaires lorsque des circonstances exceptionnelles l'exigent. A cette fin, les personnes chargées de l'éducation de l'élève concerné introduisent pour lui une demande écrite accompagnée de justificatifs. »

Art. 92. La même section du même décret est complétée par un article 93.49 rédigé comme suit :

« Art. 93.49 – *Commission de l'enseignement à domicile*

§ 1^{er}. Le Gouvernement institue une commission de l'enseignement à domicile, ci-après dénommée "commission", qui se compose comme suit :

1° un président choisi parmi les membres du personnel du département du Ministère compétent pour la pédagogie;

2° un membre de l'inspection scolaire qui n'est pas chargé du contrôle de l'enseignement à domicile;

3° un membre du personnel du Ministère qui dispose des connaissances techniques nécessaires en matière d'organisation de l'enseignement;

4° un membre du personnel du département pour l'évaluation externe de la haute école autonome;

5° un membre du personnel du Ministère qui dispose des connaissances techniques nécessaires en matière d'aide à la jeunesse;

6° un membre du personnel du centre de pédagogie de soutien;

7° un membre du personnel du centre pour le développement sain des enfants et des jeunes;

8° un expert qui dispose des connaissances techniques nécessaires en matière d'enseignement à domicile;

9° un secrétaire choisi parmi les membres du personnel du Ministère.

Pour chaque membre effectif mentionné à l'alinéa 1^{er}, il est prévu un suppléant sélectionné selon les mêmes critères.

Les membres effectifs et suppléants de la commission sont désignés pour une durée indéterminée.

§ 2. Les personnes chargées de l'éducation et l'inspection scolaire sont entendues par la commission. Elles peuvent se faire assister par la personne de leur choix.

La non-comparution des personnes chargées de l'éducation ou de l'inspection scolaire n'empêche pas la commission de statuer sur l'affaire.

A la demande de la commission, des experts externes peuvent être invités en tant que membres ayant voix consultative.

§ 3. La commission ne peut délibérer valablement que si au moins quatre des membres effectifs mentionnés au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1° à 5°, ou leurs suppléants sont présents.

Si le quorum n'est pas atteint, le président convoque une nouvelle réunion au plus tôt pour le jour ouvrable suivant.

La décision motivée est émise après un vote à la majorité simple des voix. Les membres ne peuvent s'abstenir. Les membres mentionnés au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 6 à 9°, n'ont pas voix délibérative. Les membres mentionnés au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 6 à 8°, participent avec voix consultative.

Les membres effectifs de la commission mentionnés au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, ainsi que leurs suppléants sont tenus au secret en ce qui concerne les auditions et les délibérations.

§ 4. La commission élabore son règlement d'ordre intérieur qu'elle soumet à l'approbation du Gouvernement. »

Art. 93. Dans le chapitre VIII^{quater} du même décret, il est inséré une section 2 intitulée comme suit :

« Section 2. — *Exigences concernant l'enseignement à domicile* ».

Art. 94. Dans le chapitre VIII^{quater}, section 2, du même décret, il est inséré un article 93.50 rédigé comme suit :

« Art. 93.50 – *Exigences concernant l'enseignement à domicile*

L'enseignement à domicile satisfait aux exigences mentionnées aux articles 5 à 13 et permet aux enfants soumis à l'obligation scolaire d'atteindre un niveau de compétences équivalent aux compétences, aux macro-compétences, aux compétences attendues et aux références par rapport à ces dernières, définies pour l'enseignement.

Les personnes chargées de l'éducation garantissent à leur enfant qui suit un enseignement à domicile les meilleures conditions d'épanouissement. Elles développent de la même manière les compétences disciplinaires et les compétences transversales mentionnées à l'article 13. De plus, elles offrent suffisamment de structure grâce à des règles et à la continuité dans le déroulement des cours.

Les personnes chargées de l'éducation s'assurent que l'enseignement à domicile se déroule dans un environnement adapté et dans des locaux suffisamment grands, sûrs et propres. »

Art. 95. La même section du même décret est complétée par un article 93.51 rédigé comme suit :

« Art. 93.51 – *Compensation des désavantages*

Par dérogation à l'article 93.50, alinéa 1^{er}, le niveau de compétences à atteindre peut être adapté lorsqu'il est prouvé que l'enfant souffre d'un handicap ou de troubles d'apprentissage précis, cliniquement décrits et/ou constatés par des experts. L'avis correspond à l'avis mentionné à l'article 93.34, § 1^{er}.

Les personnes chargées de l'éducation introduisent, auprès de l'inspection scolaire, une demande visant la compensation des désavantages et y joignent l'avis mentionné au premier alinéa.

Après la première inscription dans l'enseignement à domicile, un avis actualisé sera présenté à l'inspection scolaire tous les deux ans et sans rappel, et ce, avant le début de la nouvelle année scolaire. Dans le cas contraire, l'objectif des cours reste inchangé pour l'enfant.

En accord avec les personnes chargées de l'éducation, l'inspection scolaire détermine par écrit les mesures de compensation pédagogiques appropriées. Si aucun accord ne peut être trouvé, tant l'inspection scolaire que les personnes chargées de l'éducation peuvent convoquer la commission.

La commission transmet sa décision aux personnes chargées de l'éducation par recommandé et à l'inspection scolaire par simple courrier dans un délai de 15 jours ouvrables après réception du courrier de l'inspection scolaire ou des personnes chargées de l'éducation. »

Art. 96. La même section du même décret est complétée par un article 93.52 rédigé comme suit :

« Art. 93.52 – *Plan de travail individuel*

Un plan de travail individuel est établi pour chaque enfant suivant un enseignement à domicile; il présente les perspectives en matière de processus d'apprentissage et contient au moins un calendrier ainsi que les compétences à atteindre par discipline. »

Art. 97. Dans le chapitre VIII^{quater} du même décret, il est inséré une section 3 intitulée comme suit :

« Section 3. — Inscription à l'enseignement à domicile ».

Art. 98. Dans le chapitre VIII^{quater}, section 3, du même décret, il est inséré un article 93.53 rédigé comme suit :

« Art. 93.53 – *Moment de l'inscription*

Les personnes chargées de l'éducation qui optent pour l'enseignement à domicile inscrivent leur enfant soumis à l'obligation scolaire auprès de l'inspection scolaire, et ce, au plus tard trois jours ouvrables avant le début de l'année scolaire où il suivra cet enseignement. Pour ce faire, les personnes chargées de l'éducation utilisent le formulaire d'inscription établi par le Gouvernement.

Si les personnes chargées de l'éducation optent pour l'enseignement à domicile au cours de l'année scolaire, elles inscrivent leur enfant soumis à l'obligation scolaire auprès de l'inspection scolaire au plus tard au moment du passage de l'école à l'enseignement à domicile. »

Art. 99. La même section du même décret est complétée par un article 93.54 rédigé comme suit :

« Art. 93.54 – *Inscription*

Au moment de l'inscription, les personnes chargées de l'éducation fournissent les informations et documents suivants :

1° un certificat de domicile datant de deux mois au plus et prouvant qu'elles-mêmes et leurs enfants soumis à l'obligation scolaire qui suivront l'enseignement à domicile sont domiciliés en région de langue allemande;

2° une copie de leur carte d'identité et de celle des enfants soumis à l'obligation scolaire qui suivront l'enseignement à domicile;

3° pour chaque enfant, les coordonnées du dernier établissement scolaire fréquenté ainsi qu'une copie du bulletin délivré à l'enfant par celui-ci, pour autant que les enfants aient fréquenté un tel établissement;

4° la langue dans laquelle l'enseignement sera dispensé conformément au décret du 19 avril 2004 relatif à la transmission des connaissances linguistiques et à l'emploi des langues dans l'enseignement;

5° pour chaque enfant, le plan de travail individuel mentionné à l'article 93.52;

6° les jours de congé scolaire prévus pendant l'année scolaire, dans la mesure où ils sont déjà connus à ce moment-là;

7° un consentement écrit relatif au contrôle mentionné à l'article 93.55, mené par l'inspection scolaire.

Les absences de plus de cinq jours ouvrables en raison de vacances des élèves suivant un enseignement à domicile doivent être préalablement signalées par écrit à l'inspection scolaire par les personnes chargées de l'éducation si elles n'ont pas été communiquées lors de l'inscription. »

Art. 100. Dans le chapitre VIII^{quater} du même décret, il est inséré une section 4 intitulée comme suit :

« Section 4. — Contrôle de l'enseignement à domicile ».

Art. 101. Dans le chapitre VIII^{quater}, section 4, du même décret, il est inséré un article 93.55 rédigé comme suit :

« Art. 93.55 – *Contrôle de l'enseignement à domicile*

Les personnes chargées de l'éducation, les élèves suivant l'enseignement à domicile ainsi que les personnes actives dans cet enseignement sont soumis à la surveillance de l'inspection scolaire.

Pour exercer ses missions, elle peut se faire accompagner par des experts externes.

Après s'être annoncée, l'inspection scolaire peut :

1° interroger toute personne quant à des faits dont la connaissance est utile au contrôle de l'enseignement à domicile;

2° se faire remettre, au lieu où est dispensé l'enseignement à domicile ou au Ministère de la Communauté germanophone, tous les documents mentionnés à l'article 93.56, alinéa 2, et en établir des copies ou extraits;

3° consulter tous les autres documents pertinents se rapportant à l'enseignement à domicile;

4° évaluer le niveau d'apprentissage au moyen d'évaluations des acquis et de tests;

5° avoir accès à toutes les pièces dans lesquelles l'enseignement à domicile est dispensé. »

Art. 102. La même section du même décret est complétée par un article 93.56 rédigé comme suit :

« Art. 93.56 – *Concours des personnes chargées de l'éducation lors du contrôle de l'enseignement à domicile*

Les personnes chargées de l'éducation sont obligées d'apporter leur concours lors du contrôle de l'enseignement à domicile.

Au moment du contrôle annoncé, les personnes chargées de l'éducation présentent à l'inspection scolaire les documents qu'elles utilisent pour l'enseignement à domicile. Par documents, l'on entend les manuels scolaires, le matériel didactique, les documents établis par les élèves, sur support digital ou papier, ainsi que le plan de travail individuel mentionné à l'article 93.52. »

Art. 103. La même section du même décret est complétée par un article 93.57 rédigé comme suit :

« Art. 93.57 – *Rapport établi après le contrôle de l'enseignement à domicile*

Après avoir contrôlé l'enseignement à domicile, l'inspection scolaire établit un rapport qui contient un avis motivé relatif à l'environnement d'apprentissage, au niveau d'apprentissage et aux exigences mentionnées à l'article 93.50.

Dans les 20 jours ouvrables suivant le contrôle, ce rapport est envoyé par recommandé aux personnes chargées de l'éducation afin qu'elles en prennent connaissance.

Dans les 20 jours ouvrables suivant la réception dudit rapport, les personnes chargées de l'éducation ont la possibilité de faire parvenir leur prise de position à l'inspection scolaire par recommandé.

Le rapport et la position éventuellement adoptée par les personnes chargées de l'éducation sont joints au dossier de l'élève suivant l'enseignement à domicile. »

Art. 104. La même section du même décret est complétée par un article 93.58 rédigé comme suit :

« Art. 93.58 – *Conséquences du contrôle*

§ 1^{er}. Lorsque l'inspection scolaire estime après le contrôle que l'environnement nécessaire pour l'enseignement à domicile ne convient pas et que l'enseignement dispensé à domicile ne satisfait pas aux exigences mentionnées à l'article 93.50, elle mène un nouveau contrôle dans les quatre mois suivant la notification du rapport aux personnes chargées de l'éducation.

Si l'inspection scolaire arrive à la même conclusion à l'issue du deuxième contrôle, elle transmet les deux rapports à la commission ainsi que, le cas échéant, la position adoptée par les personnes chargées de l'éducation.

Si le bien-être de l'enfant est menacé, l'inspection scolaire convoque déjà la commission après le premier contrôle et informe le parquet.

§ 2. Lorsque l'inspection scolaire, à trois rendez-vous annoncés successifs, n'a pu mener aucun contrôle, la commission est convoquée dans les dix jours ouvrables et les personnes chargées de l'éducation en sont informées par recommandé.

§ 3. Si la commission est convoquée, elle décide dans quelle mesure et à quelles conditions l'enseignement à domicile peut être poursuivi. »

Art. 105. La même section du même décret est complétée par un article 93.59 rédigé comme suit :

« Art. 93.59 – *Retour à l'école à la suite des contrôles*

§ 1^{er}. Si la commission, en application de l'article 93.58, § 3, décide que l'enseignement à domicile ne peut être poursuivi, une inscription dans une école organisée, subventionnée ou reconnue par la Communauté germanophone, la Communauté française ou la Communauté flamande ou encore par une entité territoriale d'un Etat membre de l'Union européenne est obligatoire. La commission estime le niveau de compétence atteint en se basant sur les évaluations des acquis et les tests menés dans le cadre de l'inspection scolaire et émet une recommandation quant au meilleur lieu de soutien ainsi qu'à la forme, à l'orientation et à l'année d'études.

La commission transmet sa décision aux personnes chargées de l'éducation, par recommandé, et à l'inspection scolaire, par simple courrier, dans un délai de 15 jours ouvrables suivant la réception du courrier de l'inspection scolaire.

Si les personnes chargées de l'éducation ne sont pas d'accord avec la décision de retour à l'école, elles peuvent introduire un recours auprès du Gouvernement. Le recours est suspensif. Dans le mois suivant la date du recours, le Gouvernement communique sa décision motivée, par écrit, aux personnes chargées de l'éducation.

§ 2. Après réception de la décision de retour à l'école, les personnes chargées de l'éducation ont un délai de dix jours ouvrables pour présenter à l'inspection scolaire, par recommandé, la confirmation d'une inscription dans une école de leur choix organisée, subventionnée ou reconnue par la Communauté germanophone, la Communauté française ou la Communauté flamande ou encore par une entité territoriale d'un Etat membre de l'Union européenne. Si, dans ce délai, l'inspection scolaire ne dispose d'aucune confirmation d'inscription, les personnes chargées de l'éducation sont invitées par recommandé à la transmettre dans un délai de dix jours ouvrables. Si les personnes chargées de l'éducation ne répondent toujours pas à cette invitation, le dossier est transmis au parquet. »

Art. 106. Dans le chapitre VIII^{quater} du même décret, il est inséré une section 5 intitulée comme suit :

« Section 5. — *Inscription aux sessions d'examens devant jury* ».

Art. 107. Dans le chapitre VIII^{quater}, section 5, du même décret, il est inséré un article 93.60 rédigé comme suit :

« Art. 93.60 – *Inscription aux sessions d'examens devant jury*

§ 1^{er}. Les personnes chargées de l'éducation qui ont opté pour l'enseignement à domicile sont obligées d'inscrire leurs enfants aux examens présentés devant un jury extrascolaire.

Au plus tard au cours de l'année scolaire où l'élève soumis à l'obligation scolaire a 11 ans accomplis avant le 1^{er} janvier, il participe pour la première fois à la session d'examens extrascolaires en vue d'obtenir le certificat d'études de base.

Au plus tard au cours de l'année scolaire où l'élève soumis à l'obligation scolaire a 14 ans accomplis avant le 1^{er} janvier, il participe pour la première fois à la session d'examens extrascolaires en vue d'obtenir le certificat d'enseignement secondaire inférieur.

Au plus tard au cours de l'année scolaire où l'élève soumis à l'obligation scolaire a 17 ans accomplis avant le 1^{er} janvier, il participe pour la première fois à la session d'examens extrascolaires en vue d'obtenir le certificat d'enseignement secondaire inférieur.

§ 2. Par dérogation au § 1^{er}, alinéas 2 à 4, l'inspection scolaire peut, sur la base d'une demande motivée introduite par les personnes chargées de l'éducation, accorder un délai supplémentaire concernant la présentation des examens visés aux mêmes alinéas à l'enfant soumis à l'obligation scolaire qui ne possède ni la maturité, ni les compétences correspondantes ou qui a des problèmes de santé, d'apprentissage ou de comportement ou qui présente un handicap moteur, sensoriel ou mental. Le délai supplémentaire a une durée de deux ans maximum. La demande doit être introduite au plus tard le 15 mars de l'année scolaire lors de laquelle les examens doivent être présentés.

Si les personnes chargées de l'éducation ne sont pas d'accord avec la décision de l'inspection scolaire, elles peuvent introduire, par écrit, un recours auprès de la commission dans un délai de dix jours suivant la réception de ladite décision.

La commission transmet sa décision aux personnes chargées de l'éducation, par recommandé, et à l'inspection scolaire, par simple courrier, dans un délai de 15 jours ouvrables suivant la réception du recours. »

Art. 108. La même section du même décret est complétée par un article 93.61 rédigé comme suit :

« Art. 93.61 – Retour à l'école à la suite de la non-obtention du diplôme de fin d'études dans le temps imparti

Lorsque l'élève soumis à l'obligation scolaire n'a pas, au plus tard l'année où il atteint les 14 ans, passé les examens externes en vue d'obtenir le certificat d'études de base ou si un élève soumis à l'obligation scolaire a raté deux fois les examens, les personnes chargées de l'éducation sont obligées d'inscrire leur enfant dans une école organisée, subventionnée ou reconnue par la Communauté germanophone, la Communauté française ou la Communauté flamande ou encore par une entité territoriale d'un Etat membre de l'Union européenne. Cette inscription doit se faire au plus tard dans le courant de l'année scolaire qui débute dans l'année où l'élève soumis à l'obligation scolaire aura 14 ans.

Lorsque l'élève soumis à l'obligation scolaire n'a pas, au plus tard l'année où il atteint les 17 ans, passé les examens externes en vue d'obtenir le certificat d'enseignement secondaire inférieur ou si un élève soumis à l'obligation scolaire a raté deux fois les examens, les personnes chargées de l'éducation sont obligées d'inscrire leur enfant dans une école organisée, subventionnée ou reconnue par la Communauté germanophone, la Communauté française ou la Communauté flamande ou encore par une entité territoriale d'un Etat membre de l'Union européenne. Cette inscription doit se faire au plus tard dans le courant de l'année scolaire qui débute dans l'année où l'élève soumis à l'obligation scolaire aura 17 ans. »

Art. 109. Dans le chapitre VIII^{quater} du même décret, il est inséré une section 6 intitulée comme suit :

« Section 6. — Reprise de l'enseignement à domicile ».

Art. 110. Dans le chapitre VIII^{quater}, section 6, du même décret, il est inséré un article 93.62 rédigé comme suit :

« Art. 93.62 – Reprise de l'enseignement à domicile

La reprise de l'enseignement à domicile est possible au plus tôt dans le courant de l'année scolaire suivant celle du retour à l'école mentionné aux articles 93.59 et 93.61.

Les personnes chargées de l'éducation introduisent auprès de l'inspection scolaire, pour le 1^{er} juin au plus tard, la demande de reprise de l'enseignement à domicile pour l'année scolaire suivante; pour ce faire, elles utilisent le formulaire d'inscription pour la reprise de l'enseignement à domicile et y annexent les documents mentionnés à l'article 93.54, alinéa 1^{er}, ainsi que les références des manuels et le matériel didactique qui sera utilisé.

Dans les 20 jours ouvrables suivant la réception de la demande, l'inspection scolaire établit un avis à propos de la demande et le transmet accompagné de celle-ci à la commission afin qu'elle puisse statuer.

Si la commission, sur la base de la demande et de l'avis émis par l'inspection scolaire, conclut que les manquements constatés dans l'enseignement à domicile et ayant mené à l'interruption de celui-ci, ont été corrigés, elle approuve l'admission à l'enseignement à domicile. Si les documents mentionnés à l'alinéa 2 manquent, l'admission à l'enseignement à domicile est refusée. »

Art. 111. Dans le chapitre VIII^{quater} du même décret, il est inséré une section 7 intitulée comme suit :

« Section 7. — Protection des données ».

Art. 112. Dans le chapitre VIII^{quater}, section 7, du même décret, il est inséré un article 93.63 rédigé comme suit :

« Art. 93.63 – Dossier et droit de regard

L'inspection scolaire constitue un dossier pour tout enfant suivant l'enseignement à domicile. Les personnes chargées de l'éducation et les enfants ou jeunes qui possèdent la capacité de jugement nécessaire ont le droit de consulter leur dossier. »

Art. 113. La même section du même décret est complétée par un article 93.64 rédigé comme suit :

« Art. 93.64 – Transmission de données

L'inspection scolaire ou, selon le cas, la commission communique à une autre administration ou une autre personne morale des données à caractère personnel pour autant que ce soit approprié, utile et proportionné dans l'intérêt de l'enfant ou du jeune. L'échange de données à caractère personnel s'opère uniquement lorsque le chef de l'inspection scolaire et de la guidance en développement scolaire ou, selon le cas, le président de la commission a marqué son accord. »

Art. 114. La même section du même décret est complétée par un article 93.65 rédigé comme suit :

« Art. 93.65 – Destruction du dossier

Le dossier est détruit le jour où l'enfant suivant l'enseignement à domicile devient majeur. »

Art. 115. L'article 97 du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, est complété par un § 3 rédigé comme suit :

« § 3. Par dérogation au § 1^{er}, la mission du professeur-médiathécaire dans l'enseignement secondaire ordinaire consiste à :

1° constituer le fonds : sélectionner les médias à acquérir en collaboration étroite avec les enseignants, le personnel auxiliaire d'éducation et le comité de médiathèque de l'école;

2° entretenir le fonds : être le principal responsable du traitement bibliothéconomique lors du catalogage du fonds dans le cadre de l'association « Mediadg.be »;

3° en concertation avec le responsable des médiathèques scolaires, programmer des mesures en vue d'équiper en moyens techniques la médiathèque scolaire;

4° organiser et administrer la médiathèque scolaire;

5° coopérer avec les médiathèques scolaires des autres écoles secondaires, les bibliothèques publiques et la médiathèque pédagogique de la haute école autonome;

6° prodiguer des conseils aux utilisateurs de la médiathèque scolaire;

7° participer à des formations et formations continuées en bibliothéconomie et éducation aux médias, encadrer les aidants de la médiathèque scolaire;

8° établir un catalogue de mesures en matière d'éducation aux médias reprenant toutes les activités prévues par semestre au sein de la médiathèque scolaire;

9° assumer d'autres tâches définies par le pouvoir organisateur. »

Art. 116. L'article 98, alinéa 4, du même décret, inséré par le décret du 16 janvier 2012, est remplacé par ce qui suit :

« Sans préjudice de l'alinéa 1^{er}, la mission du conseiller en pédagogie de soutien dans une école fondamentale et secondaire spécialisée comprend les tâches suivantes :

1° conseiller et encadrer les écoles ordinaires et les centres de formation et de formation continue dans les classes moyennes et les PME lors de l'approfondissement et l'élargissement de leurs compétences didactico-méthodologiques, pédagogiques et psychologiques dans le domaine du soutien pédagogique spécialisé;

2° assurer la guidance d'élèves qui, en raison de difficultés particulières rencontrées pendant une certaine période, quittent la classe normale et doivent bénéficier d'un soutien sociopédagogique, et ce, dans le but de les réintégrer le plus rapidement possible dans le système scolaire;

3° organiser et mettre en place des mesures visant à élargir les compétences en pédagogie de soutien chez les membres du personnel de l'enseignement;

4° assurer le conseil et la guidance en pédagogie interculturelle et la promotion des langues étrangères;

5° participer au développement de concepts en matière de pédagogie de soutien et au pilotage de leur mise en œuvre. »

Art. 117. Dans le chapitre XII du même décret, modifié par le décret du 25 mai 1999, il est inséré un article 123^{quater} rédigé comme suit :

« Art. 123^{quater}. L'article 93.60 ne s'applique pas aux enfants soumis à l'obligation scolaire nés avant 2006 qui suivent un enseignement à domicile.

L'article 93.61 s'applique aux enfants soumis à l'obligation scolaire nés avant 2006 uniquement si l'enfant concerné a raté deux fois les examens externes, et ce, indépendamment de son âge. »

CHAPITRE 11. — *Modification du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné*

Art. 118. A l'article 49, § 1^{er}, du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné, modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans la phrase introductive de l'alinéa 1^{er}, 5°, remplacé par le décret du 23 juin 2008, les mots "prévue à l'article 33^{bis}, alinéas 2 et 3" sont abrogés;

2° l'alinéa suivant est inséré entre les alinéas 1^{er} et 2 :

« Pour la dérogation mentionnée à l'alinéa 1^{er}, 5°, il s'agit de la désignation ou de l'engagement, selon le cas, d'un membre du personnel conformément à l'une des dispositions suivantes :

1° l'article 19, § 2, de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique et artistique de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements;

2° l'article 33^{bis}, alinéas 2 et 3, du présent décret;

3° l'article 20^{bis}, alinéas 2 et 3, du décret du 29 mars 2004 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement officiel subventionné et des centres psycho-médico-sociaux officiels subventionnés. »

Art. 119. Dans l'article 62.1.1 du même décret, remplacé par le décret du 16 janvier 2012, les mots "ainsi que le coordinateur en pédagogie de soutien dans une école fondamentale et secondaire spécialisée sont rémunérés" sont remplacés par les mots "est rémunéré".

Art. 120. A l'article 62.7 du même décret, inséré par le décret du 11 mai 2009, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 2, 1°, l), inséré par le décret du 27 juin 2011, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° l'alinéa 2 est complété par un m) rédigé comme suit :

« m) l'interruption de carrière complète. »;

3° le § 2 est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Par dérogation au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1°, le chef de département engagé à titre définitif est autorisé à prendre un congé en vue d'exercer la même fonction ou une autre fonction pour une durée de cinq ans au plus. »

Art. 121. Dans le même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, il est inséré un chapitre IV^{quinquies} intitulé comme suit :

« Chapitre IV^{quinquies}. — Dispositions particulières pour le conseiller en pédagogie de soutien dans une école fondamentale et secondaire spécialisée ».

Art. 122. Dans le chapitre IV *quinquies* du même décret, il est inséré un article 62.21 rédigé comme suit :

« Art. 62.21 – *Principe*

Par dérogation au chapitre IV, la fonction de conseiller en pédagogie de soutien dans une école fondamentale et secondaire spécialisée, ci-après conseiller, est attribuée sur la base d'un engagement à durée indéterminée et d'un engagement à titre définitif conformément aux dispositions ci-dessous.

Les articles 62.3, 62.6, §§ 1^{er} et 2, alinéas 1^{er} et 3 à 5, et l'article 62.7, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, s'appliquent au conseiller. »

Art. 123. Le même chapitre du même décret est complété par un article 62.22 rédigé comme suit :

« Art. 62.22 – *Appel aux candidats et candidature à l'engagement*

L'appel aux candidats à un engagement à durée indéterminée est publié par le pouvoir organisateur dans la presse, dans les écoles par affichage et sous toute autre forme appropriée.

L'appel mentionne le profil requis du conseiller ainsi que les objectifs à atteindre au cours de l'engagement et le volume de la charge.

La candidature est introduite par recommandé. Le candidat y annexe entre autres une lettre de motivation expliquant la manière dont il compte réaliser les objectifs visés à l'alinéa précédent. »

Art. 124. Le même chapitre du même décret est complété par un article 62.23 rédigé comme suit :

« Art. 62.23 – *Engagement*

Le pouvoir organisateur décide quel candidat assumera la fonction.

Le pouvoir organisateur établit un classement des candidats pertinents pour la fonction et, lors du choix, se base entre autres sur la lettre de motivation, un ou plusieurs entretiens ainsi que sur l'expérience professionnelle, les qualifications pédagogiques et le profil d'aptitude.

Ce classement reste valable pendant deux ans à partir du 1^{er} septembre suivant le classement, ainsi qu'entre le classement et le 1^{er} septembre en question. »

Art. 125. Le même chapitre du même décret est complété par un article 62.24 rédigé comme suit :

« Art. 62.24 – *Conditions à l'engagement définitif*

Le pouvoir organisateur peut engager un conseiller à titre définitif :

1° s'il remplit les conditions mentionnées à l'article 62.3;

2° s'il justifie une ancienneté de fonction de cinq ans minimum, calculée conformément à l'article 55;

3° s'il a obtenu au moins la mention « satisfaisant » lors du dernier rapport d'évaluation; à défaut de rapport d'évaluation, la présente condition est considérée comme remplie. »

Art. 126. Le même chapitre du même décret est complété par un article 62.25 rédigé comme suit :

« Art. 62.25 – *Appel aux candidats et candidature à l'engagement à titre définitif*

Le pouvoir organisateur fixe les emplois définitivement vacants pouvant être libérés pour un engagement.

Au cours de la deuxième quinzaine du mois d'avril de chaque année, le pouvoir organisateur lance un appel aux candidats à un engagement définitif. Cet appel est affiché dans les écoles et publié sous toute autre forme jugée adéquate par le pouvoir organisateur.

L'appel contient une liste des emplois qui seront probablement vacants au 1^{er} octobre et qui ont été libérés pour un engagement définitif. Il contient des indications sur la nature et le volume des emplois à pourvoir, les conditions requises dans le chef des candidats ainsi que la forme et le délai dans lesquels les candidatures doivent être introduites. »

Art. 127. Le même chapitre du même décret est complété par un article 62.26 rédigé comme suit :

« Art. 62.26 – *Engagement définitif*

Les engagements à titre définitif interviennent le 1^{er} octobre dans les emplois visés à l'article 62.25, alinéa 3, qui sont encore vacants à cette date.

Lors d'un premier engagement dans une fonction, le nombre minimal d'heures correspond à un quart du nombre d'heures requis pour un emploi à temps plein.

Un engagement à titre définitif s'opère pour des heures complètes.

Pour sélectionner un candidat à l'engagement définitif, le pouvoir organisateur se base entre autres sur un ou plusieurs entretiens, l'expérience professionnelle, les qualifications pédagogiques, le profil d'aptitude et le bulletin de signalement. »

Art. 128. Le même chapitre du même décret est complété par un article 62.27 rédigé comme suit :

« Art. 62.27 – *Remplacement temporaire*

Lorsque la désignation du conseiller prend fin, que celui-ci démissionne de sa fonction ou est temporairement absent en raison d'un des types de congé ou de mise en disponibilité, le pouvoir organisateur peut le remplacer jusqu'à la fin de l'année scolaire par une autre personne remplissant les conditions mentionnées à l'article 62.3, alinéa 1^{er}, à l'exception du 3^o.

Sans préjudice de l'alinéa 1^{er}, le pouvoir organisateur recourt aux personnes qui ont été classées conformément à l'article 62.23, et ce, tant que ce classement est valable. »

Art. 129. Le même chapitre du même décret est complété par un article 62.28 rédigé comme suit :

« Art. 62.28 – *Temps de travail hebdomadaire*

Le temps de travail du conseiller est de 38 heures de 60 minutes par semaine en moyenne. Cette moyenne est calculée sur une période de référence de quatre mois. »

Art. 130. Le même chapitre du même décret est complété par un article 62.29 rédigé comme suit :

« Art. 62.29 – *Rapport d'évaluation et possibilité de recours*

§ 1^{er}. Le chef d'établissement établit au moins un rapport d'évaluation tous les cinq ans pour le conseiller. A cette fin, le pouvoir organisateur procède à un entretien d'évaluation.

Lors de l'évaluation d'un membre du personnel, le chef d'établissement peut se baser sur le rapport écrit d'un autre membre du personnel occupant une fonction de sélection ou de promotion – à l'exception de celle de conseiller – et qu'il a chargé par écrit d'établir un tel rapport sur le travail du membre du personnel concerné.

§ 2. La procédure énoncée à l'article 62.10, § 1^{er}, alinéa 2, § 1.1, § 2, alinéa 2, §§ 3 et 4, s'applique. »

Art. 131. Dans le même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, il est inséré un chapitre IV^{sexies} intitulé comme suit :

« Chapitre IV^{sexies}. — Dispositions particulières pour les sous-directeurs »

Art. 132. Dans le chapitre IV^{sexies} du même décret, il est inséré un article 62.30 rédigé comme suit :

« Art. 62.30 – *Principe*

Par dérogation au chapitre IV, les articles 62.3 à 62.8 et 62.10 à 62.12 s'appliquent à la fonction de sous-directeur. »

Art. 133. Dans le même décret, il est inséré un chapitre IV^{septies} rédigé comme suit :

« Chapitre IV^{septies}. — Dispositions particulières pour les chefs d'atelier des degrés inférieur et supérieur. »

Art. 134. Dans le chapitre IV^{septies} du même décret, il est inséré un article 62.31 rédigé comme suit :

« Art. 62.31 – *Principe*

Par dérogation au chapitre IV, la fonction de chef d'atelier dans l'enseignement secondaire inférieur ou supérieur (ci-après "chef d'atelier") est attribuée sur la base d'un engagement à durée indéterminée et d'un engagement à titre définitif conformément aux dispositions ci-dessous.

Les articles 62.6 à 62.8 et 62.10 à 62.12 s'appliquent à la fonction de chef d'atelier. »

Art. 135. Le même chapitre du même décret est complété par un article 62.32 rédigé comme suit :

« Art. 62.32 – *Conditions d'admission*

Une personne peut exercer la fonction de chef d'atelier si elle :

1^o remplit les conditions mentionnées à l'article 62.3, à l'exception de l'alinéa 1^{er}, 2^o;

2^o occupe, en tant que membre du personnel désigné à titre temporaire ou nommé ou engagé à titre définitif, une des fonctions de recrutement suivantes, dans l'enseignement secondaire inférieur ou supérieur organisé ou subventionné par la Communauté germanophone :

a) professeur de cours techniques;

b) professeur de pratique professionnelle;

c) professeur de cours techniques et de pratique professionnelle;

3^o remplit les conditions énoncées à l'article 35, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2^o à 5^o, pour la fonction mentionnée au 2^o du présent article. »

Art. 136. Le même chapitre du même décret est complété par un article 62.33 rédigé comme suit :

« Art. 62.33 – *Appel aux candidats et candidature*

L'appel aux candidats est publié par le pouvoir organisateur dans la presse, dans les écoles par affichage et sous toute autre forme appropriée.

L'appel aux candidats mentionne le profil requis du chef d'atelier et les objectifs à réaliser pendant la désignation.

La candidature est introduite par recommandé. Le candidat y annexe entre autres une lettre de motivation expliquant la manière de réaliser les objectifs visés à l'alinéa précédent. »

Art. 137. Le même chapitre du même décret est complété par un article 62.34 rédigé comme suit :

« Art. 62.34 – *Désignation*

Le pouvoir organisateur décide quel candidat assumera la fonction.

Il se base entre autres sur la lettre de motivation introduite par le candidat, un ou plusieurs entretiens de candidature ainsi que sur l'expérience professionnelle, la qualification pédagogique et l'expertise en ce qui concerne les sections qu'il doit encadrer. »

Art. 138. L'article 69.2, alinéa 1^{er}, 2^o, a), du même décret, inséré par le décret du 25 juin 2007 et remplacé par le décret du 11 mai 2009, est remplacé par ce qui suit :

« disposer au moins d'un diplôme de l'enseignement supérieur du premier degré pour la fonction de préfet des études ou de directeur d'une école secondaire ordinaire. »

Art. 139. A l'article 69.6 du même décret, inséré par le décret du 25 juin 2007, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le § 1^{er}, alinéa 2, 1^o, l), inséré par le décret du 27 juin 2011, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2^o l'alinéa 2 est complété par un m) rédigé comme suit :

« m) l'interruption de carrière complète. »;

3^o le § 2 est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Par dérogation au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1^o, le chef d'établissement engagé à titre définitif est autorisé à prendre un congé en vue d'exercer la même fonction ou une autre fonction pour une durée de cinq ans au plus. »

Art. 140. A l'article 119.3 du même décret, inséré par le décret du 16 juillet 2012, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, la date "1^{er} janvier 2018" et le nombre "2017" sont remplacés respectivement par la date "1^{er} janvier 2017" et le nombre "2016".

2° dans l'alinéa 2, la date "1^{er} janvier 2018" et le nombre "2017" sont remplacés respectivement par la date "1^{er} janvier 2017" et le nombre "2016".

3° dans l'alinéa 3, la date "1^{er} janvier 2018" et le nombre "2017" sont remplacés respectivement par la date "1^{er} janvier 2017" et le nombre "2016".

4° dans l'alinéa 4, la date "1^{er} janvier 2018" et le nombre "2017" sont remplacés respectivement par la date "1^{er} janvier 2017" et le nombre "2016".

Art. 141. Dans le titre IV du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, il est inséré un article 119.9 rédigé comme suit :

« Art. 119.9 – Les conditions mentionnées à l'article 33, alinéa 1^{er}, 5°, et à l'article 49, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 5°, sont considérées comme étant remplies lorsque les membres du personnel étaient, au plus tard le 1^{er} septembre 2009, porteurs d'un titre requis pour la fonction à conférer, et ce, en application des dispositions dérogatoires en vigueur auprès du pouvoir organisateur de l'enseignement communautaire.

Les conditions mentionnées à l'article 33, alinéa 1^{er}, 5°, et à l'article 49, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 5°, sont considérées comme étant remplies lorsque les membres du personnel étaient, au plus tard le 1^{er} septembre 2010, porteurs d'un titre requis pour la fonction à conférer, et ce, en application des dispositions dérogatoires en vigueur auprès du pouvoir organisateur de l'enseignement officiel subventionné ou de l'enseignement libre subventionné. »

CHAPITRE 12. — *Modification du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire*

Art. 142. L'article 20 du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire, remplacé par le décret du 29 juin 2015, est complété par un § 5 rédigé comme suit :

« § 5. Un recours auprès de la chambre de recours mentionnée à l'article 38 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées peut être introduit contre la non-délivrance d'un certificat d'études de base, et ce, conformément à l'article 39 du même décret. »

Art. 143. Dans le chapitre 3, section 2, du même décret, modifiée par le décret du 29 juin 2015, il est inséré un article 20.1 rédigé comme suit :

« Art. 20.1 – *Dispense d'examen, compensation des désavantages et protection des notes en cas de délivrance extrascolaire du certificat d'études de base*

§ 1^{er}. Par dérogation à l'article 20, § 2, alinéa 4, § 3, alinéa 1^{er}, première phrase, et § 4, alinéa 2, les personnes chargées de l'éducation d'enfants nécessitant un soutien pédagogique spécialisé peuvent, lors de l'inscription aux examens, demander une dispense pour un ou plusieurs examens auprès du président du jury.

La demande est accompagnée d'un avis émis par le centre pour le développement sain des enfants et des jeunes, de moins de six mois de date, et qui confirme que l'enfant nécessite un soutien pédagogique spécialisé et n'est pas en mesure de présenter avec fruit les examens devant le jury. L'avis est sollicité par les personnes chargées de l'éducation. Si l'avis est établi par un organisme autre que le centre de développement sain des enfants et des jeunes, les personnes chargées de l'éducation doivent le faire approuver par ledit centre.

Le jury d'examens statue sur la ou les dispenses conformément à l'article 20, § 4, alinéas 3 et 4, et communique la décision par écrit aux personnes chargées de l'éducation.

§ 2. Par dérogation aux § 2, alinéa 4, § 3, alinéa 1^{er}, première phrase, et § 4, alinéa 2, les personnes chargées de l'éducation peuvent demander la compensation des désavantages et la protection des notes, telles que mentionnées aux articles 93.33 et 93.38 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées.

Lors de l'inscription aux examens, les personnes chargées de l'éducation introduisent auprès du président du jury une demande en vue d'obtenir la compensation des désavantages ou la protection des notes. Pour ce faire, elles utilisent le formulaire de demande établi par le Gouvernement. Si cette demande est introduite après le délai d'inscription aux examens, elle est rejetée d'office.

Un avis rendu par un organisme expert en la matière et correspondant à celui mentionné à l'article 93.34, § 1^{er}, alinéas 2 et 3, du même décret du 31 août 1998, est joint à la demande visant la compensation des désavantages. Un avis rendu par un organisme expert en la matière et correspondant à celui mentionné à l'article 93.39, § 1^{er}, alinéas 2 et 3, du même décret du 31 août 1998, est joint à la demande visant la protection des notes.

L'introduction d'une demande n'ouvre aucun droit aux mesures de compensation ou à la protection des notes dans les sous-domaines recommandés dans l'avis.

Les articles 93.35 et 93.40 du même décret du 31 août 1998 s'applique au jury; au lieu de "chef d'établissement" et "membres du personnel directeur, enseignant, auxiliaire d'éducation, paramédical et sociopsychologique", il faut respectivement lire "président du jury" et "membres du jury". »

CHAPITRE 13. — *Modification du décret du 30 juin 2003 portant des mesures urgentes en matière d'enseignement 2003*

Art. 144. A l'article 5, § 4, du décret du 30 juin 2003 portant des mesures urgentes en matière d'enseignement - 2003, modifié en dernier lieu par le décret du 25 octobre 2010, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 2, un membre du personnel du centre pour le développement sain des enfants et des jeunes soumis aux articles 6.44 et 6.48 à 6.51 du décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes ainsi qu'aux articles 111.8 à 111.10 du décret du 21 avril 2008 portant valorisation du métier d'enseignant est rémunéré sur la base de la fonction qu'il exerce en application du § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 4°. »

2° les alinéas 4 et 5 actuels deviennent les alinéas 5 et 6.

CHAPITRE 14. — *Modification du décret du 29 mars 2004 fixant le statut des membres du personnel subsidié de l'enseignement officiel subventionné et des centres psycho-médico-sociaux officiels subventionnés*

Art. 145. A l'article 37, alinéa 1^{er}, du décret du 29 mars 2004 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné, modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans la phrase introductive de l'alinéa 1^{er}, 5°, remplacé par le décret du 23 juin 2008, les mots "prévu à l'article 20bis, alinéas 2 et 3" sont abrogés;

2° l'alinéa suivant est inséré entre les alinéas 1^{er} et 2 :

« Pour la dérogation mentionnée à l'alinéa 1^{er}, 5°, il s'agit de la désignation ou de l'engagement, selon le cas, d'un membre du personnel conformément à l'une des dispositions suivantes :

1° l'article 19, § 2, de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique et artistique de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements;

2° l'article 33bis, alinéas 2 et 3, du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre psycho-médico-social libre subventionné;

3° l'article 20bis, alinéas 2 et 3, du présent décret. »

Art. 146. A l'article 56.6 du même décret, inséré par le décret du 23 mars 2009, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 2, 1°, k), inséré par le décret du 27 juin 2011, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° l'alinéa 2 est complété par un l) rédigé comme suit :

« l) l'interruption de carrière complète. »;

3° le § 2 est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Par dérogation au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1°, le secrétaire administratif en chef nommé à titre définitif est autorisé à prendre un congé en vue d'exercer la même fonction ou une autre fonction pour une durée de cinq ans au plus. »

Art. 147. Dans le même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, il est inséré un chapitre IVsexies, comportant l'article 56.15, rédigé comme suit :

« Chapitre IVsexies. — Dispositions particulières pour le conseiller en pédagogie de soutien dans une école fondamentale et secondaire spécialisée

Art. 56.15 – Par dérogation au chapitre IV, la fonction de conseiller en pédagogie de soutien dans une école fondamentale et secondaire spécialisée est attribuée sous la forme d'une désignation à durée indéterminée et d'une nomination à titre définitif conformément aux dispositions valables dans l'enseignement libre subventionné. »

Art. 148. Dans le même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, il est inséré un chapitre IVsepties intitulé comme suit :

« Chapitre IVsepties. — Dispositions particulières pour les sous-directeurs ».

Art. 149. Dans le chapitre IVsepties du même décret, il est inséré un article 56.16 rédigé comme suit :

« Art. 56.16 – Par dérogation au chapitre IV, la fonction de sous-directeur est attribuée sous la forme d'une désignation à durée indéterminée et d'une nomination à titre définitif conformément aux dispositions valables dans l'enseignement libre subventionné. »

Art. 150. Dans le même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, il est inséré un chapitre IVocties intitulé comme suit :

« Chapitre IVocties. — Dispositions particulières pour les chefs d'atelier des degrés inférieur et supérieur ».

Art. 151. Dans le chapitre IVocties du même décret, il est inséré un article 56.17 rédigé comme suit :

« Art. 56.17 – Par dérogation au chapitre IV, la fonction de chef d'atelier dans les degrés inférieur et supérieur est attribuée sous la forme d'une désignation à durée indéterminée et d'une nomination à titre définitif conformément aux dispositions valables dans l'enseignement libre subventionné. »

Art. 152. Dans l'article 64.2, alinéa 1^{er}, du même décret, le 2°, inséré par le décret du 23 mars 2009, est remplacé par ce qui suit :

« disposer au moins d'un diplôme de l'enseignement supérieur du premier degré pour la fonction de chef d'atelier; ».

Art. 153. A l'article 64.6 du même décret, inséré par le décret du 23 mars 2009, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 2, 1°, l), inséré par le décret du 27 juin 2011, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° l'alinéa 2 est complété par un m) rédigé comme suit :

« m) l'interruption de carrière complète. »;

3° le § 2 est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Par dérogation au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1°, le directeur d'académie nommé à titre définitif est autorisé à prendre un congé en vue d'exercer la même fonction ou une autre fonction pour une durée de cinq ans au plus. »

Art. 154. L'article 64.13, alinéa 1^{er}, 2°, a), du même décret, inséré par le décret du 28 juin 2010, est remplacé par ce qui suit :

« disposer au moins d'un diplôme de l'enseignement supérieur du premier degré pour la fonction de chef d'atelier ».

Art. 155. A l'article 64.17 du même décret, inséré par le décret du 28 juin 2010, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 2, 1°, l), inséré par le décret du 27 juin 2011, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° l'alinéa 2 est complété par un m) rédigé comme suit :

« m) l'interruption de carrière complète. »;

3° le § 2 est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Par dérogation au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1°, le chef d'établissement nommé à titre définitif est autorisé à prendre un congé en vue d'exercer la même fonction ou une autre fonction pour une durée de cinq ans au plus. »

Art. 156. A l'article 111^{quater} du même décret, inséré par le décret du 16 juillet 2012, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, la date "1^{er} janvier 2018" et le nombre "2017" sont remplacés respectivement par la date "1^{er} janvier 2017" et le nombre "2016".

2° dans l'alinéa 2, la date "1^{er} janvier 2018" et le nombre "2017" sont remplacés respectivement par la date "1^{er} janvier 2017" et le nombre "2016".

3° dans l'alinéa 3, la date "1^{er} janvier 2018" et le nombre "2017" sont remplacés respectivement par la date "1^{er} janvier 2017" et le nombre "2016".

4° dans l'alinéa 4, la date "1^{er} janvier 2018" et le nombre "2017" sont remplacés respectivement par la date "1^{er} janvier 2017" et le nombre "2016".

Art. 157. Dans le chapitre XIV du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, il est inséré un article 111^{novies} rédigé comme suit :

« Art. 111^{novies}. La condition mentionnée à l'article 20, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 5°, et à l'article 37, alinéa 1^{er}, 5°, est considérée comme étant remplie lorsque les membres du personnel étaient, au plus tard le 1^{er} septembre 2009, porteurs d'un titre requis pour la fonction à conférer, et ce, en application des dispositions dérogatoires en vigueur auprès du pouvoir organisateur de l'enseignement communautaire.

La condition mentionnée à l'article 20, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 5°, et à l'article 37, alinéa 1^{er}, 5°, est considérée comme étant remplie lorsque les membres du personnel étaient, au plus tard le 1^{er} septembre 2010, porteurs d'un titre requis pour la fonction à conférer, et ce, en application des dispositions dérogatoires en vigueur auprès du pouvoir organisateur de l'enseignement officiel subventionné ou de l'enseignement libre subventionné. »

CHAPITRE 15. — *Modification du décret du 19 avril 2004 relatif à la transmission des connaissances linguistiques et à l'emploi des langues dans l'enseignement*

Art. 158. A l'article 10 du décret du 19 avril 2004 relatif à la transmission des connaissances linguistiques et à l'emploi des langues dans l'enseignement, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots "de sélection et" sont abrogés;

2° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Toutes les fonctions de sélection sont revêtues par des membres du personnel qui ont une connaissance approfondie de la langue allemande. Si le membre du personnel encadre un groupe cible francophone ou néerlandophone, le pouvoir organisateur veille à ce que ce groupe cible soit encadré dans la langue concernée. »

Art. 159. A l'article 26^{bis}, 1^{er} tiret, du même décret, inséré par le décret du 21 avril 2008, le nombre "4" est remplacé par le nombre "10".

Art. 160. L'article 52 du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Les membres du personnel qui étaient occupés dans l'enseignement en Communauté germanophone avant le 1^{er} septembre 2016 et étaient, avant cette date, porteurs d'une attestation qui certifie la réussite d'une formation en didactique des langues étrangères représentant au moins 4 points ECTS, sont considérés comme porteurs d'un titre prouvant les connaissances en didactique des langues étrangères. »

CHAPITRE 16. — *Modification du décret du 17 mai 2004 portant des mesures en matière d'enseignement, de formation et d'infrastructure - 2004*

Art. 161. L'article 20 du décret du 17 mai 2004 portant des mesures en matière d'enseignement, de formation et d'infrastructure - 2004, modifié par les décrets des 28 juin 2010 et 31 mars 2014, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Le présent chapitre s'applique également à la fonction de conseiller en pédagogie de soutien dans une école fondamentale et secondaire spécialisée. »

Art. 162. Dans l'article 21.3, alinéa 3, du même décret, inséré par le décret du 16 juillet 2012 et modifié par le décret du 31 mars 2014, la troisième phrase est remplacée par ce qui suit :

« Le montant remboursé correspond aux frais effectivement encourus, le montant ne pouvant dépasser, par année scolaire, celui qui serait remboursé pour l'acquisition d'un abonnement annuel couvrant la même distance. »

CHAPITRE 17. — *Modification du décret du 6 juin 2005 portant des mesures urgentes en matière d'enseignement 2005*

Art. 163. Dans l'article 33, alinéas 2 et 3, du décret du 6 juin 2005 portant des mesures en matière d'enseignement - 2005, modifié par le décret du 23 juin 2008, le mot "trois" est chaque fois remplacé par le mot "quatre".

Art. 164. Dans le chapitre XIX, section 6, du même décret, il est inséré un article 33.1 rédigé comme suit :

« Art. 33.1 § 1^{er}. Le membre du personnel mentionné à l'article 22 a le droit, au terme du congé parental, de revenir à son ancien poste ou, si cela est impossible, de se voir attribuer un travail équivalent ou similaire.

§ 2. Au terme du congé parental, le membre du personnel peut demander une adaptation de ses temps de travail pour une durée de six mois. Cette adaptation tient compte de l'intérêt du service et de celui du membre du personnel concerné en vue d'une meilleure conciliation entre vie professionnelle et familiale.

La demande visant à adapter le temps de travail sera introduite par écrit, par l'intermédiaire du chef d'établissement et au moins trois semaines avant le terme du congé parental, auprès du pouvoir organisateur; celui-ci prendra une décision en accord avec le chef d'établissement.

En cas de rejet de la demande, le motif doit en être communiqué par écrit au membre du personnel concerné au moins une semaine avant la fin du congé parental. »

Art. 165. L'article 34 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Les dispositions de la présente section servent à transposer la Directive 2010/18/UE du Conseil du 8 mars 2010 portant application de l'accord-cadre révisé sur le congé parental conclu par BUSINESSSEUROPE, l'UEAPME, le CEEP et la CES et abrogeant la Directive 96/34/CE. »

CHAPITRE 18. — *Modification du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome*

Art. 166. Le titre I^{er} du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome, modifié en dernier lieu par le décret du 24 juin 2013 est complété par un article 1.4 rédigé comme suit :

« Art. 1.4 – *Transposition de directives européennes*

Les articles 2.7 et 3.25 servent à la transposition partielle de la Directive 2005/36/CE du Parlement européen et du Conseil du 7 septembre 2005 relative à la reconnaissance des qualifications professionnelles. »

Art. 167. L'article 2.7 du même décret, modifié par le décret du 28 juin 2010, est remplacé par ce qui suit :

« Article 2.7 – *Compétences dans la section "soins infirmiers"*

§ 1^{er}. La formation initiale se base sur les exigences du profil infirmier, définies dans l'arrêté royal n° 78 du 10 novembre 1967 relatif à l'exercice des professions des soins de santé.

La formation initiale est organisée de façon à permettre à l'étudiant de développer au moins les compétences suivantes :

1° la compétence permettant d'établir de manière autonome les besoins en soins de santé en ayant recours aux connaissances théoriques, pratiques et cliniques actuelles dans le cadre du traitement des patients et sur la base des connaissances et capacités acquises en vue de l'amélioration de la planification, l'organisation et l'exécution de la pratique professionnelle;

2° la compétence permettant une coopération effective avec les divers acteurs du secteur de la santé, y compris la participation à la formation pratique des professionnels de la santé, sur la base des connaissances et capacités acquises;

3° la compétence permettant d'aider des personnes, des familles et des groupes à mener un style de vie sain et à être autonomes;

4° la compétence permettant de prendre des mesures d'urgence visant à préserver la vie et à exécuter des mesures dans des situations de crise et de catastrophe;

5° la compétence permettant de conseiller, de guider et de soutenir de manière autonome des personnes nécessitant des soins et leurs personnes de référence;

6° la compétence permettant d'assurer et d'estimer la qualité des soins de santé, et ce, de manière autonome;

7° la compétence permettant une communication professionnelle étendue et une coopération avec d'autres professionnels actifs dans le secteur de la santé;

8° la compétence permettant d'analyser la qualité des soins en vue d'améliorer sa propre pratique professionnelle, en tant qu'infirmier/infirmière responsable des soins généraux.

§ 2. Les activités de formation nécessaires à l'acquisition de ces compétences reposent, dans le cadre de la formation initiale, sur les domaines de formation suivants :

1° sciences infirmières;

2° sciences humaines et sociales;

3° sciences médicales et biologiques fondamentales;

4° intégration théorie-pratique orientée sur la profession. »

Art. 168. A l'article 3.25 du même décret, les mots "au moins" sont insérés entre le mot « est » et les mots "de trois années d'études".

Art. 169. A l'article 5.15, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 5°, du même décret, remplacé par le décret du 23 juin 2008 et modifié en dernier lieu par le décret du 16 juillet 2012, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le d), remplacé par le décret du 16 juillet 2012, les mots "de l'enseignement secondaire" sont insérés entre les mots "enseignant" et les mots ", étant titulaire" et le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° le 5° est complété par un e) rédigé comme suit :

« e) s'il s'agit d'un membre du personnel directeur ou enseignant de l'enseignement supérieur, disposer du certificat d'aptitude pédagogique approprié à l'enseignement supérieur ou d'un titre reconnu équivalent par le Gouvernement; ».

Art. 170. A l'article 5.31, alinéa 1^{er}, 5°, du même décret, inséré par le décret du 23 juin 2008, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le d), remplacé par le décret du 16 juillet 2012, les mots "de l'enseignement secondaire" sont insérés entre les mots "enseignant" et les mots ", étant titulaire" et le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° le 5° est complété par un e) rédigé comme suit :

« e) s'il s'agit d'un membre du personnel directeur ou enseignant de l'enseignement supérieur, disposer du certificat d'aptitude pédagogique approprié à l'enseignement supérieur ou d'un titre reconnu équivalent par le Gouvernement; ».

Art. 171. A l'article 5.92, 1^o, du même décret, modifié par le décret du 27 juin 2011, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le k), le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2^o le 1^o est complété par les l) et m) rédigés comme suit :

« l) l'interruption de carrière complète;

n) le congé en vue de l'exercice de la même fonction ou d'une autre fonction. »

Art. 172. A l'article 5.98, alinéa 3, 1^o, du même décret, modifié par le décret du 27 juin 2011, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le k), le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2^o le 1^o est complété par les l) et m) rédigés comme suit :

« l) l'interruption de carrière complète;

n) le congé en vue de l'exercice de la même fonction ou d'une autre fonction. »

Art. 173. A l'article 9.11quater du même décret, inséré par le décret du 16 juillet 2012, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans l'alinéa 1^{er}, la date "1^{er} janvier 2018" et le nombre "2017" sont remplacés respectivement par la date "1^{er} janvier 2017" et le nombre "2016".

2^o dans l'alinéa 2, la date "1^{er} janvier 2018" et le nombre "2017" sont remplacés respectivement par la date "1^{er} janvier 2017" et le nombre "2016".

Art. 174. Dans le titre IX du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 16 juillet 2012, il est inséré un article 9.11quinquies rédigé comme suit :

« Art.9.11quinquies Régime transitoire pour la délivrance du bachelor en soins infirmiers

Le bachelor en soins infirmiers peut être délivré, conformément aux conditions en vigueur avant le 1^{er} septembre 2016, uniquement aux étudiants :

1^o qui ont terminé avec fruit la deuxième année d'études au terme de l'année académique 2015-2016 et la troisième année d'études au terme de l'année académique 2016-2017 ou

2^o qui ont terminé avec fruit la première année d'études au terme de l'année académique 2015-2016, la deuxième année d'études au terme de l'année académique 2016-2017 et la troisième année d'études au terme de l'année académique 2017-2018.

Les élèves ou étudiants qui ne remplissent pas les conditions mentionnées à l'alinéa 1^{er} ne sont pas autorisés à s'inscrire pour l'année scolaire organisée selon les conditions en vigueur avant le 1^{er} septembre 2016. »

CHAPITRE 19. — *Modification du décret du 21 avril 2008 portant valorisation du métier d'enseignant*

Art. 175. A l'article 103 du décret du 21 avril 2008 portant valorisation du métier d'enseignant, modifié par les décrets des 23 mars 2009 et 29 juin 2015, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le 5^o, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2^o il est inséré un 6^o rédigé comme suit :

« 6^o aux membres du personnel occupant la fonction de conseiller en pédagogie de soutien dans une école fondamentale et secondaire spécialisée. »

Art. 176. Dans l'article 111.3, § 1^{er}, alinéa 4, 3^o, du même décret, inséré par le décret du 19 avril 2010, les mots "31 mai" sont remplacés par les mots "30 avril".

Art. 177. L'article 111.9 du même décret, inséré par le décret du 31 mars 2014 et modifié par le décret du 29 juin 2015, est complété par les paragraphes 6 et 7 rédigés comme suit :

« § 6. L'article 111.9, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, § 2, alinéa 1^{er}, § 3, alinéa 1^{er}, et § 4, alinéa 1^{er}, n'est pas applicable si, pendant la période allant du 1^{er} septembre 2014 au 31 août 2019, des services ont été prestés auprès d'une association sans but lucratif ou dans le secteur public et ont été reconnus au cours de ladite période en raison du statut pécuniaire applicable et qu'il en découle donc une ancienneté pécuniaire d'au moins un an.

§ 7. L'ancienneté pécuniaire des membres du personnel est prise en compte pour calculer la septième ou huitième année d'ancienneté de service. »

Art. 178. L'annexe I^{re} du même décret, remplacée par le décret du 16 juillet 2012, est remplacée par l'annexe 1^{re} jointe au présent décret.

Art. 179. A l'annexe II du même décret, remplacée par le décret du 16 juillet 2012, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le 1^o, la date "1^{er} janvier 2018" est remplacée par la date "1^{er} janvier 2017";

2^o dans le 2^o, le nombre "2017" est remplacé par le nombre "2016".

Art. 180. L'annexe IV du même décret, insérée par le décret du 31 mars 2014, est remplacée par l'annexe 2 jointe au présent décret.

CHAPITRE 20. — *Modification du décret du 17 novembre 2008
visant à soutenir les établissements de formation pour adultes*

Art. 181. L'article 18.1 du décret du 17 novembre 2008 visant à soutenir les établissements de formation pour adultes, inséré par le décret du 25 février 2013, est complété par un paragraphe 3 rédigé comme suit :

« § 3. Par dérogation à l'article 8, § 5, alinéa 3, l'évaluation intermédiaire des concepts globaux approuvés est suspendue pour la période de soutien uniforme 2014-2017. »

CHAPITRE 21. — *Modification du décret du 11 mai 2009 relatif au centre de pédagogie de soutien, visant l'amélioration du soutien pédagogique spécialisé dans les écoles ordinaires et spécialisées et encourageant le soutien des élèves à besoins spécifiques ou en difficulté d'adaptation ou d'apprentissage dans les écoles ordinaires et spécialisées*

Art. 182. A l'article 6, alinéa 1^{er}, du décret du 11 mai 2009 relatif au Centre de pédagogie de soutien, visant l'amélioration du soutien pédagogique spécialisé dans les écoles ordinaires et spécialisées et encourageant le soutien des élèves à besoins spécifiques ou en difficulté d'adaptation ou d'apprentissage dans les écoles ordinaires et spécialisées, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 7°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° l'alinéa est complété par les 8° à 12° rédigés comme suit :

« 8° dispenser les cours pour enfants malades;

9° assurer la guidance d'élèves qui, en raison de difficultés particulières rencontrées pendant une certaine période, quittent la classe normale et doivent bénéficier d'un soutien sociopédagogique, et ce, dans le but de les réintégrer le plus rapidement possible dans le système scolaire;

10° organiser et mettre en place des mesures visant à élargir les compétences en pédagogie de soutien chez les membres du personnel de l'enseignement;

11° assurer le conseil et la guidance en pédagogie interculturelle et la promotion des langues étrangères;

12° participer au développement de concepts en matière de pédagogie de soutien et au pilotage de leur mise en œuvre. »

Art. 183. L'article 14 du même décret est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Le quatrième poste de chef de département visé à l'article 24 du même décret du 27 juin 1990 sera organisé à partir du 1^{er} septembre 2016 auprès du Centre de pédagogie de soutien. »

CHAPITRE 22. — *Modification du décret du 25 octobre 2010
portant des nouveautés pédagogiques et administratives dans l'enseignement*

Art. 184. A l'article 1^{er} du décret du 25 octobre 2010 portant des nouveautés pédagogiques et administratives dans l'enseignement, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans la phrase introductive du § 1^{er}, les mots "1^{re} à 4" sont remplacés par les mots "3 à 4.1";

2° dans le § 2, les 1° et 2° sont abrogés;

3° dans le § 2, 3° et 4°, les i) à l) sont chaque fois abrogés;

4° le § 2 est complété par un 5° rédigé comme suit :

« 5° dans l'annexe 4.1 pour les fonctions de recrutement dans l'enseignement artistique à horaire réduit mentionnées à l'article 6, G), a), 1° à 29°, de l'arrêté royal du 2 octobre 1968 déterminant et classant les fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat et les fonctions des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements. »

Art. 185. Les annexes 1^{re} et 2 du même décret sont abrogées.

Art. 186. Le même chapitre, inséré par le décret du 29 juin 2015, est complété par un article 3.2 rédigé comme suit :

« Art. 3.2. Porteurs d'un titre pédagogique limité dans le temps dans l'enseignement artistique à horaire réduit

Les membres du personnel qui exercent l'une des fonctions mentionnées à l'article 1^{er}, § 2, 5°, sont censés remplir la condition visée dans les dispositions mentionnées à l'article 1^{er}, § 1^{er}, 1°, 3°, 4° et 5°, s'ils sont porteurs d'un diplôme d'aptitude pédagogique délivré par un établissement d'enseignement artistique à horaire réduit, pour la fonction exercée, même s'il est devenu caduc. »

Art. 187. Une annexe 4.1, figurant en annexe 1 au présent décret, est insérée dans le même décret.

CHAPITRE 23. — *Modification du décret du 25 juin 2012
relatif à l'inspection scolaire et à la guidance en développement scolaire*

Art. 188. A l'article 19, § 3, du décret du 25 juin 2012 relatif à l'inspection scolaire et à la guidance en développement scolaire, les modifications suivantes sont apportées :

1° les alinéas 3 et 4 sont remplacés par ce qui suit :

« La commission mène avec chaque candidat admis un entretien de candidature, élément décisif pour l'admission à la procédure d'aptitude. Pour prendre sa décision, la commission se base sur les documents mentionnés à l'article 18, alinéas 3 et 4, les qualifications pédagogiques, l'expérience professionnelle ainsi que les connaissances disciplinaires requises pour la fonction à pourvoir du candidat. Les candidats qui ont réussi l'entretien de candidature sont admis à la procédure d'aptitude.

A l'issue de cette procédure, la commission émet un avis motivé qui classe les candidats ayant terminé avec fruit la procédure d'aptitude et les propose pour une désignation. Pour établir le classement, la commission se base autant sur l'entretien de candidature que sur les résultats obtenus lors de la procédure d'aptitude. »

2° l'alinéa 5 est abrogé.

Art. 189. A l'article 22 du même décret, modifié par le décret du 24 juin 2013, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, 15°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° l'alinéa 1^{er} est complété par un 16° rédigé comme suit :

« 16° l'interruption de carrière complète. »;

3° dans l'alinéa 2, les mots "1° à 12°" sont remplacés par les mots "1° à 12° et 16°".

4° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Sans préjudice de l'alinéa 1^{er}, le chef de l'inspection scolaire et de la guidance en développement scolaire, l'inspecteur ou le conseiller en développement scolaire nommé à titre définitif est autorisé à prendre un congé en vue d'exercer la même fonction ou une autre fonction pour une durée de cinq ans au plus. »

CHAPITRE 24. — *Modification du décret de crise du 16 juillet 2012*

Art. 190. Dans l'article 1^{er} du décret de crise du 16 juillet 2012, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 1°, la date "1^{er} janvier 2018" est remplacée par la date "1^{er} janvier 2017";

2° dans le 2°, le nombre "2017" est remplacé par le nombre "2016"

Art. 191. A l'article 2 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 1°, la date "1^{er} janvier 2018" est remplacée par la date "1^{er} janvier 2017";

2° dans le 2°, le nombre "2017" est remplacé par le nombre "2016".

CHAPITRE 25. — *Modification du décret du 31 mars 2014
relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes*

Art. 192. Dans l'article 3.4, 1°, du décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes, les mots "la création et la garantie" sont remplacés par les mots "la promotion".

Art. 193. L'article 6.2, 1°, i), du même décret est remplacé par ce qui suit :

« i) assistant en promotion de la santé ».

Art. 194. Dans l'article 6.3, § 1^{er}, 9° (lire "8°"), du même décret, les mots "animateur scolaire en hygiène bucco-dentaire" sont remplacés par les mots "assistant en promotion de la santé".

Art. 195. L'article 6.55 du même décret est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Un membre du personnel est remplacé pour la durée de ses vacances annuelles lorsque celles-ci suivent immédiatement un congé de maternité et que le membre du personnel, directement après, sollicite un congé parental ou une interruption de carrière pour congé parental. Par vacances annuelles, l'on entend le congé annuel mentionné aux articles 6.48 à 6.50 ainsi que le congé annuel des établissements repris mentionné à l'article 10.4, si le membre du personnel repris a fait un choix allant en ce sens conformément au même article. »

Art. 196. L'article 6.80 du même décret est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Si la fonction de chef d'antenne ne peut être occupée par un membre du personnel du centre, la procédure de désignation aux fonctions visées à l'article 6.79, 1° à 5°, s'applique par dérogation à l'alinéa 2, à l'exception de l'obligation pour le candidat d'établir un plan de stratégie et d'action. »

Art. 197. A l'article 6.84, § 2, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, 15°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° l'alinéa 1^{er} est complété par un 16° rédigé comme suit :

« 16° l'interruption de carrière complète. »;

3° dans l'alinéa 2, les mots "1° à 12°" sont remplacés par les mots "1° à 12° et 16°".

4° le § 2 est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Sans préjudice de l'alinéa 1^{er}, le coordinateur, le chef d'antenne ou le directeur nommé à titre définitif est autorisé à prendre un congé en vue d'exercer la même fonction ou une autre fonction pour une durée de cinq ans au plus. »

Art. 198. Dans l'article 6.101 du même décret, les mots "animateur scolaire en hygiène bucco-dentaire" sont chaque fois remplacés par les mots "assistant en promotion de la santé" dans l'intitulé et dans la phrase introductive.

Art. 199. L'article 10.5 du même décret est complété par deux alinéas rédigés comme suit :

« A partir du 1^{er} septembre 2016, le centre disposera au maximum de 2,5 emplois pour compenser le besoin accru en personnel découlant de la réduction des heures supplémentaires pour les années scolaires 2016-2017 et 2017-2018. Pour l'année scolaire 2018-2019, cette compensation sera réduite à maximum 1,5 emploi.

Avant chaque début d'année scolaire, le conseil d'administration transmet par écrit au Gouvernement un plan relatif à la réduction des heures supplémentaires. Ce plan décrit le volume, la durée et les raisons du besoin accru en personnel découlant de ce qui précède, besoin qui sera compensé par le capital emplois déterminé à l'alinéa 2. Sur la base de ce plan, le Gouvernement peut décider de réduire le nombre d'emplois prévu à l'alinéa 2. »

Art. 200. Dans l'intitulé de l'article 10.8 du même décret, les mots "animateur scolaire en hygiène bucco-dentaire" sont remplacés par les mots "assistant en promotion de la santé".

Art. 201. Dans l'article 10.9 du même décret, le nombre "2017" est remplacé par le nombre "2016" et la date "1^{er} janvier 2018" est remplacée par la date "1^{er} janvier 2017".

Art. 202. Dans l'article 10.10 du même décret, modifié par le décret du 29 juin 2015, la date "1^{er} septembre 2016" est remplacée par la date "1^{er} septembre 2017".

CHAPITRE 26. — *Dispositions finales*

Art. 203. Sont abrogés :

1° l'article 1^{er}, C et D, de l'arrêté royal du 22 juillet 1969 déterminant les fonctions de recrutement dont doivent être titulaires les membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation et du personnel paramédical des établissements d'enseignement de l'Etat, pour pouvoir être nommés aux fonctions de sélection, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 31 août 2000;

2° l'article 12, § 1^{er}, 3°, modifié en dernier lieu par le décret du 30 juin 2003, et l'article 13 de l'arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans l'enseignement secondaire dispensé dans les établissements libres d'enseignement moyen ou d'enseignement normal subventionnés, y compris l'année postsecondaire psychopédagogique;

3° l'article 12, § 1^{er}, 3°, modifié en dernier lieu par le décret du 31 août 2000, et l'article 13 de l'arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans l'enseignement secondaire dispensé dans les établissements d'enseignement moyen ou d'enseignement normal officiels subventionnés;

4° l'article 12, § 1^{er}, de l'arrêté royal n° 439 du 11 août 1986 portant rationalisation et programmation de l'enseignement spécial. »

Art. 204. Le présent décret entre en vigueur le 1^{er} septembre 2016, à l'exception :

1° de l'article 203, 4°, qui produit ses effets le 1^{er} septembre 2009;

2° des articles 2, 25, 118, 141, 145 et 157, qui produisent leurs effets le 1^{er} septembre 2012;

3° des articles 177 et 196, qui produisent leurs effets le 1^{er} septembre 2014;

4° de l'article 162, qui produit ses effets le 1^{er} septembre 2015;

5° des articles 181 et 195, qui produisent leurs effets le 1^{er} janvier 2016;

6° des articles 22, 55, 56, 138, 142, 152, 154, 158, 169, 170, 184 et 185, qui entrent en vigueur le 1^{er} janvier 2017;

7° des articles 70 à 76, 87, 107 et 108, qui entrent en vigueur le 1^{er} septembre 2017;

8° des articles 46, 77 à 85, et 143, § 2, qui entrent en vigueur le 1^{er} septembre 2018.

ANNEXE 1^{re}

Annexe 4.1

Eléments essentiels fixés pour la formation menant à l'obtention d'un titre pédagogique
(voir article 1^{er}, § 2, 5°)

	Unités de valeur ECTS
Connaissances sociologiques et culturelles	
Aspects juridiques et légaux	2
Initiation à l'ethnologie musicale	2
Psychopédagogie - Transmission de connaissances sociologiques et culturelles	2
Connaissances pédagogiques	
Psychopédagogie - Transmission de connaissances pédagogiques en se basant sur la science et la recherche	2
Didactique disciplinaire	5
Improvisation	2
Connaissances psychologiques, socioaffectives et sociales	
Psychopédagogie - Transmission de connaissances psychologiques, socioaffectives et sociales	2
Techniques interactives (techniques de communication)	2
Stages	
Stages (stages d'observation)	3
Stages (stages d'enseignement)	6
Stages (stages dans le cadre d'activité extrascolaires)	2
Total	30

ANNEXE 1^{re}

Au présent décret portant des mesures en matière d'enseignement - 2016

ANNEXE 1^{re}**Echelles de traitement - Montants en euros****I/D**

- pour les périodes allant du 1^{er} janvier 2013 au 31 décembre 2013 et du 1^{er} janvier 2017 au 31 décembre 2018

21.218,35 – 36.895,86

01 (1) × 73,05

02 (1) × 691,06

11 (2) × 1.292,94

- pour la période allant du 1^{er} janvier 2014 au 31 décembre 2016

21.004,03 – 36.523,18

01 (1) × 72,31

02 (1) × 684,08

11 (2) × 1.279,88

- à partir du 1^{er} janvier 2019

21.432,68 – 37.268,55

01 (1) × 73,79

02 (1) × 698,04

11 (2) × 1.306,00

I/C

- pour la période allant du 1^{er} septembre 2013 au 31 décembre 2013

21.836,37 – 36.895,86

10 (2) × 1.369,04

01 (2) × 1.369,09

- pour la période allant du 1^{er} janvier 2014 au 31 août 2014

21.615,80 – 36.523,18

10 (2) × 1.355,21

01 (2) × 1.355,28

I/C/1

- pour la période allant du 1^{er} septembre 2013 au 31 décembre 2013

21.218,35 – 36.895,86

01 (1) × 618,02

10 (2) × 1.369,04

01 (2) × 1.369,09

- pour la période allant du 1^{er} janvier 2014 au 31 août 2014

21.004,03 – 36.23,18

01 (1) × 611,77

10 (2) × 1.355,21

01 (2) × 1.355,28

I/B

- pour la période allant du 1^{er} septembre 2014 au 31 décembre 2016

21.615,80 – 36.523,18

01 (1) × 815,67

10 (2) × 1.281,06

01 (2) × 1.281,11

- pour la période allant du 1^{er} janvier 2017 au 31 décembre 2018

21.836,37 – 36.895,86

01 (1) × 824,00

10 (2) × 1.294,13

01 (2) × 1.294,19

- à partir du 1^{er} janvier 2019

22.056,94 – 37.268,55

01 (1) × 832,33

10 (2) × 1.307,20

01 (2) × 1.307,28

I/B/1

- pour la période allant du 1^{er} septembre 2014 au 31 décembre 2016

21.004,03 – 36.523,18

01 (1) × 611,77

01 (1) × 815,67

10 (2) × 1.281,06

01 (2) × 1.281,11

- pour la période allant du 1^{er} janvier 2017 au 31 décembre 2018

21.218,35 – 36.895,86

01 (1) × 618,02

01 (1) × 824,00

10 (2) × 1.294,13

01 (2) × 1.294,19

- à partir du 1^{er} janvier 2019

21.432,68 – 37.268,55

01 (1) × 624,26

01 (1) × 832,33

10 (2) × 1.307,20

01 (2) × 1.307,28

I/A

- pour la période allant du 1^{er} septembre 2014 au 31 décembre 2016

22.431,47 – 36.523,18

10 (2) × 1 281,06

01 (2) × 1 281,11

- pour la période allant du 1^{er} janvier 2017 au 31 décembre 2018

22.660,37 – 36.895,86

10 (2) × 1.294,13

01 (2) × 1.294,19

- à partir du 1^{er} janvier 2019

22.889,27 – 37.268,55

10 (2) × 1.307,20

01 (2) × 1.307,28

II+/D

- pour les périodes allant du 1^{er} janvier 2013 au 31 décembre 2013 et du 1^{er} janvier 2017 au 31 décembre 2018

16.839,68 – 28.937,38

01 (1) × 55,94

02 (1) × 546,43

01 (2) × 896,24

01 (2) × 912,96

10 (2) × 913,97

- pour la période allant du 1^{er} janvier 2014 au 31 décembre 2016

16.669,58 – 28.645,09

01 (1) × 55,38

02 (1) × 540,91

01 (2) × 887,18

01 (2) × 903,73

10 (2) × 904,74

- à partir du 1^{er} janvier 2019

17.009,78 – 29.229,68

01 (1) × 56,52

02 (1) × 551,95

01 (2) × 905,30

01 (2) × 922,18

10 (2) × 923,20

II+/C

- pour la période allant du 1^{er} septembre 2013 au 31 décembre 2013

17.330,16 – 28.937,38

11 (2) × 967,26

01 (2) × 967,36

- pour la période allant du 1^{er} janvier 2014 au 31 août 2014

17.155,11 – 28.645,09

11 (2) × 957,49

01 (2) × 957,59

II+/C/1

- pour la période allant du 1^{er} septembre 2013 au 31 décembre 2013

16.839,68 – 28.937,38

01 (1) × 490,48

11 (2) × 967,26

01 (2) × 967,36

- pour la période allant du 1^{er} janvier 2014 au 31 août 2014

16.669,58 – 28.645,09

01 (1) × 485,53

11 (2) × 957,49

01 (2) × 957,59

II+/B

- pour la période allant du 1^{er} septembre 2014 au 31 décembre 2016

17.155,11 – 28.645,09

01 (1) × 647,37

11 (2) × 903,55

01 (2) × 903,56

- pour la période allant du 1^{er} janvier 2017 au 31 décembre 2018

17.330,16 – 28.937,38

01 (1) × 653,97

11 (2) × 912,77

01 (2) × 912,78

- à partir du 1^{er} janvier 2019

17.505,21 – 29.229,68

01 (1) × 660,58

11 (2) × 921,99

01 (2) × 922,00

II+/B/1

- pour la période allant du 1^{er} septembre 2014 au 31 décembre 2016

16.669,58 – 28.645,09

01 (1) × 485,53

01 (1) × 647,37

11 (2) × 903,55

01 (2) × 903,56

- pour la période allant du 1^{er} janvier 2017 au 31 décembre 2018

16.839,68 – 28.937,38

01 (1) × 490,48

01 (1) × 653,97

11 (2) × 912,77

01 (2) × 912,78

- à partir du 1^{er} janvier 2019

17.009,78 – 29.229,68

01 (1) × 495,43

01 (1) × 660,58

11 (2) × 921,99

01 (2) × 922,00

II+/A

- pour la période allant du 1^{er} septembre 2014 au 31 décembre 2016

17.802,48 – 28.645,09

11 (2) × 903,55

01 (2) × 903,56

- pour la période allant du 1^{er} janvier 2017 au 31 décembre 2018

17.984,13 – 28.937,38

11 (2) × 912,77

01 (2) × 912,78

- à partir du 1^{er} janvier 2019

18.165,79 – 29.229,68

11 (2) × 921,99

01 (2) × 922,00

II+/D

- pour les périodes allant du 1^{er} janvier 2013 au 31 décembre 2013 et du 1^{er} janvier 2017 au 31 décembre 2018

16.434,39 – 26.329,26

01 (1) × 45,94

02 (1) × 524,62

01 (2) × 721,34

01 (2) × 722,05

10 (2) × 735,63

- pour la période allant du 1^{er} janvier 2014 au 31 décembre 2016

16.268,38 – 26.063,31

01 (1) × 45,48

02 (1) × 519,32

01 (2) × 714,06

01 (2) × 714,75

10 (2) × 728,20

- à partir du 1^{er} janvier 2019

16.600,39 – 26.595,21

01 (1) × 46,41

02 (1) × 529,92

01 (2) × 728,63

01 (2) × 729,34

10 (2) × 743,06

II/C

- pour la période allant du 1^{er} septembre 2013 au 31 décembre 2013

16.913,10 – 26.329,26

12 (2) × 784,68

- pour la période allant du 1^{er} janvier 2014 au 31 août 2014

16.742,19 – 26.063,31

12 (2) × 776,76

II/C/1

- pour la période allant du 1^{er} septembre 2013 au 31 décembre 2013

16.434,39 – 26.329,26

01 (1) × 478,71

12 (2) × 784,68

- pour la période allant du 1^{er} janvier 2014 au 31 août 2014

16.268,38 – 26.063,31

01 (1) × 473,81

12 (2) × 776,76

II/B

- pour la période allant du 1^{er} septembre 2014 au 31 décembre 2016

16.742,19 – 26.063,31

01 (1) × 631,81

11 (2) × 724,10

01 (2) × 724,21

- pour la période allant du 1^{er} janvier 2017 au 31 décembre 2018

16.913,10 – 26.329,26

01 (1) × 638,23

11 (2) × 731,49

01 (2) × 731,54

- à partir du 1^{er} janvier 2019

17.083,89 – 26.595,21

01 (1) × 644,68

11 (2) × 738,88

01 (2) × 738,96

II+/B/1

- pour la période allant du 1^{er} septembre 2014 au 31 décembre 2016

16.268,38 – 26.063,31

01 (1) × 478,81

01 (1) × 631,81

11 (2) × 724,10

01 (2) × 724,21

- pour la période allant du 1^{er} janvier 2017 au 31 décembre 2018

16.434,39 – 26.329,26

01 (1) × 478,71

01 (1) × 638,23

11 (2) × 731,49

01 (2) × 731,54

- à partir du 1^{er} janvier 2019

16.600,39 – 26.595,21

01 (1) × 483,50

01 (1) × 644,68

11 (2) × 738,88

01 (2) × 738,96

II+/B/2

- pour la période allant du 1^{er} septembre 2014 au 31 décembre 2016

16.268,38 – 26.063,31

01 (1) × 45,49

01 (1) × 519,32

01 (1) × 540,81

11 (2) × 724,10

01 (2) × 724,21

- pour la période allant du 1^{er} janvier 2017 au 31 décembre 2018

16.434,39 – 26.329,26

01 (1) × 45,97

01 (1) × 524,64

01 (1) × 546,33

11 (2) × 731,49

01 (2) × 731,54

- à partir du 1^{er} janvier 2019

16.600,39 – 26.595,21

01 (1) × 46,41

01 (1) × 529,92

01 (1) × 551,85

11 (2) × 738,88

01 (2) × 738,96

II/A

- pour la période allant du 1^{er} septembre 2014 au 31 décembre 2016

17.374,00 – 26.063,31

11 (2) × 724,10

01 (2) × 724,21

- pour la période allant du 1^{er} janvier 2017 au 31 décembre 2018

17.551,33 – 26.329,26

11 (2) × 731,49

01 (2) × 731,54

- à partir du 1^{er} janvier 2019

17.728,57 – 26.595,21

11 (2) × 738,88

01 (2) × 738,96

III/D

- pour les périodes allant du 1^{er} janvier 2013 au 31 décembre 2013 et du 1^{er} janvier 2017 au 31 décembre 2018

16.174,51 – 23.846,43

01 (1) × 0

01 (1) × 128,86

01 (1) × 299,98

13 (2) × 557,16

- pour la période allant du 1^{er} janvier 2014 au 31 décembre 2016

16.011,13 – 23.605,55

01 (1) × 0

01 (1) × 127,56

01 (1) × 296,97

13 (2) × 551,53

- à partir du 1^{er} janvier 2019

16.337,89 – 24.087,30

01 (1) × 0

01 (1) × 130,14

01 (1) × 303,00

13 (2) × 562,79

III/C

- pour la période allant du 1^{er} septembre 2013 au 31 décembre 2013

16.645,61 – 23.846,43

12 (2) × 553,91

01 (2) × 553,90

- pour la période allant du 1^{er} janvier 2014 au 31 août 2014

16.477,48 – 23.605,55

12 (2) × 548,31

01 (2) × 548,35

III/C/1

- pour la période allant du 1^{er} septembre 2013 au 31 décembre 2013

16.174,51 – 23.605,55

01 (1) × 471,10

12 (2) × 553,91

01 (2) × 553,90

- pour la période allant du 1^{er} janvier 2014 au 31 août 2014

16.011,13 – 23.605,55

01 (1) × 466,35

12 (2) × 548,31

01 (2) × 548,35

III/C/2

- pour la période allant du 1^{er} septembre 2013 au 31 décembre 2013

16.174,51 – 23.846,43

01 (1) × 128,86

01 (2) × 342,24

12 (2) × 553,91

01 (2) × 553,90

- pour la période allant du 1^{er} janvier 2014 au 31 août 2014

16.011,13 – 23.605,55

01 (1) × 127,54

01 (2) × 338,80

12 (2) × 548,31

01 (2) × 548,35

III/B

- pour la période allant du 1^{er} septembre 2014 au 31 décembre 2016

16.477,48 – 23.605,55

01 (1) × 621,76

12 (2) × 500,48

01 (2) × 500,55

- pour la période allant du 1^{er} janvier 2017 au 31 décembre 2018

16.645,61 – 23.846,43

01 (1) × 628,16

12 (2) × 505,58

01 (2) × 505,70

- à partir du 1^{er} janvier 2019

16.813,75 – 24.087,30

01 (1) × 634,48

12 (2) × 510,69

01 (2) × 510,79

III/B/1

- pour la période allant du 1^{er} septembre 2014 au 31 décembre 2016

16.011,13 – 23.605,55

01 (1) × 466,35

01 (1) × 621,76

12 (2) × 500,48

01 (2) × 500,55

- pour la période allant du 1^{er} janvier 2017 au 31 décembre 2018

16.174,51 – 23.846,43

01 (1) × 471,10

01 (1) × 628,16

12 (2) × 505,58

01 (2) × 505,70

- à partir du 1^{er} janvier 2019

16.337,89 – 24.087,30

01 (1) × 475,86

01 (1) × 634,48

12 (2) × 510,69

01 (2) × 510,79

III/B/2

- pour la période allant du 1^{er} septembre 2014 au 31 décembre 2016

16.138,67 – 23.605,55

01 (1) × 296,94

01 (1) × 41,87

01 (1) × 621,76

12 (2) × 500,48

01 (2) × 500,55

- pour la période allant du 1^{er} janvier 2017 au 31 décembre 2018

16.303,35 – 23.846,43

01 (1) × 299,97

01 (1) × 42,29

01 (1) × 628,16

12 (2) × 505,58

01 (2) × 505,70

- à partir du 1^{er} janvier 2019

16.468,03 – 24.087,30

01 (1) × 303,00

01 (1) × 42,72

01 (1) × 634,48

12 (2) × 510,69

01 (2) × 510,79

III/B/3

- pour la période allant du 1^{er} septembre 2014 au 31 décembre 2016

16.011,13 – 23.605,55

01 (1) × 127,54

01 (1) × 296,94

01 (1) × 41,87

01 (1) × 621,76

12 (2) × 500,48

01 (2) × 500,55

- pour la période allant du 1^{er} janvier 2017 au 31 décembre 2018

16.174,51 – 23.846,43

01 (1) × 128,84

01 (1) × 299,97

01 (1) × 42,29

01 (1) × 628,16

12 (2) × 505,58

01 (2) × 505,70

- à partir du 1^{er} janvier 2019

16.337,89 – 24.087,30

01 (1) × 130,14

01 (1) × 303,00

01 (1) × 42,72

01 (1) × 634,48

12 (2) × 510,69

01 (2) × 510,79

III/A

- pour la période allant du 1^{er} septembre 2014 au 31 décembre 2016

17.099,24 – 23.605,55

12 (2) × 500,48

01 (2) × 500,55

- pour la période allant du 1^{er} janvier 2017 au 31 décembre 2018

17.273,77 – 23.846,43

12 (2) × 505,58

01 (2) × 505,70

- à partir du 1^{er} janvier 2019
17.448,23 – 24.087,30
12 (2) × 510,69
01 (2) × 510,79

ANNEXE 2
AU PRESENT DECRET PORTANT DES MESURES EN MATIERE D'ENSEIGNEMENT - 2016

ANNEXE IV

Echelles de traitement - Montants en euros

I/DX

- pour la période allant du 1^{er} septembre 2014 au 31 décembre 2016
23.104,43 – 40.175,50
01 (1) × 79,54
02 (1) × 752,48
11 (2) × 1.407,87
- pour la période allant du 1^{er} janvier 2017 au 31 décembre 2018
23.340,19 – 40.585,45
01 (1) × 80,37
02 (1) × 760,18
11 (2) × 1.422,23
- à partir du 1^{er} janvier 2019
23.575,95 – 40.995,41
01 (1) × 81,18
02 (1) × 767,84
11 (2) × 1.436,60

I/DXV

- pour la période allant du 1^{er} septembre 2014 au 31 décembre 2016
24.154,63 – 42.001,66
01 (1) × 83,17
02 (1) × 786,70
11 (2) × 1.471,86
- pour la période allant du 1^{er} janvier 2017 au 31 décembre 2018
24.401,10 – 42.430,24
01 (1) × 84,02
02 (1) × 794,72
11 (2) × 1.486,88
- à partir du 1^{er} janvier 2019
24.647,58 – 42.858,83
01 (1) × 84,85
02 (1) × 802,75
11 (2) × 1.501,90

I/BX

- pour la période allant du 1^{er} septembre 2014 au 31 décembre 2016
23.777,38 – 40.175,50
01 (1) × 897,24
10 (2) × 1.409,17
01 (2) × 1.409,18
- pour la période allant du 1^{er} janvier 2017 au 31 décembre 2018
24.020,01 – 40.585,45
01 (1) × 906,40
10 (2) × 1.423,54
01 (2) × 1.423,64
- à partir du 1^{er} janvier 2019
24.262,63 – 40.995,41
01 (1) × 915,57
10 (2) × 1.437,92
01 (2) × 1.438,01

I/BXV

- à partir du 1^{er} janvier 2019
25.365,48 – 42.858,83
01 (1) × 957,18
10 (2) × 1.503,28
01 (2) × 1.503,37

I/B/1X

- pour la période allant du 1^{er} septembre 2014 au 31 décembre 2016

23.104,43 – 40.175,50

01 (1) × 672,95

01 (1) × 897,24

10 (2) × 1.409,17

01 (2) × 1.409,18

- pour la période allant du 1^{er} janvier 2017 au 31 décembre 2018

23.340,19 – 40.585,45

01 (1) × 679,82

01 (1) × 906,40

10 (2) × 1.423,54

01 (2) × 1.423,64

- à partir du 1^{er} janvier 2019

23.575,95 – 40.995,41

01 (1) × 686,68

01 (1) × 915,57

10 (2) × 1.437,92

01 (2) × 1.438,01

I/B/1XV

- à partir du 1^{er} janvier 2019

24.647,58 – 42.858,83

01 (1) × 717,90

01 (1) × 957,18

10 (2) × 1.503,28

01 (2) × 1.503,37

I/AX

- pour la période allant du 1^{er} septembre 2014 au 31 décembre 2016

24.674,62 – 40.175,50

10 (2) × 1.409,17

01 (2) × 1.409,18

- pour la période allant du 1^{er} janvier 2017 au 31 décembre 2018

24.926,41 – 40.585,45

10 (2) × 1 423,54

01 (2) × 1 423,64

- à partir du 1^{er} janvier 2019

25.178,20 – 40.995,41

10 (2) × 1.437,92

01 (2) × 1.438,01

I/AXV

- à partir du 1^{er} janvier 2019

26.322,66 – 42.858,83

10 (2) × 1.503,28

01 (2) × 1.503,37

II+/DX

- pour la période allant du 1^{er} septembre 2014 au 31 décembre 2016

18.336,54 – 31.509,60

01 (1) × 60,93

02 (1) × 595,01

01 (2) × 975,91

01 (2) × 994,10

10 (2) × 995,21

- pour la période allant du 1^{er} janvier 2017 au 31 décembre 2018

18.523,65 – 31.831,12

01 (1) × 61,53

02 (1) × 601,06

01 (2) × 985,86

01 (2) × 1.004,26

10 (2) × 1.005,37

- à partir du 1^{er} janvier 2019

18.710,76 – 32.152,65

01 (1) × 62,16

02 (1) × 607,15

01 (2) × 995,83

01 (2) × 1.014,40

10 (2) × 1.015,52

II+/DXV

- pour la période allant du 1^{er} septembre 2014 au 31 décembre 2016

19.170,02 – 32.941,85

01 (1) × 63,68

02 (1) × 622,05

01 (2) × 1.020,26

01 (2) × 1.039,29

10 (2) × 1.040,45

- pour la période allant du 1^{er} janvier 2017 au 31 décembre 2018

19.365,63 – 33.277,99

01 (1) × 64,32

02 (1) × 628,38

01 (2) × 1.030,68

01 (2) × 1.049,90

10 (2) × 1.051,07

- à partir du 1^{er} janvier 2019

19.561,25 – 33.614,13

01 (1) × 64,99

02 (1) × 634,74

01 (2) × 1.041,10

01 (2) × 1.060,51

10 (2) × 1.061,68

II+/BX

- pour la période allant du 1^{er} septembre 2014 au 31 décembre 2016

18.870,62 – 31.509,60

01 (1) × 712,11

11 (2) × 993,91

01 (2) × 993,86

- pour la période allant du 1^{er} janvier 2017 au 31 décembre 2018

19.063,18 – 31.831,12

01 (1) × 719,36

11 (2) × 1.004,05

01 (2) × 1.004,03

- à partir du 1^{er} janvier 2019

19.255,73 – 32.152,65

01 (1) × 726,63

11 (2) × 1.014,19

01 (2) × 1.014,20

II+/BXV

- à partir du 1^{er} janvier 2019

20.130,99 – 33.614,13

01 (1) × 759,67

11 (2) × 1.060,29

01 (2) × 1.060,28

II+/B/1X

- pour la période allant du 1^{er} septembre 2014 au 31 décembre 2016

18.336,54 – 31.509,60

01 (1) × 534,08

01 (1) × 712,11

11 (2) × 993,91

01 (2) × 993,86

- pour la période allant du 1^{er} janvier 2017 au 31 décembre 2018

18.523,65 – 31.831,12

01 (1) × 539,53

01 (1) × 719,36

11 (2) × 1.004,05

01 (2) × 1.004,03

- à partir du 1^{er} janvier 2019

18.710,76 – 32.152,65

01 (1) × 544,97

01 (1) × 726,63

11 (2) × 1.014,19

01 (2) × 1.014,20

II+/B/1XV

- à partir du 1^{er} janvier 2019

19.561,25 – 33.614,13

01 (1) × 569,74

01 (1) × 759,67

11 (2) × 1.060,29

01 (2) × 1.060,28

II+/AX

- pour la période allant du 1^{er} septembre 2014 au 31 décembre 2016

19.582,73 – 31.509,60

11 (2) × 993,91

01 (2) × 993,86

- pour la période allant du 1^{er} janvier 2017 au 31 décembre 2018

19.782,54 – 31.831,12

11 (2) × 1.004,05

01 (2) × 1.004,03

- à partir du 1^{er} janvier 2019

19.982,36 – 32.152,65

11 (2) × 1.014,19

01 (2) × 1.014,20

II+/AXV

- à partir du 1^{er} janvier 2019

20.890,66 – 33.614,13

11 (2) × 1.060,29

01 (2) × 1.060,28

II/DX

- pour la période allant du 1^{er} septembre 2014 au 31 décembre 2016

17.895,22 – 28.669,64

01 (1) × 50,02

02 (1) × 571,25

01 (2) × 785,47

01 (2) × 786,23

10 (2) × 801,02

- pour la période allant du 1^{er} janvier 2017 au 31 décembre 2018

18.077,83 – 28.962,19

01 (1) × 50,54

02 (1) × 577,09

01 (2) × 793,48

01 (2) × 794,26

10 (2) × 809,19

- à partir du 1^{er} janvier 2019

18.260,43 – 29.254,73

01 (1) × 51,04

02 (1) × 582,90

01 (2) × 801,49

01 (2) × 802,27

10 (2) × 817,37

II/DXV

- pour la période allant du 1^{er} septembre 2014 au 31 décembre 2016

18.708,64 – 29.972,81

01 (1) × 52,30

02 (1) × 597,22

01 (2) × 821,17

01 (2) × 821,96

10 (2) × 837,43

- pour la période allant du 1^{er} janvier 2017 au 31 décembre 2018

18.899,55 – 30.278,65

01 (1) × 52,84

02 (1) × 603,32

01 (2) × 829,55

01 (2) × 830,37

10 (2) × 845,97

- à partir du 1^{er} janvier 2019

19.090,45 – 30.584,49

01 (1) × 53,36

02 (1) × 609,41

01 (2) × 837,92

01 (2) × 838,74

10 (2) × 854,52

II/BX

- pour la période allant du 1^{er} septembre 2014 au 31 décembre 2016

18.416,41 – 28.669,64

01 (1) × 694,99

11 (2) × 796,51

01 (2) × 796,63

- pour la période allant du 1^{er} janvier 2017 au 31 décembre 2018

18.604,41 – 28.962,19

01 (1) × 702,05

11 (2) × 804,64

01 (2) × 804,69

- à partir du 1^{er} janvier 2019

18.792,28 – 29.254,73

01 (1) × 709,15

11 (2) × 812,77

01 (2) × 812,83

II/BXV

- à partir du 1^{er} janvier 2019

19.646,47 – 30.584,49

01 (1) × 741,38

11 (2) × 849,71

01 (2) × 849,83

II/B/1X

- pour la période allant du 1^{er} septembre 2014 au 31 décembre 2016

17.895,22 – 28.669,64

01 (1) × 521,19

01 (1) × 694,99

11 (2) × 796,51

01 (2) × 796,63

- pour la période allant du 1^{er} janvier 2017 au 31 décembre 2018

18.077,83 – 28.962,19

01 (1) × 526,58

01 (1) × 702,05

11 (2) × 804,64

01 (2) × 804,69

- à partir du 1^{er} janvier 2019

18.260,43 – 29.254,73

01 (1) × 531,85

01 (1) × 709,15

11 (2) × 812,77

01 (2) × 812,83

II/B/1XV

- à partir du 1^{er} janvier 2019

19.090,45 – 30.584,49

01 (1) × 556,02

01 (1) × 741,38

11 (2) × 849,71

01 (2) × 849,83

II/B/2X

- pour la période allant du 1^{er} septembre 2014 au 31 décembre 2016

17.895,22 – 28.669,64

01 (1) × 50,04

01 (1) × 571,25

01 (1) × 594,89

11 (2) × 796,51

01 (2) × 796,63

- pour la période allant du 1^{er} janvier 2017 au 31 décembre 2018

18.077,83 – 28.962,19

01 (1) × 50,57

01 (1) × 577,10

01 (1) × 600,96

11 (2) × 804,64

01 (2) × 804,69

- à partir du 1^{er} janvier 2019

18.260,43 – 29.254,73

01 (1) × 51,05

01 (1) × 582,91

01 (1) × 607,04

11 (2) × 812,77

01 (2) × 812,83

II/B/2XV

- pour la période allant du 1^{er} janvier 2017 au 31 décembre 2018

18.899,55 – 30.278,65

01 (1) × 52,86

01 (1) × 603,34

01 (1) × 628,28

11 (2) × 841,21

01 (2) × 841,31

- à partir du 1^{er} janvier 2019

19.090,45 – 30.584,49

01 (1) × 53,36

01 (1) × 609,41

01 (1) × 634,63

11 (2) × 849,71

01 (2) × 849,83

II/AX

- pour la période allant du 1^{er} septembre 2014 au 31 décembre 2016

19.111,40 – 28.669,64

11 (2) × 796,51

01 (2) × 796,63

- pour la période allant du 1^{er} janvier 2017 au 31 décembre 2018

19.306,46 – 28.962,19

11 (2) × 804,64

01 (2) × 804,69

- à partir du 1^{er} janvier 2019

19.501,43 – 29.254,73

11 (2) × 812,77

01 (2) × 812,83

II/AXV

- à partir du 1^{er} janvier 2019

20.387,85 – 30.584,49

11 (2) × 849,71

01 (2) × 849,83

III/DX

- pour la période allant du 1^{er} septembre 2014 au 31 décembre 2016

17.612,24 – 25.966,11

01 (1) × 0

01 (1) × 140,34

01 (1) × 326,69

13 (2) × 606,68

- pour la période allant du 1^{er} janvier 2017 au 31 décembre 2018

17.791,96 – 26.231,07

01 (1) × 0

01 (1) × 141,72

01 (1) × 329,95

13 (2) × 612,88

- à partir du 1^{er} janvier 2019

17.971,68 – 26.496,03

01 (1) × 0

01 (1) × 143,14

01 (1) × 333,30

13 (2) × 619,07

III/DXV

- pour la période allant du 1^{er} septembre 2014 au 31 décembre 2016

18.412,80 – 27.146,38

01 (1) × 0

01 (1) × 146,68

01 (1) × 341,52

13 (2) × 634,26

- pour la période allant du 1^{er} janvier 2017 au 31 décembre 2018

18.600,69 – 27.423,39

01 (1) × 0

01 (1) × 148,21

01 (1) × 345,00

13 (2) × 640,73

- à partir du 1^{er} janvier 2019

18.788,57 – 27.700,40

01 (1) × 0

01 (1) × 149,65

01 (1) × 348,45

13 (2) × 647,21

III/BX

- pour la période allant du 1^{er} septembre 2014 au 31 décembre 2016

18.125,23 – 25.966,11

01 (1) × 683,93

12 (2) × 550,53

01 (2) × 550,59

- pour la période allant du 1^{er} janvier 2017 au 31 décembre 2018

18.310,17 – 26.231,07

01 (1) × 690,98

12 (2) × 556,14

01 (2) × 556,24

- à partir du 1^{er} janvier 2019

18.495,13 – 26.496,03

01 (1) × 697,92

12 (2) × 561,76

01 (2) × 561,86

III/BXV

- à partir du 1^{er} janvier 2019

19.335,81 – 27.700,40

01 (1) × 729,65

12 (2) × 587,29

01 (2) × 587,46

III/B/1X

- pour la période allant du 1^{er} septembre 2014 au 31 décembre 2016

17.612,24 – 25.966,11

01 (1) × 512,99

01 (1) × 683,93

12 (2) × 550,53

01 (2) × 550,59

- pour la période allant du 1^{er} janvier 2017 au 31 décembre 2018

17.791,96 – 26.231,07

01 (1) × 518,21

01 (1) × 690,98

12 (2) × 556,14

01 (2) × 556,24

- à partir du 1^{er} janvier 2019

17.971,68 – 26.496,03

01 (1) × 523,45

01 (1) × 697,92

12 (2) × 561,76

01 (2) × 561,86

III/B/1XV

- à partir du 1^{er} janvier 2019

18.788,57 – 27.700,40

01 (1) × 547,24

01 (1) × 729,65

12 (2) × 587,29

01 (2) × 587,46

III/B/2X

- pour la période allant du 1^{er} septembre 2014 au 31 décembre 2016

17.752,54 – 25.966,11

01 (1) × 326,63

01 (1) × 46,06

01 (1) × 683,93

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 20 juin 2016.

O. PAASCH

Le Ministre-Président

Mme I. WEYKMANS

La Vice-Ministre-Présidente, Ministre de la Culture, de l'Emploi et du Tourisme

A. ANTONIADIS

Le Ministre de la Famille, de la Santé et des Affaires sociales

H. MOLLERS

Le Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique

—
Note

Session 2015-2016.

Documents parlementaires : 119 (2015-2016), n° 1. Projet de décret.

119 (2015-2016), n°s 2 + 3. Propositions d'amendement.

119 (2015-2016), n° 4. Rapport.

Compte rendu intégral : 20 juin 2016, n° 28. Discussion et vote.

—
VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2016/205142]

20 JUNI 2016. — Decreet houdende maatregelen inzake onderwijs - 2016

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :
HOOFDSTUK 1. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 2 oktober 1968 tot vaststelling en rangschikking van de ambten der leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch en psychosociaal personeel bij de inrichtingen voor kleuteronderwijs, lager, gespecialiseerd, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, en van de ambten der leden van de inspectiedienst belast met het toezicht op deze inrichtingen*

Artikel 1. Artikel 7, b), 11^{ter}, van het koninklijk besluit van 2 oktober 1968 tot vaststelling en rangschikking van de ambten der leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch en psychosociaal personeel bij de inrichtingen voor kleuteronderwijs, lager, gespecialiseerd, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, en van de ambten der leden van de inspectiedienst belast met het toezicht op deze inrichtingen, ingevoegd bij het decreet van 16 januari 2012, wordt vervangen als volgt:

« 11^{ter} – adviseur voor bevorderingspedagogiek aan een gespecialiseerde basis- en secundaire school; »

HOOFDSTUK 2. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch en psychosociaal personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, gespecialiseerd, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen*

Art. 2. In artikel 39 van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch en psychosociaal personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, gespecialiseerd, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen, vervangen bij het decreet van 26 juni 2006 en laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 29 juni 2015, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° In het eerste lid, 5°, worden in de inleidende zin de woorden "in artikel 19, § 2, bepaalde" opgeheven;

2° tussen het eerste lid en het tweede lid, dat het derde lid wordt, wordt een nieuw tweede lid ingevoegd, luidende :

« Bij de afwijking vermeld in het eerste lid, 5°, gaat het om de aanstelling resp. aanwijzing van een personeelslid volgens één van de volgende bepalingen :

1° artikel 19, § 2, van dit koninklijk besluit;

2° artikel 33*bis*, tweede en derde lid, van het decreet van 14 december 1998 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd vrij onderwijs en van het gesubsidieerd vrij PMS-centrum;

3° artikel 20*bis*, tweede en derde lid, van het decreet van 29 maart 2004 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd officieel onderwijs en van de gesubsidieerde officiële psycho-medisch-sociale centra. »

Art. 3. In artikel 91*bis*/1 van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen bij het decreet van 16 januari 2012, worden de woorden "en de coördinator voor bevorderingspedagogiek aan een gespecialiseerde basis- en secundaire school worden" vervangen door het woord "wordt".

Art. 4. In artikel 91*octies* van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij het decreet van 11 mei 2009, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 1, tweede lid, 1°, l), ingevoegd bij decreet van 27 juni 2011, wordt de punt op het einde van de zin door een puntkomma vervangen;

2° er wordt een bepaling onder m) ingevoegd, luidende :

« m) voltijdse loopbaanonderbreking. »

3° paragraaf 2 wordt aangevuld met een tweede lid, luidende :

« In afwijking van § 1, eerste lid, 1°, mag een vastbenoemd departementshoofd verlof voor de uitoefening van hetzelfde ambt of van een ander ambt nemen voor de duur van in totaal hoogstens vijf jaar. »

Art. 5. In hetzelfde koninklijk besluit, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 29 juni 2015, wordt een hoofdstuk VII*quinquies* ingevoegd, luidende :

« Hoofdstuk VII*quinquies*. — Bijzondere bepalingen voor de adviseur voor bevorderingspedagogiek aan een gespecialiseerde basis- en secundaire school »

Art. 6. In hoofdstuk VII*quinquies* van hetzelfde koninklijk besluit wordt een artikel 91*viciester* ingevoegd, luidende :

« Art. 91*viciester* – *Beginsel*

In afwijking van hoofdstuk VII wordt het ambt van adviseur voor bevorderingspedagogiek aan een gespecialiseerde basis- en secundaire school, hierna "adviseur", uitsluitend toegewezen in de vorm van een aanstelling of een vaste benoeming overeenkomstig de onderstaande bepalingen.

Artikel 91*quater*, artikel 91*septies* § 1 en § 2, eerste lid en derde tot vijfde lid, en artikel 91*octies* § 1, eerste lid, zijn van toepassing op de adviseur. »

Art. 7. In hetzelfde hoofdstuk van hetzelfde koninklijk besluit wordt een artikel 91*viciesquater* ingevoegd, luidende :

« Art. 91*viciesquater* – *Oproep tot de kandidaten en kandidatuur voor de aanstelling*

De inrichtende macht maakt de oproep tot de kandidaten voor een aanstelling bekend in de pers, door aanplakking in de scholen en in elke andere passende vorm.

De oproep bevat het profiel dat van de adviseur vereist wordt, de doelstellingen die tijdens de aanstelling moeten worden bereikt en de omvang van de opdracht.

De kandidatuur wordt ingediend per aangetekende brief. De kandidaat voegt bij zijn kandidatuur onder meer een motiveringsbrief waarin hij ingaat op de doeleinden die in het voorgaande lid worden vermeld. »

Art. 8. In hetzelfde hoofdstuk van hetzelfde koninklijk besluit wordt een artikel 91*viciesquinquies* ingevoegd, luidende :

« Art. 91*viciesquinquies* – *Aanstelling*

De inrichtende macht beslist welke kandidaat het ambt mag uitoefenen.

De inrichtende macht rangschikt de kandidaten die geschikt zijn voor het ambt en baseert zich daarbij onder andere op de motiveringsbrief van de kandidaat, op één of meer sollicitatiegesprekken, evenals op de beroepservaring, de pedagogische kwalificatie en het geschiktheidsprofiel.

De rangschikking blijft twee jaar geldig met ingang van 1 september na de rangschikking en tussen de rangschikking en die eerste september. »

Art. 9. In hetzelfde hoofdstuk van hetzelfde koninklijk besluit wordt een artikel 91*viciessexies* ingevoegd, luidende :

« Art. 91*viciessexies* – *Voorwaarden voor een benoeming*

De inrichtende macht kan een adviseur in vast verband benoemen als :

1° hij voldoet aan de voorwaarden vermeld in artikel 91*quater*;

2° hij minstens vijf jaar dienstanciënniteit heeft, berekend overeenkomstig artikel 40;

3° hij in zijn laatste evaluatieverslag ten minste de vermelding "voldoende" heeft gekregen; bij gebrek aan een evaluatieverslag wordt die voorwaarde geacht vervuld te zijn. »

Art. 10. In hetzelfde hoofdstuk van hetzelfde koninklijk besluit wordt een artikel 91*viciessepties* ingevoegd, luidende :

« Art. 91*viciessepties* – *Oproep tot de kandidaten en kandidatuur voor de benoeming*

De inrichtende macht bepaalt welke definitief vacante betrekkingen voor benoeming vrijgegeven worden.

Elk jaar in de tweede helft van de maand april doet de inrichtende macht een oproep tot de kandidaten voor een vaste benoeming. Deze oproep wordt in de scholen bekendgemaakt, door aanplakking en in elke andere vorm die de inrichtende macht gepast acht.

De oproep bevat een lijst met de betrekkingen die op 1 oktober heel waarschijnlijk vacant zullen zijn en voor benoeming vrijgemaakt worden. De oproep omvat gegevens over de aard en de omvang van de te begeven betrekkingen, alsmede de voorwaarden waaraan de kandidaten moeten voldoen en vermeldt in welke vorm en binnen welke termijn de kandidaturen moeten worden ingediend. »

Art. 11. In hetzelfde hoofdstuk van hetzelfde koninklijk besluit wordt een artikel 91*duodetricies* ingevoegd, luidende :

« Art. 91*duodetricies* – *Benoeming*

De vaste benoemingen geschieden op 1 oktober in de betrekkingen vermeld in artikel 91*viciessepties*, derde lid, die op dit ogenblik nog vacant zijn.

Het minimale aantal uren bij een eerste benoeming in een ambt belooft één vierde van het aantal uren vereist voor een voltijdse betrekking.

Een vaste benoeming geschiedt voor volledige uren.

Voor de benoeming van een kandidaat baseert de inrichtende macht zijn keuze onder andere op één of meer sollicitatiegesprekken, de beroepservaring, de pedagogische kwalificatie, het geschiktheidsprofiel en de beoordelingsstaat. »

Art. 12. In hetzelfde hoofdstuk van hetzelfde koninklijk besluit wordt een artikel 91*undetricies* ingevoegd, luidende :

« Art. 91*undetricies* – *Tijdelijke vervanging*

Indien de aanstelling van de adviseur beëindigd wordt of indien de adviseur zijn ambt neerlegt of wegens verlof of terbeschikkingstelling tijdelijk afwezig is, kan de inrichtende macht hem tot het einde van het schooljaar vervangen door een persoon die voldoet aan de in artikel 91*quater*, eerste lid, vermelde voorwaarden, met uitzondering van die vermeld in 3°.

Met behoud van de toepassing van het eerste lid doet de inrichtende macht een beroep op de personen die overeenkomstig artikel 91*viciesquinqüies* gerangschikt werden, zolang die rangschikking geldig is. »

Art. 13. In hetzelfde hoofdstuk van hetzelfde koninklijk besluit wordt een artikel 91*tricies* ingevoegd, luidende :

« Art. 91*tricies* – *Wekelijkse arbeidsduur*

De adviseur presteert gemiddeld 38 uren van 60 minuten per week. Het gemiddelde wordt op basis van een referentieperiode van vier maanden berekend. »

Art. 14. In hetzelfde hoofdstuk van hetzelfde koninklijk besluit wordt een artikel 91*triciessemel* ingevoegd, luidende :

« Art. 91*triciessemel* – *Evaluatieverslag en beroepsmogelijkheid*

§ 1. Voor een adviseur stelt het inrichtingshoofd om de vijf jaar ten minste één evaluatieverslag op. Daartoe voert het inrichtingshoofd een evaluatiegesprek.

Voor de evaluatie van een personeelslid kan het inrichtingshoofd zich baseren op het schriftelijk verslag van een ander personeelslid dat een bevorderings- of selectieambt bekleedt – met uitzondering van het ambt van adviseur – en dat schriftelijk van hem de opdracht kreeg een dergelijk verslag over het werk van het betrokken personeelslid op te stellen.

§ 2. De procedure vermeld in artikel 91*undecies*, § 1, tweede lid, § 1.1, § 2, tweede lid, § 3 en § 4 is van toepassing. »

Art. 15. In hetzelfde koninklijk besluit, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 29 juni 2015, wordt een hoofdstuk VII*sexies* ingevoegd, luidende :

« Hoofdstuk VII*sexies*. — Bijzondere bepalingen voor onderdirecteurs en provisors »

Art. 16. In hoofdstuk VII*sexies* van hetzelfde koninklijk besluit wordt een artikel 91*triciesbis* ingevoegd, luidende :

« Art. 91*triciesbis* – *Beginsel*

In afwijking van hoofdstuk VII zijn de artikelen 91*quater* tot 91*nonies* en 91*undecies* tot 91*terdecies* van toepassing op het ambt van onderdirecteur of provisor. »

Art. 17. In hetzelfde koninklijk besluit, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 29 juni 2015, wordt een hoofdstuk VII*septies* ingevoegd, luidende :

« Hoofdstuk VII*septies*. — Bijzondere bepalingen voor werkmeesters in het lager en hoger secundair onderwijs »

Art. 18. In hoofdstuk VII*septies* van hetzelfde koninklijk besluit wordt een artikel 91*triciester* ingevoegd, luidende :

« Art. 91*triciester* – *Beginsel*

In afwijking van hoofdstuk VII wordt het ambt van "werkmeester in het lager of hoger secundair onderwijs, hierna "werkmeester", uitsluitend toegewezen in de vorm van een aanstelling of een vaste benoeming overeenkomstig de onderstaande bepalingen.

De artikelen 91*septies* tot 91*nonies* en 91*undecies* tot 91*terdecies* zijn van toepassing op het ambt van werkmeester. »

Art. 19. In hetzelfde hoofdstuk van hetzelfde koninklijk besluit wordt een artikel 91*tricesquater* ingevoegd, luidende :

« Art. 91*tricesquater* – Toelatingsvoorwaarden

Het ambt van werkmeester wordt bekleed door een persoon die :

1° voldoet aan de voorwaarden vermeld in artikel 91*quater*, met uitzondering van het eerste lid, 2°;

2° als tijdelijk aangewezen of definitief benoemd of aangesteld personeelslid in het door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerd of gesubsidieerd onderwijs één van de volgende wervingsambten in het lager of hoger secundair onderwijs bekleedt :

- a) leraar technische vakken;
- b) leraar beroepspraktijk;
- c) leraar technische vakken en beroepspraktijk;

3° voldoet aan de in artikel 17, eerste lid, 1° en 3° tot 5°, vermelde voorwaarden voor het ambt vermeld in 2° van dit artikel. »

Art. 20. In hetzelfde hoofdstuk van hetzelfde koninklijk besluit wordt een artikel 91*tricesquinqüies* ingevoegd, luidende :

« Art. 91*tricesquinqüies* – Oproep en kandidatuur

De inrichtende macht maakt de oproep tot de kandidaten bekend in de pers, door aanplakking in de scholen alsmede in elke andere passende vorm.

De oproep bevat het profiel dat van de werkmeester vereist wordt en de doelstellingen die tijdens de aanstelling moeten worden bereikt.

De kandidatuur wordt ingediend per aangetekende brief. De kandidaat voegt bij zijn kandidatuur onder meer een motiveringsbrief waarin hij uitlegt hoe hij de in het voorafgaande lid vermelde doeleinden denkt te verwezenlijken. »

Art. 21. In hetzelfde hoofdstuk van hetzelfde koninklijk besluit wordt een artikel 91*tricessexies* ingevoegd, luidende :

« Art. 91*tricessexies* – Aanstelling

De inrichtende macht beslist welke kandidaat het ambt mag uitoefenen.

Hij baseert zich onder andere op de motiveringsbrief van de kandidaat, op één of meer sollicitatiegesprekken, evenals op de beroepservaring, de pedagogische kwalificatie en de vakcompetentie voor de te begeleiden afdelingen. »

Art. 22. In artikel 121*ter*, eerste lid, 2.a) van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij het decreet van 25 juni 2007 en vervangen bij het decreet van 11 mei 2009, worden de woorden "van de tweede graad bezitten; bij gebrek aan een kandidaat met dit diploma is een diploma van het hoger onderwijs van de eerste graad voldoende" vervangen door de woorden "van de eerste graad bezitten";

Art. 23. In artikel 121*septies* van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij het decreet van 25 juni 2007, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 1, tweede lid, 1°, l), ingevoegd bij decreet van 27 juni 2011, wordt de punt op het einde van de zin door een puntkomma vervangen;

2° er wordt een bepaling onder m) ingevoegd, luidende :

« m) voltijdse loopbaanonderbreking. »

3° paragraaf 2 wordt aangevuld met een tweede lid, luidende :

« In afwijking van § 1, eerste lid, 1°, mag een vastbenoemd inrichtingshoofd verlof voor de uitoefening van hetzelfde ambt of van een ander ambt nemen voor de duur van in totaal hoogstens vijf jaar. »

Art. 24. In artikel 169*quater* van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij het decreet van 16 juli 2012 en gewijzigd bij de decreten van 24 juni 2013 en 29 juni 2015, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid worden de woorden "1 januari 2018" vervangen door de woorden "1 januari 2017" en wordt het getal "2017" vervangen door het getal "2016";

2° in het tweede lid worden de woorden "1 januari 2018" vervangen door de woorden "1 januari 2017" en wordt het getal "2017" vervangen door het getal "2016";

3° in het derde lid worden de woorden "1 januari 2018" vervangen door de woorden "1 januari 2017" en wordt het getal "2017" vervangen door het getal "2016";

4° in het vierde lid worden de woorden "1 januari 2018" vervangen door de woorden "1 januari 2017" en wordt het getal "2017" vervangen door het getal "2016".

Art. 25. In hoofdstuk XI*bis* van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij het decreet van 25 mei 2009 en laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 29 juni 2015, wordt een artikel 169*octies* ingevoegd, luidende :

« Art. 169*octies*. Voor personeelsleden die uiterlijk op 1 september 2009 met toepassing van de geldige afwijkingsbepalingen bij de inrichtende macht van het gemeenschapsonderwijs voor het toe te wijzen ambt beschouwd werden als houders van een vereist bekwaamheidsbewijs, geldt de voorwaarde vermeld in artikel 16, eerste lid, 5°, en de voorwaarde vermeld in artikel 39, eerste lid, 5°, als vervuld.

Voor personeelsleden die uiterlijk op 1 september 2010 met toepassing van de geldige afwijkingsbepalingen bij een inrichtende macht van het gesubsidieerd officieel onderwijs of van het gesubsidieerd vrij onderwijs voor het toe te wijzen ambt beschouwd werden als houders van een vereist bekwaamheidsbewijs, geldt de voorwaarde vermeld in artikel 16, eerste lid, 5°, en de voorwaarde vermeld in artikel 39, eerste lid, 5°, als vervuld. »

Art. 26. In hetzelfde hoofdstuk XIbis van hetzelfde koninklijk besluit wordt een artikel 169novies ingevoegd, luidende :

« Art. 169novies. In afwijking van artikel 91quater, 91viciesquater en 91viciesquinquies wijst de inrichtende macht de personeelsleden die reeds in de schooljaren 2014-2015 en 2015-2016 voor telkens 15 weken in het centrum voor bevorderingspedagogiek één van de opdrachten hebben uitgeoefend die vermeld worden in artikel 98, vierde lid, van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor de gewone en gespecialiseerde scholen per 1 september 2016 als adviseur voor bevorderingspedagogiek aan een gespecialiseerde basis- en secundaire school aan.

Een door het inrichtingshoofd opgesteld attest waarin gepreciseerd wordt welke taken het personeelslid heeft uitgeoefend en hoeveel uren zijn opdracht omvatte, geldt als bewijs voor de inrichtende macht.

In afwijking van de artikelen 91viciessexies, 91viciessepties en 91duodetricies wordt het personeelslid dat op 31 augustus 2016 vast benoemd is in het ambt van coördinator voor bevorderingspedagogiek aan een gespecialiseerde basis- of secundaire school, op 1 september 2016 door de Regering vast benoemd in het ambt van adviseur voor bevorderingspedagogiek aan een gespecialiseerde basis- en secundaire school. »

Art. 27. In hetzelfde hoofdstuk van hetzelfde koninklijk besluit wordt een artikel 169decies ingevoegd, luidende :

« Art. 169decies. Voor de berekening van de dienstanciënniteit vermeld in artikel 91viciessexies, 2°, worden – tot een maximum van drie jaar – ook de diensten in aanmerking genomen die tijdens de schooljaren 2010-2011 tot en met 2015-2016 gepresteerd werden en opgesomd werden in het attest vermeld in artikel 169novies, tweede lid. »

HOOFDSTUK 3. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 22 april 1969 betreffende de bekwaamheidsbewijzen vereist van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch en psychosociaal personeel der rijksinrichtingen voor kleuter-, lager, gespecialiseerd, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen*

Art. 28. Artikel 7, 8°, van het koninklijk besluit van 22 april 1969 betreffende de bekwaamheidsbewijzen vereist van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch en psycho-sociaal personeel der rijksinrichtingen voor kleuter-, lager, gespecialiseerd, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen, ingevoegd bij het decreet van 29 juni 2015, wordt aangevuld met een tweede lid, luidende :

« Als vereist bekwaamheidsbewijs geldt eveneens elk diploma dat werd uitgereikt ter afsluiting van een opleiding van het hoger onderwijs van de tweede graad werd uitgereikt en waarvan de hoofdvakken verband houden met het ambt van pedagoog voor specifieke onderwijsbehoeften in het gewoon basisonderwijs. In dat geval beslist de Regering, op basis van een advies van de onderwijsinspectie, of het diploma de houder ervan in staat stelt om het ambt uit te oefenen. »

Art. 29. In artikel 12 van hetzelfde koninklijk besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 31 augustus 2000, worden het derde en het vierde lid vervangen als volgt :

« De nuttige beroepservaring bedoeld in artikel 10, 1° tot 11°, 15° en 16°, moet worden opgedaan als leerkracht of docent in een onderwijsinstelling die door een territoriale entiteit van een lidstaat van de Europese Unie georganiseerd, gesubsidieerd of erkend is.

De nuttige beroepservaring bedoeld in artikel 10, 12° tot 14° en 17° bestaat uit :

1° twee jaar nuttige beroepservaring als leerkracht of docent in een onderwijsinstelling die door een territoriale entiteit van een lidstaat van de Europese Unie georganiseerd, gesubsidieerd of erkend is;

2° de overige jaren vereiste nuttige beroepservaring moeten worden opgedaan in het kader van een beroepsactiviteit die verband houdt met het ambt dat aan de hogeschool wordt uitgeoefend. »

Art. 30. Artikel 13sexies, § 2, van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij het decreet van 23 maart 2009, wordt aangevuld met een tweede lid, luidende :

« De onderwijsbevoegdheid kan ook worden aangetoond met een diploma van pedagogische bekwaamheid dat door een instelling voor deeltijds kunstonderwijs voor het uitgeoefende ambt uitgereikt werd, zelfs als dat diploma zijn geldigheid heeft verloren. »

HOOFDSTUK 4. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 22 juli 1969 tot vaststelling van de wervingsambten waarvan de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, het opvoedend hulppersoneel en het paramedisch personeel van de rijksonderwijsinrichtingen titularis moeten zijn om in een selectieambt te kunnen worden benoemd*

Art. 31. In artikel 2 van het koninklijk besluit van 22 juli 1969 tot vaststelling van de wervingsambten waarvan de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, het opvoedend hulppersoneel en het paramedisch personeel van de rijksonderwijsinrichtingen titularis moeten zijn om in een selectieambt te kunnen worden benoemd, wordt de regel over de coördinator voor bevorderingspedagogiek aan een gespecialiseerde basis- en secundaire school, ingevoegd bij het decreet van 16 januari 2012, opgeheven.

HOOFDSTUK 5. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 16 januari 1970 houdende toekenning van een bijwedge aan sommige leden van het onderwijzend personeel die houder zijn van bijzondere diploma's*

Art. 32. In artikel 1, eerste lid, d), van het koninklijk besluit van 16 januari 1970 houdende toekenning van een bijwedge aan sommige leden van het onderwijzend personeel die houder zijn van bijzondere diploma's, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 16 juli 2012, wordt het getal "2018" vervangen door het getal "2017".

HOOFDSTUK 6. — *Wijziging van het koninklijk besluit nr. 297 van 31 maart 1984 betreffende de opdrachten, de wedden, de weddetoelagen en de verloven voor verminderde prestatie in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra*

Art. 33. In artikel 8, § 1, van het koninklijk besluit nr. 297 van 31 maart 1984 betreffende de opdrachten, de wedden, de weddetoelagen en de verloven voor verminderde prestatie in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 29 juni 2015, wordt tussen het eerste lid en het tweede lid dat het derde lid wordt, een tweede lid ingevoegd, luidende :

« In afwijking van het eerste lid komen personeelsleden die wegens ontstentenis van betrekking voltijds ter beschikking werden gesteld en die de totale duur waarvoor ze een wachtwedde of een wachtweddetoelage ontvangen opgebruikt hebben, niet in aanmerking voor een terbeschikkingstelling wegens persoonlijke aangelegenheden die aan de pensionering voorafgaat. »

HOOFDSTUK 7. — *Wijziging van het decreet van 27 juni 1990 tot vaststelling van de wijze waarop de ambten van het personeel voor gespecialiseerd onderwijs worden bepaald*

Art. 34. Artikel 5quinquies van het decreet van 27 juni 1990 tot vaststelling van de wijze waarop de ambten van het personeel in het gespecialiseerd onderwijs worden bepaald, ingevoegd bij het decreet van 24 juni 2013, wordt vervangen als volgt :

« Art. 5quinquies. 11,5 betrekkingen van adviseur voor bevorderingspedagogiek aan een gespecialiseerde basis- en secundaire school worden ter beschikking gesteld van het centrum voor bevorderingspedagogiek om de taken te vervullen die vermeld worden in artikel 6, eerste lid, 3°, 5°, 6° en 9° tot 12° van het decreet van 11 mei 2009 over het Centrum voor bevorderingspedagogiek, ter verbetering van de gespecialiseerde pedagogische ondersteuning in de gewone en gespecialiseerde scholen, evenals ter aanmoediging van de ondersteuning van leerlingen met een beperking of met aanpassings- of leerproblemen in de gewone en gespecialiseerde scholen. »

Art. 35. In artikel 24, eerste lid, van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 11 mei 2009, wordt het woord "drie" vervangen door het woord "vier".

Art. 36. Artikel 34.2 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 16 januari 2012, wordt opgeheven.

HOOFDSTUK 8. — *Wijziging van het decreet van 18 april 1994 betreffende de inrichting van een examencommissie van de Duitstalige Gemeenschap voor het secundair onderwijs en de organisatie van de examens afgelegd voor deze examencommissie*

Art. 37. Artikel 1, tweede lid, van het decreet van 18 april 1994 betreffende de inrichting van een examencommissie van de Duitstalige Gemeenschap voor het secundair onderwijs en de organisatie van de examens afgelegd voor deze examencommissie, gewijzigd bij het decreet van 29 juni 1998, wordt vervangen als volgt :

« De examencommissie reikt de volgende getuigschriften uit :

- 1° het getuigschrift van lager secundair onderwijs (algemeen onderwijs);
- 2° het getuigschrift van lager secundair onderwijs (technisch onderwijs);
- 3° het getuigschrift van lager secundair onderwijs (beroepsonderwijs);
- 4° het getuigschrift van hoger secundair onderwijs (algemeen onderwijs);
- 5° het getuigschrift van hoger secundair onderwijs (technisch onderwijs);
- 6° het getuigschrift van hoger secundair onderwijs (beroepsonderwijs);
- 7° het bekwaamheidsdiploma dat toegang verleent tot het hoger onderwijs. »

Art. 38. In artikel 2 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht :

- 1° in het eerste lid worden de woorden "en plaatsvervangende examiners" opgeheven;
- 2° in het tweede lid worden de woorden "of plaatsvervangende examiners" opgeheven.

Art. 39. In artikel 5 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht :

- 1° het eerste lid, vervangen bij het decreet van 27 juni 2011, wordt vervangen als volgt :

« De voorzitter kiest de examiner vakgebonden uit onder de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel van het secundair onderwijs, van het hoger onderwijs en van de voortgezette schoolopleiding en onder de personen met een overeenkomstig bewijs van pedagogische bekwaamheid. Ook de gepensioneerde leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel worden hier als leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel beschouwd. »

2° In het tweede lid, ingevoegd bij het decreet van 27 juni 2011, worden de woorden "en plaatsvervangende examiners" opgeheven.

3° Het vierde lid wordt opgeheven.

Art. 40. Artikel 6 van hetzelfde decreet wordt opgeheven.

Art. 41. Artikel 13 van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een tweede lid, luidende :

« De examinandi kunnen zich slechts voor één studierichting per examenzittijd laten inschrijven. »

Art. 42. In artikel 14 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid, gewijzigd bij het decreet van 29 juni 1998, worden de woorden "technisch, beroeps- en kunstonderwijs" vervangen door de woorden "technisch en beroepsonderwijs".

2° het artikel wordt aangevuld met een derde lid, luidende :

« In afwijking van het eerste lid worden alleen de volgende examinandi toegelaten tot de examens van de studierichting van het hoger secundair beroepsonderwijs 'specialisatiejaar algemene vakken' :

1° de leerlingen die het zesde studiejaar van het secundair beroepsonderwijs met vrucht beëindigd hebben;

2° de leerlingen die in het bezit zijn van het getuigschrift van lager secundair onderwijs of van een daarmee gelijkgesteld studiegetuigschrift, die de middenstandstijd met vrucht volbracht hebben en houder zijn van het eindeleertijdgetuigschrift, uitgereikt overeenkomstig artikel 7, § 6, tweede lid, van het decreet van 16 december 1991 betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de middenstand en de kmo's, respectievelijk van een buiten België behaalde en door de Regering als met het eindeleertijdgetuigschrift gelijkwaardig verklaarde titel van een middenstandsopleiding. »

Art. 43. Artikel 17 van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een tweede lid, luidende :

« De studieprogramma's zijn gerelateerd aan de in de Duitstalige Gemeenschap geldende referentiekaders. »

Art. 44. In artikel 19, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "secundair technisch of kunstonderwijs" vervangen door de woorden "secundair technisch onderwijs".

Art. 45. In artikel 21, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "secundair technisch of kunstonderwijs" vervangen door de woorden "secundair technisch onderwijs".

Art. 46. In artikel 25, tweede lid, van hetzelfde decreet wordt het woord "bovendien" vervangen door de woorden "aanvullend of uitsluitend".

Art. 47. Artikel 30 van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een derde lid, luidende :

« Bij ernstige storing van de examenprocedure of bij bedrog tijdens het verloop van de examens kan de examencommissie de examinandus onmiddellijk van de examenzittijden van het volgende jaar uitsluiten. De uitsluiting wordt de examinandus schriftelijk meegedeeld. »

Art. 48. In hoofdstuk V van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 17 juli 1995, wordt een artikel 36.1 ingevoegd, luidende :

« Art. 36.1 – De examinandus kan de “redelijke aanpassingen” en de “bescherming van de schoolcijfers” aanvragen, vermeld in de artikelen 93.33 en 93.38 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor de gewone en gespecialiseerde scholen.

Bij de aanmelding voor een zittijd dient de examinandus een aanvraag voor redelijke aanpassingen of bescherming van de schoolcijfers in bij de voorzitter van de examencommissie. Daarvoor gebruikt hij een door de Regering vastgelegd aanvraagformulier. Indien de aanvraag voor redelijke aanpassingen of bescherming van de schoolcijfers wordt ingediend nadat de termijn voor de inschrijving voor een zittijd verstreken is, wordt ze van ambtswege afgewezen.

Bij de aanvraag voor redelijke aanpassingen gaat een deskundigenadvies dat overeenstemt met het advies vermeld in artikel 93.34, § 1, tweede en derde lid, van hetzelfde decreet van 31 augustus 1998. Bij de aanvraag voor bescherming van de schoolcijfers gaat een deskundigenadvies dat overeenstemt met het advies vermeld in artikel 93.39, § 1, tweede en derde lid, van hetzelfde decreet van 31 augustus 1998.

Het indienen van een aanvraag opent geen recht op de in het advies aanbevolen compenserende maatregelen of de in het advies aanbevolen deelgebieden van de bescherming van de schoolcijfers.

De artikelen 93.35 en 93.40 van hetzelfde decreet van 31 augustus 1998 zijn van toepassing op de examencommissie, waarbij onder “inrichtingshoofd” en “onderwijsinspectie” de voorzitter van de examencommissie wordt verstaan en onder “leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel en van het paramedisch en psychosociaal personeel” de leden van de examencommissie wordt verstaan.”

Art. 49. Artikel 37 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

« Tegen de niet-uitreiking van een getuigschrift kan beroep worden ingesteld bij de raad van beroep vermeld in artikel 38 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor de gewone en gespecialiseerde scholen, volgens de procedure vermeld in artikel 39 van hetzelfde decreet.

Tegen de beoordeling van examengedeelten kan geen beroep worden ingesteld. »

Art. 50. Artikel 38 van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een tweede en een derde lid, luidende :

« De inzage in de examendocumenten vindt plaats in het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, onder toezicht van de secretaris of plaatsvervangende secretaris.

De examinandus mag alleen de examendocumenten inzien die hem betreffen. »

HOOFDSTUK 9. — *Wijziging van het besluit van de Regering van 9 november 1994 betreffende de onderbreking van de beroepsloopbaan in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra*

Art. 51. In artikel 3bis, § 2, tweede lid, van het besluit van de Regering van 9 november 1994 betreffende de onderbreking van de beroepsloopbaan in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 30 augustus 2001 en gewijzigd bij het decreet van 24 juni 2013, worden de woorden “het ambt van directiesecretaris” vervangen door de woorden “het ambt van adviseur voor bevorderingspedagogiek aan een gespecialiseerde basis- en secundaire school”.

Art. 52. Artikel 4ter van hetzelfde besluit van de Regering, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 30 augustus 2001 en vervangen bij het decreet van 11 december 2012, wordt aangevuld met de paragrafen 4 tot 6, luidende :

« § 4. Met behoud van de toepassing van § 3 heeft het personeelslid het recht na afloop van het ouderschapsverlof terug te keren in zijn vroegere functie of, indien dat niet mogelijk is, gelijkwaardig of vergelijkbaar werk te krijgen.

§ 5. Het personeelslid kan een aanpassing van zijn werktijden aanvragen voor een duur van zes maanden na afloop van het ouderschapsverlof. Bij de aanpassing van de werktijd wordt rekening gehouden met het belang van de dienst en met het belang van het betrokken personeelslid om de verenigbaarheid van het beroepsleven en het gezinsleven te verbeteren.

De aanvraag om de werktijd aan te passen, moet minstens drie weken vóór afloop van het ouderschapsverlof, via het inrichtingshoofd, schriftelijk ingediend worden bij de inrichtende macht die de beslissing neemt in overleg met het inrichtingshoofd.

Als de aanvraag afgewezen wordt, wordt de reden minstens één week voor afloop van het ouderschapsverlof schriftelijk meegedeeld aan het betrokken personeelslid.

§ 6. De bepalingen van de §§ 4 en 5 voorzien in de omzetting van Richtlijn 2010/18/EU van de Raad van 8 maart 2010 tot uitvoering van de door BUSINESSEUROPE, UEAPME, het CEEP en het EVV gesloten herziene raamovereenkomst en tot intrekking van Richtlijn 96/34/EG. »

Art. 53. Artikel 12, tweede lid, van hetzelfde besluit van de Regering, vervangen bij het decreet van 29 juni 2015, wordt vervangen als volgt :

« Vanaf het tijdstip waarop de uitkering voor de loopbaanonderbreking geweigerd wordt tot het vastgelegd einde van die loopbaanonderbreking, wordt de voltijdse loopbaanonderbreking van rechtswege omgezet in een terbeschikkingstelling wegens persoonlijke aangelegenheden en wordt de deeltijdse loopbaanonderbreking van rechtswege omgezet in een verlof voor verminderde prestaties wegens persoonlijke aangelegenheden. »

HOOFDSTUK 10. — *Wijziging van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor de gewone en gespecialiseerde scholen*

Art. 54. Artikel 4 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor de gewone en gespecialiseerde scholen, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 25 oktober 2010, wordt aangevuld met een bepaling onder 36°, luidende :

« 36° werkdag : de weekdays van maandag tot vrijdag, met uitzondering van de wettelijke feestdagen. »

Art. 55. In artikel 38, § 1, van hetzelfde decreet worden de bepalingen onder 2° en 3° vervangen als volgt :

« 2° ingeperkte overgang of niet-overgang in het secundair onderwijs;

3° niet-uitreiking van een studiegetuigschrift door

a) de klassenraad;

b) de examencommissie voor de uitreiking van het bekwaamheidsbewijs;

c) de examencommissie voor het secundair onderwijs;

d) de examencommissie voor de uitreiking van het bewijs van basisonderwijs buiten schoolverband. »

Art. 56. In artikel 39 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° paragraaf 1, eerste lid, vervangen bij het decreet van 6 juni 2005 en gewijzigd bij het decreet van 25 mei 2009, wordt vervangen als volgt :

« De persoon belast met de opvoeding of, naargelang van het geval, de examinandus die een beslissing vermeld in artikel 38, § 1, 2° en 3°, wil betwisten, richt zich uiterlijk op de tweede werkdag na de kennisgeving van de beslissing tot het schoolhoofd of, naargelang van het geval, tot de voorzitter van de examencommissie. Het schoolhoofd of, naargelang van het geval, de voorzitter van de examencommissie bekrachtigt de beslissing van de klassenraad op dezelfde dag of legt de zaak om formele of inhoudelijke redenen onmiddellijk opnieuw voor aan de klassenraad of, naargelang van het geval, aan de examencommissie met het oog op een nieuwe beslissing. Zo mogelijk neemt de klassenraad nog op dezelfde dag een beslissing; zo niet neemt ze uiterlijk op de daaropvolgende werkdag een beslissing. De examencommissie beslist binnen een termijn van tien werkdagen. »

2° paragraaf 1, tweede lid, wordt vervangen als volgt :

« Indien de persoon belast met de opvoeding of, naargelang van het geval, de examinandus het niet eens is met de bekrachtiging door het schoolhoofd of, naargelang van het geval, door de voorzitter van de examencommissie, of met de nieuwe beslissing van de klassenraad of, naargelang van het geval, van de examencommissie, heeft hij het recht deze zaak bij de raad van beroep aanhangig te maken. »

3° in paragraaf 2, gewijzigd bij het decreet van 16 januari 2012, wordt het woord "leerlingen" vervangen door de woorden "leerlingen of, naargelang van het geval, examinandi";

4° in paragraaf 3, tweede lid, wordt het woord "school" vervangen door de woorden "school of, naargelang van het geval, examencommissie" en wordt het woord "klasseraad" vervangen door de woorden "klassenraad of, naargelang van het geval, examencommissie";

5° in paragraaf 4, eerste lid, wordt het woord "klasseraad" vervangen door de woorden "klassenraad of, naargelang van het geval, examencommissie";

6° in paragraaf 4, tweede lid, wordt het woord "klasseraad" vervangen door de woorden "klassenraad of, naargelang van het geval, examencommissie".

Art. 57. In de Duitse tekst van artikel 93.6, § 4, tweede lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 11 mei 2009, wordt het woord "Arbeitstagen" vervangen door het woord "Werktagen".

Art. 58. Artikel 93.11 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 11 mei 2009, wordt aangevuld met een tweede lid, luidende :

« De leden van de ondersteuningsvergadering vermeld in artikel 93.12, § 1, eerste lid, worden minstens tien werkdagen voordat de ondersteuningsvergadering bijeenkomt, schriftelijk uitgenodigd door de voorzitter van die vergadering. »

Art. 59. Artikel 93.13, § 1, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 11 mei 2009 en gewijzigd bij het decreet van 24 juni 2013, wordt aangevuld met een derde lid, luidende :

« Het feit dat een lid van de ondersteuningsvergadering of, naargelang van het geval, zijn plaatsvervanger niet op de bijeenkomst van de ondersteuningsvergadering verschijnt, belet de ondersteuningsvergadering niet om over de zaak te beslissen. »

Art. 60. In artikel 93.14, tweede lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 11 mei 2009, wordt het woord "dagen" vervangen door het woord "werkdagen".

Art. 61. In artikel 93.15, eerste lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 11 mei 2009, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in de bepaling onder 2° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma;

2° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 3°, luidende :

« 3° indien voorhanden, de compenserende maatregelen voor redelijke aanpassingen vermeld in artikel 93.33 ». »

Art. 62. In artikel 93.21 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 11 mei 2009, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid worden de woorden "acht kalenderdagen" vervangen door de woorden "tien kalenderdagen";

2° in de Duitse tekst van het tweede lid wordt het woord "Arbeitstagen" vervangen door het woord "Werktagen".

Art. 63. In de Duitse tekst van artikel 93.22, § 3, tweede lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 11 mei 2009, wordt het woord "Arbeitstagen" vervangen door het woord "Werktagen".

Art. 64. In de Duitse tekst van artikel 93.23, tweede lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 11 mei 2009, wordt het woord "Arbeitstagen" vervangen door het woord "Werktagen".

Art. 65. In artikel 93.24, § 1, eerste lid, 6°, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 24 juni 2013, worden de woorden "van de onderwijsinspectie en het adviespunt voor schoolontwikkeling" vervangen door de woorden "van het departement van het Ministerie dat bevoegd is voor pedagogie".

Art. 66. In artikel 93.28, eerste lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 11 mei 2009, worden de woorden "tien werkdagen" vervangen door de woorden "15 werkdagen"; in de Duitse tekst van artikel 93.28, eerste lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 11 mei 2009, wordt het woord "Arbeitstage" vervangen door het woord "Werkstage".

Art. 67. In artikel 93.29, eerste lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 11 mei 2009, worden de woorden "tien werkdagen" vervangen door de woorden "15 werkdagen"; in de Duitse tekst van artikel 93.28, eerste lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 11 mei 2009, wordt het woord "Arbeitstage" vervangen door het woord "Werkstage".

Art. 68. In de Duitse tekst van artikel 93.30, eerste lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 11 mei 2009, wordt het woord "Arbeitstagen" vervangen door het woord "Werktagen".

Art. 69. In de Duitse tekst van artikel 93.31 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 11 mei 2009, wordt het woord "Arbeitstagen" vervangen door het woord "Werktagen".

Art. 70. In hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 29 juni 2015, wordt een hoofdstuk VIIIter ingevoegd, luidende :

« Hoofdstuk VIIIter. — Redelijke aanpassingen en bescherming van de schoolcijfers »

Art. 71. In hoofdstuk VIIIter van hetzelfde decreet wordt een afdeling 1 ingevoegd, luidende :

« Afdeling 1 - Redelijke aanpassingen »

Art. 72. In hoofdstuk VIIIter, afdeling 1, van hetzelfde decreet wordt een artikel 93.33 ingevoegd, luidende :

« Art. 93.33 – Definitie

De redelijke aanpassingen hebben tot doel een onevenwichtige situatie in het lager en secundair onderwijs recht te zetten om discriminatie van de leerlingen met specifieke onderwijsbehoeften te voorkomen.

De redelijke aanpassingen worden gekenmerkt door passende pedagogische maatregelen die bedoeld zijn om een specifiek individueel tekort te compenseren en de leerlingen met specifieke onderwijsbehoeften zo in staat te stellen de verworven kennis, bekwaamheden en vaardigheden tot uiting te kunnen brengen.

De competenties die in de betrokken referentiekaders en leerplannen worden vereist, moeten worden bereikt. Het toekennen van redelijke aanpassingen betekent niet dat met hetzelfde doel gegeven ondersteuning overbodig wordt. Redelijke aanpassingen worden niet in het schoolrapport vermeld.

Onder "leerlingen met specifieke onderwijsbehoeften" wordt verstaan :

- 1° leerlingen met een zintuiglijke beperking of een waarnemingsstoornis;
- 2° leerlingen met vastgestelde bijzondere leerbehoeften of leerstoornissen;
- 3° leerlingen met een lichamelijke beperking of een tijdelijke functionele beperking. »

Art. 73. In dezelfde afdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 93.34 ingevoegd, luidende :

« Art. 93.34 – Indiening van de aanvraag

§ 1. De personen belast met de opvoeding dienen een aanvraag voor redelijke aanpassingen in bij het hoofd van de school waar het kind of de jongere ingeschreven is of ingeschreven zal worden. Daarvoor gebruiken ze een door de Regering vastgelegd aanvraagformulier.

Bij de aanvraag gaat een deskundigenadvies dat niet ouder is dan zes maanden waarin de noodzaak van de redelijke aanpassingen wordt gemotiveerd. Het advies wordt ingewonnen door de personen belast met de opvoeding.

Het advies vermeld in het tweede lid bevat de volgende gegevens :

- 1° naam van de instelling;
- 2° titel en beroepsreferenties van de deskundige(n) die de evaluatie en het advies over de leerling opgemaakt heeft/hebben;
- 3° de aard van de medische, psychologische en algemene problemen van de leerling;
- 4° de tests en technieken waarmee de problemen werden vastgesteld;
- 5° relevante sterkten en zwakten van de leerling en de uitwerkingen ervan op het leerproces;
- 6° aanbevolen compenserende maatregelen.

Het indienen van een aanvraag opent geen recht op de compenserende maatregelen die worden aanbevolen.

§ 2. In afwijking van § 1 hoeft geen aanvraag voor redelijke aanpassingen te worden ingediend wanneer de leerling reeds ondersteund wordt door een pedagoog voor specifieke onderwijsbehoeften in het kader van de laagdrempelige onderwijssteuning.

In afwijking van § 1 hoeft geen aanvraag voor redelijke aanpassingen te worden ingediend wanneer de leerling met specifieke onderwijsbehoeften reeds ondersteund wordt in het kader van de hoogdrempelige onderwijssteuning. Redelijke aanpassingen worden genoteerd in het individueel ondersteuningsplan van de leerling vermeld in artikel 93.15.

§ 3. In afwijking van § 1 kan het schoolhoofd, na overleg met de personen belast met de opvoeding, redelijke aanpassingen voor een leerling vastleggen. »

Art. 74. In dezelfde afdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 93.35 ingevoegd, luidende :

« Art. 93.35 – *Beslissing over de redelijke aanpassingen*

§ 1. Indien het schoolhoofd de aanvraag vermeld in artikel 93.34, § 1, aanvaardt, legt hij de passende redelijke aanpassingen binnen 15 werkdagen na de aanvraag schriftelijk vast op een door de Regering vastgelegd aanvraagformulier, met inachtneming van de aanbevelingen vermeld in artikel 93.34, § 1, derde lid, 6°, en met medewerking van de met de uitvoering van de redelijke aanpassingen belaste leden van het bestuurspersoneel, onderwijzend personeel, opvoedend hulppersoneel, paramedisch en psychosociaal personeel en het personeel van het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren. Schoolvakantiedagen worden niet als werkdagen beschouwd.

Met behoud van de toepassing van het eerste lid houden het schoolhoofd en de met de uitvoering van de maatregelen belaste leden van het bestuurspersoneel, onderwijzend personeel, opvoedend hulppersoneel, paramedisch en psychosociaal personeel, alsook de verantwoordelijken voor het technisch en beroepsonderwijs en de bedrijfsverantwoordelijken rekening met de veiligheids- en gezondheidsvereisten en, naargelang van het geval, de bedrijfsvereisten bij het vastleggen van redelijke aanpassingen, indien de aanvraag betrekking heeft op een leerling van de doorstromingsafdeling en de kwalificatieafdeling van het technisch onderwijs, van de kwalificatieafdeling van het beroepsonderwijs of van het onderwijs met beperkt leerplan. Dat kan ertoe leiden dat op grond van die vereisten op deelgebieden geen redelijke aanpassingen kunnen worden toegekend.

De redelijke aanpassingen kunnen van technische, persoonlijke, organisatorische of infrastructurele aard zijn.

Bij het vastleggen van de redelijke aanpassingen kan het schoolhoofd zich laten adviseren door externe deskundigen.

§ 2. Onder passende redelijke aanpassingen worden de volgende maatregelen verstaan :

1° ze zijn doelgericht aan de individuele behoeften van de leerling aangepast;

2° ze zorgen ervoor dat de leerling, afhankelijk van zijn mogelijkheden, aan alle schoolse activiteiten kan deelnemen;

3° ze zorgen ervoor dat de autonomie van de leerling gewaarborgd blijft wanneer hij voldoet aan de eisen die aan hem worden gesteld;

4° ze waarborgen de veiligheid en de waardigheid van de persoon met specifieke onderwijsbehoeften.

Een aanpassing die financieel en/of organisatorisch niet in verhouding staat tot het nut van de aanpassing, moet als niet-passend worden beschouwd.

§ 3. Het schoolhoofd deelt de beslissing over de redelijke aanpassingen binnen vijf werkdagen na de dag waarop de beslissing genomen is per aangetekende brief of tegen ontvangstbewijs mee aan de personen belast met de opvoeding. De datum van de poststempel of van het ontvangstbewijs geldt als indieningsdatum.

Tegelijkertijd deelt het schoolhoofd de beslissing over de redelijke aanpassingen schriftelijk mee aan de met de uitvoering van de redelijke aanpassingen belaste leden van het bestuurspersoneel, onderwijzend personeel, opvoedend hulppersoneel, paramedisch en psychosociaal personeel en aan het met de uitvoering van de redelijke aanpassingen belaste leden van het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren. »

Art. 75. In dezelfde afdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 93.36 ingevoegd, luidende :

« Art. 93.36 – *Geldigheidsduur van de redelijke aanpassingen*

De redelijke aanpassingen zijn vanaf de dag van de beslissing vermeld in artikel 93.35 hoogstens geldig voor het lopende schooljaar en het daaropvolgende schooljaar en kunnen met toestemming van de personen belast met de opvoeding op de aanvraag vermeld in artikel 93.34, § 1 aangepast worden of voor hoogstens twee schooljaren verlengd worden.

De geldigheidsduur van de redelijke aanpassingen wordt opgenomen in de beslissing vermeld in artikel 93.35 en 93.37, derde lid.

Wanneer de leerling van school verandert, zijn de redelijke aanpassingen bindend voor de school waar hij zich laat inschrijven. De personen belast met de opvoeding hebben de plicht de school waar ze de leerling laten inschrijven, in te lichten over de toegekende redelijke aanpassingen en haar alle relevant geachte documenten te bezorgen. »

Art. 76. In dezelfde afdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 93.37 ingevoegd, luidende :

« Art. 93.37 – *Opnieuw overdenken van de redelijke aanpassingen*

Het schoolhoofd is verantwoordelijk voor de uitvoering van de beslissing vermeld in artikel 93.35.

Indien redelijke aanpassingen voor afloop van de geldigheidsduur niet meer noodzakelijk zijn, kan het schoolhoofd die aanpassingen met schriftelijke toestemming of op verzoek van de personen belast met de opvoeding opheffen.

Indien de personen belast met de opvoeding voor afloop van de geldigheidsduur een aanvraag om verlenging van de redelijke aanpassingen indienen, worden de vastgelegde redelijke aanpassingen door het schoolhoofd, met medewerking van de met de uitvoering van de redelijke aanpassingen belaste leden van het bestuurspersoneel, onderwijzend personeel, opvoedend hulppersoneel, paramedisch en psychosociaal personeel en het personeel van het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren opnieuw overdacht, aangepast, verlengd of opgeheven. De beslissing over de redelijke aanpassingen en de geldigheidsduur van de redelijke aanpassingen zijn in overeenstemming met de artikelen 93.35 en 93.36.

Het geven van een nieuw advies is niet dwingend noodzakelijk, maar moet worden ingeschat door de met de uitvoering van de redelijke aanpassingen belaste leden van het bestuurspersoneel, onderwijzend personeel, opvoedend hulppersoneel, paramedisch en psychosociaal personeel en het personeel van het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren. Een advies kan echter slechts maximaal zes jaar geldig zijn. »

Art. 77. In hoofdstuk VIII^{ter} van hetzelfde decreet wordt een afdeling 2 ingevoegd, luidende :

« Afdeling 2. — Bescherming van de schoolcijfers »

Art. 78. In dezelfde afdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 93.38 ingevoegd, luidende :

« Art. 93.38 – Definitie

Bescherming van de schoolcijfers is het niet-beoordelen van de leerling in één of meer deelgebieden van de competenties die in het referentiekader of in het leerplan worden vereist en beschreven en kan alleen aangevraagd worden voor het lager en het secundair onderwijs.

Bescherming van de schoolcijfers is de maatregel die de leerling met specifieke onderwijsbehoeften bij de berekening en de beoordeling van de schoolprestatie moet beschermen tegen de mogelijke negatieve uitwerkingen van zijn beperking op zijn schoolloopbaan, zijn motivatie en zijn psychische ontwikkeling.

Redelijke aanpassingen hebben voorrang op de bescherming van de schoolcijfers.

Leerlingen met een verstandelijke beperking en een intelligentiequotiënt beneden het gemiddelde komen niet in aanmerking voor de bescherming van de schoolcijfers. Voor het intelligentiequotiënt wordt het gemiddelde op 100 gesteld met een standaardafwijking van 15. Een intelligentiequotiënt beneden het gemiddelde ligt aldus onder 85.”

Art. 79. In dezelfde afdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 93.39 ingevoegd, luidende :

« Art. 93.39 – Indiening van de aanvraag

§ 1. De personen belast met de opvoeding dienen een aanvraag voor bescherming van de schoolcijfers in bij het hoofd van de school waar het kind of de jongere ingeschreven is of ingeschreven zal worden. Daarvoor gebruiken ze een door de Regering vastgelegd aanvraagformulier.

Bij de aanvraag worden de volgende stukken gevoegd : de beslissing van het schoolhoofd over de redelijke aanpassingen, de documentatie over die maatregelen en een deskundigenadvies. Het advies mag niet ouder zijn dan zes maanden en bevat de redenen waarom de bescherming van de schoolcijfers noodzakelijk is en wordt ingewonnen door de personen belast met de opvoeding. Indien het advies opgemaakt wordt door een andere instelling dan het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren, dan moeten de personen belast met de opvoeding het advies door het centrum laten goedkeuren. Het centrum onderzoekt binnen 15 werkdagen in hoeverre het advies de onderstaande gegevens bevat. Indien het centrum na inhoudelijk onderzoek tot de slotsom komt dat het advies niet goedgekeurd kan worden of dat de in het derde lid vermelde gegevens in het advies ontbreken, zendt het centrum per gewone brief een met redenen omklede weigering aan de personen belast met de opvoeding. Het is de taak van de personen belast met de opvoeding om bij het centrum of bij een andere instelling een nieuw advies in te winnen. Het centrum houdt een bijgewerkte en voor het publiek toegankelijke lijst bij van de door het centrum erkende tests en technieken om de medische, psychologische en algemene problemen vast te stellen.

Het advies vermeld in het tweede lid bevat de volgende gegevens :

1° naam van de instelling;

2° titel en beroepsreferenties van de deskundige/deskundigen die de evaluatie en het advies over de leerling opgemaakt heeft/hebben;

3° de aard van de medische, psychologische en algemene problemen van de leerling;

4° de tests en technieken waarmee de problemen werden vastgesteld;

5° relevante sterkten en zwakten van de leerling en de uitwerkingen ervan op het leerproces;

6° aanbevelingen over deelgebieden die relevant zijn voor de bescherming van de schoolcijfers.

Het indienen van een aanvraag opent geen recht op de bescherming van de schoolcijfers op de deelgebieden die in het advies worden aanbevolen.

§ 2. Na overleg met de betrokken leden van het bestuurspersoneel, onderwijzend personeel, opvoedend hulppersoneel, paramedisch en psychosociaal personeel en het personeel van het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren deelt het schoolhoofd binnen 15 werkdagen zijn standpunt mee over de aanvraag vermeld in § 1 en bepaalt hij met inachtneming van de aanbevelingen vermeld in § 1, derde lid, 6°, de deelgebieden van het referentiekader of het leerplan die onder de bescherming van de schoolcijfers vallen en bezorgt de ingevulde aanvraag per gewone brief aan de onderwijsinspectie. Schoolvakantiedagen worden niet als werkdagen beschouwd.

De aanvraag van het schoolhoofd bevat :

1° de aanvraag vermeld in § 1 en de bijlagen ervan;

2° het standpunt van het schoolhoofd;

3° aanbevelingen over deelgebieden van het referentiekader of van het leerplan die relevant zijn voor de bescherming van de schoolcijfers;

4° alle andere relevant geachte documenten.

Voor het bepalen van zijn standpunt kan het schoolhoofd zich laten adviseren door externe deskundigen.

§ 3. In afwijking van de §§ 1 en 2 dient de voorzitter van de ondersteuningsvergadering, in overleg met de in artikel 93.12, § 1, vermelde leden van de ondersteuningsvergadering, een aanvraag om bescherming van de schoolcijfers in, indien de leerling met specifieke onderwijsbehoeften al ondersteund wordt in het kader van de hoogdrempelige ondersteuning in de gewone school. Daarvoor gebruikt hij een door de Regering vastgelegd aanvraagformulier.

De aanvraag van de voorzitter van de ondersteuningsvergadering bevat :

1° de aanvraag vermeld in het eerste lid;

2° het reeds voorliggende advies over de vaststelling van de behoefte aan gespecialiseerde pedagogische ondersteuning vermeld in artikel 93.7;

3° het individueel ondersteuningsplan van de leerling vermeld in artikel 93.15;

4° de door de leden van de ondersteuningsvergadering vastgelegde beslissing over de redelijke aanpassingen en de documentatie over de maatregelen die op dat gebied al zijn uitgevoerd;

5° het standpunt van de leden van de ondersteuningsvergadering;

6° aanbevelingen over deelgebieden van het referentiekader of van het leerplan die relevant zijn voor de bescherming van de schoolcijfers;

7° alle andere relevant geachte documenten.

Het indienen van een aanvraag opent geen recht op de bescherming van de schoolcijfers op de deelgebieden die in de aanvraag worden aanbevolen.

De voorzitter van de ondersteuningsvergadering bezorgt de aanvraag per gewone brief aan de onderwijsinspectie.

§ 4. Met behoud van de toepassing van de §§ 2 en 3 houden het schoolhoofd en de met de uitvoering van de maatregelen belaste leden van het bestuurspersoneel, onderwijzend personeel, opvoedend hulppersoneel, paramedisch en psychosociaal personeel, de medewerkers van het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren, alsook de verantwoordelijken voor het technisch en beroepsonderwijs en de bedrijfsverantwoordelijken rekening met de veiligheids- en gezondheidsvereisten en, naargelang van het geval, de bedrijfsvereisten bij de aanbevelingen over deelgebieden van het referentiekader of van het leerplan die relevant zijn voor de bescherming van de schoolcijfers, indien de aanvraag betrekking heeft op een leerling van de doorstromingsafdeling en kwalificatieafdeling van het technisch onderwijs, van de kwalificatieafdeling van het beroepsonderwijs of van het onderwijs met beperkt leerplan.

§ 5. Indien een bescherming van de schoolcijfers voor het eerst in het eerste jaar van het secundair onderwijs of in het eerste jaar van het lager onderwijs wordt aangevraagd, moet een termijn van twee observatiemaanden in acht worden genomen voordat de personen belast met de opvoeding de aanvraag kunnen indienen. »

Art. 80. In dezelfde afdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 93.40 ingevoegd, luidende :

« *Art. 93.40 – Beslissing van de onderwijsinspectie*

De onderwijsinspectie beslist binnen twintig werkdagen na ontvangst van de aanvraag vermeld in artikel 93.39, § 2 of § 3, over de bescherming van de schoolcijfers. Aangezien de eindgetuigschriften als volwaardige diploma's moeten worden beschouwd, wordt bij de goedkeuring van de bescherming van de schoolcijfers rekening gehouden met de omvang van het deelgebied waarvoor de bescherming van de schoolcijfers zou moeten gelden; het deelgebied is altijd beperkt. In geval van stilzwijgen van de onderwijsinspectie wordt de aanvraag als goedgekeurd beschouwd. Schoolvakantiedagen worden niet als werkdagen beschouwd.

De beslissing van de onderwijsinspectie wordt per gewone brief meegedeeld aan het schoolhoofd of aan de voorzitter van de ondersteuningsvergadering binnen drie werkdagen na de dag waarop de beslissing werd genomen.

Het schoolhoofd of de voorzitter van de ondersteuningsvergadering licht de personen belast met de opvoeding per aangetekende brief of tegen ontvangstbewijs in over de beslissing betreffende de bescherming van de schoolcijfers binnen drie werkdagen na ontvangst van de beslissing. De datum van de poststempel of van het ontvangstbewijs geldt als indieningsdatum.

Het schoolhoofd of de voorzitter van de ondersteuningsvergadering licht de betrokken leden van het bestuurspersoneel, onderwijzend personeel, opvoedend hulppersoneel, paramedisch en psychosociaal personeel binnen drie werkdagen na ontvangst van de beslissing schriftelijk in over de bescherming van de schoolcijfers.

Indien bescherming van de schoolcijfers werd toegekend, wordt dit, samen met de betreffende deelgebieden van het referentiekader of van het leerplan, vermeld in het schoolrapport van de leerling. De schoolcijfers die vóór de toekenning van de bescherming van de schoolcijfers werden gegeven, mogen niet gewijzigd worden. »

Art. 81. In dezelfde afdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 93.41 ingevoegd, luidende :

« *Art. 93.41 – Geldigheidsduur van de bescherming van de schoolcijfers*

De bescherming van de schoolcijfers is vanaf de dag van de beslissing vermeld in artikel 93.40, eerste lid, hoogstens geldig voor het lopende schooljaar en het daaropvolgende schooljaar en kan op basis van een aanvraag als vermeld in artikel 93.39, § 2 of § 3, voor telkens twee schooljaren verlengd worden.

De geldigheidsduur van de bescherming van de schoolcijfers wordt vermeld in de beslissing vermeld in artikel 93.40, eerste lid.

Indien de aanvraag om bescherming van de schoolcijfers in geval van stilzwijgen van de onderwijsinspectie overeenkomstig artikel 93.40, eerste lid, als goedgekeurd wordt beschouwd, geldt de bescherming van de schoolcijfers voor het lopende schooljaar en voor het daaropvolgende schooljaar.

Wanneer de leerling van school verandert, is de bescherming van de schoolcijfers bindend voor de school waar hij zich laat inschrijven. De personen belast met de opvoeding hebben de plicht de school waar ze de leerling laten inschrijven, in te lichten over de toegekende bescherming van de schoolcijfers en haar alle relevant geachte documenten te bezorgen. »

Art. 82. In dezelfde afdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 93.42 ingevoegd, luidende :

« *Art. 93.42 – Evaluatie en controle van de bescherming van de schoolcijfers*

§ 1. Het schoolhoofd is verantwoordelijk voor de uitvoering van de beslissing vermeld in artikel 93.40.

§ 2. Het schoolhoofd evalueert jaarlijks de bescherming van de schoolcijfers, samen met de betrokken leden van het bestuurspersoneel, onderwijzend personeel, opvoedend hulppersoneel, paramedisch en psychosociaal personeel en betreft de personen belast met de opvoeding erbij.

Het werkelijke prestatieniveau wordt op het einde van het schooljaar afzonderlijk meegedeeld aan de personen belast met de opvoeding.

§ 3. Voordat de geldigheidsduur van de bescherming van de schoolcijfers afloopt, controleert het schoolhoofd, in overleg met de betrokken leden van het bestuurspersoneel, onderwijzend personeel, opvoedend hulppersoneel, paramedisch en psychosociaal personeel, of de schoolcijfers nog moeten worden beschermd en betreft de personen belast met de opvoeding daarbij. Als die bescherming nog noodzakelijk is, dient het schoolhoofd een met redenen omklede aanvraag om verlenging in. De aanvraag stemt overeen met de aanvraag vermeld in artikel 93.39, § 2 of § 3. Daarvoor gebruikt hij een door de Regering vastgelegd formulier.

De beslissing van de onderwijsinspectie en de geldigheidsduur van de bescherming van de schoolcijfers zijn in overeenstemming met de artikelen 93.40 en 93.41.

Het geven van een nieuw advies is niet dwingend noodzakelijk, maar moet worden ingeschat door de met de uitvoering van de bescherming van de schoolcijfers belaste leden van het bestuurspersoneel, onderwijzend personeel, opvoedend hulppersoneel, paramedisch en psychosociaal personeel en van het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren. Een advies is hoogstens zes jaar geldig. »

Art. 83. In dezelfde afdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 93.43 ingevoegd, luidende :

« Art. 93.43 – *Overgang*

De klassenraad beslist op pedagogisch verantwoorde basis en in het belang van de leerling over de overgang van leerlingen van wie het prestatieniveau in één of meer deelgebieden van het leerplan of referentiekader op grond van de behoefte aan bijzondere ondersteuning die bij hen werd vastgesteld en op grond van de bescherming van de schoolcijfers die daarvoor werd toegekend, niet in overeenstemming is met de eisen die aan het leerjaar worden gesteld. »

Art. 84. In dezelfde afdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 93.44 ingevoegd, luidende :

« Art. 93.44 – *Overstap van de lagere school naar de secundaire school*

Indien de schoolcijfers in het zesde jaar van het lager onderwijs voor het lopende schooljaar en het daaropvolgende schooljaar werden beschermd, is de secundaire school ertoe verplicht die bescherming van de schoolcijfers in het eerste jaar van het secundair onderwijs te behouden. »

Art. 85. In dezelfde afdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 93.45 ingevoegd, luidende :

« Art. 93.45 – *Beëindiging van de bescherming van de schoolcijfers*

De bescherming van de schoolcijfers die door de in artikel 93.40 vermelde beslissing werd goedgekeurd, kan op basis van een consensusgebaseerde beslissing tussen de personen belast met de opvoeding en het schoolhoofd, in overleg met de betrokken leden van het bestuurspersoneel, onderwijzend personeel, opvoedend hulppersoneel, paramedisch en psychosociaal personeel, vóór afloop van de toegekende geldigheidsduur opgeheven worden. In dat geval moet de onderwijsinspectie schriftelijk daarover worden ingelicht. »

Art. 86. In hoofdstuk VIIIter van hetzelfde decreet wordt een afdeling 3 ingevoegd, luidende :

« Afdeling 3. — *Bijeenroeping van het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften* »

Art. 87. In hoofdstuk VIIIter, afdeling 3, van hetzelfde decreet wordt een artikel 93.46 ingevoegd, luidende :

« Art. 93.46 – *Bijeenroeping van het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften*

Indien de personen belast met de opvoeding het niet eens zijn met één van de beslissingen inzake redelijke aanpassingen of bescherming van de schoolcijfers vermeld in de artikelen 93.35, 93.37, derde lid, 93.40 of 93.42, § 3, kunnen ze binnen acht kalenderdagen na ontvangst van de beslissing per aangetekende brief of tegen ontvangstbewijs beroep instellen bij de voorzitter van het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften. De datum van de poststempel of van het ontvangstbewijs geldt als indieningsdatum.

Het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften bezorgt de personen belast met de opvoeding en het hoofd van de gewone of gespecialiseerde school, binnen 20 werkdagen na verzending van de aangetekende brief vermeld in het vorige lid, per aangetekende brief zijn met redenen omklede beslissing, alsook zijn aanbeveling over de redelijke aanpassingen of de bescherming van de schoolcijfers die in het volgende schooljaar moeten worden ingezet.

Indien de personen belast met de opvoeding het niet eens zijn met de beslissing van het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften, delen zij dit schriftelijk mee aan de voorzitter van dat Comité, binnen een termijn van veertien werkdagen na verzending van de aangetekende brief die de beslissing bevat. Deze verwijst de zaak vervolgens naar de bevoegde jeugdrechter.

De procedure vermeld in artikel 93.28 is van toepassing. »

Art. 88. In hetzelfde decreet wordt een hoofdstuk VIIIquater ingevoegd, luidende :

« Hoofdstuk VIIIquater. — *Huisonderwijs* »

Art. 89. In hoofdstuk VIIIquater van hetzelfde decreet wordt een afdeling 1 ingevoegd, luidende :

« Afdeling 1. — *Algemeen* »

Art. 90. In hoofdstuk VIIIquater, afdeling 1, van hetzelfde decreet wordt een artikel 93.47 ingevoegd, luidende :

« Art. 93.47 – *Toepassingsgebied*

Dit hoofdstuk is van toepassing op de personen belast met de opvoeding die hun woonplaats in de Duitstalige Gemeenschap hebben en hun leerplichtige kinderen huisonderwijs laten volgen, alsook op de personen die huisonderwijs geven. »

Art. 91. In dezelfde afdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 93.48 ingevoegd, luidende :

« Art. 93.48 – *Beginsel van het huisonderwijs*

Personen belast met de opvoeding die hun leerplichtige kinderen huisonderwijs geven of laten volgen, organiseren en financieren dat huisonderwijs zelf.

Het huisonderwijs vindt plaats in het Duitse taalgebied van België.

In gewettigde uitzonderlijke gevallen kan de Regering van het tweede lid afwijken en aanvullende afwezigheden toestaan, indien uitzonderlijke omstandigheden dat vereisen. Daartoe dienen de personen belast met de opvoeding een schriftelijke aanvraag met bewijsstukken in voor de betrokken leerling. »

Art. 92. In dezelfde afdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 93.49 ingevoegd, luidende :

« Art. 93.49 – *Commissie voor huisonderwijs*

§ 1. De Regering richt een commissie voor huisonderwijs op die in dit hoofdstuk is afgekort als "commissie" en die als volgt is samengesteld :

1° een voorzitter die wordt uitgekozen onder de medewerkers van het departement van het Ministerie dat bevoegd is voor pedagogie;

2° een lid van de onderwijsinspectie dat niet belast is met de controle van het huisonderwijs;

3° een personeelslid van het Ministerie dat over de nodige kennis betreffende de organisatie van het onderwijs beschikt;

4° een personeelslid van het departement van de autonome hogeschool dat bevoegd is voor externe evaluatie;

5° een personeelslid van het Ministerie dat over de nodige kennis inzake jeugdbijstand beschikt;

- 6° een personeelslid van het centrum voor bevorderingspedagogiek;
- 7° een personeelslid van het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren;
- 8° een deskundige die over de nodige kennis inzake huisonderwijs beschikt;
- 9° een secretaris die uitgekozen wordt onder de personeelsleden van het Ministerie.

Voor elk in het eerste lid vermeld lid wordt een plaatsvervangend lid aangewezen dat volgens dezelfde criteria wordt uitgekozen als het lid dat het vervangt.

De leden en plaatsvervangende leden van de commissie worden voor een onbepaalde duur aangewezen.

§ 2. De commissie hoort de personen belast met de opvoeding en naar de onderwijsinspectie. Ze kunnen zich laten vergezellen door een persoon naar keuze.

Het feit dat de personen belast met de opvoeding of de onderwijsinspectie niet op de zitting verschijnen, belet de commissie niet om over de zaak te beslissen.

Op verzoek van de commissie kunnen externe deskundigen bij de zaak betrokken worden als adviserend lid.

§ 3. De commissie kan slechts geldig beraadslagen als minstens vier van de leden vermeld in § 1, eerste lid, 1° tot 5°, of hun plaatsvervangende leden aanwezig zijn.

Wordt het quorum niet bereikt, dan roept de voorzitter ten vroegste op de daarop volgende werkdag een nieuwe zitting bijeen.

De met redenen omklede beslissing wordt bij gewone meerderheid van stemmen genomen. Stemonthoudingen zijn niet toegestaan. De leden vermeld in § 1, eerste lid, 6° tot 9°, zijn niet stemgerechtigd. De leden vermeld in § 1, eerste lid, 6° tot 8°, wonen de vergaderingen bij met raadgevende stem.

De commissieleden vermeld in § 1, eerste lid, en hun plaatsvervaarders zijn tot geheimhouding verplicht over de verhoren en de beraadslagingen.

§ 4. De commissie werkt haar huishoudelijk reglement uit en legt het ter goedkeuring voor aan de Regering. »

Art. 93. In hoofdstuk VIII^{quater} van hetzelfde decreet wordt een afdeling 2 ingevoegd, luidende :

« Afdeling 2. — Vereisten waaraan het huisonderwijs moet voldoen »

Art. 94. In hoofdstuk VIII^{quater}, afdeling 2, van hetzelfde decreet wordt een artikel 93.50 ingevoegd, luidende :

« Art. 93.50 – Vereisten waaraan het huisonderwijs moet voldoen

Het huisonderwijs voldoet aan de vereisten vermeld in de artikelen 5 tot 13 en biedt de leerplichtige kinderen de mogelijkheid om een competentieniveau te bereiken dat gelijkwaardig is met de competenties, de kerncompetenties, de verwachte competenties en de deelcompetenties die voor het onderwijs vastgelegd zijn.

De personen belast met de opvoeding bieden hun kind dat huisonderwijs volgt optimale ontplooiingskansen. Ze ondersteunen in dezelfde mate vakcompetenties en de in artikel 13 vermelde vakoverschrijdende competenties. Voorts bieden ze voldoende structuur via regels en continuïteit in het verloop van het onderwijs.

De personen belast met de opvoeding laten het huisonderwijs plaatsvinden in een daarvoor geschikte omgeving en in ruimten die voldoende groot, veilig en proper zijn. »

Art. 95. In dezelfde afdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 93.51 ingevoegd, luidende :

« Art. 93.51 – Redelijke aanpassingen

In afwijking van artikel 93.50, eerste lid, kan het te bereiken competentieniveau aangepast worden als bij het kind een beperking of klinisch beschreven en/of in een advies vastgestelde uiterlijke kenmerken van bepaalde leerstoornissen bewezen zijn. Het advies stemt overeen met het advies vermeld in artikel 93.34, § 1.

De personen belast met de opvoeding dienen een aanvraag voor redelijke aanpassingen in bij de onderwijsinspectie en voegen het advies vermeld in het eerste lid bij de aanvraag.

Na de eerste aanmelding in het huisonderwijs wordt om de twee jaar, vóór het begin van het nieuwe schooljaar, uit eigen beweging een geactualiseerd advies voorgelegd aan de onderwijsinspectie. Indien geen geactualiseerd advies wordt voorgelegd, blijven de onderwijsdoelstellingen onveranderd.

De onderwijsinspectie legt de passende compenserende onderwijsmaatregelen schriftelijk vast in onderlinge overeenstemming met de personen belast met de opvoeding. Indien geen overeenstemming kan worden bereikt, kunnen zowel de onderwijsinspectie als de personen belast met de opvoeding de commissie bijeenroepen.

De commissie deelt haar beslissing binnen 15 werkdagen na ontvangst van de brief van de onderwijsinspectie of van de personen belast met de opvoeding mee; de mededeling aan de personen belast met de opvoeding geschiedt per aangetekende brief; de mededeling aan de onderwijsinspectie geschiedt per gewone brief. »

Art. 96. In dezelfde afdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 93.52 ingevoegd, luidende :

« Art. 93.52 – Individueel werkplan

Voor elk kind dat huisonderwijs volgt, wordt een individueel werkplan opgesteld dat een uiteenzetting van de eigen visie op de leerprocessen en minstens een tijdschema en de te bereiken competenties per vak bevat. »

Art. 97. In hoofdstuk VIII^{quater} van hetzelfde decreet wordt een afdeling 3 ingevoegd, luidende :

« Afdeling 3. — Aanmelding voor huisonderwijs »

Art. 98. In hoofdstuk VIII^{quater}, afdeling 3, van hetzelfde decreet wordt een artikel 93.53 ingevoegd, luidende :

« Art. 93.53 – Tijdstip van de aanmelding

De personen belast met de opvoeding die voor huisonderwijs kiezen, melden hun leerplichtige kind voor huisonderwijs aan bij de onderwijsinspectie en dit uiterlijk drie werkdagen voor het begin van het schooljaar waarin hun kind huisonderwijs zal volgen. De personen belast met de opvoeding gebruiken hiervoor het inschrijvingsformulier dat door de Regering is vastgelegd.

Indien de personen belast met de opvoeding in de loop van het schooljaar voor huisonderwijs kiezen, melden ze hun leerplichtige kind bij de onderwijsinspectie aan en dit uiterlijk bij de overstap van de school naar huisonderwijs. »

Art. 99. In dezelfde afdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 93.54 ingevoegd, luidende :

« *Art. 93.54 – Aanmelding*

De personen belast met de opvoeding dienen op het ogenblik van de aanmelding volgende documenten en/of inlichtingen in :

1° een woonplaatsattest dat niet ouder is dan twee maanden en waaruit blijkt dat zij en de leerplichtige kinderen die huisonderwijs zullen volgen, hun woonplaats in het Duitse taalgebied hebben;

2° een afschrift van hun identiteitskaart en een afschrift van de identiteitskaart van de leerplichtige kinderen die huisonderwijs zullen volgen;

3° voor elk kind de contactgegevens van de laatstbezochte school en een afschrift van het schoolrapport van de laatstbezochte school, voor zover de kinderen een school bezocht hebben;

4° de onderwijsstaal overeenkomstig het decreet van 19 april 2004 betreffende de taaloverdracht en het gebruik van de talen in het onderwijs;

5° voor elk kind het individueel werkplan vermeld in artikel 93.52;

6° de tijdens het schooljaar voorziene schoolvrije dagen, indien die op dat tijdstip al bekend zijn;

7° een schriftelijke instemming met het toezicht dat wordt uitgeoefend door de onderwijsinspectie, vermeld in artikel 93.55.

De personen belast met de opvoeding moeten de onderwijsinspectie minstens tien werkdagen op voorhand schriftelijk meedelen wanneer de kinderen die huisonderwijs volgen meer dan vijf werkdagen na elkaar vakantie nemen, voor zover die afwezigheden nog niet bij de aanmelding werden meegedeeld. »

Art. 100. In hoofdstuk VIII^{quater} van hetzelfde decreet wordt een afdeling 4 ingevoegd, luidende :

« *Afdeling 4. — Toezicht op het huisonderwijs* »

Art. 101. In hoofdstuk VIII^{quater}, afdeling 4, van hetzelfde decreet wordt een artikel 93.55 ingevoegd, luidende :

« *Art. 93.55 – Toezicht op het huisonderwijs*

De personen belast met de opvoeding, de kinderen die huisonderwijs volgen en de personen die in het huisonderwijs werkzaam zijn, vallen onder het toezicht van de onderwijsinspectie.

Voor het uitoefenen van die taak kan de onderwijsinspectie zich laten bijstaan door externe deskundigen.

De onderwijsinspectie kan na voorafgaande aankondiging :

1° iedere persoon ondervragen over feiten waarvan de bekendheid nuttig kan zijn voor het toezicht op het huisonderwijs;

2° zich op de plaats waar het huisonderwijs wordt gegeven of in het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap alle documenten vermeld in artikel 93.56, tweede lid, laten overleggen en afschriften of uittreksels daarvan maken;

3° inzage nemen van alle andere relevante documenten die betrekking hebben op het huisonderwijs;

4° het leerniveau inschatten door middel van gestandaardiseerde examens om de verworven kennis te toetsen of tests;

5° alle ruimten bezoeken waar huisonderwijs wordt gegeven. »

Art. 102. In dezelfde afdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 93.56 ingevoegd, luidende :

« *Art. 93.56 – Medewerking van de personen belast met de opvoeding aan het toezicht op het huisonderwijs*

De personen belast met de opvoeding zijn ertoe verplicht aan het toezicht op het huisonderwijs mee te werken.

Bij de aangekondigde controle door de onderwijsinspectie leggen de personen belast met de opvoeding de documenten voor die ze voor het huisonderwijs gebruiken. Onder "documenten" worden de volgende zaken verstaan : de gebruikte schoolboeken, de pedagogische hulpmiddelen, de documenten die door de leerlingen worden opgesteld – zowel digitaal als op papier – en het individuele werkplan vermeld in artikel 93.52. »

Art. 103. In dezelfde afdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 93.57 ingevoegd, luidende :

« *Art. 93.57 – Rapportering na het toezicht op het huisonderwijs*

Na het toezicht op het huisonderwijs maakt de onderwijsinspectie een verslag op; dat verslag omvat een met redenen omkleed advies over de leeromgeving, het leerniveau en de vereisten vermeld in artikel 93.50.

Binnen 20 werkdagen na het toezicht wordt dat verslag aangetekend toegezonden aan de personen belast met de opvoeding; dat verslag wordt ter informatie meegedeeld.

De personen belast met de opvoeding hebben de mogelijkheid om de onderwijsinspectie binnen 20 werkdagen na ontvangst van het verslag per aangetekende brief hun standpunt mee te delen.

Het verslag en het eventuele standpunt van de personen belast met de opvoeding worden opgenomen in het dossier van de leerling die huisonderwijs volgt. »

Art. 104. In dezelfde afdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 93.58 ingevoegd, luidende :

« *Art. 93.58 – Gevolgen van het toezicht*

§ 1. Indien de onderwijsinspectie naar aanleiding van het toezicht oordeelt dat het huisonderwijs niet plaatsvindt in een daartoe noodzakelijke leeromgeving en niet voldoet aan de vereisten vermeld in artikel 93.50, voert de onderwijsinspectie een nieuwe controle uit binnen vier maanden nadat het verslag ter kennis werd gebracht van de personen belast met de opvoeding.

Indien de onderwijsinspectie bij de tweede controle tot dezelfde conclusie komt, bezorgt ze de commissie de beide verslagen en, indien voorhanden, de standpunten van de personen belast met de opvoeding.

Indien het welzijn van het kind in het gedrang komt, roept de onderwijsinspectie de commissie al na de eerste controle bijeen en licht ze het parket in.

§ 2. Indien de onderwijsinspectie op drie op elkaar volgende aangekondigde afspraken geen controle kan uitvoeren, wordt de commissie binnen tien werkdagen bijengeroepen en worden de personen belast met de opvoeding per aangetekende brief daarvan in kennis gesteld.

§ 3. Indien de commissie bijeengeroepen wordt, beslist zij in hoeverre en onder welke voorwaarden het huisonderwijs kan worden voortgezet. »

Art. 105. In dezelfde afdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 93.59 ingevoegd, luidende :

« *Art. 93.59 – Inschrijving in een school naar aanleiding van de controles*

§ 1. Indien de commissie met toepassing van artikel 93.58, § 3, beslist dat het huisonderwijs niet kan worden voortgezet, moet de leerling ingeschreven worden in een school die georganiseerd, gesubsidieerd of erkend is door de Duitstalige Gemeenschap, de Franstalige Gemeenschap, de Vlaamse Gemeenschap of een territoriale entiteit van een lidstaat van de Europese Unie. De commissie schat het bereikte competentieniveau in op basis van de evaluatie van de gestandaardiseerde examens om de verworven kennis te toetsen en de tests die de onderwijsinspectie heeft gebruikt en doet een aanbeveling over de beste ondersteuningsplaats, de studievorm, de studierichting en het studiejaar.

De commissie deelt haar beslissing binnen 15 werkdagen na ontvangst van de brief van de onderwijsinspectie mee; de mededeling aan de personen belast met de opvoeding geschiedt per aangetekende brief; de mededeling aan de onderwijsinspectie geschiedt per gewone brief.

Indien de personen belast met de opvoeding het niet eens zijn met de beslissing om de leerling schoolonderwijs te laten volgen, kunnen ze beroep instellen bij de Regering. Het beroep is opschortend. Binnen de maand na de datum van het beroep deelt de Regering haar met redenen omklede beslissing schriftelijk mee aan de personen belast met de opvoeding.

§ 2. Na ontvangst van de beslissing om schoolonderwijs op te leggen, hebben de personen belast met de opvoeding tien werkdagen de tijd om de onderwijsinspectie per aangetekende brief te bevestigen dat ze hun kind hebben laten inschrijven in een door hen gekozen school die georganiseerd, gesubsidieerd of erkend wordt door de Duitstalige Gemeenschap, de Franse Gemeenschap, de Vlaamse Gemeenschap of een territoriale entiteit van een lidstaat van de Europese Unie. Indien de onderwijsinspectie binnen die termijn geen inschrijvingsbevestiging heeft ontvangen, worden de personen belast met de opvoeding per aangetekende brief ertoe aangemaand om die bevestiging alsnog binnen tien werkdagen toe te zenden. Indien de personen belast met de opvoeding geen gevolg geven aan die aanmaning, wordt het dossier overgezonden aan het parket. »

Art. 106. In hoofdstuk VIII^{quater} van hetzelfde decreet wordt een afdeling 5 ingevoegd, luidende :

« *Afdeling 5. — Inschrijving voor de zittijden van de examencommissies* »

Art. 107. In hoofdstuk VIII^{quater}, afdeling 5, van hetzelfde decreet wordt een artikel 93.60 ingevoegd, luidende :

« *Afdeling 93.60 – Inschrijving voor de zittijden van de examencommissies*

§ 1. De personen belast met de opvoeding die voor huisonderwijs kiezen, zijn ertoe verplicht hun kinderen voor de externe examens in te schrijven.

Uiterlijk in het schooljaar waarin de leerplichtige leerling vóór 1 januari 11 jaar is geworden, neemt de leerplichtige leerling voor het eerst deel aan de externe zitting om het bewijs van basisonderwijs te behalen.

Uiterlijk in het schooljaar waarin de leerplichtige leerling vóór 1 januari 14 jaar is geworden, legt de leerplichtige leerling voor het eerst examen af voor de externe examencommissie om het eindgetuigschrift van lager secundair onderwijs te behalen.

Uiterlijk in het schooljaar waarin de leerplichtige leerling vóór 1 januari 17 jaar is geworden, legt de leerplichtige leerling voor het eerst examen af voor de externe examencommissie om het eindgetuigschrift van hoger secundair onderwijs te behalen.

§ 2. In afwijking van § 1, tweede tot vierde lid, kan de onderwijsinspectie, op basis van een met redenen omklede aanvraag van de personen belast met de opvoeding, de termijn waarbinnen examen moet worden afgelegd verlengen voor een leerplichtige leerling die niet de vereiste rijpheid en competenties heeft bereikt of die gezondheidsproblemen, leerproblemen of gedragsproblemen heeft of motorisch, zintuiglijk of geestelijk gehandicapt is. De aanvullende termijn bedraagt hoogstens twee jaar. Uiterlijk op 15 maart van het schooljaar waarin de examens moeten worden afgelegd, moet de aanvraag worden ingediend.

Indien de personen belast met de opvoeding het niet eens zijn met de beslissing van de onderwijsinspectie kunnen ze schriftelijk beroep instellen bij de commissie binnen een termijn van tien dagen na ontvangst van de beslissing van de onderwijsinspectie.

De commissie deelt haar beslissing binnen 15 werkdagen na ontvangst van het beroep mee aan de personen belast met de opvoeding en aan de onderwijsinspectie; de mededeling aan de personen belast met de opvoeding geschiedt per aangetekende brief; de mededeling aan de onderwijsinspectie geschiedt per gewone brief. »

Art. 108. In dezelfde afdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 93.61 ingevoegd, luidende :

« *Art. 93.61 – Inschrijving in een school omdat eindgetuigschrift niet binnen de gestelde termijn werd behaald*

Indien de leerplichtige leerling, uiterlijk in het jaar waarin hij 14 jaar wordt, niet heeft deelgenomen aan de externe examens om het bewijs van basisonderwijs te behalen of indien hij twee keer voor die examens gezakt is, zijn de personen belast met de opvoeding ertoe verplicht hun kind – uiterlijk in het schooljaar dat begint in het jaar waarin de leerplichtige leerling 14 jaar wordt – in te schrijven in een school die georganiseerd, gesubsidieerd of erkend wordt door de Duitstalige Gemeenschap, de Franse Gemeenschap, de Vlaamse Gemeenschap of een territoriale entiteit van een lidstaat van de Europese Unie.

Indien de leerplichtige leerling, uiterlijk in het jaar waarin hij 17 jaar wordt, niet heeft deelgenomen aan de externe examens om het getuigschrift van lager secundair onderwijs te behalen of indien hij twee keer voor die examens gezakt is, zijn de personen belast met de opvoeding ertoe verplicht hun kind – uiterlijk in het schooljaar dat begint in het jaar waarin de leerplichtige leerling 17 jaar wordt – in te schrijven in een school die georganiseerd, gesubsidieerd of erkend wordt door de Duitstalige Gemeenschap, de Franse Gemeenschap, de Vlaamse Gemeenschap of een territoriale entiteit van een lidstaat van de Europese Unie. »

Art. 109. In hoofdstuk VIII^{quater} van hetzelfde decreet wordt een afdeling 6 ingevoegd, luidende :

« *Afdeling 6. — Hervatting van het huisonderwijs* »

Art. 110. In hoofdstuk VIII^{quater}, afdeling 6, van hetzelfde decreet wordt een artikel 93.62 ingevoegd, luidende :

« *Art. 93.62 – Hervatting van het huisonderwijs*

Huisonderwijs kan ten vroegste hervat worden in het schooljaar dat volgt op het schooljaar van de inschrijving in een school vermeld in de artikelen 93.59 en 93.61.

De personen belast met de opvoeding dienen de aanvraag om het huisonderwijs in het volgende schooljaar te hervatten uiterlijk op 1 juni bij de onderwijsinspectie in; daarvoor gebruiken ze het door de Regering ter beschikking gestelde aanmeldingsformulier om het huisonderwijs te hervatten en voegen daarbij de documenten vermeld in artikel 93.54, eerste lid, alsook de referenties van de schoolboeken en de pedagogische hulpmiddelen die ze van plan zijn te gebruiken.

Binnen 20 werkdagen na ontvangst van de aanvraag maakt de onderwijsinspectie een advies over de aanvraag op en zendt ze het advies en de aanvraag over aan de commissie zodat deze een beslissing kan nemen.

Indien de commissie op basis van de aanvraag en het advies van de onderwijsinspectie tot de slotsom komt dat de vastgestelde leemten in het huisonderwijs die tot de stopzetting van het huisonderwijs hebben geleid, werden weggewerkt, keurt de commissie de toelating tot het huisonderwijs goed. Indien de documenten vermeld in het tweede lid ontbreken, wordt de toelating tot het huisonderwijs geweigerd. »

Art. 111. In hoofdstuk VIII^{quater} van hetzelfde decreet wordt een afdeling 7 ingevoegd, luidende :

« Afdeling 7. — Bescherming van de persoonsgegevens »

Art. 112. In hoofdstuk VIII^{quater}, afdeling 7, van hetzelfde decreet wordt een artikel 93.63 ingevoegd, luidende :

« Art. 93.63 – Dossier en recht op inzage

Voor elk kind dat huisonderwijs volgt, maakt de onderwijsinspectie een dossier op. De personen belast met de opvoeding en de kinderen of jongeren die het nodige beoordelingsvermogen bezitten, hebben recht op inzage in hun dossier. »

Art. 113. In dezelfde afdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 93.64 ingevoegd, luidende :

« Art. 93.64 – Doorgifte van gegevens

De onderwijsinspectie of, naargelang van het geval, de commissie geeft persoonsgegevens alleen door aan een school, een andere overheidsdienst of een andere rechtspersoon voor zover dat in het belang van het kind of de jongere toereikend, ter zake dienend en niet overmatig is. Persoonsgegevens worden alleen uitgewisseld met instemming van het hoofd van de onderwijsinspectie en van het adviespunt voor schoolontwikkeling of, naargelang van het geval, met instemming van de voorzitter van de commissie. »

Art. 114. In dezelfde afdeling van hetzelfde decreet wordt een artikel 93.65 ingevoegd, luidende :

« Art. 93.65 – Vernietiging van het dossier

Het dossier wordt twee jaar nadat de leerling in het huisonderwijs meerderjarig geworden is, vernietigd. »

Art. 115. In artikel 97 van hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 29 juni 2015, wordt een § 3 ingevoegd, luidende :

« § 3. In afwijking van § 1 omvat de opdracht van de leraar-mediathecaris in het gewoon secundair onderwijs de volgende taken :

1° opbouw van de collectie : keuze van de aan te schaffen media, in nauwe samenwerking met de leerkrachten, het opvoedend personeel en de mediathekcommissie van de school;

2° onderhoud van de collectie : hoofdvantwoordelijke voor het bibliotheektechnisch beheer bij de catalogisering van de collectie in het verbond MediaDG;

3° planning van maatregelen voor de technische uitrusting van de schoolmediatheek, in overleg met de gemachtigde voor de schoolmediatheken;

4° organisatie en administratief beheer van de schoolmediatheek;

5° samenwerking met de schoolmediatheken van de andere secundaire scholen, de openbare bibliotheken en de pedagogische mediatheek van de autonome hogeschool;

6° advisering van de gebruikers van de schoolmediatheek;

7° deelnemen aan opleidingen en voortgezette opleidingen inzake bibliotheekwezen en mediapedagogiek, alsook begeleiden van hulpkrachten in de schoolmediatheek;

8° opmaken van een pakket van maatregelen inzake mediapedagogiek met alle geplande activiteiten in de schoolmediatheek per semester;

9° andere door de inrichtende macht bepaalde opdrachten. »

Art. 116. Artikel 98, vierde lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 16 januari 2012, wordt vervangen als volgt :

« Met behoud van de toepassing van het eerste lid omvat de opdracht van de adviseur voor bevorderingspedagogiek aan een gespecialiseerde basis- en secundaire school de volgende taken :

1° de advisering en begeleiding van de gewone scholen en de centra voor opleiding en voortgezette opleiding in de middenstand en in de kmo's bij de verdieping en uitbreiding van hun methodisch-didactische, pedagogische en psychologische competenties inzake gespecialiseerde pedagogische ondersteuning;

2° de begeleiding van leerlingen die wegens bijzondere moeilijkheden gedurende enige tijd de gewone lessen niet meer volgen en sociaal-pedagogische begeleiding moeten krijgen om zo snel mogelijk weer aan het dagelijkse schoolleven te kunnen deelnemen;

3° organisatie en uitvoering van maatregelen om de competenties inzake gespecialiseerde pedagogische ondersteuning bij de personeelsleden in het onderwijs uit te breiden;

4° adviseren en begeleiden op het gebied van intercultureel onderwijs en taalonderwijs;

5° meewerken aan de ontwikkeling van concepten inzake gespecialiseerde pedagogische ondersteuning aan de sturing van de uitvoering van die concepten. »

Art. 117. In hoofdstuk XII van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 25 mei 1999, wordt een artikel 123^{quater} ingevoegd, luidende :

« Art. 123^{quater}. Artikel 93.60 is niet van toepassing op leerplichtigen in het huisonderwijs die vóór 2006 geboren zijn.

Artikel 93.61 is slechts van toepassing op leerplichtigen in het huisonderwijs die vóór 2006 geboren zijn als de leerplichtige tweemaal gezakt is voor de examens van de externe examencommissie en dit, ongeacht zijn leeftijd. »

HOOFDSTUK 11. — *Wijziging van het decreet van 14 december 1998 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd vrij onderwijs en van het gesubsidieerd vrij PMS-centrum*

Art. 118. In artikel 49, § 1, van het decreet van 14 december 1998 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd vrij onderwijs en van het gesubsidieerd vrij PMS-centrum, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 29 juni 2015, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in de inleidende zin van het eerste lid, 5°, vervangen bij het decreet van 23 juni 2008, worden de woorden "bepaald in artikel 33bis, leden 2 en 3," opgeheven;

2° tussen het eerste lid en het tweede lid, dat het derde lid wordt, wordt een nieuw tweede lid ingevoegd, luidende :

« Bij de afwijking vermeld in het eerste lid, 5°, gaat het om de aanstelling resp. aanwijzing van een personeelslid volgens één van de volgende bepalingen :

1° artikel 19, § 2, van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulp personeel, van het paramedisch en psychosociaal personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, gespecialiseerd, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen;

2° artikel 33bis, tweede en derde lid, van dit decreet;

3° artikel 20bis, tweede en derde lid, van het decreet van 29 maart 2004 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd officieel onderwijs en van de gesubsidieerde officiële psycho-medisch-sociale centra. »

Art. 119. In artikel 62.1.1 van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 16 januari 2012, worden de woorden "en de coördinator voor bevorderingspedagogiek aan een gespecialiseerde basis- en secundaire school worden" vervangen door het woord "wordt".

Art. 120. In artikel 62.7 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 11 mei 2009, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 1, tweede lid, 1°, l), ingevoegd bij decreet van 27 juni 2011, wordt de punt op het einde van de zin door een puntkomma vervangen;

2° er wordt een bepaling onder m) ingevoegd, luidende :

« m) voltijdse loopbaanonderbreking. »

3° paragraaf 2 wordt aangevuld met een tweede lid, luidende :

« In afwijking van § 1, eerste lid, 1°, mag een definitief aangesteld departementshoofd verlof voor de uitoefening van hetzelfde ambt of van een ander ambt nemen voor de duur van in totaal hoogstens vijf jaar. »

Art. 121. In hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 29 juni 2015, wordt een hoofdstuk *IVquinquies* ingevoegd, luidende :

« Hoofdstuk *IVquinquies*. — Bijzondere bepalingen voor de adviseur voor bevorderingspedagogiek aan een gespecialiseerde basis- en secundaire school »

Art. 122. Hoofdstuk *IVquinquies* van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een artikel 62.21, luidende :

« Art. 62.21 – *Beginsel*

In afwijking van hoofdstuk IV wordt het ambt van adviseur voor bevorderingspedagogiek aan een gespecialiseerde basis- en secundaire school, hierna "adviseur", toegewezen op basis van een aanstelling van doorlopende duur en van een definitieve aanstelling, overeenkomstig de onderstaande voorwaarden.

De artikelen 62.3, 62.6, § 1 en § 2, eerste lid, en derde tot vijfde lid, en artikel 62.7, § 1, eerste lid, zijn van toepassing op de adviseur. »

Art. 123. Hetzelfde hoofdstuk van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een artikel 62.22, luidende :

« Art. 62.22 – *Oproep tot de kandidaten en kandidatuur voor de aanstelling*

De inrichtende macht maakt de oproep tot de kandidaten voor een aanstelling van doorlopende duur bekend in de pers, door aanplakking in de scholen en in elke andere passende vorm.

De oproep bevat het profiel dat van de adviseur vereist wordt, de doelstellingen die tijdens de aanstelling moeten worden bereikt en de omvang van de opdracht.

De kandidatuur wordt ingediend per aangetekende brief. De kandidaat voegt bij zijn kandidatuur onder meer een motiveringsbrief waarin hij ingaat op de doeleinden die in het voorgaande lid worden vermeld. »

Art. 124. Hetzelfde hoofdstuk van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een artikel 62.23, luidende :

« Art. 62.23 – *Aanstelling*

De inrichtende macht beslist welke kandidaat het ambt mag uitoefenen.

De inrichtende macht rangschikt de kandidaten die geschikt zijn voor het ambt en baseert zich daarbij onder andere op de motiveringsbrief van de kandidaat, op één of meer sollicitatiegesprekken, evenals op de beroepservaring, de pedagogische kwalificatie en het geschiktheidsprofiel.

De rangschikking blijft twee jaar geldig met ingang van 1 september na de rangschikking en tussen de rangschikking en die eerste september. »

Art. 125. Hetzelfde hoofdstuk van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een artikel 62.24, luidende :

« Art. 62.24 – *Voorwaarden voor een definitieve aanstelling*

De inrichtende macht kan een adviseur definitief aanstellen als :

1° hij aan de voorwaarden van artikel 62.3 voldoet;

2° hij minstens vijf jaar dienstanciënniteit heeft, berekend overeenkomstig artikel 55;

3° hij in zijn laatste evaluatieverslag ten minste de vermelding "voldoende" heeft gekregen; bij gebrek aan een evaluatieverslag wordt die voorwaarde geacht vervuld te zijn. »

Art. 126. Hetzelfde hoofdstuk van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een artikel 62.25, luidende :

« Art. 62.25 – *Oproep tot de kandidaten en kandidatuur voor de definitieve aanstelling*

De inrichtende macht bepaalt welke definitief vacante betrekkingen voor de aanstelling vrijgegeven worden.

Elk jaar in de tweede helft van de maand april doet de inrichtende macht een oproep tot de kandidaten voor een definitieve aanstelling. Deze oproep wordt in de scholen bekendgemaakt, door aanplakking en in elke andere vorm die de inrichtende macht gepast acht.

De oproep bevat een lijst met de betrekkingen die op 1 oktober heel waarschijnlijk vacant zullen zijn en voor de definitieve aanstelling vrijgemaakt worden. De oproep omvat gegevens over de aard en de omvang van de te begeven betrekkingen, alsmede de voorwaarden waaraan de kandidaten moeten voldoen en vermeldt in welke vorm en binnen welke termijn de kandidaturen moeten worden ingediend. »

Art. 127. Hetzelfde hoofdstuk van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een artikel 62.26, luidende :

« Art. 62.26 – *Definitieve aanstelling*

De definitieve aanstellingen geschieden op 1 oktober in de betrekkingen vermeld in artikel 62.25, derde lid, die op dit ogenblik nog vacant zijn.

Het minimale aantal uren bij een eerste aanstelling in een ambt belooft één vierde van het aantal uren vereist voor een voltijdse betrekking.

Een definitieve aanstelling geschiedt voor volledige uren.

Voor de definitieve aanstelling van een kandidaat baseert de inrichtende macht zijn keuze onder andere op één of meer sollicitatiegesprekken, de beroepservaring, de pedagogische kwalificatie, het geschiktheidsprofiel en de beoordelingsstaat. »

Art. 128. Hetzelfde hoofdstuk van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een artikel 62.27, luidende :

« Art. 62.27 – *Tijdelijke vervanging*

Indien de aanstelling van de adviseur beëindigd wordt of indien de adviseur zijn ambt neerlegt of wegens verlof of terbeschikkingstelling tijdelijk afwezig is, kan de inrichtende macht hem tot het einde van het schooljaar vervangen door een persoon die voldoet aan de in artikel 62.23, eerste lid, vermelde voorwaarden, met uitzondering van die vermeld in 3°.

Met behoud van de toepassing van het eerste lid doet de inrichtende macht een beroep op de personen die overeenkomstig artikel 62.23 gerangschikt werden, zolang die rangschikking geldig is. »

Art. 129. Hetzelfde hoofdstuk van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een artikel 62.28, luidende :

« Art. 62.28 – *Wekelijkse arbeidsduur*

De adviseur presteert gemiddeld 38 uren van 60 minuten per week. Het gemiddelde wordt op basis van een referentieperiode van vier maanden berekend. »

Art. 130. Hetzelfde hoofdstuk van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een artikel 62.29, luidende :

« Art. 62.29 – *Evaluatieverslag en beroepsmogelijkheid*

§ 1. Voor een adviseur stelt het inrichtingshoofd om de vijf jaar ten minste één evaluatieverslag op. Daartoe voert het inrichtingshoofd een evaluatiegesprek.

Voor de evaluatie van een personeelslid kan het inrichtingshoofd zich baseren op het schriftelijk verslag van een ander personeelslid dat een bevorderings- of selectieambt bekleedt – met uitzondering van het ambt van adviseur – en dat schriftelijk van hem de opdracht kreeg een dergelijk verslag over het werk van het betrokken personeelslid op te stellen.

§ 2. De procedure vermeld in artikel 62.10, § 1, tweede lid, § 1.1, § 2, tweede lid, § 3 en § 4 is van toepassing. »

Art. 131. In hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 29 juni 2015, wordt een hoofdstuk IV^{sexies} ingevoegd, luidende :

« Hoofdstuk IV^{sexies}. — Bijzondere bepalingen voor onderdirecteurs »

Art. 132. In het hoofdstuk IV^{sexies} van hetzelfde decreet wordt een artikel 62.30 ingevoegd, luidende :

« Art. 62.30 – *Beginsel*

In afwijking van hoofdstuk IV zijn de artikelen 62.3 tot 62.8 en 62.10 tot 62.12 van toepassing op het ambt van onderdirecteur. »

Art. 133. In hetzelfde decreet wordt een hoofdstuk IV^{septies} ingevoegd, luidende :

« Hoofdstuk IV^{septies}. — Bijzondere bepalingen voor werkmeesters in het lager en hoger secundair onderwijs »

Art. 134. In hoofdstuk IV^{septies} van hetzelfde decreet wordt een artikel 62.31 ingevoegd, luidende :

« Art. 62.31 – *Beginsel*

In afwijking van hoofdstuk IV wordt het ambt van werkmeester in het lager en hoger secundair onderwijs, hierna "werkmeester", toegewezen op basis van een aanstelling van doorlopende duur en van een definitieve aanstelling, overeenkomstig de onderstaande voorwaarden.

De artikelen 62.6 tot 62.8 en 62.10 tot 62.12 zijn van toepassing op het ambt van werkmeester. »

Art. 135. In hetzelfde hoofdstuk van hetzelfde decreet wordt een artikel 62.32 ingevoegd, luidende :

« Art. 62.32 – *Toelatingsvoorwaarden*

Het ambt van werkmeester wordt bekleed door een persoon die :

1° voldoet aan de voorwaarden vermeld in artikel 62.3, met uitzondering van het eerste lid, 2°;

2° als tijdelijk aangewezen of definitief benoemd of aangesteld personeelslid in het door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerd of gesubsidieerd onderwijs één van de volgende wervingsambten in het lager of hoger secundair onderwijs bekleedt :

- a) leraar technische vakken;
- b) leraar beroepspraktijk;
- c) leraar technische vakken en beroepspraktijk;

3° voldoet aan de in artikel 35, § 1, eerste lid, 2° tot 5°, vermelde voorwaarden voor het ambt vermeld in 2° van dit artikel. »

Art. 136. In hetzelfde hoofdstuk van hetzelfde decreet wordt een artikel 62.33 ingevoegd, luidende :

« *Art. 62.33 – Oproep tot de kandidaten en sollicitatie*

De inrichtende macht maakt de oproep tot de kandidaten bekend in de pers, door aanplakking in de scholen alsmede in elke andere passende vorm.

De oproep bevat het profiel dat van de werkmeester vereist wordt en de doelstellingen die tijdens de aanstelling moeten worden bereikt.

De kandidatuur wordt ingediend per aangetekende brief. De kandidaat voegt bij zijn kandidatuur onder meer een motiveringsbrief waarin hij uitlegt hoe hij de in het voorafgaande lid vermelde doeleinden denkt te verwezenlijken. »

Art. 137. In hetzelfde hoofdstuk van hetzelfde decreet wordt een artikel 62.34 ingevoegd, luidende :

« *Art. 62.34 – Aanwijzing*

De inrichtende macht beslist welke kandidaat het ambt mag uitoefenen.

Hij baseert zich onder andere op de motiveringsbrief van de kandidaat, op één of meer sollicitatiegesprekken, evenals op de beroepservaring, de pedagogische kwalificatie en de vakcompetentie voor de te begeleiden afdelingen. »

Art. 138. In artikel 69.2, eerste lid, 2°, a), van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 25 juni 2007 en vervangen bij het decreet van 11 mei 2009, worden de woorden "van de tweede graad bezitten; bij gebrek aan een kandidaat met dit diploma is een diploma van het hoger onderwijs van de eerste graad voldoende" vervangen door de woorden "van de eerste graad bezitten".

Art. 139. In artikel 69.6 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 25 juni 2007, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 1, tweede lid, 1°, l), ingevoegd bij decreet van 27 juni 2011, wordt de punt op het einde van de zin door een puntkomma vervangen;

2° er wordt een bepaling onder m) ingevoegd, luidende :

« m) voltijdse loopbaanonderbreking. »

3° paragraaf 2 wordt aangevuld met een tweede lid, luidende :

« In afwijking van § 1, eerste lid, 1°, mag een definitief aangesteld inrichtingshoofd verlof voor de uitoefening van hetzelfde ambt of van een ander ambt nemen voor de duur van in totaal hoogstens vijf jaar. »

Art. 140. In artikel 119.3 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 16 juli 2012, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid worden de woorden "1 januari 2018" vervangen door de woorden "1 januari 2017" en wordt het getal "2017" vervangen door het getal "2016";

2° in het tweede lid worden de woorden "1 januari 2018" vervangen door de woorden "1 januari 2017" en wordt het getal "2017" vervangen door het getal "2016";

3° in het derde lid worden de woorden "1 januari 2018" vervangen door de woorden "1 januari 2017" en wordt het getal "2017" vervangen door het getal "2016";

4° in het vierde lid worden de woorden "1 januari 2018" vervangen door de woorden "1 januari 2017" en wordt het getal "2017" vervangen door het getal "2016".

Art. 141. Titel IV van hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 29 juni 2015, wordt aangevuld met een artikel 119.9, luidende :

« *Art. 119.9 – Voor personeelsleden die uiterlijk op 1 september 2009 met toepassing van de geldige afwijkingsbepalingen bij de inrichtende macht van het gemeenschapsonderwijs voor het toe te wijzen ambt beschouwd werden als houders van een vereist bekwaamheidsbewijs, geldt de voorwaarde vermeld in artikel 33, eerste lid, 5°, en de voorwaarde vermeld in artikel 49, § 1, eerste lid, 5°, als vervuld.*

Voor personeelsleden die uiterlijk op 1 september 2010 met toepassing van de geldige afwijkingsbepalingen bij een inrichtende macht van het gesubsidieerd officieel onderwijs of van het gesubsidieerd vrij onderwijs voor het toe te wijzen ambt beschouwd werden als houders van een vereist bekwaamheidsbewijs, geldt de voorwaarde vermeld in artikel 33, eerste lid, 5°, en de voorwaarde vermeld in artikel 49, § 1, eerste lid, 5°, als vervuld. »

HOOFDSTUK 12. — *Wijziging van het decreet van 26 april 1999 betreffende het gewoon basisonderwijs*

Art. 142. Artikel 20 van het decreet van 26 april 1999 betreffende het gewoon basisonderwijs, vervangen bij het decreet van 29 juni 2015, wordt aangevuld met een paragraaf 5, luidende :

« § 5. Tegen de niet-uitreiking van een bewijs van basisonderwijs kan beroep worden ingesteld bij de raad van beroep vermeld in artikel 38 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor de gewone en gespecialiseerde scholen, volgens de procedure vermeld in artikel 39 van hetzelfde decreet. »

Art. 143. In hoofdstuk 3, afdeling 2, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 29 juni 2015, wordt een artikel 20.1 ingevoegd, luidende :

« *Art. 20.1 – Vrijstelling van examens, redelijke aanpassingen en bescherming van de schoolcijfers bij de uitreiking van het bewijs van basisonderwijs buiten schoolverband*

§ 1. In afwijking van artikel 20, § 2, vierde lid, § 3, eerste lid, eerste zin, en § 4, tweede lid, kunnen de personen belast met de opvoeding van kinderen met specifieke onderwijsbehoeften bij de inschrijving voor de examens een vrijstelling van één of meer examens aanvragen bij de voorzitter van de examencommissie.

Bij de aanvraag wordt een advies van het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren gevoegd; dat advies mag niet ouder zijn dan zes maanden en bevestigt dat het kind specifieke onderwijsbehoeften heeft en niet kan slagen voor de examens van de examencommissie. Het advies wordt ingewonnen door de personen belast met de opvoeding. Indien het advies opgemaakt wordt door een andere instelling dan het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren, dan moeten de personen belast met de opvoeding het advies door het centrum laten goedkeuren.

De examencommissie beslist overeenkomstig artikel 20, § 4, derde en vierde lid, over de vrijstelling voor het examen of de examens en deelt de beslissing schriftelijk mee aan de personen belast met de opvoeding.

§ 2. In afwijking van § 2, vierde lid, § 3, eerste lid, eerste zin, en § 4, tweede lid, kunnen de personen belast met de opvoeding de redelijke aanpassingen en de bescherming van de schoolcijfers aanvragen die vermeld worden in de artikelen 93.33 en 93.38 van het decreet van 31 augustus betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor de gewone en gespecialiseerde scholen.

Bij de aanmelding voor de examens dienen de personen belast met de opvoeding een aanvraag voor redelijke aanpassingen of bescherming van de schoolcijfers in bij de voorzitter van de examencommissie. Daarvoor gebruiken ze een door de Regering vastgelegd aanvraagformulier. Indien de aanvraag voor redelijke aanpassingen of bescherming van de schoolcijfers wordt ingediend nadat de termijn voor de inschrijving voor de examens verstreken is, wordt ze van ambtswege afgewezen.

Bij de aanvraag voor redelijke aanpassingen gaat een deskundigenadvies dat overeenstemt met het advies vermeld in artikel 93.34, § 1, tweede en derde lid, van hetzelfde decreet van 31 augustus 1998. Bij de aanvraag voor bescherming van de schoolcijfers gaat een deskundigenadvies dat overeenstemt met het advies vermeld in artikel 93.39, § 1, tweede en derde lid, van hetzelfde decreet van 31 augustus 1998.

Het indienen van een aanvraag opent geen recht op de in het advies aanbevolen compenserende maatregelen of de in het advies aanbevolen deelgebieden van de bescherming van de schoolcijfers.

De artikelen 93.35 en 93.40 van hetzelfde decreet van 31 augustus 1998 zijn van toepassing op de examencommissie, waarbij onder "inrichtingshoofd" en "onderwijsinspectie" de voorzitter van de examencommissie wordt verstaan en waarbij onder "leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel en van het paramedisch en psychosociaal personeel" de leden van de examencommissie wordt verstaan. »

HOOFDSTUK 13. — *Wijziging van het decreet van 30 juni 2003 houdende dringende maatregelen inzake onderwijs 2003*

Art. 144. In artikel 5, § 4, van het decreet van 30 juni 2003 houdende dringende maatregelen inzake onderwijs 2003, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 25 oktober 2010, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° na het huidige derde lid wordt het volgende vierde lid ingevoegd, luidende :

« In afwijking van het tweede lid wordt een personeelslid van het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren dat onderworpen is aan de artikelen 6.44 en 6.48 tot 6.51 van het decreet van 31 maart 2014 betreffende het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren en de artikelen 111.8 tot 111.10 van het decreet van 21 april 2008 houdende valorisatie van het lerarenberoep, bezoldigd op basis van het ambt dat het met toepassing van § 1, eerste lid, 4°, uitoefent. »

2° het huidige vierde lid wordt het vijfde lid en het huidige vijfde lid wordt het zesde lid.

HOOFDSTUK 14. — *Wijziging van het decreet van 29 maart 2004 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd officieel onderwijs en van de gesubsidieerde officiële psycho-medisch-sociale centra*

Art. 145. In artikel 37, eerste lid, van het decreet van 29 maart 2004 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd officieel onderwijs en van de gesubsidieerde officiële psycho-medisch-sociale centra, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 29 juni 2015, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in de inleidende zin van het eerste lid, 5°, vervangen bij het decreet van 23 juni 2008, worden de woorden "bepaald in artikel 20bis, leden 2 en 3," opgeheven;

2° tussen het eerste lid en het tweede lid, dat het derde lid wordt, wordt een nieuw tweede lid ingevoegd, luidende :

« Bij de afwijking vermeld in het eerste lid, 5°, gaat het om de aanstelling resp. aanwijzing van een personeelslid volgens één van de volgende bepalingen :

1° artikel 19, § 2, van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch en psychosociaal personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, gespecialiseerd, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen;

2° artikel 33bis, tweede en derde lid, van het decreet van 14 december 1998 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd vrij onderwijs en van het gesubsidieerd vrij PMS-centrum;

3° artikel 20bis, tweede en derde lid, van dit decreet. »

Art. 146. In artikel 56.6 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 23 maart 2009, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 1, tweede lid, 1°, k), ingevoegd bij decreet van 27 juni 2011, wordt de punt op het einde van de zin door een puntkomma vervangen;

2° er wordt een bepaling onder l) ingevoegd, luidende :

« l) voltijdse loopbaanonderbreking. »

3° paragraaf 2 wordt aangevuld met een tweede lid, luidende :

« In afwijking van § 1, eerste lid, 1°, mag een definitief benoemde administratief hoofdsecretaris verlof voor de uitoefening van hetzelfde ambt of van een ander ambt nemen voor de duur van in totaal hoogstens vijf jaar. »

Art. 147. In hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 29 juni 2015, wordt een hoofdstuk *IVsexies* ingevoegd dat het artikel 56.15 bevat, luidende :

« Hoofdstuk *IVsexies*. — Bijzondere bepalingen voor de adviseur voor bevorderingspedagogiek aan een gespecialiseerde basis- en secundaire school

Art. 56.15 – In afwijking van hoofdstuk IV wordt het ambt van adviseur voor bevorderingspedagogiek aan een gespecialiseerde basis- en secundaire school toegewezen in de vorm van een aanstelling van doorlopende duur en in de vorm van een vaste benoeming overeenkomstig de voorwaarden die gelden in het gesubsidieerd vrij onderwijs. »

Art. 148. In hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 29 juni 2015, wordt een hoofdstuk *IVsepties* ingevoegd, luidende :

« Hoofdstuk *IVsepties*. — Bijzondere bepalingen voor onderdirecteurs »

Art. 149. In hoofdstuk *IVsepties* van hetzelfde decreet wordt een artikel 56.16 ingevoegd, luidende :

« *Art. 56.16* – In afwijking van hoofdstuk IV wordt het ambt van onderdirecteur toegewezen in de vorm van een aanstelling van doorlopende duur en in de vorm van een vaste benoeming overeenkomstig de voorwaarden die gelden in het gesubsidieerd vrij onderwijs. »

Art. 150. In hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 29 juni 2015, wordt een hoofdstuk *IVocties* ingevoegd, luidende :

« Hoofdstuk *IVocties*. — Bijzondere bepalingen voor werkmeesters in het lager en hoger secundair onderwijs »

Art. 151. In hoofdstuk *IVocties* van hetzelfde decreet wordt een artikel 56.17 ingevoegd, luidende :

« *Art. 56.17* – In afwijking van hoofdstuk IV wordt het ambt van werkmeester in het lager en hoger secundair onderwijs toegewezen in de vorm van een aanstelling van doorlopende duur en in de vorm van een vaste benoeming overeenkomstig de voorwaarden die gelden in het gesubsidieerd vrij onderwijs. »

Art. 152. In artikel 64.2, eerste lid, van hetzelfde decreet, wordt de bepaling onder 2°, ingevoegd bij het decreet van 23 maart 2009 en voor de Nederlandse versie vervangen bij het decreet van 24 juni 2013, vervangen als volgt :

« 2° minstens over een diploma van het hoger onderwijs van de eerste graad beschikt; ».

Art. 153. In artikel 64.6 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 23 maart 2009, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 1, tweede lid, 1°, l), ingevoegd bij decreet van 27 juni 2011, wordt de punt op het einde van de zin door een puntkomma vervangen;

2° er wordt een bepaling onder m) ingevoegd, luidende :

« m) voltijdse loopbaanonderbreking. »

3° paragraaf 2 wordt aangevuld met een tweede lid, luidende :

« In afwijking van § 1, eerste lid, 1°, mag een vastbenoemde directeur van een kunstacademie verlof voor de uitoefening van hetzelfde ambt of van een ander ambt nemen voor de duur van in totaal hoogstens vijf jaar. »

Art. 154. In artikel 64.13, eerste lid, 2°, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 28 juni 2010, wordt de bepaling onder a) vervangen als volgt :

« 2° a) voor het ambt van inrichtingshoofd of directeur van een gewone secundaire school : tenminste houder zijn van een diploma van het hoger onderwijs van de eerste graad; »

Art. 155. In artikel 64.17 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 28 juni 2010, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 1, tweede lid, 1°, l), ingevoegd bij decreet van 27 juni 2011, wordt de punt op het einde van de zin door een puntkomma vervangen;

2° er wordt een bepaling onder m) ingevoegd, luidende :

« m) voltijdse loopbaanonderbreking. »

3° paragraaf 2 wordt aangevuld met een tweede lid, luidende :

« In afwijking van § 1, eerste lid, 1°, mag een vastbenoemd inrichtingshoofd verlof voor de uitoefening van hetzelfde ambt of van een ander ambt nemen voor de duur van in totaal hoogstens vijf jaar. »

Art. 156. In artikel 111*quater* van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 16 juli 2012, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid worden de woorden "1 januari 2018" vervangen door de woorden "1 januari 2017" en wordt het getal "2017" vervangen door het getal "2016";

2° in het tweede lid worden de woorden "1 januari 2018" vervangen door de woorden "1 januari 2017" en wordt het getal "2017" vervangen door het getal "2016";

3° in het derde lid worden de woorden "1 januari 2018" vervangen door de woorden "1 januari 2017" en wordt het getal "2017" vervangen door het getal "2016";

4° in het vierde lid worden de woorden "1 januari 2018" vervangen door de woorden "1 januari 2017" en wordt het getal "2017" vervangen door het getal "2016".

Art. 157. In hoofdstuk XIV van hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 29 juni 2015, wordt een artikel 111*novies* ingevoegd, luidende :

« *Art. 111novies* – Voor personeelsleden die uiterlijk op 1 september 2009 met toepassing van de geldige afwijkingsbepalingen bij de inrichtende macht van het gemeenschapsonderwijs voor het toe te wijzen ambt beschouwd werden als houders van een vereist bekwaamheidsbewijs, geldt de voorwaarde vermeld in artikel 20, § 1, eerste lid, 5°, en de voorwaarde vermeld in artikel 37, eerste lid, 5°, als vervuld.

Voor personeelsleden die uiterlijk op 1 september 2010 met toepassing van de geldige afwijkingsbepalingen bij een inrichtende macht van het gesubsidieerd officieel onderwijs of van het gesubsidieerd vrij onderwijs voor het toe te wijzen ambt beschouwd werden als houders van een vereist bekwaamheidsbewijs, geldt de voorwaarde vermeld in artikel 20, § 1, eerste lid, 5°, en de voorwaarde vermeld in artikel 37, eerste lid, 5°, als vervuld. »

HOOFDSTUK 15. — *Wijziging van het decreet van 19 april 2004 betreffende de taaloverdracht en het gebruik van de talen in het onderwijs*

Art. 158. In artikel 10 van het decreet van 19 april 2004 betreffende de taaloverdracht en het gebruik van de talen in het onderwijs worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid worden de woorden "selectie- en" opgeheven;

2° het artikel wordt aangevuld met een tweede lid, luidende :

« Alle selectieambten worden bekleed door personeelsleden die een grondige kennis van het Duits hebben. Indien het personeelslid een Franstalige of een Nederlandstalige doelgroep begeleidt, zorgt de inrichtende macht ervoor dat de doelgroep in de betrokken taal begeleid wordt. »

Art. 159. In artikel 26bis, 1°, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 21 april 2008, wordt het getal "4" vervangen door het getal "10".

Art. 160. Artikel 52 van hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 29 juni 2015, wordt aangevuld met een negende lid, luidende :

« Personeelsleden die vóór 1 september 2016 werkzaam waren in het onderwijs in de Duitstalige Gemeenschap en die vóór 1 september 2016 houder waren van een attest dat bewijst dat ze geslaagd zijn voor een opleiding in de didactiek van het vreemdetalenonderwijs overeenstemmend met ten minste 4 studiepunten, worden beschouwd als houders van een bewijs van de kennis in de didactiek van het vreemdetalenonderwijs. »

HOOFDSTUK 16. — *Wijziging van het decreet van 17 mei 2004 over maatregelen inzake onderwijs, opleiding en infrastructuur - 2004*

Art. 161. Artikel 20 van het decreet van 17 mei 2004 over maatregelen inzake onderwijs, opleiding en infrastructuur - 2004, gewijzigd bij de decreten van 28 juni 2010 en 31 maart 2014, wordt aangevuld met een derde lid, luidende :

« Dit hoofdstuk is ook van toepassing op het ambt van adviseur voor bevorderingspedagogiek aan een gespecialiseerde basis- en secundaire school. »

Art. 162. In artikel 21.3, derde lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 16 juli 2012 en gewijzigd bij het decreet van 31 maart 2014, wordt de derde zin vervangen als volgt :

« Het terugbetaalde bedrag stemt overeen met de werkelijk gemaakte kosten en mag per schooljaar niet hoger zijn dan het bedrag dat terugbetaald werd voor een jaarabonnement voor hetzelfde traject. »

HOOFDSTUK 17. — *Wijziging van het decreet van 6 juni 2005 houdende maatregelen inzake onderwijs 2005*

Art. 163. In artikel 33, tweede en derde lid, van het decreet van 6 juni 2005 houdende maatregelen inzake onderwijs 2005, gewijzigd bij het decreet van 23 juni 2008, wordt het woord "drie" telkens vervangen door het woord "vier".

Art. 164. In hoofdstuk XIX, afdeling 6, van hetzelfde decreet wordt een artikel 33.1 ingevoegd, luidende :

« Art. 33.1 – § 1. Na afloop van het ouderschapsverlof heeft het personeelslid vermeld in artikel 22 het recht terug te keren in zijn vroegere functie of, indien dat niet mogelijk is, in een gelijkwaardige of vergelijkbare functie.

§ 2. Het personeelslid kan een aanpassing van zijn werktijden aanvragen voor een duur van zes maanden na afloop van het ouderschapsverlof. Bij de aanpassing van de werktijd wordt rekening gehouden met het belang van de dienst en met het belang van het betrokken personeelslid om de verenigbaarheid van het beroepsleven en het gezinsleven te verbeteren.

De aanvraag om de werktijd aan te passen, moet minstens drie weken vóór afloop van het ouderschapsverlof, via het inrichtingshoofd, schriftelijk ingediend worden bij de inrichtende macht die de beslissing neemt in overleg met het inrichtingshoofd.

Als de aanvraag afgewezen wordt, wordt de reden minstens één week voor afloop van het ouderschapsverlof schriftelijk meegedeeld aan het betrokken personeelslid. »

Art. 165. Artikel 34 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

« Art. 34 - De bepalingen van deze afdeling voorzien in de omzetting van Richtlijn 2010/18/EU van de Raad van 8 maart 2010 tot uitvoering van de door BUSINESSEUROPE, UEAPME, het CEEP en het EVV gesloten herziene raamovereenkomst en tot intrekking van Richtlijn 96/34/EG. »

HOOFDSTUK 18. — *Wijziging van het decreet van 27 juni 2005 houdende oprichting van een autonome hogeschool*

Art. 166. In titel I van het decreet van 27 juni 2005 houdende oprichting van een autonome hogeschool, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 24 juni 2013, wordt een artikel 1.4 ingevoegd, luidende :

« Art. 1.4 – *Omzetting van Europese richtlijnen*

Artikel 2.7 en artikel 3.25 dienen tot gedeeltelijke omzetting van de Richtlijn 2005/36/EG van het Europees Parlement en de Raad van 7 september 2005 betreffende de erkenning van beroepskwalificaties. »

Art. 167. Artikel 2.7 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 28 juni 2010, wordt vervangen als volgt :

« Artikel 2.7. – *Competenties in de afdeling Verpleegkunde*

§ 1. De basisopleiding richt zich naar het profiel van de verpleger, zoals bepaald overeenkomstig het koninklijk besluit nr. 78 van 10 november 1967 betreffende de uitoefening van de gezondheidszorgberoepen.

De basisopleiding wordt zo georganiseerd dat ze de student de mogelijkheid biedt op zijn minst de volgende competenties te ontwikkelen :

1° de competentie om de behoeften aan verpleegkundige zorg onder eigen verantwoordelijkheid vast te stellen, rekening houdend met de actuele theoretische, klinische en praktische kennis en de verpleegkundige zorg in het kader van de behandeling van patiënten op grond van de verworven kennis en vaardigheden te plannen, te organiseren en uit te voeren en zo het beroep beter uit te oefenen;

2° de competentie om efficiënt samen te werken met andere actoren uit de gezondheidszorg, met inbegrip van de competentie om mee te werken aan de praktische opleiding van beoefenaars van gezondheidszorgberoepen, op basis van de verworven kennis en vaardigheden;

3° de competentie om personen, families en groepen op grond van de verworven kennis en vaardigheden te helpen om gezond te leven en te leren om voor zichzelf te zorgen;

4° de competentie om onder eigen verantwoordelijkheid levensreddende dringende maatregelen op gang te brengen en in crisissituaties of bij rampen maatregelen uit te voeren;

5° de competentie om zorgbehoevende personen en hun referentiepersonen onder eigen verantwoordelijkheid te adviseren, op te leiden en te ondersteunen;

6° de competentie om de kwaliteit van de verpleegkundige zorg onder eigen verantwoordelijkheid veilig te stellen en te beoordelen;

7° de competentie om omvattend en vakkundig te communiceren en om samen te werken met andere beoefenaars van gezondheidszorgberoepen;

8° de competentie om de kwaliteit van de zorg te analyseren en zo het beroep van verpleegkundige, die verantwoordelijk is voor de algemene verzorging, beter uit te oefenen.

§ 2. De opleidingsactiviteiten die noodzakelijk zijn voor het verwerven van deze competenties steunen, in het kader van de basisopleiding, op zijn minst op de volgende opleidingsgebieden :

1° verpleegkunde;

2° humane en sociale wetenschappen;

3° medische en biologische basiswetenschappen;

4° beroepsgerichte integratie van theorie en praktijk. »

Art. 168. In artikel 3.25 van hetzelfde decreet worden de woorden "drie studiejaren" vervangen door de woorden "minstens drie studiejaren".

Art. 169. In artikel 5.15, § 1, eerste lid, 5°, van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 23 juni 2008 en laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 16 juli 2012, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in de bepaling onder d), vervangen bij het decreet van 16 juli 2012, worden de woorden "bestuurs- en onderwijzend personeel" vervangen door de woorden "bestuurs- en onderwijzend personeel in het secundair onderwijs" en wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma-punt;

2° er wordt een bepaling onder e) ingevoegd, luidende :

« e) als het om een lid van het bestuurs- en onderwijzend personeel in het hoger onderwijs gaat, beschikt dat personeelslid over een pedagogisch bekwaamheidsbewijs voor het hoger onderwijs of over een bewijs dat door de Regering als gelijkwaardig wordt erkend. »

Art. 170. In artikel 5.31, eerste lid, 5°, van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 23 juni 2008, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in de bepaling onder d), vervangen bij het decreet van 16 juli 2012, worden de woorden "bestuurs- en onderwijzend personeel" vervangen door de woorden "bestuurs- en onderwijzend personeel in het secundair onderwijs" en wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma-punt;

2° er wordt een bepaling onder e) ingevoegd, luidende :

« e) als het om een lid van het bestuurs- en onderwijzend personeel in het hoger onderwijs gaat, beschikt dat personeelslid over een pedagogisch bekwaamheidsbewijs voor het hoger onderwijs of over een bewijs dat door de Regering als gelijkwaardig wordt erkend. »

Art. 171. In artikel 5.92, 1°, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 27 juni 2011, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in de bepaling onder k) wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma-punt;

2° er worden bepalingen onder l) en m) ingevoegd, luidende :

« l) voltijdse loopbaanonderbreking;

n) verlof voor de uitoefening van hetzelfde of van een ander ambt. »

Art. 172. In artikel 5.98, derde lid 1°, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 27 juni 2011, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in de bepaling onder k) wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma-punt;

2° er worden bepalingen onder l) en m) ingevoegd, luidende :

« l) voltijdse loopbaanonderbreking;

n) verlof voor de uitoefening van hetzelfde of van een ander ambt. »

Art. 173. In artikel 9.11^{quater} van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 16 juli 2012, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid worden de woorden "1 januari 2018" vervangen door de woorden "1 januari 2017" en wordt het getal "2017" vervangen door het getal "2016";

2° in het tweede lid worden de woorden "1 januari 2018" vervangen door de woorden "1 januari 2017" en wordt het getal "2017" vervangen door het getal "2016";

Art. 174. Titel IX van hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 16 juli 2012, wordt aangevuld met een artikel 9.11*quinquies*, luidende :

« Art. 9.11*quinquies* – *Overgangsregeling voor de uitreiking van de bachelor in de verpleegkunde*

De bachelor in de verpleegkunde kan uitsluitend uitgereikt worden overeenkomstig de bepalingen die geldig waren vóór 1 september 2016 aan studenten die :

1° in het academiejaar 2015-2016 geslaagd zijn voor het tweede jaar en in het academiejaar 2016-2017 geslaagd zijn voor het derde jaar, of

2° in het academiejaar 2015-2016 geslaagd zijn voor het eerste jaar, in het academiejaar 2016-2017 geslaagd zijn voor het tweede jaar en in het academiejaar 2017-2018 geslaagd zijn voor het derde jaar.

Leerlingen of studenten die niet voldoen aan de voorwaarden gesteld in het eerste lid, kunnen zich niet laten inschrijven in een studiejaar dat georganiseerd wordt overeenkomstig de bepalingen die geldig waren vóór 1 september 2016. »

HOOFDSTUK 19. — *Wijziging van het decreet van 21 april 2008 houdende valorisatie van het lerarenberoep*

Art. 175. In artikel 103 van het decreet van 21 april 2008 houdende valorisatie van het lerarenberoep, gewijzigd bij het decreet van 23 maart 2009 en bij het decreet van 29 juni 2015, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in de bepaling onder 5° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma-punt;

2° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 6°, luidende :

« 6° "de personeelsleden die het selectieambt van adviseur voor bevorderingspedagogiek aan een gespecialiseerde basis- en secundaire school bekleden." »

Art. 176. In artikel 111.3, § 1, vierde lid, 3°, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 19 april 2010, worden de woorden "31 mei" vervangen door de woorden "30 april".

Art. 177. Artikel 111.9 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 31 maart 2014 en gewijzigd bij het decreet van 29 juni 2015, wordt aangevuld met de paragrafen 6 en 7, luidende :

« § 6. De artikelen 111.9, § 1, eerste lid, § 2, eerste lid, § 3, eerste lid, en § 4, eerste lid, zijn niet van toepassing als in de periode van 1 september 2014 tot en met 31 augustus 2019 diensten bij een vereniging zonder winstoogmerk, in het onderwijs of in de openbare sector worden gepresteerd die op grond van het relevant geldelijk statuut tijdens de voormelde periode erkend worden en als een geldelijke anciënniteit van ten minste één jaar daaruit voortvloeit.

§ 7. Voor de berekening van het zevende of het achtste dienstjaar wordt de geldelijke anciënniteit van de personeelsleden in aanmerking genomen. »

Art. 178. Bijlage I van hetzelfde decreet, vervangen bij de het decreet van 16 juli 2012, wordt vervangen door de bijlage I gevoegd bij dit decreet.

Art. 179. In bijlage II van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 16 juli 2012, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in de bepaling onder 1° worden de woorden "1 januari 2018" vervangen door de woorden "1 januari 2017";

2° in de bepaling onder 2° wordt het getal "2017" vervangen door het getal "2016".

Art. 180. Bijlage IV van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 31 maart 2014, wordt vervangen door de bijlage 2 gevoegd bij dit decreet.

HOOFDSTUK 20. — *Wijziging van het decreet van 17 november 2008 ter ondersteuning van de instellingen voor volwassenenonderwijs*

Art. 181. Artikel 18.1 van het decreet van 17 november 2008 ter ondersteuning van de instellingen voor volwassenenonderwijs, ingevoegd bij het decreet van 25 februari 2013, wordt aangevuld met een paragraaf 3, luidende :

« § 3. In afwijking van artikel 8, § 5, derde lid, wordt de tussentijdse evaluatie van de goedgekeurde globale concepten voor de eenvormige ondersteuningsperiode 2014-2017 opgeschort. »

HOOFDSTUK 21. — *Wijziging van het decreet van 11 mei 2009 over het centrum voor bevorderingspedagogiek, ter verbetering van de gespecialiseerde pedagogische ondersteuning in de gewone en gespecialiseerde scholen, evenals ter aanmoediging van de ondersteuning van leerlingen met een beperking of met aanpassings- of leerproblemen in de gewone en gespecialiseerde scholen*

Art. 182. In artikel 6, eerste lid, van het decreet van 11 mei 2009 over het Centrum voor bevorderingspedagogiek, ter verbetering van de gespecialiseerde pedagogische ondersteuning in de gewone en gespecialiseerde scholen, evenals ter aanmoediging van de ondersteuning van leerlingen met een beperking of met aanpassings- of leerproblemen in de gewone en gespecialiseerde scholen worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in de bepaling onder 7° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma-punt;

2° Er worden bepalingen onder 8° tot 12° ingevoegd, luidende :

« 8° het onderwijs voor zieke kinderen;

9° de begeleiding van leerlingen die wegens bijzondere moeilijkheden gedurende enige tijd de gewone lessen niet meer volgen en sociaal-pedagogische begeleiding moeten krijgen om zo snel mogelijk weer aan het dagelijkse schoolleven te kunnen deelnemen;

10° organisatie en uitvoering van maatregelen om de competenties inzake gespecialiseerde pedagogische ondersteuning bij de personeelsleden in het onderwijs uit te breiden;

11° adviseren en begeleiden op het gebied van intercultureel onderwijs en taalonderwijs;

12° meewerken aan de ontwikkeling van concepten inzake gespecialiseerde pedagogische ondersteuning en aan de sturing van de uitvoering van die concepten. »

Art. 183. Artikel 14 van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een tweede lid, luidende :

« De vierde betrekking van departementshoofd vermeld in artikel 24 van hetzelfde decreet van 27 juni 1990 wordt in het Centrum voor bevorderingspedagogiek georganiseerd vanaf 1 september 2016. »

HOOFDSTUK 22. — *Wijziging van het decreet van 25 oktober 2010 houdende pedagogische en administratieve vernieuwingen in het onderwijs*

Art. 184. In artikel 1 van het decreet van 25 oktober 2010 houdende pedagogische en administratieve vernieuwingen in het onderwijs worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in de inleidende zin van § 1 worden de woorden "1-4" vervangen door de woorden "3-4.1";

2° in § 2 worden de bepalingen onder 1° en 2° opgeheven;

3° in § 2, 3° en 4°, worden de bepalingen onder i) tot l) opgeheven;

4° paragraaf 2 wordt aangevuld met een bepaling onder 5°, luidende :

« 5° in bijlage 4.1 voor de wervingsambten in het deeltijds kunstonderwijs vermeld in artikel 6, G), a), 1° tot 29°, van het koninklijk besluit van 2 oktober 1968 tot vaststelling en rangschikking van de ambten der leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch en psychosociaal personeel bij de inrichtingen voor kleuteronderwijs, lager, gespecialiseerd, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, en van de ambten der leden van de inspectiedienst belast met het toezicht op deze inrichtingen. »

Art. 185. De bijlagen 1 en 2 van hetzelfde decreet worden opgeheven.

Art. 186. In hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 29 juni 2015, wordt een artikel 3.2 ingevoegd, luidende :

« Art 3.2. – *Houders van een in de tijd beperkt bewijs van pedagogische bekwaamheid in het deeltijds kunstonderwijs*

Voor personeelsleden die één van de ambten genoemd in artikel 1, § 2, 5°, bekleden, wordt ervan uitgegaan dat de voorwaarde die in de bepalingen van artikel 1, § 1, 1°, 3°, 4° of 5°, wordt vermeld, vervuld is, indien zij houder zijn van een diploma van pedagogische bekwaamheid afgegeven door een instelling voor deeltijds kunstonderwijs voor het uitgeoefende ambt, zelfs als dat diploma zijn geldigheid heeft verloren. »

Art. 187. In hetzelfde decreet wordt een bijlage 4.1 ingevoegd, die als bijlage 1 is gevoegd bij dit besluit.

HOOFDSTUK 23. — *Wijziging van het decreet van 25 juni 2012 over de onderwijsinspectie en het adviespunt voor schoolontwikkeling*

Art. 188. In artikel 19, § 3, van het decreet van 25 juni 2012 over de onderwijsinspectie en het adviespunt voor schoolontwikkeling worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° het derde en het vierde lid worden vervangen als volgt :

« De commissie voert met elke in aanmerking komende kandidaat een sollicitatiegesprek dat beslissend is voor de toelating tot de procedure om de geschiktheid voor het ambt vast te stellen. Bij haar beslissing houdt de commissie rekening met de stukken vermeld in artikel 18, derde en vierde lid, de pedagogische kwalificatie, de beroepservaring en de vak kennis van de kandidaat die voor het te bekleden ambt noodzakelijk is. De kandidaten die het sollicitatiegesprek met succes doorlopen hebben, worden toegelaten tot de procedure om de geschiktheid voor het ambt vast te stellen.

Na die procedure stelt de commissie een met redenen omkleed advies op, waarin de kandidaten die de procedure met succes hebben doorlopen, worden gerangschikt en voor een aanstelling worden voorgedragen. Voor de rangschikking baseert de commissie zich zowel op het sollicitatiegesprek, als op de resultaten die de kandidaten tijdens de voormelde procedure hebben bereikt. »;

2° het vijfde lid wordt opgeheven.

Art. 189. In artikel 22 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 24 juni 2013, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid, 15°, wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma;

2° het eerste lid wordt aangevuld met een bepaling onder 16°, luidende :

« 16° voltijdse loopbaanonderbreking. »

3° in het tweede lid worden de woorden "1° tot 12°" vervangen door de woorden "1° tot 12° en 16°";

4° het artikel wordt aangevuld met een zevende lid, luidende :

« Met behoud van de toepassing van het eerste lid mogen het vastbenoemde hoofd van de onderwijsinspectie en van het adviespunt voor schoolontwikkeling, de vast benoemde onderwijsinspecteur of de vast benoemde adviseur voor onderwijsontwikkeling verlof voor de uitoefening van hetzelfde ambt of van een ander ambt nemen voor de duur van in totaal hoogstens vijf jaar. »

HOOFDSTUK 24. — *Wijziging van het crisisdecreet van 16 juli 2012*

Art. 190. In artikel 1 van het crisisdecreet van 16 juli 2012 worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in de bepaling onder 1° worden de woorden "1 januari 2018" vervangen door de woorden "1 januari 2017";

2° in de bepaling onder 2° wordt het getal "2017" vervangen door het getal "2016".

Art. 191. In artikel 2 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in de bepaling onder 1° worden de woorden "1 januari 2018" vervangen door de woorden "1 januari 2017";

2° in de bepaling onder 2° wordt het getal "2017" vervangen door het getal "2016".

HOOFDSTUK 25. — *Wijziging van het decreet van 31 maart 2014
betreffende het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren*

Art. 192. In artikel 3.4, 1^o, van het decreet van 31 maart 2014 betreffende het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren worden de woorden "scheppen en waarborgen" vervangen door de woorden "stimuleren".

Art. 193. In artikel 6.2, 1^o, van het decreet van 31 maart 2014 van hetzelfde decreet wordt de bepaling onder i) vervangen als volgt :

« i) assistent voor gezondheidspromotie; ».

Art. 194. In artikel 6.3, § 1, 9^o, van hetzelfde decreet worden de woorden "medewerker voor tandverzorging op school" vervangen door de woorden "assistent voor gezondheidspromotie".

Art. 195. Artikel 6.55 van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een tweede lid, luidende :

« Een personeelslid wordt voor de duur van zijn jaarlijks vakantieverlof vervangen wanneer dat jaarlijks vakantieverlof onmiddellijk op een bevallingsverlof volgt en het personeelslid onmiddellijk daarna ouderschapsverlof of loopbaanonderbreking wegens ouderschapsverlof neemt. Onder jaarlijks vakantieverlof wordt verstaan : het jaarlijks vakantieverlof vermeld in de artikelen 6.48 tot 6.50, alsook het jaarlijks vakantieverlof van de overgenomen instellingen vermeld in artikel 10.4, wanneer het overgenomen personeelslid een keuze in die zin overeenkomstig dat artikel gemaakt heeft. »

Art. 196. Artikel 6.80 van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een derde lid, luidende :

« Indien het ambt van hoofd van een lokale vestiging niet bekleed kan worden door een personeelslid van het centrum, wordt in afwijking van het tweede lid de procedure voor een aanstelling in de ambten vermeld in artikel 6.79, 1^o tot 5^o, toegepast, met uitzondering van de verplichting voor de kandidaat om een strategie- en actieplan op te maken. »

Art. 197. In artikel 6.84, § 2, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1^o in de bepaling onder 15^o wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma-punt;

2^o er wordt een bepaling onder 16^o ingevoegd, luidende :

« 16^o voltijdse loopbaanonderbreking. »

3^o in het tweede lid worden de woorden "1^o tot 12^o" vervangen door de woorden "1^o tot 12^o en 16^o";

4^o paragraaf 2 wordt aangevuld met een zesde lid, luidende :

« Met behoud van de toepassing van het eerste lid mogen de vastbenoemde coördinator, het vastbenoemde hoofd van een vestiging of de vastbenoemde directeur per ambt één keer verlof voor de uitoefening van hetzelfde ambt of van een ander ambt nemen voor de duur van in totaal hoogstens vijf jaar. »

Art. 198. In het opschrift van artikel 6.101 van hetzelfde decreet worden de woorden "Medewerker voor tandverzorging op school" vervangen door de woorden "Assistent voor gezondheidspromotie"; in de inleidende zin van artikel 6.101 van hetzelfde decreet worden de woorden "medewerker voor tandverzorging op school" vervangen door de woorden "assistent voor gezondheidspromotie".

Art. 199. Artikel 10.5 van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een tweede en een derde lid, luidende :

« Vanaf 1 september 2016 beschikt het centrum over maximaal 2,5 aanvullende betrekkingen ter compensatie van de gestegen personeelsbehoefte die voortvloeit uit de afbouw van overuren voor de schooljaren 2016-2017 en 2017-2018. Voor het schooljaar 2018-2019 wordt die compensatie teruggebracht op maximaal 1,5 betrekkingen.

De raad van bestuur bezorgt de Regering voor het begin van elk schooljaar schriftelijk een plan met de overuren die worden afgebouwd. Het plan beschrijft de omvang, duur en reden van de daardoor ontstane stijging van de personeelsbehoefte die met het in het tweede lid ter beschikking gestelde betrekkingenpakket opgevangen wordt. Op basis van dat plan kan de Regering beslissen om het aantal betrekkingen bepaald in het tweede lid te reduceren. »

Art. 200. In het opschrift van artikel 10.8 van hetzelfde decreet worden de woorden "medewerker voor tandverzorging op school" vervangen door de woorden "assistent voor gezondheidspromotie".

Art. 201. In artikel 10.9 van hetzelfde decreet wordt het getal "2017" vervangen door het getal "2016" en worden de woorden "1 januari 2018" vervangen door de woorden "1 januari 2017".

Art. 202. In artikel 10.10 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 29 juni 2015, worden de woorden "1 september 2016" vervangen door de woorden "1 september 2017".

HOOFDSTUK 26. — *Slotbepalingen*

Art. 203. Opgeheven worden :

1^o artikel 1, C), en D), van het koninklijk besluit van 22 juli 1969 tot vaststelling van de wervingsambten waarvan de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, het opvoedend hulppersoneel en het paramedisch personeel van de rijksonderwijsinrichtingen titularis moeten zijn om in een selectieambt te kunnen worden benoemd, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 31 augustus 2000;

2^o artikel 12, § 1, 3^o, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 30 juni 2003, en artikel 13 van het koninklijk besluit van 30 juli 1975 betreffende de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen in het secundair onderwijs dat verstrekt wordt in de gesubsidieerde vrije inrichtingen voor middelbaar onderwijs of voor normaalonderwijs, met inbegrip van het postsecundair psycho-pedagogisch jaar;

3^o artikel 12, § 1, 3^o, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 31 augustus 2000, en artikel 13 van het koninklijk besluit van 30 juli 1975 betreffende de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen in het secundair onderwijs georganiseerd in de gesubsidieerde officiële inrichtingen voor middelbaar onderwijs en in de gesubsidieerde officiële inrichtingen voor normaalonderwijs;

4^o artikel 12, § 1, van het koninklijk besluit nr. 439 van 11 augustus 1986 houdende rationalisatie en programmatie van het buitengewoon onderwijs.

Art. 204. Dit decreet treedt in werking op 1 september 2016, met uitzondering van :

1° artikel 203, 4°, dat uitwerking heeft met ingang van 1 september 2009;

2° de artikelen 2, 25, 118, 141, 145 en 157 die uitwerking hebben met ingang van 1 september 2012;

3° de artikelen 177 en 196 die uitwerking hebben met ingang van 1 september 2014;

4° artikel 162, dat uitwerking heeft met ingang van 1 september 2015;

5° de artikelen 181 en 195 die uitwerking hebben met ingang van 1 januari 2016;

6° de artikelen 22, 55, 56, 138, 142, 152, 154, 158, 169, 170, 184 en 185, die in werking treden op 1 januari 2017;

7° de artikelen 70 tot 76, 87, 107 en 108, die in werking treden op 1 september 2017;

8° de artikelen 46, 77 tot 85 en 143, paragraaf 2, die in werking treden op 1 september 2018.

BIJLAGE 1 (In de Duitse tekst : ANHANG 1)
BIJLAGE 4.1 (In de Duitse tekst : ANHANG 4.1)

Bepaling van de belangrijkste onderdelen van de opleiding tot het behalen van een bewijs van pedagogische bekwaamheid

(Zie artikel 1, § 2, 5°)

	Studiepunten (ECTS)
Sociologische en culturele kennis	
Juridische en wettelijke aspecten	2
Initiatie tot de etnomusicologie	2
Onderwijspsychologie - Overdracht van sociologische en culturele kennis	2
Pedagogische kennis	
Onderwijspsychologie - Overdracht van pedagogische kennis, gebaseerd op wetenschap en wetenschappelijk onderzoek	2
Vakdidactiek	5
Improvisatie	2
Psychologische, sociaal-affectieve en maatschappelijke kennis	
Onderwijspsychologie - Overdracht van psychologische, sociaal-affectieve en maatschappelijke kennis	2
Interactieve technieken (communicatietechnieken)	2
Stages	
Stages (observatiestages)	3
Stages (onderwijsstages)	6
Stages (stages in het kader van buitenschoolse activiteiten)	2
Totaal	30

BIJLAGE 1
VAN DIT DECREET HOUDENDE MAATREGELEN INZAKE ONDERWIJS - 2016

BIJLAGE I

Weddeschalen - Bedragen in euro

I/D

- voor de periode van 1 januari 2013 tot 31 december 2013 en van 1 januari 2017 tot 31 december 2018

21.218,35 – 36.895,86

01 (1) × 73,05

02 (1) × 691,06

11 (2) × 1.292,94

- voor de periode van 1 januari 2014 tot 31 december 2016

21.004,03 – 36.523,18

01 (1) × 72,31

02 (1) × 684,08

11 (2) × 1.279,88

- vanaf 1 januari 2019

21.432,68 – 37.268,55

01 (1) × 73,79

02 (1) × 698,04

11 (2) × 1.306,00

I/C

- voor de periode van 1 september 2013 tot 31 december 2013

21.836,37 – 36.895,86

10 (2) × 1.369,04

01 (2) × 1.369,09

- voor de periode van 1 januari 2014 tot 31 augustus 2014

21.615,80 – 36.523,18

10 (2) × 1.355,21

01 (2) × 1.355,28

I/C/1

- voor de periode van 1 september 2013 tot 31 december 2013

21.218,35 – 36.895,86

01 (1) × 618,02

10 (2) × 1.369,04

01 (2) × 1.369,09

- voor de periode van 1 januari 2014 tot 31 augustus 2014

21.004,03 – 36.523,18

01 (1) × 611,77

10 (2) × 1.355,21

01 (2) × 1.355,28

I/B

- voor de periode van 1 september 2014 tot 31 december 2016

21.615,80 – 36.523,18

01 (1) × 815,67

10 (2) × 1.281,06

01 (2) × 1.281,11

- voor de periode van 1 januari 2017 tot 31 december 2018

21.836,37 – 36.895,86

01 (1) × 824,00

10 (2) × 1.294,13

01 (2) × 1.294,19

- vanaf 1 januari 2019

22.056,94 – 37.268,55

01 (1) × 832,33

10 (2) × 1.307,20

01 (2) × 1.307,28

I/B/1

- voor de periode van 1 september 2014 tot 31 december 2016

21.004,03 – 36.523,18

01 (1) × 611,77

01 (1) × 815,67

10 (2) × 1.281,06

01 (2) × 1.281,11

- voor de periode van 1 januari 2017 tot 31 december 2018

21.218,35 – 36.895,86

01 (1) × 618,02

01 (1) × 824,00

10 (2) × 1.294,13

01 (2) × 1.294,19

- vanaf 1 januari 2019

21.432,68 – 37.268,55

01 (1) × 624,26

01 (1) × 832,33

10 (2) × 1.307,20

01 (2) × 1.307,28

I/A

- voor de periode van 1 september 2014 tot 31 december 2016

22.431,47 – 36.523,18

10 (2) × 1.281,06

01 (2) × 1.281,11

- voor de periode van 1 januari 2017 tot 31 december 2018

22.660,37 – 36.895,86

10 (2) × 1.294,13

01 (2) × 1.294,19

- vanaf 1 januari 2019

22.889,27 – 37.268,55

10 (2) × 1.307,20

01 (2) × 1.307,28

II+/D

- voor de periode van 1 januari 2013 tot 31 december 2013 en van 1 januari 2017 tot 31 december 2018

16.839,68 – 28.937,38

01 (1) × 55,94

02 (1) × 546,43

01 (2) × 896,24

01 (2) × 912,96

10 (2) × 913,97

- voor de periode van 1 januari 2014 tot 31 december 2016

16.669,58 – 28.645,09

01 (1) × 55,38

02 (1) × 540,91

01 (2) × 887,18

01 (2) × 903,73

10 (2) × 904,74

- vanaf 1 januari 2019

17.009,78 – 29.229,68

01 (1) × 56,52

02 (1) × 551,95

01 (2) × 905,30

01 (2) × 922,18

10 (2) × 923,20

II+/C

- voor de periode van 1 september 2013 tot 31 december 2013

17.330,16 – 28.937,38

11 (2) × 967,26

01 (2) × 967,36

- voor de periode van 1 januari 2014 tot 31 augustus 2014

17.155,11 – 28.645,09

11 (2) × 957,49

01 (2) × 957,59

II+/C/1

- voor de periode van 1 september 2013 tot 31 december 2013

16.839,68 – 28.937,38

01 (1) × 490,48

11 (2) × 967,26

01 (2) × 967,36

- voor de periode van 1 januari 2014 tot 31 augustus 2014

16.669,58 – 28.645,09

01 (1) × 485,53

11 (2) × 957,49

01 (2) × 957,59

II+/B

- voor de periode van 1 september 2014 tot 31 december 2016

17.155,11 – 28.645,09

01 (1) × 647,37

11 (2) × 903,55

01 (2) × 903,56

- voor de periode van 1 januari 2017 tot 31 december 2018

17.330,16 – 28.937,38

01 (1) × 653,97

11 (2) × 912,77

01 (2) × 912,78

- vanaf 1 januari 2019

17.505,21 – 29.229,68

01 (1) × 660,58

11 (2) × 921,99

01 (2) × 922,00

II+/B/1

- voor de periode van 1 september 2014 tot 31 december 2016

16.669,58 – 28.645,09

01 (1) × 485,53

01 (1) × 647,37

11 (2) × 903,55

01 (2) × 903,56

- voor de periode van 1 januari 2017 tot 31 december 2018

16.839,68 – 28.937,38

01 (1) × 490,48

01 (1) × 653,97

11 (2) × 912,77

01 (2) × 912,78

- vanaf 1 januari 2019

17.009,78 – 29.229,68

01 (1) × 495,43

01 (1) × 660,58

11 (2) × 921,99

01 (2) × 922,00

II+/A

- voor de periode van 1 september 2014 tot 31 december 2016

17.802,48 – 28.645,09

11 (2) × 903,55

01 (2) × 903,56

- voor de periode van 1 januari 2017 tot 31 december 2018

17.984,13 – 28.937,38

11 (2) × 912,77

01 (2) × 912,78

- vanaf 1 januari 2019

18.165,79 – 29.229,68

11 (2) × 921,99

01 (2) × 922,00

II/D

- voor de periode van 1 januari 2013 tot 31 december 2013 en van 1 januari 2017 tot 31 december 2018

16.434,39 – 26.329,26

01 (1) × 45,94

02 (1) × 524,62

01 (2) × 721,34

01 (2) × 722,05

10 (2) × 735,63

- voor de periode van 1 januari 2014 tot 31 december 2016

16.268,38 – 26.063,31

01 (1) × 45,48

02 (1) × 519,32

01 (2) × 714,06

01 (2) × 714,75

10 (2) × 728,20

- vanaf 1 januari 2019

16.600,39 – 26.595,21

01 (1) × 46,41

02 (1) × 529,92

01 (2) × 728,63

01 (2) × 729,34

10 (2) × 743,06

II/C

- voor de periode van 1 september 2013 tot 31 december 2013

16.913,10 – 26.329,26

12 (2) × 784,68

- voor de periode van 1 januari 2014 tot 31 augustus 2014

16.742,19 – 26.063,31

12 (2) × 776,76

II/C/1

- voor de periode van 1 september 2013 tot 31 december 2013

16.434,39 – 26.329,26

01 (1) × 478,71

12 (2) × 784,68

- voor de periode van 1 januari 2014 tot 31 augustus 2014

16.268,38 – 26.063,31

01 (1) × 473,81

12 (2) × 776,76

II/B

- voor de periode van 1 september 2014 tot 31 december 2016

16.742,19 – 26.063,31

01 (1) × 631,81

11 (2) × 724,10

01 (2) × 724,21

- voor de periode van 1 januari 2017 tot 31 december 2018

16.913,10 – 26.329,26

01 (1) × 638,23

11 (2) × 731,49

01 (2) × 731,54

- vanaf 1 januari 2019

17.083,89 – 26.595,21

01 (1) × 644,68

11 (2) × 738,88

01 (2) × 738,96

II/B/1

- voor de periode van 1 september 2014 tot 31 december 2016

16.268,38 – 26.063,31

01 (1) × 478,81

01 (1) × 631,81

11 (2) × 724,10

01 (2) × 724,21

- voor de periode van 1 januari 2017 tot 31 december 2018

16.434,39 – 26.329,26

01 (1) × 478,71

01 (1) × 638,23

11 (2) × 731,49

01 (2) × 731,54

- vanaf 1 januari 2019

16.600,39 – 26.595,21

01 (1) × 483,50

01 (1) × 644,68

11 (2) × 738,88

01 (2) × 738,96

II/B/2

- voor de periode van 1 september 2014 tot 31 december 2016

16.268,38 – 26.063,31

01 (1) × 45,49

01 (1) × 519,32

01 (1) × 540,81

11 (2) × 724,10

01 (2) × 724,21

- voor de periode van 1 januari 2017 tot 31 december 2018

16.434,39 – 26.329,26

01 (1) × 45,97

01 (1) × 524,64

01 (1) × 546,33

11 (2) × 731,49

01 (2) × 731,54

- vanaf 1 januari 2019

16.600,39 – 26.595,21

01 (1) × 46,41

01 (1) × 529,92

01 (1) × 551,85

11 (2) × 738,88

01 (2) × 738,96

II/A

- voor de periode van 1 september 2014 tot 31 december 2016

17.374,00 – 26.063,31

11 (2) × 724,10

01 (2) × 724,21

- voor de periode van 1 januari 2017 tot 31 december 2018

17.551,33 – 26.329,26

11 (2) × 731,49

01 (2) × 731,54

- vanaf 1 januari 2019

17.728,57 – 26.595,21

11 (2) × 738,88

01 (2) × 738,96

III/D

- voor de periode van 1 januari 2013 tot 31 december 2013 en van 1 januari 2017 tot 31 december 2018

16.174,51 – 23.846,43

01 (1) × 0

01 (1) × 128,86

01 (1) × 299,98

13 (2) × 557,16

- voor de periode van 1 januari 2014 tot 31 december 2016

16.011,13 – 23.605,55

01 (1) × 0

01 (1) × 127,56

01 (1) × 296,97

13 (2) × 551,53

- vanaf 1 januari 2019

16.337,89 – 24.087,30

01 (1) × 0

01 (1) × 130,14

01 (1) × 303,00

13 (2) × 562,79

III/C

- voor de periode van 1 september 2013 tot 31 december 2013

16.645,61 – 23.846,43

12 (2) × 553,91

01 (2) × 553,90

- voor de periode van 1 januari 2014 tot 31 augustus 2014

16.477,48 – 23.605,55

12 (2) × 548,31

01 (2) × 548,35

III/C/1

- voor de periode van 1 september 2013 tot 31 december 2013

16.174,51 – 23.605,55

01 (1) × 471,10

12 (2) × 553,91

01 (2) × 553,90

- voor de periode van 1 januari 2014 tot 31 augustus 2014

16.011,13 – 23.605,55

01 (1) × 466,35

12 (2) × 548,31

01 (2) × 548,35

III/C/2

- voor de periode van 1 september 2013 tot 31 december 2013

16.174,51 – 23.846,43

01 (1) × 128,86

01 (2) × 342,24

12 (2) × 553,91

01 (2) × 553,90

- voor de periode van 1 januari 2014 tot 31 augustus 2014

16.011,13 – 23.605,55

01 (1) × 127,54

01 (2) × 338,80

12 (2) × 548,31

01 (2) × 548,35

III/B

- voor de periode van 1 september 2014 tot 31 december 2016

16.477,48 – 23.605,55

01 (1) × 621,76

12 (2) × 500,48

01 (2) × 500,55

- voor de periode van 1 januari 2017 tot 31 december 2018

16.645,61 – 23.846,43

01 (1) × 628,16

12 (2) × 505,58

01 (2) × 505,70

- vanaf 1 januari 2019

16.813,75 – 24.087,30

01 (1) × 634,48

12 (2) × 510,69

01 (2) × 510,79

III/B/1

- voor de periode van 1 september 2014 tot 31 december 2016

16.011,13 – 23.605,55

01 (1) × 466,35

01 (1) × 621,76

12 (2) × 500,48

01 (2) × 500,55

- voor de periode van 1 januari 2017 tot 31 december 2018

16.174,51 – 23.846,43

01 (1) × 471,10

01 (1) × 628,16

12 (2) × 505,58

01 (2) × 505,70

- vanaf 1 januari 2019

16.337,89 – 24.087,30

01 (1) × 475,86

01 (1) × 634,48

12 (2) × 510,69

01 (2) × 510,79

III/B/2

- voor de periode van 1 september 2014 tot 31 december 2016

16.138,67 – 23.605,55

01 (1) × 296,94

01 (1) × 41,87

01 (1) × 621,76

12 (2) × 500,48

01 (2) × 500,55

- voor de periode van 1 januari 2017 tot 31 december 2018

16.303,35 – 23.846,43

01 (1) × 299,97

01 (1) × 42,29

01 (1) × 628,16

12 (2) × 505,58

01 (2) × 505,70

- vanaf 1 januari 2019

16.468,03 – 24.087,30

01 (1) × 303,00

01 (1) × 42,72

01 (1) × 634,48

12 (2) × 510,69

01 (2) × 510,79

III/B/3

- voor de periode van 1 september 2014 tot 31 december 2016

16.011,13 – 23.605,55

01 (1) × 127,54

01 (1) × 296,94

01 (1) × 41,87

01 (1) × 621,76

12 (2) × 500,48

01 (2) × 500,55

- voor de periode van 1 januari 2017 tot 31 december 2018

16.174,51 – 23.846,43

01 (1) × 128,84

01 (1) × 299,97

01 (1) × 42,29

01 (1) × 628,16

12 (2) × 505,58

01 (2) × 505,70

- vanaf 1 januari 2019

16.337,89 – 24.087,30

01 (1) × 130,14

01 (1) × 303,00

01 (1) × 42,72

01 (1) × 634,48

12 (2) × 510,69

01 (2) × 510,79

III/A

- voor de periode van 1 september 2014 tot 31 december 2016

17.099,24 – 23.605,55

12 (2) × 500,48

01 (2) × 500,55

- voor de periode van 1 januari 2017 tot 31 december 2018

17.273,77 – 23.846,43

12 (2) × 505,58

01 (2) × 505,70

- vanaf 1 januari 2019

17.448,23 – 24.087,30

12 (2) × 510,69

01 (2) × 510,79

BIJLAGE 2

VAN DIT DECREET

HOUDENDE MAATREGELEN INZAKE ONDERWIJS - 2016

BIJLAGE IV

Weddeschalen - Bedragen in euro

I/DX

- voor de periode van 1 september 2014 tot 31 december 2016

23.104,43 – 40.175,50

01 (1) × 79,54

02 (1) × 752,48

11 (2) × 1.407,87

- voor de periode van 1 januari 2017 tot 31 december 2018

23.340,19 – 40.585,45

01 (1) × 80,37

02 (1) × 760,18

11 (2) × 1.422,23

- vanaf 1 januari 2019

23.575,95 – 40.995,41

01 (1) × 81,18

02 (1) × 767,84

11 (2) × 1.436,60

I/DXV

- voor de periode van 1 september 2014 tot 31 december 2016

24.154,63 – 42.001,66

01 (1) × 83,17

02 (1) × 786,70

11 (2) × 1.471,86

- voor de periode van 1 januari 2017 tot 31 december 2018

24.401,10 – 42.430,24

01 (1) × 84,02

02 (1) × 794,72

11 (2) × 1.486,88

- vanaf 1 januari 2019

24.647,58 – 42.858,83

01 (1) × 84,85

02 (1) × 802,75

11 (2) × 1.501,90

I/BX

- voor de periode van 1 september 2014 tot 31 december 2016

23.777,38 – 40.175,50

01 (1) × 897,24

10 (2) × 1.409,17

01 (2) × 1.409,18

- voor de periode van 1 januari 2017 tot 31 december 2018

24.020,01 – 40.585,45

01 (1) × 906,40

10 (2) × 1.423,54

01 (2) × 1.423,64

- vanaf 1 januari 2019

24.262,63 – 40.995,41

01 (1) × 915,57

10 (2) × 1.437,92

01 (2) × 1.438,01

I/BXV

- vanaf 1 januari 2019

25.365,48 – 42.858,83

01 (1) × 957,18

10 (2) × 1.503,28

01 (2) × 1.503,37

I/B/1X

- voor de periode van 1 september 2014 tot 31 december 2016

23.104,43 – 40.175,50

01 (1) × 672,95

01 (1) × 897,24

10 (2) × 1.409,17

01 (2) × 1.409,18

- voor de periode van 1 januari 2017 tot 31 december 2018

23.340,19 – 40.585,45

01 (1) × 679,82

01 (1) × 906,40

10 (2) × 1.423,54

01 (2) × 1.423,64

- vanaf 1 januari 2019

23.575,95 – 40.995,41

01 (1) × 686,68

01 (1) × 915,57

10 (2) × 1.437,92

01 (2) × 1.438,01

I/B/1XV

- vanaf 1 januari 2019

24.647,58 – 42.858,83

01 (1) × 717,90

01 (1) × 957,18

10 (2) × 1.503,28

01 (2) × 1.503,37

I/AX

- voor de periode van 1 september 2014 tot 31 december 2016

24.674,62 – 40.175,50

10 (2) × 1.409,17

01 (2) × 1.409,18

- voor de periode van 1 januari 2017 tot 31 december 2018

24.926,41 – 40.585,45

10 (2) × 1.423,54

01 (2) × 1.423,64

- vanaf 1 januari 2019

25.178,20 – 40.995,41

10 (2) × 1.437,92

01 (2) × 1.438,01

I/AXV

- vanaf 1 januari 2019

26.322,66 – 42.858,83

10 (2) × 1.503,28

01 (2) × 1.503,37

II+/DX

- voor de periode van 1 september 2014 tot 31 december 2016

18.336,54 – 31.509,60

01 (1) × 60,93

02 (1) × 595,01

01 (2) × 975,91

01 (2) × 994,10

10 (2) × 995,21

- voor de periode van 1 januari 2017 tot 31 december 2018

18.523,65 – 31.831,12

01 (1) × 61,53

02 (1) × 601,06

01 (2) × 985,86

01 (2) × 1.004,26

10 (2) × 1.005,37

- vanaf 1 januari 2019

18.710,76 – 32.152,65

01 (1) × 62,16

02 (1) × 607,15

01 (2) × 995,83

01 (2) × 1.014,40

10 (2) × 1.015,52

II+/DXV

- voor de periode van 1 september 2014 tot 31 december 2016

19.170,02 – 32.941,85

01 (1) × 63,68

02 (1) × 622,05

01 (2) × 1.020,26

01 (2) × 1.039,29

10 (2) × 1.040,45

- voor de periode van 1 januari 2017 tot 31 december 2018

19.365,63 – 33.277,99

01 (1) × 64,32

02 (1) × 628,38

01 (2) × 1.030,68

01 (2) × 1.049,90

10 (2) × 1.051,07

- vanaf 1 januari 2019

19.561,25 – 33.614,13

01 (1) × 64,99

02 (1) × 634,74

01 (2) × 1.041,10

01 (2) × 1.060,51

10 (2) × 1.061,68

II+/BX

- voor de periode van 1 september 2014 tot 31 december 2016

18.870,62 – 31.509,60

01 (1) × 712,11

11 (2) × 993,91

01 (2) × 993,86

- voor de periode van 1 januari 2017 tot 31 december 2018

19.063,18 – 31.831,12

01 (1) × 719,36

11 (2) × 1.004,05

01 (2) × 1.004,03

- vanaf 1 januari 2019

19.255,73 – 32.152,65

01 (1) × 726,63

11 (2) × 1.014,19

01 (2) × 1.014,20

II+/BXV

- vanaf 1 januari 2019

20.130,99 – 33.614,13

01 (1) × 759,67

11 (2) × 1.060,29

01 (2) × 1.060,28

II+/B/1X

- voor de periode van 1 september 2014 tot 31 december 2016

18.336,54 – 31.509,60

01 (1) × 534,08

01 (1) × 712,11

11 (2) × 993,91

01 (2) × 993,86

- voor de periode van 1 januari 2017 tot 31 december 2018

18.523,65 – 31.831,12

01 (1) × 539,53

01 (1) × 719,36

11 (2) × 1.004,05

01 (2) × 1.004,03

- vanaf 1 januari 2019

18.710,76 – 32.152,65

01 (1) × 544,97

01 (1) × 726,63

11 (2) × 1.014,19

01 (2) × 1.014,20

II+/B/1XV

- vanaf 1 januari 2019

19.561,25 – 33.614,1301 (1) × 569,74

01 (1) × 759,67

11 (2) × 1.060,29

01 (2) × 1.060,28

II+/AX

- voor de periode van 1 september 2014 tot 31 december 2016

19.582,73 – 31.509,60

11 (2) × 993,91

01 (2) × 993,86

- voor de periode van 1 januari 2017 tot 31 december 2018

19.782,54 – 31.831,12

11 (2) × 1.004,05

01 (2) × 1.004,03

- vanaf 1 januari 2019

19.982,36 – 32.152,65

11 (2) × 1.014,19

01 (2) × 1.014,20

II+/AXV

- vanaf 1 januari 2019

20.890,66 – 33.614,13

11 (2) × 1.060,29

01 (2) × 1.060,28

II/DX

- voor de periode van 1 september 2014 tot 31 december 2016

17.895,22 – 28.669,64

01 (1) × 50,02

02 (1) × 571,25

01 (2) × 785,47

01 (2) × 786,23

10 (2) × 801,02

- voor de periode van 1 januari 2017 tot 31 december 2018

18.077,83 – 28.962,19

01 (1) × 50,54

02 (1) × 577,09

01 (2) × 793,48

01 (2) × 794,26

10 (2) × 809,19

- vanaf 1 januari 2019

18.260,43 – 29.254,7301 (1) × 51,04

02 (1) × 582,90

01 (2) × 801,49

01 (2) × 802,27

10 (2) × 817,37

II/DXV

- voor de periode van 1 september 2014 tot 31 december 2016

18.708,64 – 29.972,81

01 (1) × 52,30

02 (1) × 597,22

01 (2) × 821,17

01 (2) × 821,96

10 (2) × 837,43

- voor de periode van 1 januari 2017 tot 31 december 2018

18.899,55 – 30.278,65

01 (1) × 52,84

02 (1) × 603,32

01 (2) × 829,55

01 (2) × 830,37

10 (2) × 845,97

- vanaf 1 januari 2019

19.090,45 – 30.584,49

01 (1) × 53,36

02 (1) × 609,41

01 (2) × 837,92

01 (2) × 838,74

10 (2) × 854,52

II/BX

- voor de periode van 1 september 2014 tot 31 december 2016

18.416,41 – 28.669,64

01 (1) × 694,99

11 (2) × 796,51

01 (2) × 796,63

- voor de periode van 1 januari 2017 tot 31 december 2018

18.604,41 – 28.962,19

01 (1) × 702,05

11 (2) × 804,64

01 (2) × 804,69

- vanaf 1 januari 2019

18.792,28 – 29.254,73

01 (1) × 709,15

11 (2) × 812,77

01 (2) × 812,83

II/BXV

- vanaf 1 januari 2019

19.646,47 – 30.584,49

01 (1) × 741,38

11 (2) × 849,71

01 (2) × 849,83

II/B/1X

- voor de periode van 1 september 2014 tot 31 december 2016

17.895,22 – 28.669,64

01 (1) × 521,19

01 (1) × 694,99

11 (2) × 796,51

01 (2) × 796,63

- voor de periode van 1 januari 2017 tot 31 december 2018

18.077,83 – 28.962,19

01 (1) × 526,58

01 (1) × 702,05

11 (2) × 804,64

01 (2) × 804,69

- vanaf 1 januari 2019

18.260,43 – 29.254,73

01 (1) × 531,85

01 (1) × 709,15

11 (2) × 812,77

01 (2) × 812,83

II/B/1XV

- vanaf 1 januari 2019

19.090,45 – 30.584,49

01 (1) × 556,02

01 (1) × 741,38

11 (2) × 849,71

01 (2) × 849,83

II/B/2X

- voor de periode van 1 september 2014 tot 31 december 2016

17.895,22 – 28.669,64

01 (1) × 50,04

01 (1) × 571,25

01 (1) × 594,89

11 (2) × 796,51

01 (2) × 796,63

- voor de periode van 1 januari 2017 tot 31 december 2018

18.077,83 – 28.962,19

01 (1) × 50,57

01 (1) × 577,10

01 (1) × 600,96

11 (2) × 804,64

01 (2) × 804,69

- vanaf 1 januari 2019

18.260,43 – 29.254,73

01 (1) × 51,05

01 (1) × 582,91

01 (1) × 607,04

11 (2) × 812,77

01 (2) × 812,83

II/B/2XV

- voor de periode van 1 januari 2017 tot 31 december 2018

18.899,55 – 30.278,65

01 (1) × 52,86

01 (1) × 603,34

01 (1) × 628,28

11 (2) × 841,21

01 (2) × 841,31

- vanaf 1 januari 2019

19.090,45 – 30.584,49

01 (1) × 53,36

01 (1) × 609,41

01 (1) × 634,63

11 (2) × 849,71

01 (2) × 849,83

II/AX

- voor de periode van 1 september 2014 tot 31 december 2016

19.111,40 – 28.669,64

11 (2) × 796,51

01 (2) × 796,63

- voor de periode van 1 januari 2017 tot 31 december 2018

19.306,46 – 28.962,19

11 (2) × 804,64

01 (2) × 804,69

- vanaf 1 januari 2019

19.501,43 – 29.254,73

11 (2) × 812,77

01 (2) × 812,83

II/AXV

- vanaf 1 januari 2019

20.387,85 – 30.584,49

11 (2) × 849,71

01 (2) × 849,83

III/DX

- voor de periode van 1 september 2014 tot 31 december 2016

17.612,24 – 25.966,11

01 (1) × 0

01 (1) × 140,34

01 (1) × 326,69

13 (2) × 606,68

- voor de periode van 1 januari 2017 tot 31 december 2018

17.791,96 – 26.231,07

01 (1) × 0

01 (1) × 141,72

01 (1) × 329,95

13 (2) × 612,88

- vanaf 1 januari 2019

17.971,68 – 26.496,03

01 (1) × 0

01 (1) × 143,14

01 (1) × 333,30

13 (2) × 619,07

III/DXV

- voor de periode van 1 september 2014 tot 31 december 2016

18.412,80 – 27.146,38

01 (1) × 0

01 (1) × 146,68

01 (1) × 341,52

13 (2) × 634,26

- voor de periode van 1 januari 2017 tot 31 december 2018

18.600,69 – 27.423,39

01 (1) × 0

01 (1) × 148,21

01 (1) × 345,00

13 (2) × 640,73

- vanaf 1 januari 2019

18.788,57 – 27.700,40

01 (1) × 0

01 (1) × 149,65

01 (1) × 348,45

13 (2) × 647,21

III/BX

- voor de periode van 1 september 2014 tot 31 december 2016

18.125,23 – 25.966,11

01 (1) × 683,93

12 (2) × 550,53

01 (2) × 550,59

- voor de periode van 1 januari 2017 tot 31 december 2018

18.310,17 – 26.231,07

01 (1) × 690,98

12 (2) × 556,14

01 (2) × 556,24

- vanaf 1 januari 2019

18.495,13 – 26.496,03

01 (1) × 697,92

12 (2) × 561,76

01 (2) × 561,86

III/BXV

- vanaf 1 januari 2019

19.335,81 – 27.700,40

01 (1) × 729,65

12 (2) × 587,29

01 (2) × 587,46

III/B1X

- voor de periode van 1 september 2014 tot 31 december 2016

17.612,24 – 25.966,11

01 (1) × 512,99

01 (1) × 683,93

12 (2) × 550,53

01 (2) × 550,59

- voor de periode van 1 januari 2017 tot 31 december 2018

17.791,96 – 26.231,07

01 (1) × 518,21

01 (1) × 690,98

12 (2) × 556,14

01 (2) × 556,24

- vanaf 1 januari 2019

17.971,68 – 26.496,03

01 (1) × 523,45

01 (1) × 697,92

12 (2) × 561,76

01 (2) × 561,86

III/B/1XV

- vanaf 1 januari 2019

18.788,57 – 27.700,40

01 (1) × 547,24

01 (1) × 729,65

12 (2) × 587,29

01 (2) × 587,46

III/B/2X

- voor de periode van 1 september 2014 tot 31 december 2016

17.752,54 – 25.966,11

01 (1) × 326,63

01 (1) × 46,06

01 (1) × 683,93

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen, 20 juni 2016.

O. PAASCH

De Minister-President

Mevr. I. WEYKMANS

De Viceminister-President, Minister van Cultuur, Werkgelegenheid en Toerisme

A. ANTONIADIS

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden

H. MOLLERS

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

Nota

Zitting 2015-2016.

Parlementaire stukken : 119 (2015-2016), nr. 1. Ontwerp van decreet.

119 (2015-2016), nrs. 2 + 3. Voorstellen tot wijziging.

119 (2015-2016), nr. 4. Verslag.

Integraal verslag : 20 juni 2016, nr. 28. Bespreking en aanneming.